

Umwelt und Verkehrskoordination

Umweltschutz (MA 22)

Die Umweltschutzabteilung der Stadt Wien beschäftigt sich mit rechtlichen und technischen Angelegenheiten des Umweltschutzes. Eigene Referate sind für die Bereiche Umweltrecht, Lärmschutz, Naturschutz, Umweltschutz & Stadtentwicklung, Luftreinhaltung und Abfallwirtschaft eingerichtet. Regelmäßig werden Betriebe und Unternehmen kontrolliert. Die Sachverständigen überprüfen, ob umweltrelevante Gesetze und Verordnungen eingehalten und vorgeschriebene Maßnahmen zum Schutz der Umwelt auch wirklich durchgeführt werden. Mit einem flächendeckenden Messnetz wird die Qualität der Wiener Luft überwacht. Die Umweltschutzabteilung betreibt auch ein eigenes Labor, das z. B. die Regeninhaltsstoffe oder die Belastung des Bodens mit Schwermetallen überprüft. Auch das „KliP-Klimaschutzprogramm der Stadt Wien“ und der „ÖkoBusinessPlan Wien“ werden unter der Leitung der Umweltschutzabteilung durchgeführt. Darüber hinaus werden zahlreiche umweltbezogene Forschungs- bzw. Monitoringprojekte in Auftrag gegeben und betreut. Weitere Schwerpunkte sind Service, Information und Öffentlichkeitsarbeit, mit dem Ziel, über die umweltrelevanten Aktivitäten zu informieren und die Öffentlichkeit für umweltspezifische Probleme und Themen zu sensibilisieren. Außerdem subventioniert die Umweltschutzabteilung Vereine und private Institutionen, deren Arbeit wesentlich zur Erhaltung einer intakten Umwelt beiträgt.

Insgesamt waren bei der Umweltschutzabteilung der Stadt Wien (MA 22 – Umweltschutz) am 3. 1. 1999 93 Mitarbeiter beschäftigt.

Die Arbeitsbereiche der MA 22 – Umweltschutz

Rechtliche Angelegenheiten

Zu den Aufgaben im Bereich Umweltrecht zählt einerseits die Vollziehung der umweltrelevanten Gesetze und Verordnungen des Bundes (z. B. Abfallwirtschaftsgesetz/AWG, Chemikaliengesetz, Ozongesetz, Smogalarmgesetz, Umweltinformationsgesetz, Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz und Altlastensanierungsgesetz). Andererseits werden auch die Gesetze und Verordnungen des Landes Wien vollzogen wie z. B. das Wiener Naturschutzgesetz, das Wiener Nationalparkgesetz, das Wiener Baumschutzgesetz, Wiener Umweltschutzgesetz oder das Wiener Artenhandelsbegleitgesetz. Im Rahmen der legislativen Tätigkeit werden die umweltrelevanten Gesetze und Verordnungen der Stadt Wien ausgearbeitet. Weiters wird in zahlreichen Begutachtungsverfahren zu Gesetzen und Verordnungen oder zu deren Entwürfen Stellung genommen. Mitgearbeitet wird auch in verschiedenen Länderarbeitskreisen auf dem Gebiet des Umweltrechtes.

Weitere Aufgaben sind:

- Schulung, Ausbildung und Prüfung von Naturwacheorganen, abfallrechtlichen Geschäftsführern, Abfallbeauftragten, Umweltberatern etc.
- Vorträge, hauptsächlich zum Thema Abfallwirtschaft
- rechtliche Beratung bei der Erstellung von Abfallwirtschaftskonzepten
- Kontrollaufgaben im Rahmen verschiedener umweltrelevanter Gesetze
- Anordnung und Durchführung von Überprüfungen

Sachverständigentätigkeit

Die Mitarbeiter fast aller Fachreferate der Umweltschutzabteilung sind als Sachverständige in bei allen in Betracht kommenden Verwaltungsverfahren nach der Gewerbeordnung, der Bauordnung, nach dem Abfallwirtschaftsgesetz, dem Naturschutzgesetz oder anderen Verfahren tätig. Sie liefern Gutachten oder Stellungnahmen und beurteilen umweltrelevante Auswirkungen bei Bauvorhaben, Betrieben oder Straßenbauprojekten.

Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP)

Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP) erfolgen aufgrund des Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetzes, das mit 1. Juli 1994 in Kraft getreten ist. Vorhaben, bei denen auf Grund ihrer Art, Größe oder ihres Standortes mit erheblichen Auswirkungen auf die Umwelt zu rechnen ist, müssen einer solchen Prüfung unterzogen werden. Als UVP-pflichtige Anlagen sind im Anhang des Gesetzes 50 verschiedene Anlagentypen definiert. Die Palette reicht dabei von Müllverbrennungsanlagen, Deponien, Anlagen gemäß Luftreinhaltegesetz für Kesselanlagen, Eisenbahntrassen und Flughäfen über Schutz- und Regulierungsbauten an Fließgewässern, Häfen und Papiererzeugungsanlagen bis hin zu Massentierhaltungen ab bestimmten Größen. Die durchführende Behörde für UVP in Wien ist die MA 22 – Umweltschutz. Die erste in Wien durchgeführte UVP war die für das Kraftwerk Donaustadt. Das Verfahren wurde 1998 begonnen und konnte 1999 in einer Rekordzeit von nur 18 Monaten abgeschlossen werden.

Forschungsprojekte

Die Forschungsprojekte der MA 22 – Umweltschutz bilden eine wichtige Grundlage für die Beurteilung von Maßnahmen und die Entwicklung von Strategien und Technologien. Denn um Umweltmaßnahmen in der Praxis wirkungsvoll umsetzen zu können, müssen natürlich auch die erforderlichen wissenschaftlichen Grundlagen vorliegen. Deshalb wurden auch 1999 von der Umweltschutzabteilung zahlreiche Forschungsprojekte in Auftrag gegeben. Die Schwerpunkte lagen dabei im Bereich Naturschutz, Abfallwirtschaft, Luftreinhaltung und Klimaschutz.

Um die Forschungsprojekte innerhalb der MA 22 aber auch mit anderen Dienststellen besser zu koordinieren, wurde in der Umweltschutzabteilung die Funktion einer Forschungs Koordinatorin geschaffen. Sie beurteilt die von der MA 22 geplanten Forschungsvorhaben auf die EU-Förderungswürdigkeit, sucht nach mitfinanzierenden Partnern (EU, Bund, andere Bundesländer oder Unternehmen aus der Privatwirtschaft). Beurteilt werden auch nationale und internationale Projektvorschläge aus dem Umweltbereich in Hinblick auf eine mögliche Beteiligung der Stadt Wien (MA 22 oder andere Dienststellen, z. B. Gruppe Planung). Die Forschungs Koordinatorin vertritt die MA 22 bei Koordinationssitzungen der Magistratsdirektion – Koordinationsbüro mit dem Bund und den Bundesländern und bringt Projektvorschläge der MA 22 ein. Weitere Aufgaben sind die Evaluierung von Forschungsprojekten (Umweltbereich) der Stadt Wien im Hinblick auf ihre Umsetzung, Mitarbeit an Forschungsprojekten der einzelnen MA 22-Fachreferate, Vertretung der MA 22 im Interreg- und Urban-Beirat Wien sowie die Zusammenarbeit und Kontaktpflege mit den Universitäten und anderen Forschungsinstitutionen.

Monitoringprojekte

Will man die Umwelt schützen und verbessern, muss man wissen wie es um sie steht. Die Umweltschutzabteilung führt deshalb zahlreiche Monitoringprojekte durch. Dabei wird z. B. eruiert, wie viel Grün es wo in Wien gibt, oder welche Tierarten und Lebensräume in Wien vorhanden sind und wie es um sie bestellt ist. Solche Monitoringprojekte zeigen auch, welche Maßnahmen notwendig sind, um positive Veränderungen herbeizuführen oder negative zu verhindern.

Immissionsmessungen

Mit einem flächendeckenden Luftmessnetz (18 stationäre Messstellen und ein mobiler Messbus) wird die Qualität der Wiener Luft kontinuierlich überprüft. Gemessen werden die Schadstoffe Schwefeldioxid, Staub, Kohlenmonoxid, Stickoxide und Ozon. Ab März 1998 werden zusätzlich noch aufgrund neuer gesetzlicher Bestimmungen (Immissionschutzgesetz-Luft/IG-L) die Schadstoffkomponenten Blei im Schwebstaub und Benzol erfasst. Weiters sind Depositionsmessungen für Staubbiederschlag sowie für die darin enthaltenen Schadstoffe Blei und Cadmium vorzunehmen. Für mobile Messungen steht der Umweltschutzabteilung ein Luftmessbus zur Verfügung. Immissionsmessungen finden auch in anderen Bereichen statt. Alle drei Jahre wird vom Labor der Umweltschutzabteilung der Gehalt an Schwermetallen im Wiener Boden untersucht. Regelmäßig untersucht das Labor auch Regeninhaltsstoffe (Säuren, Salze und Schwermetalle). Auch der Anteil an Schwermetallen in Staubbiederschlägen wird kontinuierlich ermittelt.

Lärmmessungen

Im Lärmbereich wird mit Hilfe eines Lärmesswagens, aber auch mit tragbaren Lärmessgeräten die Lärmbelastung für die Wiener Bevölkerung gemessen.

Leitfäden und Arbeitshilfen für effizienten Umweltschutz

Die Ergebnisse von Forschungsprojekten sind im Idealfall die Basis, auf der Leitfäden und Arbeitshilfen für einen effizienten Umweltschutz entwickelt und entsprechende Maßnahmen möglichst rasch umgesetzt werden können. Damit Ergebnisse wissenschaftlicher Studien auch in der Praxis realisiert werden können, müssen Wissenschaftler, die Verwaltung als Auftraggeber und Praktiker intensiv zusammenarbeiten. Auf eine solche optimale Zusammenarbeit legt die Umweltschutzabteilung bei der Vergabe von Forschungsprojekten größten Wert.

Umweltprogramme und interdisziplinäre Projekte

Um Umweltschutz mittel- und langfristig planen und betreiben zu können, werden Rahmenpläne und Programme ausgearbeitet, vor allem für jene Bereiche, für die Umsetzungsstrategien auf möglichst breiter Basis ausgearbeitet werden müssen. Denn Umweltschutz ist eine klassische Querschnittsmaterie, wobei die Mitarbeit vieler verschiedener Dienststellen und Unternehmen der Stadt Wien, aber auch externer Interessenvertretungen, NGOs (non-governmental organizations), privater Institutionen, der Wiener Wirtschaft und letztendlich aller WienerInnen notwendig ist. Möglichst viele Verbündete müssen gewonnen werden, da viele Umweltmaßnahmen nicht allein von der Stadtverwaltung, sondern nur in Kooperation mit weiteren Partnern realisiert werden können. Ein Beispiel dafür ist das KliP-Klimaschutzprogramm, mit dem die Stadt Wien jenen Verpflichtungen entsprechen will, die sie mit dem Beitritt zum Klimabündnis (1991) und der Unterzeichnung der Charta von Aalborg (1996) eingegangen ist oder auch der ÖkoBusinessPlan Wien. Mit dieser Initiative sollen möglichst viele Wiener Betriebe motiviert werden, maßge-

schneiderte Umweltprogramme wie Ökoprot, EMAS, Betriebe im Klimabündnis und das Umweltzeichen Tourismus durchzuführen.

Umweltmaßnahmen und ihre Umsetzung in der Praxis

Zahlreiche unterschiedliche Maßnahmen und (Pilot)projekte tragen dazu bei, die Umwelt- und Lebensqualität zu erhalten und zu verbessern, so etwa im Rahmen des KliP-Klimaschutzprogrammes oder auch zum Schutz von wild lebenden Tier- und Pflanzenarten sowie ihrer Lebensräume. Auch in Schutzgebieten bei den Naturdenkmälern oder anderen wertvollen Flächen im Stadtgebiet laufen spezielle Pflegeprogramme, wie z. B. zum Schutz der Wienerwaldwiesen, Weingartenbrachen oder Stadtwildnisflächen.

Subventionen

Im Subventionsbereich ist es Aufgabe der Umweltschutzabteilung, private Vereine und Institutionen, die wichtige Aufgaben im Bereich des Umweltschutzes übernommen haben, finanziell zu unterstützen. Der Schwerpunkt dabei liegt bei der Finanzierung der „Wiener Umweltberater“. Weitere Förderungen haben die Wiener Naturwacht, die Umweltspürnasen, der Verein Niederösterreich-Wien, das Ökosoziale Forum Wien, der Österreichische Naturschutzbund, ÖGUT (Österreichische Gesellschaft für Umwelt und Technik), Wiener Naturfreunde, die Eulen- und Greifvogelstation, CIPRA Österreich (Internationale Alpenschutzkommission), die Fledermauskundliche Arbeitsgemeinschaft, der Wiener Landesjagdverband, der Verein der Freunde des pädagogischen Institutes und der Verein „Ernte für das Leben“ erhalten. An Subventionsgeldern und Mitgliedsbeiträgen wurden von der Umweltschutzabteilung 1999 insgesamt rund ATS 21 Mio. ausbezahlt.

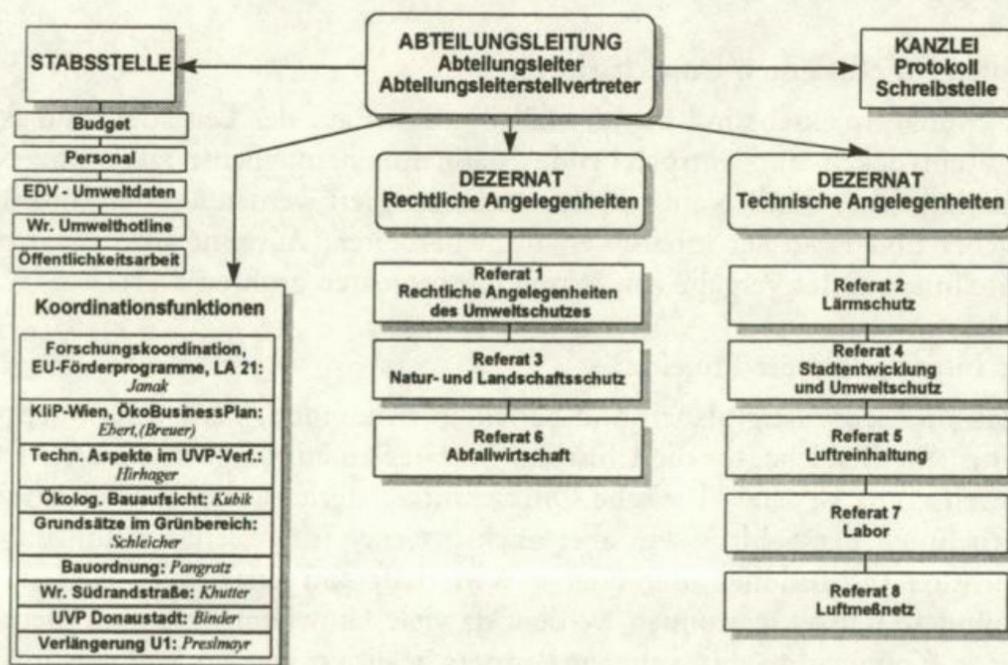
Öffentlichkeitsarbeit

Information und Service sind ein weiterer Schwerpunkt. Zentrale Anlaufstelle für umweltrelevante Fragen und Beschwerden ist die Wiener Umwelt Hotline (4000/8022). Die zahlreichen Folder und Broschüren können unter der Umwelt Hotline Nummer 4000/88 220 bestellt werden. Zusätzlich werden noch zwei Tonbanddienste betrieben, der Tonbanddienst zum Luftgütebericht (4000/8820) und die Ozon Hotline „Ozonix“ (4000/88288). Sie informieren die WienerInnen über die aktuelle Qualität der Wiener Luft. Als Bürgerservice werden jährlich zahlreiche Broschüren, Plakate und Folder sowie der Wiener Umweltbericht produziert. In der Schriftenreihe „Beiträge zum Umweltschutz“ werden die Ergebnisse aktueller Umwelt(Forschungs)projekte der Umweltschutzabteilung veröffentlicht. Die Umweltschutzabteilung ist auch via Internet unter www.wien.gv.at/ma22/ für den Bürger erreichbar. Zum Internetangebot gehören u. a. die aktuellen Luftmesswerte der Bundeshauptstadt. Fachinformationen – vom Lärmkatalog über das Biotopmonitoring und viele andere umweltrelevante Themen – stehen jederzeit zur Verfügung.

Die Fachreferate der MA 22 – Umweltschutz

Die Magistratsabteilung 22 – Umweltschutz besteht aus einem Technischen Dezernat und einem Rechtsdezernat. Dem Rechtsdezernat sind jene Fachreferate zugeordnet, die mit Bescheid, also als Behörde, tätig werden (Referat 1: Rechtliche Angelegenheiten des Umweltschutzes, Referat 3: Natur- und Landschaftsschutz sowie das Referat 6:

ORGANISATION DER MA 22 - UMWELTSCHUTZ



Abfallwirtschaft). Die anderen Referate, bei deren Arbeit die Umwelttechnik im Vordergrund steht, sind im Dezernat „Technische Angelegenheiten“ zusammengefasst. Geleitet wird das Technische Dezernat vom Abteilungsleiter und das

Rechtsdezernat vom Abteilungsleiterstellvertreter. Unterstützt wird die Abteilungsleitung von der Stabstelle, die für Budget-, Personal- und EDV-Angelegenheiten, Öffentlichkeitsarbeit/PR sowie die interne Koordination und Organisation verantwortlich ist. Für referats- bzw. magistratsübergreifende Projekte wurden hauptverantwortliche Projektkoordinatoren ernannt.

Umweltrecht

Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP)

Das Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz (UVP-G) sieht für bestimmte Vorhaben eine umfassende Überprüfung der Umweltauswirkungen vor. In einem derartigen Verfahren ist eine einzige Behörde für alle erforderlichen Genehmigungen, Bewilligungen und Anzeigen, die mit dem Vorhaben verbunden sind, zuständig (One-Stop-Shop-Prinzip). Gleichzeitig erfolgt in diesem Verfahren eine verstärkte Information der Öffentlichkeit und Einbindung der Bürger.

UVP-Verfahren Kraftwerk Donaustadt in Rekordzeit abgeschlossen

Die Errichtung des neuen Kraftwerkblocks Donaustadt 3 wurde am 18. Juni 1999 von der Wiener Landesregierung per Bescheid genehmigt. In der Rekordzeit von nur 18 Monaten wurde das von der Wiener Umweltschutzabteilung (MA 22) durchgeführte Verfahren zur Umweltverträglichkeitsprüfung für den dritten Block des Kraftwerks Donaustadt abgeschlossen. Das Verfahren war damit wesentlich kürzer als der im UVP-Gesetz dafür vorgegebene zeitliche Rahmen von 24 Monaten. Gespart wurden dadurch etwa ATS 115 Mio., denn mit der Errichtung des Kraftwerks kann nun um ein halbes Jahr früher begonnen werden.

Am UVP-Verfahren beteiligt waren insgesamt 23 Gutachterteams, die Wiener Umwelthanwaltschaft und Vertreter der 23 Gemeinden, die an Wien angrenzen. Beurteilt und überprüft wurde, ob das Projekt den einzelnen Rechtsvorschriften wie Luftreinhaltegesetz für Kesselanlagen, Forstgesetz, Wasserrechtsgesetz, Wiener Nationalparkgesetz, Bauordnung für Wien, Wiener Baumschutzgesetz und dem Wiener Elektrizitätswirtschaftsgesetz entspricht. Zahlreiche Auflagen wurden erteilt, damit das neue Kraftwerk nach dem neuesten Stand der Technik arbeitet und die Belastungen für die Umwelt möglichst gering bleiben. Breiter Raum wurde der Bürgerbeteiligung gewidmet, und zwar im Rahmen öffentlicher Auflagen und einer öffentlichen Erörterung im Wiener Rathaus. Wesentliche Einwände gegen das Projekt wurden weder von der Bevölkerung noch von der Wiener Umwelthanwaltschaft eingebracht.

Das neue Kraftwerk bringt für die Umweltsituation in Wien zahlreiche Vorteile: Sobald der neue Block voraussichtlich 2001 ans Netz geht, können andere Kraftwerksblöcke wesentlich älterer Technologie und mit geringerem Wirkungsgrad in Simmering und Donaustadt stillgelegt werden. Beim neuen Kraftwerksblock handelt es sich um ein 350 Megawatt-Gas- und Dampfturbinenkraftwerk (GuD-Kraftwerk) mit Kraft-Wärme-Kopplung. Sensationell hoch ist der Wirkungsgrad: Mit Fernwärmeauskoppelung beträgt der Gesamtwirkungsgrad 86 %, ohne Fernwärmeauskoppelung ist der elektrische Wirkungsgrad mit 58 % noch immer beachtlich. Fernwärme aus Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen spart gegenüber herkömmlicher Erzeugung in Heizwerken rund 60 % an fossiler Energie. Gegenüber der dezentralen Fernwärmeerzeugung in Heizkesseln werden nach Inbetriebnahme jedes Jahr insgesamt 200.000 t Heizöl eingespart. Der Brennstoffbedarf ist ebenfalls wesentlich geringer. Modernste Technik sorgt dafür, dass jedes Jahr 150 Mio. m³ Erdgas weniger als bisher benötigt werden. Die Gesamtkosten für den neuen Kraftwerksblock betragen rund ATS 2,5 Mrd. Die Investition wird sich bereits in rund 12 Jahren gerechnet haben. Denn mit dem neuen Kraftwerksblock wird die Stromerzeugung in Wien insgesamt um ATS 230 Mio. pro Jahr billiger.

Naturschutz

Naturschutzrelevante Gesetze und Verordnungen

Am 14. Dezember 1999 wurde von der Wiener Landesregierung auf der Grundlage des neuen Wiener Naturschutzgesetzes die neue Wiener Naturschutzverordnung beschlossen. Darin werden die in Wien geschützten Tier- und Pflanzenarten aufgelistet und in verschiedene Schutzkategorien eingeteilt. Weiters wurden 1999 die Arbeiten für die Neuerlassung einer Verordnung zum Landschaftsschutzgebiet „Hernals“ begonnen. Dabei sollen die Grenzen des Landschaftsschutzgebietes entsprechend den Vorgaben des neuen Wiener Naturschutzgesetzes neu festgelegt werden. Außerdem wurden 1999 für folgende Projekte naturschutzbehördliche Bewilligungsverfahren abgewickelt: Bau der Bundesstraße B 301 (Trassenfestlegungsverfahren), Ausbau der Flughafenschnellbahn S 7, Ausbau der Schnellbahnlinie S 80 sowie für die Errichtung des Trinkwasserbehälters am Michaelerberg.

Details zur neuen Wiener Naturschutzverordnung, dem Landschaftsschutzgebiet „Hernals“ und den verschiedenen behördlichen Bewilligungsverfahren sind dem Kapitel „Naturschutz“ zu entnehmen.

Vertraglicher Naturschutz:

Durch den § 6 des im Jahr 1998 in Kraft getretenen Wiener Naturschutzgesetzes wird dem Magistrat der Stadt Wien ausdrücklich die Möglichkeit eingeräumt, privatrechtliche Vereinbarungen mit natürlichen oder juristischen Personen

einzuweisen, um die Schutzziele des Naturschutzgesetzes zu erreichen. Die ersten drei Projekte im Rahmen des vertraglichen Naturschutzes (Löss-Hohlweg, Wien 10., Am Johannesberg; Aktion „Lebensraum Obstbaum“ und Aktion „Lebensraum Ackerrand“) wurden im Jahr 1999 bereits gestartet. Siehe dazu auch den Abschnitt „Naturschutz“ (Umsetzung von Maßnahmen in der Praxis/Vertraglicher Naturschutz).

Wiener Nationalpark: Managementpläne

Das Wiener Nationalparkgesetz sieht vor, dass der Magistrat der Stadt Wien für Nationalparkflächen auf Vorschlag der Nationalparkverwaltung nach Anhörung der Jagdausübungsberechtigten, der Fischereiausübungsberechtigten und der Fischereiberechtigten jährlich unter Bedachtnahme auf die Zielsetzungen des Wiener Nationalparkgesetzes sowie auf die Richtlinien der Weltnaturschutzorganisation (International Union for Conservation of Nature and Natural Resources – IUCN) für Nationalparks, Stand 1994, jagd- und fischereiliche Managementpläne festzulegen hat. Entsprechend diesen Grundlagen wurde sowohl ein fischereilicher als auch ein jagdlicher Managementplan 2000 im Amtsblatt der Stadt Wien vom 30. Dezember 1999 kundgemacht.

Der fischereiliche Managementplan 2000 ist der zweite Managementplan in einer fünfjährigen Übergangsphase bis 2003, in welcher der Versuch unternommen wird, die bis 1998 auf überwiegend fischereiwirtschaftlichen Grundsätzen beruhende Nutzung der Gewässer im Wiener Gebiet des Nationalparks Donau-Auen mit den vorwiegend ökologischen Zielsetzungen des Wiener Nationalparkgesetzes in Einklang zu bringen. Die durch das Gesetz grundsätzlich als Freizeitnutzung erlaubte Fischerei soll den natürlichen Kreislauf der Lebewesen und Elemente nicht wesentlich beeinträchtigen und es soll die für das Gebiet der Donau-Auen charakteristische Tier- und Pflanzenwelt einschließlich ihres Lebensraumes bewahrt werden. Wichtige Neuerungen im Jahr 2000 sind die weitere Herabsetzung der Fischereilizenzen und des Besatzes mit Karpfen (Hinzufügen angekaufter Fangfische), die Festsetzung einer allgemeinen Schonzeit im Bereich der Unteren Lobau von 15. März bis 31. Mai 2000 und die Freigabe des bisher zur allgemeinen Schonzeit erklärten September für die Fischerei.

Abfallwirtschaft

Tätigkeit als Behörde

Im Rahmen der behördlichen Tätigkeit wurden von der MA 22 – Referat für rechtliche Angelegenheiten als Abfallbehörde anlagenbezogene Verfahren gemäß § 9 Abfallwirtschaftsgesetz – AWG (für Anlagen, bei denen über das haushaltsähnliche Ausmaß hinausgehend Abfälle anfallen) und gemäß § 29 AWG (für Abfallbehandlungsanlagen) durchgeführt.

Weiters wurden Erlaubnisse gemäß § 15 AWG zum Sammeln und Behandeln gefährlicher Abfälle erteilt und Feststellungsverfahren gemäß § 4 AWG geführt. Bei letzterem handelt es sich um Verfahren, bei denen festgestellt wird, ob eine Sache Abfall ist und welcher Abfallart eine Sache zuzuordnen ist.

Im Rahmen des § 6 Wiener Abfallwirtschaftsgesetzes wurden Meldungen über Abfallsammler und Abfallbehandler für nicht gefährliche Abfälle geprüft.

Es wurden weiters etliche strafbare Übertretungen des Abfallwirtschaftsgesetzes und dessen Verordnungen (z. B. Abfallnachweisverordnung) zur Anzeige gebracht und Anfragen der Strafbehörden (Magistratische Bezirksämter) dazu beantwortet.

Zahlreiche Stellungnahmen erfolgten auch im Zuge von Verwaltungsstrafverfahren bei Übertretungen der Verpackungsverordnung, die vom Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie angezeigt wurden.

Bei diesen behördlichen Tätigkeiten wurden u. a. die Sachverständigen des Referates für Abfallwirtschaft der MA 22 zur Begutachtung beigezogen.

Außerdem wurden Ausbildungskurse und Informationsveranstaltungen (z. B. für Abfallbeauftragte und Tierärzte) durchgeführt.

Die Juristen des Referates 1 haben auch an diversen Arbeitskreisen teilgenommen, die einerseits einen verbesserten Vollzug bewirken sollen und andererseits das Ziel verfolgen, ein neues leichter vollziehbares und den Grundsätzen der Abfallwirtschaft besser entsprechendes Abfallwirtschaftsgesetz zu erarbeiten.

Einen großen Bereich der Tätigkeiten umfassten die legislativen Arbeiten zur Novellierung des Wiener AWG und zu Begutachtungen von Gesetzes- und Verordnungsentwürfen des Bundes.

Umsetzung der IPPC-Richtlinie in nationales österreichisches Recht

Derzeit wird an der Umsetzung der IPPC-Richtlinie in nationales österreichisches Recht gearbeitet. IPPC (Integrated Pollution Prevent Control) ist eine seit 31. 10. 1999 gültige EU-Richtlinie (96/61/EG) über die integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung in Genehmigungsverfahren für bestimmte Anlagen. Das Ziel des nach dieser Richtlinie vorgesehenen Konzeptes besteht darin, Emissionen in Luft, Wasser, Boden unter Einbeziehung der Abfallwirtschaft und der Energieeffizienz soweit wie möglich zu vermeiden und – wo dies nicht möglich ist – zu vermindern, um ein hohes Schutzniveau für die Schutzgüter Luft, Boden, Wasser zu erreichen.

Strategische Umweltprüfung „Wiener Abfallwirtschaftsplan“

Neben all den behördlichen und weiterbildenden Tätigkeiten wurde auch 1999 ein zukunftsorientiertes Projekt in Angriff genommen, das im Jahr 2000 fortgesetzt wird. Die Planung der Abfallwirtschaft des Landes Wien wird dabei einer strategischen Umweltprüfung (SUP) unterzogen. Die SUP für Pläne und Programme soll zukünftig auf Grund einer Richtlinie der EU, die derzeit in Ausarbeitung ist, verpflichtend durchgeführt werden. Vom Land Wien wird diese Umweltprüfung bereits jetzt ohne gesetzliche Verpflichtung angewendet.

Von den Magistratsabteilungen 22 und 48 werden unter Beiziehung weiterer betroffener Magistratsdienststellen, wissenschaftlicher Experten und einer qualifizierten Öffentlichkeit die zukünftige Entwicklung der Wiener Abfallwirtschaft untersucht und auch mögliche Alternativen überprüft. So soll der weitere Weg der Wiener Abfallwirtschaft bis in das Jahr 2010 ermittelt werden. Diese umfassende Planung erfolgt dabei nicht nur nach technischen und ökonomischen, sondern auch nach ökologischen Aspekten. Details zur SUP sind im Kapitel Abfallwirtschaft nachzulesen.

Lärmschutz

Forschungs- und Monitoringprojekte

Studie zur Verbesserung der Fluglärmsituation

Die Umweltschutzabteilung der Stadt Wien hat 1997 gemeinsam mit dem Flughafen Wien-Schwechat eine Studie beauftragt, um die Möglichkeiten auszuloten, die Fluglärmsituation über dem Wiener Stadtgebiet zu verbessern. Das Projekt wurde vom renommierten Universitätsprofessor Dr. Ing. Manfred Fricke vom Institut für Luft- und Raumfahrt von der Technischen Universität Berlin durchgeführt. Prof. Fricke hat sich bereits mit dem Lärmproblem beim neuen Flughafen München intensiv beschäftigt und erfolgreiche Lösungen ausgearbeitet. Die Ergebnisse der im Juni 1998 präsentierten Studie sind folgende: Eine Verbesserung der Fluglärmsituation kann nach der Expertenstudie hauptsächlich durch zwei Maßnahmen erreicht werden. Einerseits soll der Gleitpfad, also der Winkel, in dem die Flugzeuge die Landebahn anfliegen, von derzeit 3,1° auf 3,5° erhöht werden. Das würde die Lärmbelastung um bis zu eineinhalb Dezibel reduzieren. Lärmtechnisch optimiert werden können auch die Abflugrouten. Der Handlungsspielraum dabei ist allerdings ein geringerer, da die Flugsicherung bereits in den letzten Jahren alternative Abflugrouten entwickelt hat, die kaum über das Wiener Stadtgebiet führen. Weitere Verbesserungen sind jedoch in einzelnen Bereichen möglich.

1999 wurden die Verhandlungen zwischen der Stadt Wien und den zuständigen Bundesdienststellen über eine Umsetzung der im Gutachten vorgeschlagenen Maßnahmen aufgenommen. Besonders die Anhebung des Gleitpfades von derzeit 3,1° auf 3,5° soll noch im Laufe des Jahres 2000 in der Praxis getestet und umgesetzt werden.

EU LIFE Projekte SYLVIE

Lärmprobleme gehören in der EU zu den Umweltproblemen, welche die Bevölkerung direkt betreffen. Nach einer OECD-Studie sind von 826 Mio. Menschen in den OECD-Mitgliedstaaten ca. 50 % einem Verkehrslärm von über 55 dB (A) und ca. 16 % einem von über 65 dB (A) ausgesetzt. In ihrem fünften Umweltaktionsprogramm (1993 bis 2000) hat sich die EU weit reichende Zielvorgaben gesetzt, wenn sie feststellt: „No person should be exposed to noise levels which endanger health and quality of life.“

Gemäß Evaluierung des fünften Umweltaktionsprogramms der EU sind 11 % der städtischen Bevölkerung von einem Lärmpegel über 70 dB (A) betroffen. Die Lärmbelastung im dicht bebauten Stadtgebiet liegt in den meisten Städten ganz erheblich über den anzustrebenden Grenz- und Richtwerten. Gleichzeitig steigt die von der Bevölkerung empfundene subjektive Lärmbelästigung. Lärminderung ist deshalb eine wesentliche Aufgabe kommunaler Umweltpolitik.

Im Gegensatz zu anderen Umweltfaktoren wurde eine solche Lärminderung angesichts der Wirkungsmechanismen und physikalischen Gesetzmäßigkeiten, aber auch wegen der geringen Handlungsbereitschaft aller Akteure bislang noch kaum erfolgreich realisiert. Im Rahmen von SYLVIE soll in einem kooperativen Lärmsanierungsverfahren für ein ausgewähltes Stadtgebiet eine Lärminderung (Reduzierung der Lärmbelastung und der Lärmbelästigung) erreicht und ein entsprechendes Bewusstsein der Akteure geschaffen werden. Das ist die Voraussetzung für eine wirksame Ausschöpfung bestehender Handlungsspielräume. Diesem kooperativen Ansatz liegt die Erkenntnis zu Grunde, dass Expertengutachten bzw. konventionelle Lärmsanierungsplanungen in der Regel wenig bewirkt haben.

SYLVIE ist handlungsorientiert angelegt, was sowohl eine dialektische Sichtweise auf Vor- und Nachteile städtischen Zusammenlebens als auch einen innovativen methodischen Ansatz zur Projektabwicklung voraussetzt. Schließlich handelt es sich bei der Lärminderung in städtischen Wohngebieten um ein Politikfeld, das weit reichende und systematische Kooperation als Grundlage für die notwendigen Verhaltensänderungen und Maßnahmen voraussetzt.

Das Lärmsanierungsprojekt SYLVIE besteht methodisch aus folgenden Bausteinen:

- Lärmanalyse in einem ausgewählten Sanierungsgebiet.
- Kooperatives Lärmsanierungsverfahren nach Grundsätzen der Local Agenda 21 zur Auslotung des Handlungsspielraumes und zur partizipativen Entwicklung eines Sanierungskonzeptes, wobei Pilotprojekte, die schon während der Projektdauer eingeleitet werden, eine wichtige Rolle spielen.
- Begleitender Aufbau eines Online-Informationssystems.

Erwartete Ergebnisse:

- Reduzierte Lärmbelastung im ausgewählten Sanierungsgebiet durch umgesetzte Pilotprojekte
- modular aufgebautes Lärminformationssystem als Kommunikations- und Planungsinstrument
- verbesserte Kommunikation, Kooperation der Akteure (Bevölkerung, ExpertInnen, PolitikerInnen, Verwaltung)
- gemeinsame Sicht- und Handlungsweise aller Beteiligten.

Das Projekt SYLVIE baut auf breit gestreute empirische und methodische Erfahrungen der Stadt Wien im Bereich des Lärmschutzes auf. Es soll innerhalb von 3 Jahren abgewickelt werden. Es ist vorgesehen, die konkreten Ergebnisse, die für das Sanierungsgebiet erwartet werden, nicht nur für die gesamtstädtische Lärmsanierung, sondern auch im Sinne einer „Best Practice“ für andere EU-Städte nutzbar zu machen. Deshalb ist eine geeignete und systematische Verbreitung der Ergebnisse ein zentraler Bestandteil des Projektes.

Auswirkungen von Fluglärm auf den Menschen – Literaturzusammenstellung

In dieser Arbeit wird die seit 1985 erschienene Literatur zum Thema „Gesundheitliche Auswirkungen von Flugverkehrslärm“ zusammengetragen und nach Sachgebieten geordnet dargestellt, wobei sich die Auswahl der Literatur an der Gesundheitsdefinition der WHO orientiert, die Gesundheit als einen Zustand des umfassenden physischen, psychischen und sozialen Wohlbefindens und nicht nur des Fehlens von Krankheit oder Behinderung sieht. Die Zusammenstellung beschränkt sich auf die extraauralen, also nicht gehörbezogenen Lärmwirkungen. Sie stellt die Vorarbeit für die in der Folge geplante systematische Aufarbeitung der Literatur dar. In dieser Fortführung des Projekts sollen die einzelnen Arbeiten auf ihre methodische Qualität sowie Vergleichbarkeit und inhaltliche Relevanz geprüft werden. Es ist weiters geplant, die vom gesundheitlichen Standpunkt wesentlichsten Gesichtspunkte für Überlegungen zu Regelungen im Bereich der Fluglärmbelastung aufzubereiten.

Für 2000 ist geplant, aufbauend auf diese Literaturzusammenstellung, wissenschaftliche Grundlagen zur medizinischen Beurteilung von Fluglärmimmissionen zu erarbeiten.

Umsetzung von Lärmschutzmaßnahmen

Prioritätenkatalog für Lärmschutzmaßnahmen an ÖBB-Schienenstrecken

Mit Hilfe des Schienenlärmkatasters der MA 22 wurde bereits eine Prioritätenreihung für die Errichtung von Lärmschutzmaßnahmen an ÖBB-Schienenstrecken auf dem Wiener Stadtgebiet fertig gestellt. Ziel ist es, die Maßnahmen mit Priorität 1 möglichst rasch zu realisieren. Dazu gehören Lärmschutzmaßnahmen in den Bereichen Westbahnhof, Einmündung der Vorortelinie in die Westbahn (14. Bezirk bei Ameisbrücke), Westbahn im Bereich Blindenheim (14. Bezirk), Nordbahnhof, Nordwestbahnhof (Praterstern), Ostbahn (Simmering) und Donauuferbahn (Handelskai). Die Prioritätsstufe 1 betrifft eine Streckenlänge von insgesamt rund 2,2 Kilometern. Als Lärmschutzmaßnahmen sind hauptsächlich Lärmschutzfenster bzw. -wände vorgesehen. Die Kosten dafür betragen etwa ATS 100 Mio. Bisher hat sich der Bund als Eigentümer der ÖBB hartnäckig geweigert, die Maßnahmen zu finanzieren, wie es bei Anwendung des Verursacherprinzips logisch wäre.

Wiener Umwelt Hotline (MA 22) hilft der Bevölkerung gegen den Baulärm

Eine erhöhte Belastung durch Baulärm ist zwar örtlich wie zeitlich begrenzt, für die Anrainer ist sie trotzdem ein Problem. Deshalb kann sich jeder Bürger, der von zu lautem Baulärm betroffen ist, an die Wiener Umwelt-Hotline (MA 22) wenden, die unter der Wiener Telefonnummer 4000/8022 erreichbar ist. In der Praxis sehen Anti-Lärm-Einsätze der Umwelt-Experten der MA 22 so aus, dass sie den Beschwerden nachgehen, indem sie z. B. sich vor Ort die Situation ansehen, den Lärmpegel messen und prüfen, ob die eingesetzten Maschinen den Gesetzen entsprechen. Wo Maßnahmen notwendig erscheinen, wird auch zwischen Bauträgern und Anrainern vermittelt. Denn aus mehrjährigen Erfahrungswerten ergibt sich, dass oft bereits einfache Maßnahmen ausreichen, die Baulärmbelastung für die Bevölkerung verringern zu helfen.

Umweltverträglichkeitsbeurteilung

Für Projekte der Stadtplanung und Stadterneuerung werden lärm- und schadstofftechnische Umweltverträglichkeitsgutachten erstellt oder bewertet. Grundlagen für die Umweltverträglichkeitsbewertung sind neben der normengerechten Messwerterfassung computerunterstützte Berechnungen von Ausbreitungsmodellen für Lärm und Luftschadstoffen. Für die notwendige Bewertung der Intensitäten und Wirkungen von Lärmquellen liegen in der Regel Normen und technische Richtlinien vor, die im 1998 neu angekauften Lärmausbreitungsmodell CADNA berücksichtigt sind. In Zusammenarbeit mit dem Institut für Verbrennungskraftmaschinen und Kraftfahrzeugbau der Technischen Universität Wien wurden die Emissionsdaten für Kfz-Abgase mit Prognosen bis zum Jahr 2000 ermittelt. Sie ermöglichen neben den bisher relevanten Schadstoffen CO und NO₂ auch das toxische Potenzial von Benzol und Rußpartikeln in Kfz-Abgasen in umwelttechnische Gutachten einzubinden. Durch die Weiterentwicklung des ÖNORM-Modells für kleinere und mittlere Emittenten können nun auch Immissionskonzentrationen bei wind-schwachen Wetterlagen berechnet werden (Stille-Modell). Das modifizierte Gauß-Modell ermöglicht die Simulation der Ausbreitungsmechanismen von Stäuben.

Modernste Computerunterstützung für die Erhebung der Lärmbelastung an Wiens Straßen- und Schienenstrecken
Beim Kampf gegen den Lärm setzt die Stadt Wien auf modernste Computerunterstützung. Sowohl für den Verkehrslärm wie auch den Schienenlärm wurden eigene EDV-Programme entwickelt. Vom Straßenverkehrslärm-Immissionskataster, kurz SLIM genannt, wird das gesamte Hauptstraßennetz erfasst. Die Programme werden alle zwei Jahre mit den aktuellen Daten aus den Verkehrszählungen gefüttert. SLIM zeigt die Lärmbelastung an, die in den Straßenzügen jeweils an der Baulinie auftritt. Dabei wird sogar zwischen linker und rechter Straßenseite unterschieden. Die Straßenzüge werden nach bestimmten Lärmbelastungskategorien geordnet. So erkennt man, in welchen Straßen die Grenzwerte um wie viel überschritten werden. 1999 wurde eine neue Benutzeroberfläche geliefert, welche eine unmittelbare Abfrage aus dem Geografischen Informationssystem (GIS) ermöglicht.

Ähnlich wie der Straßenlärmkataster funktioniert auch der Schienenlärmkataster (SLIK). Er stellt die Schallimmissionen an beiden Seiten der Schienenstrecken der Österreichischen Bundesbahnen in Wien dar. Die Immissionswerte werden durch einen dichten Raster von Immissionspunkten ausgewiesen und in drei Lärmzonen zusammengefasst.

Naturschutz

Biotopmonitoring

Im Auftrag der Wiener Umweltschutzabteilung führt das Österreichische Bundesinstitut für Gesundheitswesen (ÖBIG) ein europaweit einzigartiges Projekt zum Schutz der Vegetation in einer Millionenstadt durch. Beim Biotop-Monitoring werden mit Infrarot-Luftbildern und modernsten Methoden der Luftbildinterpretation die Grünstrukturen der Stadt erhoben. Da das Biotop-Monitoring regelmäßig in einem Zyklus von drei bis fünf Jahren wiederholt wird, können die positiven oder negativen Veränderungen bei der Grünraumentwicklung festgestellt werden.

Regelmäßig werden gestochen scharfe Infrarot-Luftbilder von der Stadt aufgenommen. So sieht man, wie viel Grün es wo in Wien gibt. Bei dieser Aufnahmetechnik wird das Rückstrahlverhalten der Pflanzen genutzt, das je nach Art, Alter, Standortbedingungen und Vitalität der Pflanze unterschiedlich ist. Durch ausgereifte Methoden zur Luftbildinterpretation erkennt man bis ins Detail wie gesund oder krank die Bäume, Sträucher oder Hecken auf den Grünflächen in der Stadt sind. Flächendeckend und lückenlos können sämtliche Informationen zur Lage, Größe, Anzahl, Art und Struktur der Grünflächen aus den Infrarotbildern abgelesen werden. Verkehrsflächen, Häuser, Innenhöfe, Parkanlagen, Alleen oder einzelne Baumreihen sind deutlich voneinander zu unterscheiden. Man sieht sogar, wie sich die Grünbestände zusammensetzen, z. B., ob es sich um Wiesen, Büsche, Laubbäume, Nadelgehölze oder Ziergehölze handelt. Zu erkennen ist auch, wie die Grünflächen genutzt werden, z. B. als Gastgarten, als Spielfläche oder negativerweise als Parkplatz. Der Versiegelungsgrad kann mit den Bildern als Basis einfach berechnet werden. Er zeigt wie viele Quadratmeter auf einer bestimmten Stadtfläche verbaut, betoniert oder asphaltiert sind und wie viel Platz letztendlich für Grün übrig bleibt. Sämtliche Flüge über dem gesamten Wiener Stadtgebiet wurden bereits absolviert und die Daten für die inneren Bezirke ausgewertet. Bis Ende des Jahres 2000 werden dann die kompletten Daten für alle Bezirke vorliegen.

Voruntersuchung zum Management und Monitoring der Alten Schanzen am Bisamberg

Drei der Alten Schanzen (Napoleon-Schanzen) im 21. Wiener Gemeindebezirk sind als Natura-2000-Gebiet nominiert. Für diese gilt ein „Verschlechterungsverbot“, d. h. ihr ökologischer Zustand muss zumindest erhalten werden. Mit Trocken- und Halbtrockenrasen beherbergen die Schanzen wertvolle und europaweit seltene Lebensräume. Zudem sind sie wichtige Erholungsräume in einem Stadterweiterungsgebiet, das durch intensive Landwirtschaft arm an naturnahen Räumen ist. Wegen der Aufgabe der landwirtschaftlichen Nutzung vor mindestens 20 bis 30 Jahren sind große Teile des Untersuchungsgebietes verbuscht bzw. aktuell durch Verbuschung gefährdet.

Inhalt der Arbeit ist die Dokumentation der Pflanzengesellschaften (u. a. *Festucion valesiacae*, *Cirsio-Brachypodium pinnati*) auf den Schanzen und der vorkommenden Sukzessionsstadien. Die gegenwärtig durchgeführten Pflegemaßnahmen werden diskutiert. Darüber hinaus werden weitere notwendige Maßnahmen, wie etwa das Zurückdämmen der Verbuschung und die Entnahme von Gehölzen, angesprochen.

Forschungsprojekt „Konzept für die Sicherung des Verschiebebahnhofs Breitenlee als geschützter Landschaftsteil“

Ziel dieses Projekts war es, unter besonderer Berücksichtigung der naturschutzfachlichen Bewertung und des naturschutzfachlichen Bezirksleitbildes, Grundlagen und einen konkreten räumlichen Abgrenzungsvorschlag für eine Unterschutzstellung gemäß § 25 Wiener Naturschutzgesetz zu erarbeiten. Dazu war eine Gewichtung der naturschutzfachlichen Qualitätsziele gegenüber den Zielvorstellungen anderer Nutzergruppen sowie das Aufzeigen möglicher alternativer Zielszenarien erforderlich.

Erstellung von Artenporträts der per Verordnung geschützten und streng geschützten Pflanzenarten Wiens sowie von Porträts der in der Naturschutzverordnung bezeichneten Biotoptypen

Die neue Wiener Naturschutzverordnung regelt nicht nur den Schutzstatus einzelner Arten bzw. Artengruppen neu, sondern nimmt auch Differenzierungen im Lebensraumschutz vor. Weiters werden Biotoptypen bezeichnet. Diesen Typen zuordenbare Biotope können per Bescheid unter Schutz gestellt werden.

Die Erarbeitung der Porträts verfolgt zwei Zwecke: Einerseits soll der Wiener Bevölkerung mittels einer populären Broschüre die Möglichkeit gegeben werden, sich mit diesen Schutzgütern vertraut zu machen. Andererseits soll für Sachverständige, Naturwacheorgane u. a. verordnungsbezogen kompaktes Informationsmaterial mit Wienbezug zur Verfügung stehen.

Die Porträts (12 Biotoptypen, 100 Pflanzenarten) sind daher inhaltlich und formal so strukturiert, dass sich mit möglichst geringem Aufwand aus den umfassenderen Beschreibungen kurze und prägnante Charakteristiken sowie Abfragen generieren lassen. Deshalb und wegen der vielfältigen weiteren Verwendungsmöglichkeiten wurden die Porträts als Datenbank angelegt.

Ökologische Entwicklungsflächen – Grundlagen zur Umsetzung

Ökologische Entwicklungsflächen sind eine neue Schutzkategorie gemäß Wiener Naturschutzgesetz. Im Vordergrund steht die gezielte Entwicklung des Potenzials einer Fläche und weniger der aktuelle naturschutzfachliche Wert. Durch die Ausweisung von auch zeitlich befristeten, geschützten Flächen soll ein Netzwerk Natur in der Stadt zur Sicherung der Ansprüche des Arten- und Lebensraumschutzes, des Landschaftshaushaltes sowie der Erlebbarkeit von Natur in der Stadt geschaffen werden.

Zirka 80 Flächen wurden auf ihre Eignung als ökologische Entwicklungsfläche gemäß Wiener Naturschutzgesetz überprüft. Für 10 Flächen erfolgte neben den Detailfestlegungen zu Schutzzwecken und nötigen Maßnahmen auch eine Kontaktaufnahme mit den Grundstücksbesitzern bzw. -verwaltern. Diese Flächen sind größtenteils in Verwaltung von Magistratsabteilungen und können nunmehr als Ökologische Entwicklungsfläche ausgewiesen werden.

Vorstudie zur Aktualisierung der Biotopkartierung Wien

Nach § 8 Abs. 6 Wiener Naturschutzgesetz 1998 hat die Naturschutzbehörde den Erhaltungszustand aller in der Verordnung bezeichneten Biotoptypen zu überwachen und zu dokumentieren. Alle Biotope, die einem der genannten Biotoptypen zuzuordnen sind und den Anforderungen bezüglich Repräsentativität, Flächenausdehnung und Erhaltungszustand entsprechen, können nach § 7 Abs. 2 einzeln mit Bescheid zu geschützten Biotopen erklärt werden. Daher ist eine vollständige Erfassung der Verbreitung und exakte Abgrenzung der einzelnen Flächen als Grundlage für die Umsetzung der Bestimmungen (Bewertung der Repräsentativität, Flächenausdehnung und des Erhaltungszustandes) nötig.

Zunächst erfolgte im Rahmen der Vorstudie eine Prüfung der alten Biotopkartierung aus den 80er Jahren sowie des Biotopmonitorings und anderer vorhandener Unterlagen, insbesondere von Luftbildern, auf ihre Verwendbarkeit zur Beantwortung der aktuellen Fragestellungen. Die besseren technischen Möglichkeiten der Datenverarbeitung sowie die langjährigen Erfahrungen, die mittlerweile zu Biotopkartierungen vorliegen, sollen bei der Erstellung des neuen Erhebungsdesigns optimal genutzt werden.

Im Großen und Ganzen sind die Daten der alten Biotopkartierung auf Grund der Datenstruktur (Textfelder für Artenlisten) nur in einer sehr aufwendigen Art und Weise einer Überprüfung zugänglich und die Artenlisten in zahlreichen Fällen nur schwer interpretierbar. Eine Überprüfung potenzieller Flächen vor Ort scheint daher vielfach zwingend nötig.

Durch die kontinuierliche Präzisierung der Fragestellungen, für deren Beantwortung die Biotopkartierung Grundlage sein soll, wird der Nutzen für die Naturschutzarbeit optimiert.

Ökologie der Salzaauen

Das Zielkonzept der Wasserversorgung Wiens orientiert sich am Leitbild der nachhaltigen Entwicklung. Eine wichtige Voraussetzung für eine qualitativ und quantitativ nachhaltige Wasserversorgung und Hochquellenwasser ist ein intakter Landschaftshaushalt in den Quellenschutzgebieten.

Mit der Studie „Ökologie der Salzaauen“ (Forschungsvorhaben im Rahmen der Karstforschung der Stadt Wien, durchgeführt vom Verein zur Förderung und Verbreitung der naturwissenschaftlichen Erkenntnis EUNATURA am Institut für Pflanzenphysiologie der Universität Wien (Dr. Thomas Dirnböck et al. 1998–99) erfolgte eine naturräumliche Bestandsaufnahme und Bewertung der Salza von Gusswerk bis zur Mündung in die Enns. Die Ergebnisse der vorliegenden Studie weisen die Salza als einen morphologisch weitgehend naturnahen Fluss aus. Das Gewässerökosystem wird heute vor allem durch die Wasserkraftnutzung, touristische Aktivitäten (Paddeln, Rafting) und die Straßenerschließung des Talbodens negativ beeinflusst. Die Wasserentnahme der II. Hochquellenwasserleitung stellt im Vergleich zu anderen Nutzungen einen eher marginalen Einflussfaktor dar.

Umsetzung von Maßnahmen in der Praxis

Aktion „Lebensraum Obstbaum“

Kriecherl, Winterbananenapfel, Kuchelzwetschke, Schneiders späte Knorpelkirsche oder die Römische Schmalzbirne: viele der ursprünglichen Obstsorten sind heute in Vergessenheit geraten. Die Anzahl der alten, hochstämmigen Obstbäume in Wiens Gärten ist drastisch gesunken. Mit den alten Obstsorten verschwinden aber auch Vögel, Schmetterlinge, Bienen und Marienkäfer.

Mit der Initiative „Lebensraum Obstbaum“ sollen alte Obstsorten wieder „in“ werden und gleichzeitig Gartenrotschwanz, Pirol & Co neue Lebensräume erhalten. Die MA 22 bezahlt die gesamten Kosten für die Setzlinge und übernimmt, falls die Pflanzen von einem Gärtner gesetzt werden, auch die Hälfte der Kosten dafür.

Die Initiative „Lebensraum Obstbaum“ läuft auf der Basis des Wiener Naturschutzgesetzes und den darin enthaltenen Bestimmungen zum vertraglichen Naturschutz. Dabei werden solche Verträge zwischen der MA 22 – Umweltschutz und einzelnen Grundstückseigentümern oder Nutzungsberechtigten geschlossen, die zur Erhaltung der alten Obstbäume als Lebensraum beitragen wollen. Die Aktion „Lebensraum Obstbaum“ ist das erste flächendeckende Großprojekt im Rahmen des vertraglichen Naturschutzes.

Das positive Echo in der Bevölkerung übertraf alle Erwartungen. Bereits im November 1999 konnten die ersten 50 Bäume (26 verschiedenen Sorten) an die Vertragspartner übergeben werden. Das Programm wird auch im Jahr 2000 fortgeführt. 100 Interessenten sind bereits vorgemerkt.

Pflegevertrag mit Landwirten zum Schutz eines Löss-Hohlweges im 10. Bezirk

Der Abschluss von Pflegeverträgen mit zwei Landwirten zum Schutz des Löss-Hohlweges, Naturdenkmal 745, Wien 10., Am Johannesberg ist die erste konkrete Umsetzungsmaßnahme im Rahmen des „Vertraglichen Naturschutzes auf der Basis des Wiener Naturschutzgesetzes“. Damit wurden zwei Flurstreifen auf beiden Seiten des Hohlweges aus der intensiven landwirtschaftlichen Nutzung herausgenommen. Die Flurstreifen sind jetzt für die einzigartige Fauna des Hohlweges eine Art von Pufferzone zu den dahinter liegenden Feldern, die landwirtschaftlich intensiv genutzt werden. Die Streifen werden von den Vertragspartnern in Magerwiesen umgewandelt und betreut.

Vorarbeiten für die Aktion „Lebensraum Ackerrand“

Im Rahmen des vertraglichen Naturschutzes auf Basis des Wiener Naturschutzgesetzes sollen die Ränder landwirtschaftlich genutzter Flächen im gesamten Stadtgebiet als Lebensraum für Tiere und Pflanzen gefördert werden. Um eine entsprechende Initiative zur Förderung des Lebensraumes „Ackerrand“ vorzubereiten, wurde bereits 1998 eine für zwei Jahre dauernde Studie an das Ludwig-Boltzmann-Institut für biologischen Landbau vergeben.

Diese Studie umfasst:

- Bedarfserhebung bei der Wiener Landwirtschaft, in welchem Umfang Vertragsnaturschutz vor allem durch das Anlegen und Betreuen von Ackerrandstreifen im Wiener Agrarraum durchgeführt werden kann.
- Erhebung der Bedeutung der derzeit vorhandenen Ackerrandstreifen für die Biodiversität ausgewählter Tiergruppen und die Erhaltung von „prioritär“ schutzwürdigen Arten im Vergleich zu den angrenzenden Ackerbau- und Erwerbsgartenbauflächen.
- Feststellung der Bedeutung der bestehenden vergrasteten bzw. neu anzulegenden Ackerrandstreifen hinsichtlich der natürlichen „Schädlingsregulation“ in den angrenzenden Ackerbau- und Erwerbsgartenbauflächen.
- Erarbeitung von Pflegemaßnahmen, welche die Ackerrandstreifen hinsichtlich ihrer Wirkung auf die umliegenden Ackerbau- und Erwerbsgartenbauflächen optimieren.
- Erhebung, welche Maßnahmen auf Grund einer Auswertung vorhandener Literatur, einer Evaluierung in- und ausländischer Erfahrungen und unter Einarbeitung der eigenen Untersuchungsergebnisse im Wiener Agrarraum der Donauterrassen im Rahmen des Vertragsnaturschutzes umsetzbar sind.
- Gleichzeitig trat die MA 22 in intensiven Kontakt mit einzelnen Grundeigentümern und den Interessenvertretungen, so wurde unter anderem im Sommer eine Exkursion für alle beteiligten Gruppierungen zu Versuchsfeldern und ehemaligen Projektflächen durchgeführt.

Die Ergebnisse der Studie werden im Jahr 2000 vorliegen. Dann wird das Projekt auch in die konkrete Umsetzungsphase überleitet.

Neue Wiener Naturschutzverordnung

Um den Verpflichtungen nachzukommen, die sich aus dem neuen Naturschutzgesetz ergeben, wurde 1999 die neue Wiener Naturschutzverordnung fertig gestellt. Wien hat somit neben einem modernen Wiener Naturschutzgesetz, das bereits am 1. September 1998 in Kraft getreten ist, auch als eines der ersten Bundesländer in Österreich die Verpflichtungen der EU im Naturschutzbereich legislativ umgesetzt.

In der neuen Wiener Naturschutzverordnung werden die in Wien geschützten Tier- und Pflanzenarten aufgelistet und in verschiedene Schutzkategorien eingeteilt. Bei den besonders gefährdeten Arten sollen in Zukunft Schwerpunkte durch besondere Schutzmaßnahmen gesetzt werden. Sie werden als prioritär bedeutende Arten bezeichnet. Von der Landesregierung soll für solche Arten ein sogenanntes Arten- und Biotopschutzprogramm ausgearbeitet werden. Neben den prioritär bedeutenden Arten gibt es noch streng geschützte und geschützte Arten. Streng geschützt sind etwa Biber, Fledermäuse, Ziesel, Dohle, Eisvogel, Gartenrotschwanz, Haubenlerche, Mehlschwalbe, Neuntöter, Schwarzmilan, Wachtelkönig sowie Kriechtiere, Lurche und andere.

Als Grundlage für diese neue Naturschutzverordnung wurde die Liste der bisher voll geschützten und teilweise geschützten Arten entsprechend den neuen wissenschaftlichen und naturschutzfachlichen Erkenntnissen überarbeitet. Gleichzeitig wurden die Verpflichtungen der entsprechenden EU-Richtlinie, und zwar der Fauna-Flora-Habitat-

Richtlinie, und der Vogelschutz-Richtlinie berücksichtigt. Einerseits wurde die Liste der geschützten Arten um jene Arten ergänzt, die in den beiden Richtlinien genannt sind und im Raum Wien vorkommen. Für Arten der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie, die nicht in Wien vorkommen, die aber in Wien in den Handel kommen würden, wurden entsprechende Handelsverbote festgelegt. Verstärkt geschützt werden auch die Zugvögel im Wiener Raum, wobei vor allem weitere Schutzmaßnahmen für ihre Vermehrungs-, Mauserungs- und Überwinterungsgebiete von der Landesregierung vorgesehen werden können.

In die Liste der streng geschützten und geschützten Arten wurden auch jagdbare und fischereiwirtschaftlich bedeutende Arten aufgenommen. Im Interesse einer möglichst geringen Kollision mit jagdlichen Interessen wurden – mit wenigen Ausnahmen – nur jene jagdbaren Arten ausgewählt, die gefährdet oder potenziell gefährdet und nach den jagdrechtlichen Bestimmungen ganzjährig oder teilweise geschont sind (u. a. etwa ganzjährig geschonte Vogelarten wie etwa Greifvögel und Eulen, Reiher, Störche, Wachteln). Die Aufnahme dieser jagdbaren Arten in die Wiener Naturschutzverordnung hat zur Folge, dass diese jagdbaren Arten während ihrer jagdlichen Schonzeit nach den Bestimmungen des Wiener Naturschutzgesetzes geschützt sind.

Der Lebensraumschutz für geschützte Arten (Habitatschutz) wurde im Hinblick auf die besondere Situation für den Artenschutz in einer Stadt, im Interesse einer Entflechtung von Nutzungskonflikten zwischen dem Naturschutz und anderen Nutzungsinteressen – vollkommen neu geregelt. Entgegen der bisher geltenden Rechtslage (wonach der Lebensraum jeder geschützten Art im gesamten Stadtgebiet geschützt war) wurde der Lebensraumschutz nunmehr individuell für jede Art, je nach deren Bestandssituation und Anpassungsfähigkeit, neu festgelegt. Es wird in Zukunft folgende vier Kategorien für den Lebensraumschutz geben:

- Kategorie A: streng geschützte Arten, deren Lebensraum weiterhin im gesamten Stadtgebiet geschützt ist (wie dies bisher für alle geschützten Arten der Fall war)
- Kategorie B: streng geschützte Arten, deren Lebensraum in allen nach dem Wiener Naturschutzgesetz geschützten Objekten, Flächen und Gebieten sowie im Nationalpark Donau-Auen geschützt ist
- Kategorie C: geschützte Arten, deren Lebensraum in allen nach dem Wiener Naturschutzgesetz geschützten Objekten, Flächen und Gebieten sowie im Nationalpark Donau-Auen geschützt ist
- Kategorie D: geschützte Arten ohne Lebensraumschutz.

Weiters werden in der Wiener Naturschutzverordnung im Sinne des § 7 Abs. 1 Wiener Naturschutzgesetz gefährdete Biotoptypen im Sinne der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie bezeichnet: Solche gefährdeten Biotoptypen sind z. B. Fließgewässerabschnitte, Auengewässer, Tümpel und Teiche, Quellstandorte, Felsstandorte, Sümpfe, Wiesen, Trocken- und Magerrasen, Saumgesellschaften und Wälder. Die Auflistung dieser Biotoptypen bewirkt noch keine Unterschutzstellung. Eine Unterschutzstellung einer konkreten Fläche soll dann mit Bescheid erfolgen.

Schutzgebiete und Naturdenkmäler

Ein Ziel des Naturschutzes ist die Sicherung und Entwicklung ausgewählter, besonders schutzwürdiger Ökosysteme, wobei es sich um Systeme mit Bedeutung für den Landschaftshaushalt und/oder das Landschaftsbild handelt. Das derzeit gültige Naturschutzgesetz kennt auf dem Gebiet des Gebietsschutzes 5 verschiedene Schutzkategorien: Nationalpark (NP), Naturschutzgebiet (NSG), Landschaftsschutzgebiet (LSG), geschützter Landschaftsteil (gL) und Naturdenkmal (ND). Insgesamt gibt es in Wien derzeit 13 Schutzgebiete (Stichtag 31. 12. 1999) unterschiedlicher Kategorien (inklusive Wald- und Wiesengürtel und Park-Schutzgebiete).

In Zusammenhang mit den verschiedenen EU-Bestimmungen, z. B. der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie und der Vogelschutzrichtlinie, wird nun auch in Wien der Typus des Europaschutzgebietes geschaffen. Dieser neue Typus eines Schutzgebietes dient dazu, Gebiete von überregionaler Wichtigkeit per Verordnung zu Europaschutzgebieten zu erklären. In Anknüpfung an die Richtlinien der EU sollen diese Gebiete dann Bestandteile des Systems Natura 2000 werden, das aus einem Netzwerk von Schutzgebieten mit überregionaler, gemeinschaftlicher Bedeutung entstehen soll. Auch bestehende Naturschutzgebiete, Landschaftsschutzgebiete und geschützte Landschaftsteile können zu Europaschutzgebieten erklärt werden. Von der Stadt Wien als Natura 2000 Gebiete nominiert wurden der Wiener Teil des Nationalparks Donau-Auen, das Naturschutzgebiet Lainzer Tiergarten, Teile des Landschaftsschutzgebietes Liesing und Teile des Landschaftsschutzgebietes (SWW gewidmet) Bisamberg.

In Vorbereitung: Neue Verordnung für das Landschaftsschutzgebiet Hernalds

1999 wurden weitere Vorarbeiten für die Neuerlassung der Verordnung für das Landschaftsschutzgebiet „Hernalds“ durchgeführt. Zum Landschaftsschutzgebiet können jene Gebiete erklärt werden, die sich entweder durch ihre Landschaftsgestalt auszeichnen, die als Kulturlandschaft von kulturhistorischer Bedeutung sind oder die der naturnahen Erholung dienen. In erster Linie fallen darunter naturnahe Bereiche, großflächige Grünräume und die freie Landschaft.

Auf Grund seiner historischen Entwicklung sind im 17. Wiener Gemeindebezirk (Hernalds) großflächig zusammenhängende Bereiche erhalten, die bis heute frei von Besiedelung oder nur in geringem Umfang bebaut sind. Diese Flächen sind auch aus kulturhistorischer Sicht von Bedeutung, haben einen hohen Wert für die Naherholung und zeichnen sich durch eine große ökologische Qualität aus.



Start des Umweltsongcontests mit dem Stadtrat für Umwelt und Verkehrskoordination Fritz Svihalek und dem amtsführenden Präsidenten des Wiener Stadtschulrats Dr. Kurt Scholz.

Foto: Votava / PID

Unter der Bezeichnung „SewerLine“ entwickelte die MA 30 – Wien-Kanal eine neue Technologie zur effizienten Verlegung von Telekommunikationsleitungen im Wiener Kanalnetz.

Foto: Votava / PID





Der chinesische Staatspräsident Jiang Zemin besuchte anlässlich seines Wien-Aufenthaltes im März 1999 auch die Fernwärme Spittelau.

Foto: Votava / PID

Umweltstadtrat Fritz Svihalek und Bezirksvorsteher Manfred Wurm enthüllen im Bereich Willergasse / Liesingbrücke die Plastik „Fische in der Liesing“ anlässlich der Fertigstellung des ersten Abschnitts des naturnahen Rückbaus des Liesingbaches in Rodaun.

Foto: Votava / PID



Im Rahmen der Vorarbeiten wurden die bisher als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesenen Flächen dahingehend überprüft, ob die Voraussetzungen für Unterschutzstellung noch immer gegeben sind. Gleichzeitig wurde eine Einteilung des Landschaftsschutzgebietes in den Teil A (Wienerwald) und den Teil B (Wienerwaldrandzone) vorgenommen. Ziele der neuen Verordnung sind darüber hinaus der Schutz und die Pflege der Landschaftsgestalt mit den vorhandenen wertvollen Biotopstrukturen (wie etwa Wälder, Waldränder, Wiesen, Feuchtbiotope) und der Schutz und die Pflege der historisch bedeutsamen Kulturlandschaft sowie die Wahrung der naturnahen Erholung.

Das Instrument zur Umsetzung der genannten Ziele ist die Landschaftspflege. Die Landschaftspflege soll einerseits durch klassische Pflegemaßnahmen (wie etwa das Mähen der Wiesen), aber auch durch die Verbesserung des Naturraumpotenzials (z. B. Neuanlage von Biotopen) erfolgen. Weiters soll die Betreuung der Waldflächen im Sinne des Schutzzweckes der Verordnung durchgeführt werden. Die bereits bestehende forstliche Betreuung von Teilen des geplanten Landschaftsschutzgebietes hat wesentlich zur bestehenden Landschaftsgestalt in diesen Bereichen beigetragen. Die Verjüngung und Pflege ist unter Berücksichtigung der naturräumlichen Voraussetzungen des stadtnahen Wienerwaldes durchzuführen.

Die Unterschutzstellung als Landschaftsschutzgebiet hat weiters zur Folge, dass gemäß § 24 Abs. 5 bis 8 Wiener Naturschutzgesetz gewisse Maßnahmen (etwa die Errichtung von Neu-, Zu- und Umbauten, erhebliche Lärmentwicklung) nur mit Bewilligung der Naturschutzbehörde durchgeführt werden können.

Die wichtigsten Bereiche in diesem Landschaftsschutzgebiet sind die letzten Reste des ehemals geschlossenen Weinbaugebietes, der Landschaftsgarten des so genannten „Krausbesitzes“ mit einem für ganz Österreich einmaligen Gehölzbestand (Naturdenkmal) und der Schwarzenbergpark mit seinen heute etwas „verwilderten“ naturnahen Waldbeständen und eingestreuten Wiesen mit Solitärbäumen. Als dominierendes Gewässer ist der Alsbach mit seinen zahlreichen Zubringern im Quellbereich und aus anderen Teilen des 17. Bezirkes zu nennen. Diese Zubringer sind der Quellengraben, Eckbach, Jägerbach, Kräuterbach, Erlenbach, Gausgraben und Luchtengraben. Auch der Dornbach mit dem Zubringer Pointenbach ist von Bedeutung. Den Grenzbach zum 14. Bezirk bildet der Wolfsgraben, der in den Halterbach mündet. Die stehenden Gewässer sind allesamt anthropogenen Ursprungs (Teiche im Schwarzenbergpark, Hanslteich und andere kleinere Teiche).

Jagdlicher Managementplan 2000

Der jagdliche Managementplan 2000 verfolgt – wie auch schon im Jahr 1999 – als Gesamtziel ein Wildtiermanagement, bei dem die natürlichen Regelmechanismen, die durch Eingriffe des Menschen (z. B. Zurückdrängung und Ausrottung von Wildtierarten, Veränderung des Lebensraumes des Wildes) gestört und teilweise außer Kraft gesetzt sind, im Laufe der nächsten Jahre so weit wie möglich wieder wirksam werden sollen. Durch die Wildstandsregulierung soll auch hier der natürliche Kreislauf der Lebewesen und Elemente nicht wesentlich beeinträchtigt werden, die charakteristische Tier- und Pflanzenwelt einschließlich ihres Lebensraumes bewahrt sowie Wildtiere für den Menschen erlebbar werden. Bei der Verwirklichung dieser Ziele müssen jedoch die besonderen wildökologischen Rahmenbedingungen wie z. B. die intensive Nutzung als Naherholungsraum, der abrupte Übergang zwischen Auwald und Ackerflächen und die Lebensraumzerschneidung durch Siedlungstätigkeit beachtet werden, und darauf sowohl das Wildtiermanagement als auch die Besucherlenkung abgestimmt werden. Durch die jährliche Erlassung der Managementpläne ist es möglich, auf aktuelle Entwicklungen rasch und effizient reagieren zu können. Wichtige Neuerungen im Jahr 2000 sind die Bewilligungspflicht von Schwarzwildabschüssen bei unbedingter Erfordernis außerhalb der festgelegten Schusszeiten und die ganzjährige Schonzeit des männlichen Rehwildes der Altersklasse II (bisher nur die Altersklasse I).

Naturdenkmäler

Vom Gebietsschutz – im Wesentlichen durch das Kriterium Ausdehnung – zu unterscheiden ist der Objektschutz, der rechtlich durch die Kategorie „Naturdenkmal“ definiert wird und den Schutz von Einzelercheinungen in der Landschaft (Naturgebilde) betrifft.

Naturgebilde gelten nach dem Wiener Naturschutzgesetz als „naturdenkmalwürdig“, wenn bestimmte Kriterien hinsichtlich ihrer wissenschaftlichen oder kulturellen Bedeutung, ihrer Eigenart und Seltenheit, ihrer besonderen Funktion im Landschaftsbild oder ihrer ökologischen Funktion erfüllt sind. Zum Naturdenkmal erklärt werden „landschaftlich hervorragende Bäume, Baum- oder Gehölzgruppen, Standorte seltener Tier- oder Pflanzenarten, Tier- oder Pflanzengemeinschaften, Quellen, sonstige natürliche Gewässer, Felsbildungen, erdgeschichtliche Aufschlüsse oder Erscheinungsformen“. In Wien gibt es derzeit 431 solcher Naturdenkmäler (Stand: 31. 12. 1999), hauptsächlich Einzelbäume (339) oder Baumgruppen (40). Außerdem wurden 11 geologische Aufschlüsse, 12 kleinere Waldbestände, 3 Auwaldreste, 4 Gewässer, 10 Flächen von faunistischer und floristischer Bedeutung und 12 Alleen bzw. Baumreihen zu Naturdenkmälern erklärt. Das älteste noch vorhandene Naturdenkmal in Wien (Nr. 3, Unterschutzstellung 1936) ist die so genannte „Tausendjährige Eibe“ (*Taxus baccata*) im 3. Bezirk, Rest eines – der Überlieferung nach – uralten Eibenhaines aus der Römerzeit.

Naturschutzbehördliche Bewilligungsverfahren

Bundesstraße B 301

Im Rahmen des UVP-Verfahrens wurde beim Trassenfestlegungsverfahren für die B 301 mitgewirkt und damit bereits wesentliche Vorarbeiten für das an das Umweltverträglichkeitsprüfungsverfahren anschließende naturschutzbehördliche Verfahren geleistet. Die Bewilligungspflicht ergibt sich auf Grund einer Beeinträchtigung von geschützten Vögeln, Amphibien und Reptilien und Säugetieren durch den Bau der B 301.

Ausbau der Schnellbahnlagen S 7 und S 80

1999 wurde das naturschutzbehördliche Verfahren für den Ausbau der Flughafenschnellbahn S 7 durchgeführt. Die Bewilligungspflicht ergibt sich auf Grund der Beeinträchtigung geschützter Arten und ökologisch bedeutender Biotope. Sie wurde unter Vorschreibung von Auflagen am 14. 1. 2000 erteilt.

Auch das naturschutzbehördliche Verfahren für den Ausbau der S 80 hat begonnen. Die S 80 wird im Bereich des Landschaftsschutzgebietes Prater ausgebaut. Im naturschutzbehördlichen Verfahren wird besonderes Augenmerk darauf gelegt, dass der Erholungswert des Prater nicht beeinträchtigt und die Lärmbelastung nicht erhöht wird.

Trinkwasserbehälter am Michaelerberg

Per Bescheid vom 23. November 1999 wurde die Errichtung eines Trinkwasserbehälters am Michaelerberg bewilligt, obwohl das Gutachten des Amtssachverständigen für Naturschutz und Landschaftspflege ergeben hat, dass es durch den Trinkwasserbehälter Michaelerberg zu einer wesentlichen Beeinträchtigung eines der Schutzgüter des Wiener Naturschutzgesetzes, und zwar der Landschaftsgestalt kommen wird. Bei diesem naturschutzbehördlichen Verfahren wurde erstmals eine neue Bestimmung des Wiener Naturschutzgesetzes angewendet, und zwar die der Interessensabwägung. Sie besagt, dass ein Eingriff auch dann bewilligt werden kann, wenn eine wesentliche Beeinträchtigung eines der Schutzgüter zu erwarten ist, sofern bestimmte Voraussetzungen gegeben sind. Nämlich dann, wenn das Vorhaben überwiegend im öffentlichen Interesse liegt und keine anderen Alternativen für die Verwirklichung des Projektes vorhanden sind. Beides war beim Trinkwasserbehälter am Michaelerberg der Fall.

Stadtentwicklung und Umweltschutz

Projekte und Maßnahmen

Pflegemaßnahmen im Wald- und Wiesengürtel im Interesse der Erholungssuchenden

Auch die naturnahen Erholungsgebiete Wiens können sich nicht selbst überlassen bleiben, und nicht überall ist Urwald und Wildwuchs den Menschen zumutbar. Deshalb werden in Abstimmung mit der Wienerwaldstudie der MA 18 zugewachsene Wanderwege wieder aufgespürt, Aussichtsplätze freigeschnitten, unpassierbare, vernässte Stellen mancher Pfade in Stand gesetzt. Schwerpunkte bei diesen Maßnahmen waren die Rundwanderwege von der Wildgrube bis zum Krapfenwaldbad in Döbling.

Die Balance von Kultur und Natur im Sinne des ursprünglichen Prater-Gestaltungskonzeptes wiederherstellen

Die Hauptallee mit ihren Rondeaus und dem Platz um das Lusthaus waren nach der Freigabe des kaiserlichen Jagdreviers „Prater“ für die Wiener Bevölkerung aller sozialen Schichtungen eine Straße der Begegnung in der Freizeit und zu Festlichkeiten. Diese urbane, strenge Gestaltungsform kam der erwähnten Funktion entgegen und stand mit der ursprünglichen, wilden Praterlandschaft in spannendem Kontrast. Heute ist die Hauptallee „Sportboulevard“, hat damit die soziale Komponente erhalten, die gestalterischen Qualitäten sind jedoch an einigen Stellen verloren gegangen. Bezüge zur Flusslandschaft (Hagelgraben – Mauthnerwasser) sind überwuchert. Der Individualverkehr hat auch negativen Einfluss ausgeübt. Flächen wurden zum Parken zweckentfremdet, Schutzmaßnahmen gegen dieses Fehlverhalten haben andererseits wieder negative gestalterische Auswirkungen verursacht.

Die MA 22 hat daher Landschaftsplaner, Nutzer, Interessensvertreter, Historiker, Bezirkspolitiker, Vertreter von Verwaltungsdienststellen und Künstler zu einem Workshop geladen, bei dem vorerst Zielsetzungen zur Diskussion gestellt und darauf reagierende Entwürfe beurteilt wurden.

Neue Gestaltungskonzepte liegen nun sowohl für den Platz rund um das Lusthaus wie auch die übrigen Rondeaus des Praters vor; auch sollen Maßnahmen zur besseren Erlebbarkeit des ehemaligen Donau-Seitenarmes, Hagelgraben – Mauthnerwasser, gesetzt werden.

Grillplatzkonzept

Die Angebote zum geselligen Zubereiten von Speisen im öffentlichen Raum wurden auf der Donauinsel von verschiedenen Bevölkerungsschichten und ethnischen Gruppierungen begeistert aufgenommen. Die unzureichende Betreuung der Grillplätze, die unbedachte räumliche Ausdehnung der Grillzonen und nicht einfühlsam ausgewählte neue Grillplätze haben zu Konflikten und tendenziösen Berichten in den Medien geführt. Es wurde daher ein Grill-

platzkonzept ausgearbeitet, das organisatorische und inhaltliche Vorschläge sowie neue Standorte zur Diskussion stellte. Erste Maßnahmen wurden noch 1999 gesetzt, ein neuer Grillplatz „An der Wien“ im Auhof wird im Frühsommer 2000 der Bevölkerung zur Verfügung gestellt.

Vorzone des Museumsquartiers

Die ursprünglich vorgelegten Pläne für die Neugestaltung der Vorzone des Museumsquartiers waren mit der Widmung als Parkschutzgebiet, der Bedeutung dieser großen Grünfläche für die Bevölkerung des 7. Bezirks und mit den Umfeldverhältnissen (Verkehrsimmissionen) nicht kompatibel. Durch das Vorlegen von alternativen Vorschlägen wurde erwirkt, dass das Konzept zur Gestaltung in wesentlichen Punkten abgeändert wurde: Die Baumreihe, die die Fahrbahn begleitet, wird nicht als beschnittene Baumhecke ausgeführt, der Platz wird „offener“, Aufenthaltsbereiche wurden von der Straße weg zum Gebäude gerückt, die hier wegen der Tiefgarage funktionslosen Rasenfugen werden nicht realisiert. Maßnahmen zum Lärmschutz wurden von der MA 22 massiv gefordert, um die Aufenthaltsqualität für Besucher und Bezirksbewohner zu verbessern. Eine vorgeschlagene Glasmembran mit vielen weiteren Funktionen (Tageslichtprojektion für Bewerbung des Museumsquartiers und künstlerische Aktivitäten etc.) wurden leider zurückgewiesen.

Lärmschutzmaßnahmen entlang der Hadikgasse

Am Beispiel der Wohnhausanlagen an der B 1 – Hadikgasse wurde untersucht, ob und mit welchen Konsequenzen straßenseitig Maßnahmen zur Reduktion der Verkehrsimmissionen getroffen werden können. Die Erledigung von Routinearbeit wie Plandokumente (zirka 100 pro Jahr), die Erstellung eines Gutachtens und Bescheides für die Salzstreuerverordnung, Stellungnahmen im Rahmen von UVP, Straßenprojekten sind in dieser Untersuchung nicht angeführt.

Luftreinhaltung

Forschungsprojekte

Projekt VOC- und POC-Emissionen von Kläranlagen (Ermittlung von Emissionsfaktoren und Fingerprints)

Kläranlagen tragen nach der österreichischen Emissionsinventur etwa 9 % zu anthropogenen VOC-Emissionen (flüchtige organische Verbindungen) bei. Allerdings sind die relevanten Emissionsdaten, insbesondere die Emissionsfaktoren und die Art der gebildeten flüchtigen organischen Verbindungen, äußerst unsicher bzw. im letztgenannten Fall so gut wie unbekannt. Überdies ist bei Belüftung in Belebungsbecken von Kläranlagen auch mit einer erheblichen Bildung von organischen Aerosolteilchen (POC) zu rechnen. Größenordnung und Art dieser Emissionen aus Kläranlagen sind völlig unbekannt, es liegen nicht einmal Anhaltswerte dafür vor, ob es sich um einen signifikanten Anteil an der organischen Aerosolbelastung einer Stadt handelt. Das Institut für Analytische Chemie der Technischen Universität Wien wurde von der MA 22 mit diesbezüglichen Untersuchungen beauftragt, und in einem ersten Schritt wurden geeignete Messmethoden an einer Versuchskläranlage ermittelt. Da sich die Hinweise verdichteten, dass auch dem freigesetzten Distickstoffmonoxid (Lachgas), das infolge von Denitrifikation in dem Klärprozess frei wird, in seiner Eigenschaft als Treibhausgas eine wesentliche Bedeutung zukommt, wurden die Untersuchungen darauf ausgedehnt. Die derzeit vorliegenden Daten lassen annehmen, dass die auf Grund der Emissionsinventur abgeschätzten Werte zu hoch gegriffen sein dürften. Das Projekt soll mit den Messungen im laufenden Jahr abgeschlossen werden.

E-Mobil-Förderung: erfolgreiche Bilanz 1999

Die erfolgreiche Elektro-Mobil-Förderung wurde auch 1999 fortgesetzt. An Förderungsgeldern wurden 1999 rund ATS 1,67 Mio. ausbezahlt (1998: ATS 1,48 Mio.). Wie im Vorjahr wurde auch 1999 die Anschaffung eines E-Fahrzeuges (ohne Kategorieunterschiede) mit einem fixen prozentuellen Investitionskostenzuschuss von 20% des Nettokaufpreises (ohne Obergrenze) finanziell unterstützt. Im Detail wurden 1999 97 Elektrofahrräder und 198 Elektroroller, insgesamt also 295 E-Mobile gefördert. Die bereits seit 1995 laufende Aktion wird auch im Jahr 2000 weiter durchgeführt, um ein deutliches Zeichen für umweltfreundliche Alternativen im städtischen Verkehr zu setzen.

Emissionskataster Wien

Ziel des Projekts ist es, eine relationale Datenbank im System ORACLE zu erstellen, damit die Emissionsdaten im Wiener Stadtgebiet erfasst und verwaltet werden können. Diese Datenbank enthält auch all jene Werkzeuge, die notwendig sind, um eine disaggregierten Darstellung von Emissionen mittels GIS möglich zu machen und verschiedene Emissionsreduktionsszenarien samt statistischer Auswertung simulieren zu können. Folgende drei Emittentengruppen werden derzeit erfasst: Hausbrandemissionen auf Basis der Häuser- und Wohnungszählung bezogen auf den jeweiligen Zählsprenkel (Flächenquellen), Verkehrsemissionen auf Basis von Verkehrszählungen (Linienquellen), Emissionen aus Gewerbe und Industrie (Punktquellen) sowie sonstige Quellen wie z. B. Emissionen aus Kläranlagen, Mülldeponien, Kompostwerken etc.

Berücksichtigt werden sollen im Kataster insgesamt 13 Schadstoffe, wobei vorerst nur die klassischen Schadstoffe Schwefeldioxid, Stickstoffdioxid, Kohlenmonoxid, Gesamtstaub und flüchtige Kohlenwasserstoffe erfasst werden. Sobald im Jahr 2000 der noch fehlende Datensatz für die Quellen Gewerbe und Industrie erstellt worden ist, kann der Emissionskataster als einfaches Informationssystem für verschiedene Fragestellungen der Luftreinhaltung und auch als Grundlage für weiterführende Forschungsprojekte im Rahmen des Air-Quality-Managements genutzt werden.

Solarthermie – Expertennetzwerk zwischen Wien und Ungarn

Solarthermie ist ein Projekt im Rahmen des Intereg IIc Programms. Ziel der Zusammenarbeit ist es, Instrumente zum forcierten Einsatz solarthermischer Anlagen in Österreich und Ungarn zu erarbeiten, wobei das spezifische Wissen der einschlägigen Wiener Firmen genutzt werden soll. Im ersten Schritt wird eine Bestandsaufnahme aller solarthermischen Anlagen in beiden Zielgebieten durchgeführt. Außerdem wird analysiert, welche Hemmnisse beseitigt werden müssen, damit mehr solarthermische Anlagen errichtet werden können. Ein breit angelegtes Impulsprogramm soll gestartet werden. Unter anderem werden dafür Schulungsunterlagen in deutscher und ungarischer Sprache erstellt. Vorträge und Seminare werden für Planer und Architekten genauso wie für ausführende Firmen angeboten. So sollen die Akteure auf den aktuellen Stand des Wissens gebracht werden. Im nächsten Schritt werden bereits verwirklichte Solarprojekte vermessen und einem mehrjährigen Monitoring unterzogen. Aufgebaut wird auch ein Expertennetzwerk, das mittelfristig als Diskussionsplattform und Informationspool verstärkt zur Verbreitung solarthermischer Anlagen beitragen wird. Das Projekt Solarthermie wird von der MA 22 koordiniert. Weitere Partner sind der Wiener Wirtschaftsförderungsfonds und Arsenal Research.

Luftmessnetz

Messstellen und gemessene Schadstoffkomponenten 1999

Der Zustand der Wiener Luft wird ständig von einem flächendeckenden Immissionsmessnetz überwacht, mit 18 stationären Luftmessstellen im gesamten Wiener Stadtgebiet und einem mobilen Luftmessbus. Fast alle Messstellen sind in modernen Messcontainern untergebracht. Die Aufstellungsorte wurden so gewählt, dass vor allem an verkehrsexponierten Stellen gemessen wird und daher die Beschreibung der Luftsituation besonders kritisch erfolgt. Das Messnetz ist gegenwärtig so ausgebaut, dass alle Messstellen mit Messgeräten für Schwefeldioxid, Staub und Stickoxiden ausgerüstet sind. An fünf verkehrsbelasteten Standorten wird zusätzlich Kohlenmonoxid gemessen. Fünf Messstellen sind außerdem mit Ozonmessgeräten ausgestattet. An vier Standorten erfassen meteorologische Sensoren Windgeschwindigkeit, Windrichtung und Lufttemperatur. Zusätzlich wird zur Kontrolle der Luftreinhaltung auch ein mobiler Umweltmesswagen eingesetzt, der für die Durchführung von mobilen Immissionsmessungen der Schadstoffkomponenten Schwefeldioxid, Stickoxide, Staub, Kohlenmonoxid und Ozon ausgerüstet ist. Der Messbus wird, wie auch die übrigen 18 stationären Luftmessstellen, vom Zentralcomputer überwacht und übermittelt die Daten direkt in die Messzentrale der Umweltschutzabteilung.

Veränderungen in der Messnetzzentrale 1999

Regelmäßig wird die Technik des Luftmessnetzes auf den neuesten Stand gebracht. Bedingt durch einen Ausfall des Datenbank- und Entwicklungs-Rechners der Messnetzzentrale (HP-715 Serie 9000 Workstation), musste ein Ersatzrechner angeschafft werden. Als Ersatz wurde ein kompatibles Gerät (HP C3000) erworben, welches den gestiegenen Anforderungen hinsichtlich Rechnerleistung gerecht wird. Der neue Rechner wird hauptsächlich als Entwicklungsrechner für die Erstellung und das Austesten neuer Software für die Messnetzzentrale, für die Archivierung und Analyse der Immissionsdaten sowie im Bedarfsfall als Messnetzzentralrechner eingesetzt.

Geplante und laufende Veränderungen im Wiener Luftmessnetz

Zum Immissionsschutzgesetz-Luft (IG-L) ist am 9. Oktober 1998 die Verordnung über das Messkonzept in Kraft getreten. In dieser Verordnung sind unter anderem wichtige Anforderungen über die Art und Anzahl der Messstellen, Vorschriften über die Form und den Inhalt von Tages-, Monats- und Jahresberichten, technische Anforderungen an die Messverfahren sowie Angaben über die Qualitätssicherung der Messdaten geregelt. Zur Umsetzung der Verpflichtungen sind Übergangsfristen zwischen einem und maximal vier Jahren vorgesehen.

Um das Messnetz IG-L-konform zu adaptieren, waren in der Messnetzzentrale und in den Messstellen umfangreiche Maßnahmen notwendig. Die verschärften Qualitätsanforderungen des IG-L erforderten z. B. den Austausch eines Großteils der im Luftmessnetz eingesetzten Messgeräte und Stationskalibratoren. In der Außenstelle der MA 22 in der Rinnböckstraße wurde zum vorgeschriebenen Abgleich der Messgeräte und Kalibratoren ein Kalibrierprüfstand aufgebaut. Für diesen Prüfstand war es notwendig, einen eigenen Raum abzutrennen und mittels Klimaanlage zu klimatisieren. Die entsprechenden Umbauarbeiten wurden bereits Ende 1998 in die Wege geleitet, die erforderlichen Geräte wurden bis Anfang 1999 installiert. Der Kalibrierprüfstand steht nun für die regelmäßige Überprüfung von Messgeräten aus dem Messnetz und für den Abgleich der verschiedensten Kalibrierstandards im Sinne der Qualitätssicherung der Messdaten im Einsatz.

Insgesamt wurden im Rahmen der Modernisierung des Wiener Luftmessnetzes 1999 14 Schwefeldioxid-, 17 Stickoxid-, 6 Kohlenmonoxid-, 4 Ozon- und 5 Staubmessgeräte sowie 20 Prüfgasgeneratoren angeschafft und installiert. Der Austausch der Geräte in den Messstationen erfolgte in den Monaten Februar und März. Besonderes Augenmerk wurde darauf gelegt, dass trotz der notwendigen Arbeiten in den Messstationen die Datenausfälle auf ein Minimum reduziert werden konnten.

Gemäß IG-L ist es zusätzlich zu den bisher gemessenen Komponenten vorgeschrieben, dass auch die Schadstoffkomponenten Blei im Schwebstaub und Benzol zu erfassen sind. Weiters sind Depositionsmessungen für Staubbiederschlag sowie die darin enthaltenen Schadstoffe Blei und Cadmium vorzunehmen. Zur Erfassung der neuen Schadstoffkomponenten wurden Messgeräte angeschafft, Messstellen eingerichtet und neue Analysemethoden evaluiert.

In der Messnetzzentrale musste die Software erweitert werden, um die neuen Schadstoffkomponenten einzubinden und die Berichtspflicht gemäß IG-L zu Tages-, Monats- und Jahresberichten erfüllen zu können. Darüber hinaus mussten die notwendigen Vorkehrungen geschaffen werden, um jene Parameter zu erfassen und zu berechnen, die für die Qualitätssicherung maßgeblich sind. Für die im Messnetz im Rahmen des IG-L vorgesehenen Maßnahmen mussten von der Stadt Wien Budgetmittel in der Höhe von ATS 15 Mio. bereitgestellt werden.

Als Ergebnis der laufenden Überprüfungen der Messergebnisse hat sich herausgestellt, dass die Kohlenmonoxid-Messungen in den beiden Messstellen Stadlau und Kaiser-Ebersdorf mit Jänner 1999 aufgelassen werden können. Denn die Ergebnisse der beiden Messstellen haben dokumentiert, dass die CO-Konzentrationen derart niedrig sind, dass bereits seit Jahren die strengen Vorsorgegrenzwerte nicht nur eingehalten, sondern deutlich unterschritten werden. Mit den restlichen fünf, sich in Wien in Betrieb befindlichen CO-Messstellen kann auf Grund der in Wien generell niedrigen Schadstoffbelastung das Auslagen gefunden werden.

Eine der wichtigsten zukünftigen Aufgaben des Messnetzes im kommenden Jahr ist die Anpassung an eine bis Juni 2001 umzusetzende EU-Richtlinie. Unter anderem wird es notwendig sein, die Staub-Analytik an die neuen Vorgaben der EU-Richtlinie anzupassen.

Aufbau eines Qualitätssicherungssystems

Gemäß der Verordnung über das Messkonzept ist in Umsetzung einschlägiger EG-Vorschriften (Rahmenrichtlinie Luftqualität) ein Qualitätssicherungssystem aufzubauen und anzuwenden, wobei österreichweit einheitlich vorzugehen ist.

Abgesehen vom Austausch von Messgeräten und Kalibratoren und der Errichtung eines Kalibrierprüfstandes war es, um diese verschärften Qualitätsanforderungen zu erfüllen, außerdem notwendig, die Wartungstätigkeiten und die Kalibrierung der Messgeräte zu intensivieren und alle durchgeführten Tätigkeiten und Kontrollen einer genauen und nachvollziehbaren Dokumentation zu unterziehen.

Grundsätzlich ist festzustellen, dass zur Erfüllung der bisherigen gesetzlichen Anforderungen gemäß Smogalarmgesetz, Ozongesetz und landesgesetzlicher Regelungen ein derartig umfangreiches Qualitätssicherungssystem nicht erforderlich war. Da der Aufbau und in der Folge der Betrieb eines solchen Systems mit erheblichem Zeitaufwand sowie mit hohen Kosten und mit dem Einsatz zusätzlicher Personalressourcen verbunden ist, war es notwendig, die gesetzlichen Übergangsfristen voll auszunützen.

Erst durch die Erfüllung der vorgeschriebenen Qualitätssicherungs-Maßnahmen kann die entsprechende Qualität der Messdaten besonders hinsichtlich ihrer Genauigkeit dokumentiert und dadurch auch verlässlich Gewähr leisten werden. Diese ist aus folgendem Grund für den Vollzug des IG-L von größter praktischer Bedeutung. Bedingt durch die festgelegten niedrigen Grenzwerte und die Belastungssituation in Wien ist davon auszugehen, dass Überschreitungen von IG-L Grenzwerten durch einzelne Messwerte häufig ausgelöst werden. Auf Grund dieser Überschreitung müssen emissionsmindernde Maßnahmen vorgeschrieben werden, die teilweise in „bestehende Rechte“ eingreifen. Es ist daher zu erwarten, dass in Vollziehung des IG-L ein höherer Bedarf zur Dokumentation der Erfüllung der Qualitätsverpflichtungen durch den Messnetzbetreiber entstehen wird. Ohne die Umsetzung der Verpflichtungen zum Aufbau und Anwendung eines „IG-L-konformen“ Qualitätssicherungssystems kann ein entsprechender Beweis über die Qualität der erfassten Immissionsdaten durch das Wiener Luftmessnetz keinesfalls erbracht werden. Die Umweltschutzabteilung plant die Umsetzung der beschriebenen Maßnahmen bis Ende März 2000.

Umsetzung des Immissionsschutzgesetz-Luft (IG-L)

Die Umweltschutzabteilung plant nach einer Übergangsfrist von ca. eineinhalb Jahren, in der die notwendigen Anpassungen im Messnetz durchgeführt werden, ab April 2000 die Umsetzung aller im IG-L geforderten Maßnahmen. Es ist geplant, dass nach dem Ende dieser Übergangsfrist am 31. März 2000 das Wiener Luftmessnetz „IG-L-konform“ arbeiten wird und alle Wiener Immissionsmessstellen als IG-L-Messstellen gemeldet werden können.

Werden im IG-L festgelegte Immissionsgrenzwerte überschritten, so wird das in den Monats- und Jahresberichten dokumentiert. Ist die Grenzwertüberschreitung nicht auf einen Störfall oder eine vorübergehende nicht wiederkehrende Belastung zurückzuführen, ist eine Statuserhebung durchzuführen. Diese hat die Immissions- und Emissions-

situation sowie die meteorologischen Bedingungen zu beschreiben. Außerdem muss festgestellt werden, in welchem Gebiet Sanierungsmaßnahmen durchzuführen sind.

Im Anschluss daran ist eine Verordnung zu erlassen, die einen Katalog mit emissionsmindernden Maßnahmen für das Sanierungsgebiet enthält. Als mögliche Maßnahmen können z. B. Emissionsbegrenzungen für Betriebsanlagen, Verkehrsbeschränkungen und Einschränkungen beim Einsatz und der Herstellung bestimmter Stoffe angeordnet werden.

Ersatz der bisher verwendeten Datenerfassungen

In den Immissionsmessstellen sind Mikroprozessorsysteme, so genannte Datenerfassungen, im Einsatz, welche die von den Messgeräten gelieferten Daten erfassen, zwischenspeichern und in weiterer Folge via Modems an die Messnetzzentrale übermitteln. Darüber hinaus übernehmen die Datenerfassungen Steuerungsaufgaben an den Messgeräten (z. B. durch Auslösen von automatischen Prüfzyklen oder durch Umschalten von Messbereichen). Ebenso ermöglichen die Datenerfassungen eine Sichtung und Protokollierung der Daten in der Messstelle. Da die derzeit eingesetzten Geräte über 14 Jahre alt sind, können vom Hersteller weder Ersatzteile geliefert noch schadhafte Komponenten repariert werden. Das Luftmessnetz verfügt derzeit noch über ein kleines Ersatzteillager, das zum Austausch defekter Komponenten genutzt wird und damit einen Betrieb einzelner alter Datenerfassungen über längstens ein bis zwei Jahre zu ermöglichen. Um den ungestörten Betrieb des Luftmessnetzes zu gewährleisten, war es notwendig die entsprechenden Vorkehrungen zu treffen, um den Austausch aller im Messnetz eingesetzten Datenerfassungen innerhalb des nächsten Jahres zu ermöglichen. Derzeit befinden sich bereits einige neue Datenerfassungen für Testzwecke im Luftmessnetz im Einsatz, wobei die Datenerfassung auf ihre technische Eignung für den späteren Einsatz im Routinebetrieb überprüft werden. Darüber hinaus müssen für den Einsatz einer neuen Datenerfassung umfangreiche Maßnahmen am Messnetz-Zentralrechner durchgeführt werden, welche die Einbindung der Datenerfassung in den Messnetzbetrieb ermöglichen sollen.

Wiener Luftgütebericht 1987 bis 1998

Im Rahmen dieses Projekts wurden alle verfügbaren Daten des Wiener Luftgütemessnetzes der Jahre 1987 bis 1998 eingehend analysiert. Neben statistischen Auswertungen zu längerfristigen Trends der Schadstoffbelastung im Stadtgebiet stand die Erfassung wichtiger Einflussfaktoren auf die Luftgüte in Wien im Mittelpunkt des Interesses. Mitunter war eine Ausweitung des Untersuchungsgebietes auf Ostösterreich erforderlich.

Die wichtigsten Ergebnisse können wie folgt zusammengefasst werden:

- Die Luftschadstoffe Kohlenmonoxid (CO), Schwefeldioxid (SO₂) sowie die Stickoxide weisen in den Jahren 1987 bis 1998 einen Rückgang der mittleren wie auch der Spitzenbelastungen auf. Überschreitungen von Immissionsschutz-Grenzwerten wurden bei CO und SO₂ selbst an den stärker belasteten Messstellen nur mehr selten erfasst.
- Die Ozon- sowie Staubkonzentrationen sind im Mittel nicht gesunken, auch in der Gegenwart werden Überschreitungen von vorsorgenden Immissionsschutz-Grenzwerten beobachtet.
- Alle Luftschadstoffe zeigen eine markante Abhängigkeit von der Jahreszeit. Mit Ausnahme des Ozons liegen die Belastungsschwerpunkte im Winterhalbjahr.
- Als Resultat der allgemeinen Emissionsrückgänge am Wochenende zeigt sich bei allen Schadstoffen eine signifikante Abnahme der mittleren Belastung. Die ebenfalls reduzierten Emissionen der Vorläufersubstanzen führen beim Ozon nur zu einem leichten Rückgang der Spitzenwerte an Sonntagen.
- Überschreitungen der Vorwarnstufe in Ostösterreich gemäß Ozongesetz sind ein Resultat einer hohen Hintergrundbelastung während ausgeprägter Ozonepisoden sowie einer deutlichen regionalen Ozonbildung in der Abgasfahne von Wien bzw. fallweise Bratislava.
- Winterliche Belastungsepisoden mit SO₂-Spitzenwerten sind hingegen zumeist das Resultat des Schadstoffimports hoch vorbelasteter Luftmassen nach Österreich bzw. Wien. Infolge der erfolgreichen emissionsmindernden Maßnahmen in den 80er Jahren ist der ehemals klassische Winterschadstoff SO₂ längst nicht mehr nur hausgemacht.
- Im Tagesverlauf zeigen die Primärschadstoffe CO sowie Stickoxide (NO_x) eine hohe Affinität zum Verkehrsaufkommen. Während der Verkehrsspitzen am Morgen und in den Abendstunden werden üblicherweise die höchsten Konzentrationen des Tages erfasst. Zusätzlich zu diesen Schadstoffen ist auch die Schwebstaubbelastung stark verkehrsbeeinflusst.

Wien hat bezüglich der Maßnahmen zur Reduktion der SO₂-Emissionen einen sehr hohen Standard erreicht. Eine weitere Reduktion der Immissionen wäre in erster Linie infolge entsprechender Maßnahmen in den nördlichen und östlichen Nachbarländern zu erwarten. Gleichzeitig könnte aus der bereits nahezu vollständigen Ausrüstung aller benzinbetriebenen Kfz mit Katalysatoren in den nächsten Jahren – bei weiterhin steigender Verkehrsdichte – ein Anstieg der verkehrsspezifischen Emissionen resultieren. Eine entsprechende Trendwende zu wiederum ansteigenden NO_x- sowie CO-Immissionen wäre auch bezüglich der Ozonbelastung von großer Bedeutung, da ja insbesondere die Stickoxide zu den wichtigen Vorläufersubstanzen von Ozon zählen. Und gerade beim Sommersmog haben die Messungen der vergangenen Jahre gezeigt, dass weitere Maßnahmen erforderlich sind, um eine Verringerung der – vor allem während der Sommermonate – hohen Ozonbelastung zu erreichen. Allerdings ist auch hier ein international abgestimmtes Vorgehen erforderlich, um die häufig hohe Hintergrundbelastung abzusenken.

Insgesamt zeigt sich hinsichtlich der Luftgüte im Stadtgebiet von Wien, wie erfolgreich sich emissionsmindernde Maßnahmen auf die Umwelt bzw. Luftqualität auswirken können. Und die einschlägigen Messungen sollten auch in der Zukunft ein wertvolles Instrument zur Erfassung von Problembereichen sein, wobei durch die Daten des Luftgütemessnetzes gezielte Empfehlungen zur Einleitung – zum Teil noch immer dringlich erforderlicher – emissionsmindernder Maßnahmen sein können.

Luftgüte-Anzeigetafeln an zentralen Plätzen in der Stadt

Die Messergebnisse sind derzeit auf 4 großen Anzeigetafeln an zentralen Plätzen der Stadt und im Stiegenhaus der Umweltschutzabteilung zu sehen: Im 1. Bezirk am Stephansplatz, im 9. Bezirk in der Liechtensteinstraße und im 21. Bezirk Am Spitz und zwar jeweils an der Fassade der Bank Austria Filialen. Die am Schottenring montierte Anzeigetafel musste wegen des Umbaus der Bank Austria Filiale entfernt werden. Für diese Tafel wird derzeit ein neuer Standort an einem öffentlich zugänglichen und stark frequentierten Platz gesucht.

Die Anzeigetafeln wurden von der Bank Austria für die Wiener Bevölkerung errichtet und finanziert. Im Wesentlichen besteht eine Anzeigetafel aus 5 Leuchtbändern. Vier vertikale Säulen beschreiben das Ausmaß der Schadstoffbelastung durch Schwefeldioxid und Staub, Stickstoffdioxid, Kohlenmonoxid und Ozon. Ein waagrechtes Schriftband liefert die verbale Beschreibung der Luftsituation und gegebenenfalls auch Hinweise auf besondere Schadstoffbelastungen an einzelnen Messstellen. Nach dem Wiener Vorbild sind bereits auch in München solche Tafeln aufgestellt worden.

Chemische Analysen

Erfassung mittel- und langfristiger Trends von Schadstoffkonzentrationen

WADOS – Untersuchung von Regeninhaltsstoffen

Dieses Projekt, das in Zusammenarbeit mit der Technischen Universität (TU) – Wien durchgeführt wird, dient vor allem dazu, den Gehalt an Schwermetallen, Säuren und Salzen im Regenwasser zu ermitteln. Dazu sind im Raum Wien und im Bereich Nasswald insgesamt vier Probenahmestellen eingerichtet, an denen von Mitarbeitern der MA 49 – Forstamt täglich Proben entnommen und dann im Labor der Umweltschutzabteilung auf die Schwermetalle Cadmium (Cd), Chrom (Cr), Kupfer (Cu), Nickel (Ni), Blei (Pb), Vanadium (V) und Zink (Zn) untersucht werden. Parallel dazu werden die Proben von der TU Wien auf die übrigen Parameter Ammonium (NH_4^+), Natrium (Na^+), Kalium (K^+), Kalzium (Ca^{2+}), Magnesium (Mg^{2+}), Chlorid (Cl^-), Nitrat (NO_3^-), Sulfat (SO_4^{2-}) analysiert. Resultat dieser Untersuchung ist der jährlich erscheinende WADOS-Bericht, der eine Beurteilung der Schadstoffkonzentrationen im Regen und somit naturgemäß in der Luft vornimmt. Die Daten werden von verschiedenen Dienststellen benutzt, um z. B. die über den Regen in den Boden eingebrachten Schadstoffmengen abschätzen zu können. Bei der WADOS-Untersuchung handelt es sich um eine Langzeitbeobachtung von Schadstoffeinträgen in das Ökosystem. Die Bedeutung solcher Untersuchungen wurde im Rahmen der derzeit laufenden Überarbeitung der relevanten Richtlinie 11 „Messung des nassen Niederschlages und des sedimentierten Staubes“ durch den „Wissenschaftlichen Beirat für Umwelthygiene“ besonders hervorgehoben. Bei der Überarbeitung dieser Richtlinie hat auch das Labor der Wiener Umweltschutzabteilung mitgewirkt.

Untersuchung von Staubniederschlägen

Zur Überprüfung der im Forstgesetz zugelassenen Maximalmengen an Schwermetallniederschlag pro Flächeneinheit befinden sich im Bereich des Lainzer Tiergartens sechs, im Bereich des Laaer Waldes fünf Sammelstellen für „Staubniederschlag nach Bergerhoff“. Unabhängig von den Erfordernissen des Forstgesetzes gibt es zwei weitere Sammelstellen an der Flughafenautobahn. An all diesen Sammelstellen werden die Probenbehälter monatlich von den Labormitarbeitern getauscht. Nach Aufarbeitung der Proben durch Säureaufschluss werden diese mittels ICP-MS auf Schwermetalle untersucht. Die Ergebnisse der Untersuchung werden der MA 49 – Forstamt jährlich übermittelt. Die Ergebnisse geben Aufschluss über die Schwermetallkonzentrationen im Staub und auch darüber, wie sich diese Konzentrationen im Laufe der Jahre verändern.

Regelmäßige Untersuchungen von Blei im Schwebstaub auf Basis des IG-L (Immissionsschutzgesetz-Luft)

Das mit 1. April 1998 in Kraft getretene Immissionsschutzgesetz-Luft (IG-L) sieht unter anderem die regelmäßige Messung des Bleigehaltes in der Luft vor. Dabei werden die Filterstreifen der Staubmessgeräte (FH 62 IN) des Wiener Luftmessnetzes im Labor der Umweltschutzabteilung darauf untersucht, wie sehr sie mit Staub beladen sind. Durch diese Vorgangsweise konnte die Anschaffung teurer „High-volume-Sampler“ vermieden werden. Erste Vorversuche dazu, die bereits 1998 durchgeführt wurden, waren erfolgversprechend. Auf Basis der Vorversuche wurden 1999 an zwei Stellen des Luftmessnetzes (Rinnböckstraße, MBA 13/14) Messungen von Blei im Schwebstaub in Form eines Probetriebs durchgeführt. Wie schon bei den Vorversuchen, wurde auch im Probetrieb der IG-L-Grenzwert für Blei im Schwebstaub in keinem einzigen Fall auch nur annähernd erreicht.

Analysen im Rahmen von Forschungsprojekten

Das Umweltlabor erbringt bei Forschungsprojekten, an denen die MA 22 selbst beteiligt ist, Eigenleistungen in Form von Analysen. Der Vorteil ist eine drastische Kosteneinsparungen bei Forschungsprojekten. Außerdem ist das Umweltlabor in den letzten Jahren zu einem begehrten Partner für verschiedene Hochschulinstitute geworden. Der Grund dafür liegt im konsequenten Ausbau des Umweltlabors und der damit verbundenen Einführung eines Qualitätssicherungssystems.

Forschungsprogramm „Phytosanierung“

Die Phytosanierung ist eine neuartige, pflanzengestützte und umweltfreundliche Technologie, um kontaminierte Böden und Wässer zu sanieren.

Dabei unterscheidet man folgende Teilgebiete:

- Die Phytoimmobilisierung stützt sich auf die Fähigkeit von Pflanzen, die Mobilität von Schadstoffen im Boden zu reduzieren.
- Die Phytostabilisierung nützt die Fähigkeiten schadstofftoleranter Pflanzen, kontaminierte Böden mechanisch gegen Wind- und Wassererosion zu stabilisieren und damit die Umverteilung von Schadstoffen in benachbarte Ökosysteme und in das Grundwasser hintanzuhalten.
- Die Phytoextraktion bezieht sich auf die Verwendung von schadstoffakkumulierenden Pflanzen, welche die Fähigkeit besitzen, die Schadstoffe in der Rhizosphäre zu mobilisieren und vorwiegend in der einfach zu erntenden oberirdischen Biomasse zu konzentrieren.
- Die Phytodegradation bezieht sich auf die Verwendung schadstofftoleranter Arten, die den Abbau von organischen Schadstoffen in der Rhizosphäre bzw. nach Aufnahme auch pflanzenintern unterstützen und beschleunigen.
- Die Phytovolatilisierung nutzt schadstofftolerante Arten zur biologischen Umwandlung organischer, organo-metallischer oder anorganischer Schadstoffe in gasförmige Verbindungen.

Die beiden erstgenannten Technologien führen zu einer Festlegung der Schadstoffe im kontaminierten Medium, die restlichen zu einer Reinigung durch Entzug der Schadstoffe. Eine weitere Phytotechnologie ist die Wurzelfiltration (Rhizofiltration), die die Fähigkeit von Pflanzen nutzt, Schadstoffe aus wässrigen Lösungen durch Adsorption und Aufnahme in das Wurzelgewebe zu entfernen.

Von der Universität für Bodenkultur wurde daher gemeinsam mit der MA 48, der MA 45, der MA 22 und der Wiener Umweltschutzgesellschaft ein vorerst für 3 Jahre gültiges Forschungsprogramm erarbeitet, das sich speziell mit der ex-situ-Sanierung von kontaminierten Böden beschäftigt.

Der Schwerpunkt des vorliegenden Programms liegt auf der Entwicklung, Evaluierung und Demonstration von Phytoextraktions- und -degradationsverfahren für schwermetall- und organisch kontaminierte Bodenmaterialien. Die Experimente zielen sowohl auf die getrennte als auch auf eine kombinierte Behandlung der beiden Schadstoffgruppen ab. Phytoextraktionstechnologien für ausgewählte Pflanzenarten werden in Feldversuchen mit Böden durchgeführt, deren Kontaminationsprofil für Wiener Verhältnisse als repräsentativ gelten kann.

Die MA 22 beteiligt sich an diesem Forschungsprojekt durch Sachleistungen auf dem Gebiet der chemischen Analytik. Dies ist vor allem durch die moderne Ausstattung (ICP-MS) des Umweltlabors der MA 22 und die bereits bei anderen Projekten gesammelten Erfahrungen möglich.

AUPHEP – „Austrian Project on Health Effects of Particulates“

Die Abkürzung AUPHEP steht für „Austrian Project on Health Effects of Particulates“ und befasst sich mit den gesundheitlichen Auswirkungen von Partikeln in der Luft. Dieses vom Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie (BMUJF) ausgeschriebene und von der „Kommission für die Reinhaltung der Luft der Österreichischen Akademie der Wissenschaften“ durchgeführte Projekt untersucht die gesundheitlichen Auswirkungen der unterschiedlichen Partikelgrößen von Aerosolen. Da in diesem Zusammenhang auch die chemische Zusammensetzung dieser Partikel von großer Bedeutung ist, werden unter anderem auch Analysen der einzelnen Staubfraktionen benötigt.

Auf Grund der modernen Ausstattung und der jahrelangen Erfahrung in der Spurenanalytik von Schwermetallen (siehe u. a. WADOS) werden die Schwermetallanalysen durch das Umweltlabor der MA 22 durchgeführt. Das gesamte Projekt erstreckt sich bis Ende 2001, wobei aber der Hauptteil der chemischen Analysen in den Jahren 1999 und 2000 anfällt.

Studie zur „Schlackenreaktivität“

Die Studie „Schlackenreaktivität“ ist die Fortsetzung des 1998 begonnenen Projekts über „Schlackenalterung“. Ziel war es, die Restreaktivität von Verbrennungsrückständen aus verschiedenen thermischen Verfahren, insbesondere in Bezug auf die Schwermetallmobilität, vergleichend zu untersuchen. Dazu wurden verschiedene Aufbereitungs-, Verwitterungs- und Elutionsverfahren verglichen, um die Deponieeigenschaften der verschiedenen Materialien besser abschätzen bzw. verbessern zu können. Das Projekt wurde im Laufe des Jahres 1999 abgeschlossen.

Analysen bei akut auftretenden Umweltproblemen, Amtshilfe für andere Magistratsabteilungen

Untersuchungen nach dem Chemikaliengesetz

Diese Untersuchungen finden im Rahmen der Vollziehung des Chemikaliengesetzes statt. So wurden vom Umweltlabor 1999 z. B. insgesamt 19 verschiedene Proben von im Handel frei erhältlichen Öl- u. Künstlerfarben genommen und die Schwermetallgehalte und insbesondere die Blei- und Cadmiumkonzentrationen überprüft. Erfreulicherweise wurde in keinem Fall eine Überschreitung der zulässigen Maximalkonzentrationen gefunden. Wie schon in den Vorjahren wurden auch 1999 zahlreiche Lackprodukte auf ihre Lösemittel-Zusammensetzung gemäß Lösemittelverordnung 1995 analysiert.

Weiters wurden Schaumstoffplatten auf ihren Gehalt an vollhalogenierten Kohlenwasserstoffen überprüft. Diese Substanzen wurden früher als Treibmittel bei der Schaumstoffherzeugung verwendet und sind heute verboten. Auch in diesen Proben konnten keine unzulässigen Rückstände festgestellt werden. Weiters wurden Elektroniksprays, Duftöle und ähnliche Zubereitungen auf ihre Übereinstimmung mit den jeweiligen Bestimmungen des Chemikaliengesetzes überprüft.

Geruchsprobleme in Wien

Um die Verursacher übler Gerüche festzustellen, werden sowohl Messungen von organischen Luftschadstoffen vor Ort durchgeführt als auch Diffusionsmessungen im Labor vorgenommen. Dabei wird die mögliche Diffusion von Geruchsstoffen aus Betriebsanlagen in benachbarte Wohnräume mittels eines Tracergases (SF₆) quantitativ erfasst. Auf Grund dieser Messungen ist es dann möglich, entsprechende bauliche oder Lüftungstechnische Maßnahmen zur Beseitigung der Geruchsbelästigungen zu setzen. Präsentiert werden konnte Anfang 1999 der Bericht über die Erhebung der Ursachen für die zahlreichen Geruchsbelästigungen in den Bezirken nördlich der Donau. In vielen Fällen wurden von den für die üblen Gerüche verantwortlichen Betrieben bereits Abhilfemaßnahmen gesetzt bzw. sind für die nächste Zukunft geplant. Auf Grund der erfolgreichen Tätigkeit in den Bezirken 21 und 22 wurde die Umweltschutzabteilung nun auch vom Magistratischen Bezirksamt für den 23. Bezirk um Unterstützung bei ähnlich gelagerten Problemen ersucht. Im Herbst 1999 wurde damit begonnen, in den fraglichen Bereichen Passivsonden auszuliegen, um als ersten Schritt die chemische Zusammensetzung der geruchsrelevanten Substanzen zu ermitteln. Die Untersuchung wird auch im Jahr 2000 fortgesetzt und wird, ähnlich wie in den Bezirken nördlich der Donau, auf Kontakte mit Bürgern und Betrieben und auch auf Messungen in Betriebsgeländen ausgeweitet werden.

Untersuchungen nach der Auftaumittelverordnung

Vom Umweltlabor werden seit Mitte 1999 auch Untersuchungen nach der Auftaumittelverordnung durchgeführt. Wird die Verwendung verbotener Auftaumittel angezeigt, dann werden vor Ort Proben genommen und das Auftaumittel auf seine Zusammensetzung untersucht. So wird festgestellt, ob gegen die Auftaumittelverordnung verstoßen wurde oder nicht.

Deponiekontrollen

Das Labor der Umweltschutzabteilung unterstützt die MA 45 – Wasserbau, die Deponien und Planierungen zu überwachen. Einmal pro Monat werden auf einer Deponie fünf bis sechs Proben gezogen und im Labor analysiert. Die Ergebnisse zeigen, ob die jeweiligen Bewilligungsbescheide eingehalten werden. Ist das nicht der Fall, werden entsprechende Verwaltungsverfahren eingeleitet. Allein die Tatsache, dass kontrolliert wird und Proben untersucht werden, führt bei den meisten Deponiebetreibern zu erhöhter Sorgfalt.

Amtshilfe für die MA 45 – Wasserbau als Gewässerschutzbehörde

Die MA 45 – Wasserbau ist in Wien für den Gewässerschutz verantwortlich. In dieser Funktion hat sie auch nach Schadstoffunfällen eine Abschätzung der Grundwassergefährdung zu erstellen. Obwohl die Gruppe „Gewässeraufsicht“ der MA 45 über eine kleine Laboreinrichtung verfügt, wird in den meisten Fällen das Labor der MA 22 zur Durchführung der notwendigen Analysen herangezogen. Von der MA 45 werden auch Bodensanierungen nach Ölaustritten oder bei Umbauarbeiten an Tankstellen überwacht. Auch auf aufgelassenen Industrie- oder Gewerbegrundstücken besteht vielfach der Verdacht auf Bodenkontaminationen. Entsprechend einer Vereinbarung zwischen der MA 45 und der MA 22 wurden 1999 in fast all diesen Fällen die notwendigen Analysen vom Labor der MA 22 durchgeführt.

Auch für verschiedene andere Dienststellen des Magistrats (z. B. MA 17 – Wiener Wohnen, MA 49 – Forstamt, Magistratsdirektion – Hilfs- und Sofortmaßnahmen, Wiener Umweltschutzbehörde) und die Bundespolizeidirektion Wien wurden im „Amtshilfeverfahren“ Untersuchungen zu verschiedensten Problematiken (Geruch, Chemikalien, Bodenaushub etc.) durchgeführt.

Bürgerservice

Neben der notwendigen Unabhängigkeit und Unbefangenheit eines Umweltlabors ist im Rahmen der öffentlichen Verwaltung die Bürgernähe und das Service für die Bürger ein wesentlicher Aspekt. Das Umweltlabor ist deshalb

auch eine Bürgerservice-Einrichtung: Denn es ist niemandem zumutbar, bei akuten Problemen auf eigene Kosten Privatgutachten erstellen zu lassen oder zu warten, bis die Behörde einen externen Gutachter mit Untersuchungen beauftragt. Viele der Beschwerden oder Anfragen, die bei der Wiener Umwelt Hotline einlangen, beziehen sich auf Geruchsbelästigung oder das Auffinden von oft unbekanntem chemischen Substanzen. In diesen Fällen kommt das Umweltlabor rasch und unbürokratisch zum Einsatz. Dabei bewährt sich das flexible, gut ausgerüstete Umweltlabor der MA 22. Es kann schnell reagieren und dem betroffenen Bürger die Sicherheit geben, dass für ihn sofort etwas getan wird.

Klimaschutz & Nachhaltigkeit

Rahmenprogramme

KliP-Klimaschutzprogramm der Stadt Wien

Das KliP-Klimaschutzprogramm ist eine Initiative der Stadt Wien, die damit ihren Verpflichtungen aus dem Beitritt zum Klimabündnis (minus 50 % CO₂ bis 2010) und der Unterzeichnung der „Charta von Aalborg“ nachkommen will. Das KliP-Klimaschutzprogramm wurde am 5. November 1999 vom Wiener Gemeinderat beschlossen.

Mit dem KliP will die Stadt Wien bis zum Jahr 2010 zur Klimamusterstadt werden. Beim größten und ehrgeizigsten Umweltprojekt in der Geschichte der Stadt Wien haben seit 1996 mehr als 300 Mitarbeiter aus insgesamt 150 Abteilungen der Stadtverwaltung, der städtischen Betriebe und externer Organisationen (NGOs, Wirtschaft, diverse Interessenvertretungen) mitgearbeitet. Geleitet und koordiniert wird das KliP von der MA 22 – Umweltschutz, fachlich und organisatorisch betreut von der Energieverwertungsagentur (E.V.A.) und dem Interuniversitären Forschungszentrum für Technik, Arbeit und Kultur (IFZ). Diese Zusammenarbeit auf breiter Basis ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für den Erfolg des KliP. Die 36 Maßnahmenpakete wurden von allen am KliP-Prozess Beteiligten im Konsens verabschiedet.

Das KliP ist ein praxisorientiertes, vom Prinzip der Nachhaltigkeit geprägtes Umweltprogramm. Es enthält 36 Maßnahmenpakete für die Bereiche Fernwärme/Stromerzeugung, Wohnen, Betriebe, Stadtverwaltung und Mobilität. Durch den effizienteren Einsatz von Energie, dem verstärkten Umsteigen auf CO₂-arme oder CO₂-freie Energieträger, durch einen vorbildlichen ökologischen Einkauf sowie entsprechenden Maßnahmen, um mit weniger Verkehr trotzdem mobil in der Stadt zu bleiben, sollen die Wiener Kohlendioxidemissionen drastisch verringert werden. Denn hält der gegenwärtige Trend bei den CO₂-Emissionen ungebremst an, würden die Kohlendioxidemissionen bis zum Jahr 2010 auf 9,9 Mio. t ansteigen. Durch die KliP-Maßnahmen würde die Stadt Wien jedoch 2010 nur mehr 7,3 Mio. t CO₂ verursachen, das entspricht einem Minus von 2,6 Mio. t oder 26 %. Darüber hinaus werden auch noch andere Treibhausgase enorm reduziert, sodass mit dem KliP bis zum Jahr 2010 fast 4 Mio. t Kohlendioxid und Kohlendioxidäquivalente eingespart werden können.

Nach dem bewährten Motto „Zusammenarbeiten auf breiter Basis“ soll nun das KliP bis zum Jahr 2010 rasch realisiert und Klimaschutz langfristig zum zentralen Element der kommunalen Politik werden. Bis Mitte 2000 wird auch eine Klimaschutzkoordinationsstelle im Bereich der Magistratsdirektion der Stadt Wien mit weit reichenden Kompetenzen geschaffen. Regelmäßig wird auch der Erfolg des KliP kontrolliert. Die erste Evaluierung wird unter der Leitung der Klimaschutzkoordinationsstelle bereits im Jahr 2001 durchgeführt werden.

Lokale Agenda 21 für Wien

Nachhaltigkeit heißt, dass wir unsere Lebensstile überdenken und so gestalten müssen, dass auch nachfolgende Generationen geeignete Umweltbedingungen vorfinden. Wir müssen lernen, mit der Natur und Umwelt verantwortungsbewusst umzugehen. Nachhaltigkeit ist aber auch ein klares Bekenntnis für differenzierte, umweltpolitische Lösungen, die wirtschaftlich, politisch und gesellschaftlich umgesetzt werden können. Das bedeutet, dass langfristig ökonomische, ökologische und soziale Interessen miteinander in Einklang gebracht werden müssen. Der entscheidende Erkenntnisfortschritt, der mit diesem Leitbild erzielt worden ist, liegt in der Einsicht, dass die ökonomische, die ökologische und die soziale Entwicklung einer Gesellschaft nicht voneinander abgekoppelt und gegeneinander ausgespielt werden dürfen.

Im Juni 1992 fand in Rio de Janeiro die UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung (UNCED) statt. Die Teilnehmerstaaten, darunter auch Österreich, einigten sich u. a. auf das Aktionsprogramm Agenda 21. Die Agenda 21 enthält in 40 Kapiteln Handlungsempfehlungen für die Bereiche Umweltpolitik und Entwicklungspolitik. Im Kapitel 28 der Agenda 21 werden die kommunalen Gebietskörperschaften aufgefordert, das Programm zu unterstützen und umzusetzen.

In der Folge von Rio fand 1994 in Aalborg (Dänemark) die erste Europäische Konferenz für zukunftsfähige Städte und Gemeinden statt (First European Conference on Sustainable Cities & Towns – Aalborg Conference). Das wesentliche Ergebnis dieser Konferenz war die Charta der Europäischen Städte und Gemeinden auf dem Weg zur Nachhaltigkeit (Charta von Aalborg), die mittlerweile über 400 Städte und Gemeinden unterzeichnet haben. Die Charta von Aalborg wurde für Wien im November 1996 von Bürgermeister Dr. Michael Häupl unterzeichnet. Damit hat sich die Stadt Wien selbst verpflichtet, den Lokalen Agenda 21-Prozess in Wien einzuleiten und einen entsprechenden Agenda 21-Plan zu erstellen. Darin sollen die konkreten Ziele, Maßnahmen und Strategien für eine nachhaltige Ent-

wicklung der Stadt festgeschrieben werden. Die Stadt soll heute schon so gestaltet werden, dass sie auch in 50 Jahren oder 100 Jahren noch lebenswert ist und die nachfolgenden Generationen eine zumindest genauso gute oder bessere Umwelt- und Lebensqualität wie heute vorfinden.

Forschungsprojekte

Bestimmung des Ökologischen Fußabdruckes der Stadt

Aufbauend auf bestehende Daten über die Stoffflüsse soll der „Ökologische Fußabdruck der Stadt Wien“ bestimmt und charakterisiert werden. Dabei wird nach der von W. Rees und M. Wackernagel entwickelten Methodik vorgegangen. Das heißt, es soll jener „theoretische“ Flächenverbrauch berechnet werden, den die Wiener Bevölkerung für die Befriedigung ihrer Bedürfnisse und die Aufrechterhaltung ihres sozialen und wirtschaftlichen Lebensstandards benötigt.

Der „Ökologische Fußabdruck der Stadt Wien“ soll im Hinblick auf seine Nachhaltigkeit beurteilt und mit den „Ökologischen Fußabdrücken“ anderer, vergleichbarer Städte (beispielsweise jenen von London, Genf, Toronto oder Stockholm) gegenübergestellt werden.

Weiter soll ein methodischer Beitrag zu den noch ungenügend gelösten Fragen betreffend zeitlicher und qualitativer Entwicklung der Ausnutzung-/Ertragskoeffizienten und der korrekten Aufteilung der analysierten fossilen Energie geleistet werden.

Integration betrieblicher Umweltschutzmaßnahmen in eine nachhaltige Stadtentwicklung

Das vorliegende Projekt versteht sich als wissenschaftlich fundierte Grundlage für die Stadt Wien, in inhaltlicher, organisatorischer und strategischer Weise, für die Gewinnung der lokalen Betriebe zur aktiven Teilnahme am Prozess einer nachhaltigen Stadtentwicklung. Dieser Prozess kann mit einer Lokalen Agenda 21 (LA 21) für Wien kombiniert werden, zu der sich Wien durch Unterzeichnung der Charta von Aalborg verpflichtet hat.

Es soll auch gezeigt werden, dass eine Einbindung der Betriebe in die Lokale Agenda 21-Prozesse nicht nur dem Umweltschutz Vorteile bringt, sondern auch den Betrieben. Die drei Schwerpunkte des Projekts:

- Analyse von Möglichkeiten und Widerständen der Einbeziehung der Wirtschaft in bereits bestehende LA 21-Prozesse in Städten
- Erhebung der Voraussetzungen für eine Beteiligung der Wiener Betriebe an der LA 21
- Erarbeitung der Strategie zur Integration der Wirtschaft in den LA 21-Prozess Wiens

Klimaschutz & Nachhaltigkeit in der Praxis

Viele KliP-Maßnahmen bereits gestartet

Viele Klimaschutzmaßnahmen laufen bereits erfolgreich. Denn im KliP-Wien wurden nicht nur Konzepte produziert. Bei kurzfristig möglichen Maßnahmen wurde mit der Realisierung sofort begonnen. Viele Projekte laufen deshalb bereits seit 1998/99, andere werden vorbereitet und mit der Umsetzung wird demnächst begonnen.

So wurden die Vorarbeiten für eine ab 2000 wirksame Ausweitung der Althausanierungsförderung abgeschlossen. Im geförderten Wohnbau wird seit Mai 1999 auf den Einsatz H-FCKW- und H-FKW-hältiger Baumaterialien verzichtet. Eine Ausweitung auf den gesamten Hochbau der Stadt Wien ist vorgesehen. Aufgebaut wurde auch eine Energiebuchhaltung für rund 1.800 Magistrats- und Bezirksgebäude. Mit Hilfe dieser Datenbank können jene Gebäude herausgefiltert werden, wo die energetische Sanierung am meisten bringt. Ebenfalls erfolgreich läuft das Energie-Einspar-Contracting. Die Erfahrungen bei den mittels Contracting energetisch verbesserten acht Schulen, Kindergärten, Heimen und Amtshäusern zeigt, dass jährlich 60 t Heizöl, 33.000 m³ Erdgas, 1.450 MWh Fernwärme und 115 MWh Strom gespart werden. Die Energiekosten sinken dadurch um ATS 1,55 Mio. pro Jahr. Die CO₂-Emissionen dieser Objekte werden um rund 50 % und die SO₂-Emissionen sogar um rund 70 % reduziert.

In drei Magistratsabteilungen wurden „Mobilitätsmanagement-Programme“ in Angriff genommen. Von der MA 48 (Abfallwirtschaft, Straßenreinigung, Fuhrpark) wurde ein Fahrzeugsimulator gekauft, um die Lenker des städtischen Fuhrparks im ökologischen Fahren zu trainieren. Die Projektgruppe „Öko-Kauf-Wien“ koordiniert und plant die umweltfreundliche Beschaffung der Wiener Stadtverwaltung. Wichtigstes Ziel ist, für alle von der Stadt Wien benötigten Produkte und Dienstleistungen ökologische Kriterienkataloge auszuarbeiten.

Pilotversuch: Lokale Agenda 21 im 9. Bezirk Alsergrund

Die Erfahrungen derzeit laufender Lokale Agenda 21-Prozesse in anderen europäischen Städten sind nicht unmittelbar auf Wien übertragbar. Deshalb sollte auf Bezirksebene im Rahmen eines Pilotversuchs die Umsetzbarkeit und Operationalisierbarkeit des Konzeptes der Lokalen Agenda 21 geprüft werden.

Folgende für die Stadt Wien relevanten Projektergebnisse werden u. a. angestrebt:

- Erstellung eines Modells für einen konstruktiven Dialog zwischen Verwaltung, Bürgern, Wirtschaft und Wissenschaft

- Implementieren neuer Formen von Mitbestimmungsprozessen
- Erstellung eines Aktionsplans für den Bezirk
- Erfolgskriterien gemeinsam mit den TeilnehmerInnen erarbeiten und in den Aktionsplan einfließen lassen, damit die Bewertung des Prozesses gemeinsam mit den TeilnehmerInnen erfolgen kann
- Nachhaltigkeitsindikatoren gemeinsam mit den TeilnehmerInnen der Agendakreise entwickeln
- Grundlagen und Empfehlungen für einen wienweiten Lokalen Agenda 21-Prozess zu erstellen.

Die Lokale Agenda 21, die seit eineinhalb Jahren im 9. Bezirk läuft, ist ein EU-gefördertes Projekt, das zusätzlich zu gleichen Teilen vom Bezirk und der Stadt Wien (MA 21 und MA 22) finanziell unterstützt wird. Mehr als 2.000 ehrenamtliche Arbeitsstunden haben BürgerInnen in die Zukunft des Alsergrunds investiert. Die engagierten Stadt- und Bezirksbewohner, die gemeinsam mit Politikern durch Mitsprache und Einbindung lokale Prozesse in Gang gesetzt haben, konnten die Bezirkspolitik am Alsergrund nachhaltig verändern.

Bereits 1999 innerhalb der Agenda Alsergrund umgesetzte Projekte:

- Aktionstag im Herbst 99: An unterschiedlichen öffentlichen Plätzen im Bezirk wurden alle geplanten Projekt(vorhaben) präsentiert. Von der Umgestaltung Thurnstiege über die Neugestaltung der Porzellangasse bis zum Zukunftsplan Alsergrund. Unter dem Motto „Wir bauen ein Raumschiff“ ist ein interaktiver Aktiv-Spielplatz für kleine und große Kinder entstanden, der beim Aktionstag am Julius-Tandler-Platz erstmals aufgestellt wurde.
- Die Neugestaltung Porzellangasse: Sie begann mit der Reinigung von leer stehenden Geschäften. Ziel war die Verschönerung des Stadtbildes zur Förderung der Nahversorgung.
- Bildungsarbeit: Kontakte mit Bildungseinrichtungen im In- und Ausland, Vorträge und Veranstaltungen sowie eine Seminarreihe zur Weiterqualifizierung für Agenda-Aktive an der Volkshochschule WienNordWest.

Weitere 1999 gestartete, aber noch nicht abgeschlossene Vorhaben:

- Umfrage und Bürgerversammlung bei der Thurnstiege mit dem Ziel, im Herbst 2000 mit der gemeinsamen Umgestaltung zu beginnen.
- Zur weiteren Attraktivierung der Porzellangasse sind Begrünungs- und Beleuchtungsmaßnahmen geplant.
- Geplant ist auch eine „Waschmittelkampagne“ (Postwurf), um alle Haushalte im Bezirk über die Möglichkeiten des Waschens ohne Gesundheitsrisiko zu informieren.
- Weites soll ein Umwelt- und Energiemanagement in Amtshäusern und anderen öffentlichen Gebäuden des 9. Bezirks eingeführt werden.
- Außerdem wird für den Zukunftsplan Alsergrund ein „Netzwerk nachhaltiger Akteure im 9. Bezirk“ in einer Print- und Online-Version aufgebaut.

ÖkoBusinessPlan Wien: Die ersten 56 Wiener Betriebe 1999 ausgezeichnet

Noch mehr Wiener Betrieben soll geholfen werden, auf Umweltkurs zu kommen und dabei sogar mehr Gewinn zu erzielen. Im Oktober 1998 wurde deshalb der ÖkoBusinessPlan Wien gestartet, mit vier speziellen Programmen zum Umwelt- und Klimaschutz für die Wiener Unternehmen.

Im ÖkoBusinessPlan Wien wurden die vier Umweltprogramme Ökoprofit, EMAS (EG-System für das Umweltmanagement und die Umweltbetriebsprüfung), Betriebe im Klimabündnis und Umweltzeichen Tourismus zusammengefasst.

Mehr Beratung, besseres Service, praktische Hilfe beim Realisieren der Maßnahmen und eine effiziente Förderung, das können die Betriebe vom ÖkoBusinessPlan Wien erwarten. Mit der Initiative kann der betriebliche Umweltschutz in Wien besser koordiniert, organisiert, beworben und effizienter umgesetzt werden. Nicht nur die Umwelt profitiert, sondern auch die Bilanz der Unternehmen.

Die ersten 56 Wiener Betriebe, die eines der Umweltprogramme 1999 erfolgreich absolviert haben, wurden im Jänner 2000 ausgezeichnet. Von den insgesamt 56 preisgekrönten Betrieben haben zwei das Umweltmanagementsystem EMAS erfolgreich eingeführt. Fünfzehn Betriebe wurden mit Ökoprofit zu Umweltprofis. Zwanzig Unternehmen sind Klimabündnisbetriebe geworden und sorgen so für mehr Klimaschutz. Neunzehn Betriebe haben für ihre Umwelleistungen das „Österreichische Umweltzeichen für Tourismusbetriebe“ erhalten. Die Palette der ausgezeichneten, besonders umweltfreundlichen Betriebe reicht von Großunternehmen über Klein- und Mittelbetriebe bis hin zu Einzelunternehmern. Zu den ausgezeichneten Firmen gehören so bekannte wie Kattus, Henkell, Austrian Aerospace, AC Austro Car (Chrysler), Opel Austria, Bunzl & Biach oder Liebherr Austria.

Der ÖkoBusinessPlan Wien wird regelmäßig auf seine Effizienz hin überprüft. Damit beauftragt wurden von der Umweltschutzabteilung der Stadt Wien die Wirtschaftsuniversität Wien und das Forschungszentrum Seibersdorf. Die Ergebnisse der Untersuchung zeigen eine eindrucksvolle Bilanz: Nicht weniger als 1.500 Einzelmaßnahmen werden von den im Jänner 2000 ausgezeichneten 56 ÖkoBusinessPlan Wien-Betrieben durchgeführt, wobei die Firmen insgesamt rund 62 Millionen Schilling in den Umweltschutz investieren. Die Maßnahmen rechnen sich auch für die Betriebe, sie gewinnen insgesamt ATS 22 Mio. pro Jahr.

Neben den positiven Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und den Wirtschaftsstandort Wien wird vor allem die Umweltsituation spürbar entlastet. Pro Jahr gelangen 4.900 t Kohlendioxid weniger in die Luft. Nicht gefährliche Abfälle werden um mehr als 50.000 t reduziert. Das entspricht einer Menge, die 125.000 WienerInnen pro Jahr produzieren. Der Stromverbrauch sinkt um mehr als fünf Mio. kWh. So viel verbrauchen etwa 900 Wiener Haushalte

im Jahr. Weiters wurden 230.000 l Heizöl, 70 t Rohstoffe, 250 t gefährliche Abfälle, 13.000 m³ Wasser eingespart. 400.000 weniger PKW-Kilometer und 40.000 weniger LKW-Kilometer verschaffen der Umwelt eine Atempause. Verringert werden auch Hilfs- und Betriebsstoffe wie z. B. Schmieröle, Kleber oder Harze, und zwar um 1.060 t.

Eine der Stärken des ÖkoBusinessPlan Wien besteht darin, dass die MA 22 namhafte Partner zur Mitarbeit gewinnen konnte. Partner im ÖkoBusinessPlan Wien sind die Wirtschaftskammer Wien (WKW), der Wiener Wirtschaftsförderungsfonds (WWFF), das Wiener Wirtschaftsförderungsinstitut (WIFI-Wien), das Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie (BMUJF), der Österreichische Gewerkschaftsbund (ÖGB), die Wiener Kammer für Arbeiter und Angestellte (AK-Wien), die Magistratischen Bezirksämter der Stadt Wien als Gewerbebehörde und die Hauptsachverständigen der MA 36 (zuständig u. a. für technische Gewerbeangelegenheiten).

In das Programmmanagement inklusive Beratungs-, Serviceangebote (ATS 7 Mio.) und Förderungsmittel (ATS 10 Mio.) investieren die Stadt Wien und ihre Projektpartner insgesamt ATS 17 Mio. jährlich. Die Förderungsmittel stellt die Stadt Wien mit einer speziellen Investitionsförderungs-Aktion bereit, die vom WWFF abgewickelt wird. Gefördert werden vorsorgende Umweltinvestitionen, die mit einem der vier Programme verwirklicht werden, sofern die Amortisationszeit länger als zwei Jahre beträgt. Die Zuschüsse betragen rund 30 % der Kosten. Bis zum Jahr 2002 werden also fast ATS 70 Mio. von der Stadt und den Projektpartnern in den betrieblichen Umweltschutz investiert.

Der ÖkoBusinessPlan Wien läuft noch bis zum Jahr 2002. Dann sollen rund 300 Wiener Betriebe eines der Umweltprogramme absolviert haben. Viel Neues bietet der ÖkoBusinessPlan Wien deshalb ab dem Jahr 2000: z. B. das neue fünfte Modul ISO 14.001. Das Modul Ökoprotit wird im Jahr 2000 verstärkt für die Wiener Schulen und das Modul Betriebe im Klimabündnis für kirchliche Einrichtungen genutzt werden. Schon demnächst wird auch der „Club der ÖkoBusinessPlan Wien-Betriebe“ gegründet, als Plattform für die Weiterbildung und den Erfahrungsaustausch zwischen den ÖkoBusinessPlan Wien-Betrieben und solchen, die es noch werden wollen. Für das Jahr 2000 haben sich bereits mehr als 120 neue Wiener Betriebe für den ÖkoBusinessPlan Wien gemeldet, das sind doppelt so viele wie 1999.

ÖkoKauf-Wien

Im ÖkoKauf-Wien werden ökologische Kriterienkataloge für verschiedene Produktgruppen, als Hilfsmittel für EinkäuferInnen und BeschafferInnen bei der Stadt Wien und den Wiener Stadtwerken ausgearbeitet. Ziel ist es, die Beschaffung und den Einkauf bei der Stadt Wien verstärkt zu ökologisieren. Das geschieht jedoch nicht nur durch die Erstellung der Kriterienkataloge, sondern durch eine verstärkte Bewusstseinsbildung oder durch interne Regelungen oder Erlässe.

Dieses Projekt ist im Rahmen des KliP-Team III Abfall/Beschaffung entwickelt und gestartet worden. Mittlerweile wurden 12 Arbeitsgruppen (Hochbau, Tiefbau, Innenausbau, Druckerei und Druckaufträge, Fuhrpark, Haustechnik, elektrische Büro- und Haushaltsgeräte, Wasser, Beleuchtung, Desinfektion, Wasch- und Reinigungsmittel und Lebensmittel) sowie drei Ausschüsse (Organisation, Recht und Öffentlichkeitsarbeit) geschaffen, die nun an den einzelnen Kriterienkatalogen arbeiten. Federführend an dem Projekt, das von der Magistratsdirektion – Baudirektion geleitet wird, sind die MA 22, die Wiener Umwelthanwaltschaft, der Krankenanstaltenverbund und die MA 48. In den Arbeitsgruppen arbeiten sämtliche Dienststellen und teilweise auch die städtischen Unternehmen mit.

Im Laufe des Jahres 1999 wurden bereits die Kriterienkataloge folgender Arbeitsgruppen fertig gestellt: Innenausbau, Wasch- und Reinigungsmittel und Elektrische Büro- und Haushaltsgeräte.

Gearbeitet wurde 1999 auch an einem Leistungsverzeichnis „Umwelt“ für den Bereich Tiefbau. Ziel ist es, ein Grobkonzept für ein neues einheitliches Leistungsverzeichnis auszuarbeiten, das eine umweltgerechte Leistungserfüllung für die Bereiche Abbruch, Aushub, Zwischenlagerung, Wiedereinbau, Verwertung (Recycling, Aufbereitung, Sortierung, Qualitätskontrolle) und Entsorgung (Deponierung, sonstige Behandlung) unter Einhaltung der geltenden gesetzlichen Bestimmungen und technischen Richtlinien erlaubt. Das Projekt läuft in enger Zusammenarbeit mit der Ökokauf-Wien Arbeitsgruppe Tiefbau.

Beauftragt wurde auch eine Studie zum Thema „Lebensmittel und Gesundheit – mit besonderer Berücksichtigung des biologischen Landbaus“. Bei dieser Studie werden wissenschaftliche Argumente gesammelt, um den Vorsorgeeffekt und die Nachhaltigkeit der biologischen gegenüber der konventionellen Landwirtschaft hervorzuheben. Die Umweltvorteile sollen überzeugend zusammengefasst und die Vorteile sowie langfristige Notwendigkeit einer Ernährung mit Lebensmitteln aus dem Biolandbau z. B. durch epidemiologische Studien aufgezeigt werden.

Mobilitätsmanagement Wiener Magistrat

Sinn des im Rahmen des Wiener Klimaschutzprogrammes (KliP) entwickelten Projekts ist es, möglichst viele MitarbeiterInnen des Magistrats zu motivieren, verstärkt auf Fahrten mit dem Auto zu verzichten und stattdessen mit umweltfreundlichen Dienstfahrzeugen und öffentlichen Verkehrsmitteln zu fahren.

Seit 1998 Jahr läuft das Mobilitätsmanagement bereits erfolgreich in der MA 22, MA 32 – Haustechnik, MA 36 – Technische Gewerbeangelegenheiten. Zusätzlich haben 1999 drei weitere Abteilungen (MA 12 – Sozialamt, MA 46 – Verkehrsorganisation und Stadtbaudirektion/Garagenkoordination) umweltfreundliche Motorroller erhalten. Mit der Durchführung des Projekts und den begleitenden wissenschaftlichen Untersuchungen wurde das Verkehrsplanungsbüro Trafico beauftragt.

Eigens bestellte Mobilitätsbeauftragte kümmern sich um alle Fragen und Anliegen im Zusammenhang mit der Verkehrsmittelwahl. Zu Beginn der Aktion wurden alle Bediensteten der beteiligten Abteilungen über ihr Mobilitätsverhalten befragt. Wiederholt wurde die Befragung nach Abschluss des Pilotprojektes im Herbst 1999. Der Endbericht wird im April 2000 vorgelegt.

Stadt Wien unterstützt Projekte zum Schutz des Regenwaldes

Mit dem Beitritt Wiens zum Klimabündnis im Jahr 1991 hat sich die Stadt Wien neben der Reduktion der CO₂-Emissionen um 50 % bis zum Jahr 2010 auch dazu verpflichtet, durch eine Unterstützung der Völker des Regenwaldes deren Lebensraum zu erhalten, da er als Sauerstoff-Reservoir für die gesamte Erde von eminenter Bedeutung ist.

Über das Klimabündnis Österreich werden deshalb von der MA 22 Projekte zur Erhaltung des Regenwaldes am oberen und mittleren Rio Negro gefördert. Das Gebiet liegt im Nordwesten Brasiliens, an der Grenze zu Kolumbien und Venezuela. Mit 110.000 km² ist es etwas größer als Österreich. In dieser Region, die „Alto Rio Negro“ genannt wird, leben in 300 Dörfern rund 30.000 Menschen, die 19 verschiedenen indianischen Volksgruppen angehören. Koordiniert und durchgeführt werden die Klimabündnis-Projekte vom Institut für Internationale Zusammenarbeit (IIZ) und der brasilianischen FOIRN, der Föderation Indianischer Organisationen des Rio Negro. Beide Organisationen und das Klimabündnis Österreich sind Partnerorganisationen der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit im Außenministerium. Die FOIRN ist auch Teil der Dachorganisation der Amazonas Indianer, der COICA. Das Gebiet der FOIRN ist eines der größten zusammenhängenden indianischen Gebiete Brasiliens.

Projekte, die in diesem Gebiet zur Erhaltung des Regenwaldes, zur Förderung der Indio Stämme und zu einer nachhaltigen Wirtschaftsweise vor Ort beitragen, wurden 1999 von der Stadt Wien mit insgesamt ATS 320.000 gefördert.

Vorbereitung von Enqueten zum Thema Kreislaufwirtschaft

1999 wurde damit begonnen, eine Enquete zum Thema Kreislaufwirtschaft vorzubereiten. Die Themen für diese Fachveranstaltung sind:

- Aktueller Stand der Verwertung und Entsorgung in Österreich
- Darstellung der rechtlichen Rahmenbedingungen in der EU und in Österreich
- Darstellung der Sammellogistik unter Berücksichtigung des Kosten-Nutzen-Verhältnisses und der sozialen Akzeptanz
- Darstellung von Recyclingtechnologien
- Darstellung von Pilotprojekten
- Darstellung von kommunalen Erfahrungen in der Sammlung und Verwertung
- Europäische Kooperationen im Elektronikschrott-Recycling und in der ökologischen Produktentwicklung
- Ökologisches Produktdesign – Beispiele
- Allfällige Förderungen

Ebenfalls vorbereitet wurde eine Enquete zum Thema Kreislaufwirtschaft/Kunststoffe. Die Themen dieser zweiten Fachtagung sind u.a.:

- Darstellung der Kunststoffflüsse in Österreich; Darstellung der Kunststoffverwertungsmöglichkeiten unter Berücksichtigung der Zielsetzung der österreichischen Abfallwirtschaft
- Präsentation der geplanten EU-Verordnung zum Kunststoffrecycling
- Integration von Kosten-Nutzen-Analysen bei der politischen Strategieentwicklung für die Abfallwirtschaft
- Kosten-Nutzen-Analyse der Kunststoffverwertung
- Darstellung der Perspektiven für die Strategien der Kunststoffverwertung.

Abfallwirtschaft

Amtssachverständigentätigkeit

Die Mitarbeiter der MA 22 übten auch im Jahr 1999 ihre Tätigkeit als Amtssachverständige im Rahmen des Abfallwirtschaftsgesetzes (AWG) und des Wiener Abfallwirtschaftsgesetzes (Wiener AWG) aus. Dabei wurden zahlreiche Gutachten und Bescheide erstellt sowie Kontrollen und Überprüfungen in Betrieben durchgeführt.

Abfalldaten-Erfassung

Abfalldatenverbund zur Erfassung, Überwachung und Kontrolle gefährlicher Abfälle

Der Abfalldatenverbund und die Erfassung von Melde- und Begleitscheindaten am Computer sind die Grundlage für eine effiziente Überwachung und Kontrolle der gefährlichen Abfälle von der Erzeugung bis zur Behandlung und Entsorgung. Darüber hinaus dienen die Daten als wichtige Planungsgrundlage für Verwertungs- und Entsorgungsanlagen und zur Feststellung der Kapazitäten.

Der Abfalldatenverbund, gesetzlich festgelegt im § 38 AWG, ist der Zusammenschluss von österreichweit 10 kleineren Rechnernetzen. Diese kleineren Rechnernetze sind die Grundlage für die Verwaltung der Begleitscheine. Die

lokale Datenbank der Wiener Landesregierung befindet sich in der MA 22 und wird im Referat Abfallwirtschaft von 2 Personen ständig aktualisiert. Mit Hilfe des Abfalldatenverbundes werden sowohl vom Umweltbundesamt als auch vom Referat Abfallwirtschaft Statistiken über das Begleitscheinaufkommen erstellt.

Erzeuger von gefährlichen Abfällen sind gemäß § 13 AWG verpflichtet, den Anfall gefährlicher Abfälle zu melden. Folgende Daten werden deshalb im Abfalldatenverbund erfasst: Name und Adresse des Betriebes, Branche (Branchencode), Branchenbeschreibung, Abfallart, voraussichtliche Menge pro Jahr und der voraussichtliche Übernehmer. Auf Grund dieser schriftlichen Meldung wird dem Betrieb eine Abfallerzeugernummer zugewiesen. Ergibt sich eine Änderung (Menge, Abfallart, Adresse), ist eine Änderungsmeldung zu erstatten. Mit Datenstand Jänner 2000 waren insgesamt 11.170 Abfallerzeuger im Bundesland Wien gemeldet, bei denen gefährliche Abfälle anfallen.

Weiters wurden 1999 531 Meldungen gemäß § 13 AWG bearbeitet, davon waren 364 Neumeldungen und 136 Änderungsmeldungen. Im Abfalldatenverbund werden auch die Daten der Sammler und Behandler von gefährlichen Abfällen und Altölen, die eine Genehmigung gemäß §15 AWG haben, verwaltet. Das Referat Abfallwirtschaft führt eine Liste aller Wiener Firmen, die auf diesem Gebiet eine Befugnis besitzen. Die Liste wird auf Anfrage verschickt und vierteljährlich aktualisiert. 1999 gab es 22 Änderungen im Abfalldatenverbund betreffend der Sammler und Behandler von gefährlichen Abfällen in Wien.

Abfalldatenverbund: Begleitscheinsystem

Werden gefährliche Abfälle von Abfallbesitzern entsorgt, ist für jede Abfallart ein Begleitschein auszufüllen. Welche Daten darauf angegeben werden müssen und wie die Begleitscheine aussehen, ist gesetzlich genau geregelt: Begleitscheinblatt 3 und 4 benötigt der Übergeber für seinen Entsorgungsnachweis. Das Blatt 2 bleibt beim Übernehmer. Weiters muss der Übernehmer innerhalb von 3 Wochen das Begleitscheinblatt 1 an den zuständigen Landeshauptmann schicken. Die übermittelten Daten werden im Referat Abfallwirtschaft mit EDV erfasst.

Als besonderes Service wird die Möglichkeit angeboten, die Begleitscheindaten auf Datenträger an die Behörde zu übermitteln. Die für die Programmerstellung benötigte Software wird interessierten Firmen vom Umweltbundesamt zur Verfügung gestellt. Im Referat für Abfallwirtschaft werden die auf Diskette eingelangten Daten mit den Originalscheinen und dem Firmenbestand im Abfalldatenverbund verglichen. In der Anfangsphase wird mit den Firmen hinsichtlich Fehlerquellenbeseitigung laufend Kontakt gehalten. Sobald die Datenübermittlung fehlerfrei funktioniert, werden diese 1:1-Kontrollen nur mehr stichprobenartig durchgeführt.

Insgesamt wurden 1999 die Daten von 47.786 Begleitscheinen eingegeben und bearbeitet.

Abfalldatenverbund: Kontrolle der Abfallgebarung

Die Abfallgebarung wird auch von der MA 36, bei den gewerbetechnischen Überprüfungen kontrolliert. Die für diese Überprüfung notwendigen Auswertungen der Abfalldaten (Erzeugermeldung des Betriebes bzw. angefallene Abfallmengen) aus dem Abfalldatenverbund werden vom Referat Abfallwirtschaft zur Verfügung gestellt. 1999 wurden für 290 Verhandlungen die Daten erstellt und an die MA 36 übermittelt. Die Ergebnisse dieser Überprüfungen werden von der MA 36 in einem so genannten Überprüfungsbogen festgehalten und der MA 22, dem Referat Abfallwirtschaft, zur weiteren Bearbeitung bzw. genaueren Prüfung retourniert. Die Angaben des Betriebes werden überprüft und eventuelle fehlende Meldungen werden schriftlich urgirt. 1999 wurden 230 Überprüfungsbögen bearbeitet.

Projekt Belegleser

Im Jahr 1999 wurden die technischen Voraussetzungen für die Anbindung an den Abfalldatenverbund von der Firma BIS (Programmierung der Schnittstelle) erbracht. Die Funktionalität konnte erreicht werden, Daten von Testbegleitscheinen konnten in die Datenbank des Abfalldatenverbundes transferiert werden. Da es sich bei der installierten Zeichenerkennungssoftware nur um eine noch nicht fertig ausgereifte Probeversion handelt, befindet sich momentan das Projekt in einer Warteposition. Von der MA 22, dem Umweltbundesamt und der Firma BIS (Produktbetreuer) wird auf die „marktfähige“ neue Version der Firma Improx gewartet.

Forschungsprojekte

Studie: Volkswirtschaftliche Optimierung der Abfallwirtschaft

Grundlage für diese Studie war eine bereits 1998 durchgeführte Vorstudie. Die darin definierten Szenarien wurden nun im zweiten Teil der Studie verfeinert und eingehend in volkswirtschaftlicher Hinsicht untersucht. Ausgearbeitet wurden auch objektive Entscheidungskriterien für eine Reihe von aktuellen abfallwirtschaftspolitischen Fragen. Erstellt wurde auch ein Rechenmodell, auf dessen Basis die volkswirtschaftlich günstigsten Kombinationen technischer Verfahren zur Verwertung, Vorbehandlung und Ablagerung von festen Abfällen, unter Beachtung der Ziele des AWG, gefunden werden können.

Ziel der Studie ist es zu klären, welches Konzept der Bewirtschaftung von Abfällen der Zielsetzung von „endlagerfähigen Reststoffen“ zu den geringsten Kosten am nächsten kommt.

Das Arbeitsprogramm umfasst im Wesentlichen die Beantwortung folgender Fragen:

- Inwieweit erzeugen verschiedene Verfahren der Abfallbehandlung und -verwertung letztendlich Reststoffe, die der Endlagerqualität nahe kommen?
- Welche Kosten für die Behandlung und Nachsorge entstehen?
- Welche Restflüsse gelangen langfristig in die Umwelt und wie sind diese zu bewerten?

Weiter sollen unter Verwendung des Rechenmodells Antworten beispielsweise auf folgende Fragen ermöglicht werden: Wie stellen sich die langfristigen Perspektiven der Deponierung dar? Welche Ansprüche sollte man in Zukunft an die Qualität abzulagernder Abfälle und die hierfür erforderlichen Behandlungsverfahren stellen? Welches Ausmaß an Zusatzbehandlungen der Sekundärprodukte ist bei der thermischen Abfallbehandlung am günstigsten? Inwieweit soll die Qualität abzulagernder Abfälle der Endlagerqualität angenähert werden? Für welche Abfallgruppen ist welche Ablagerungsqualität anzustreben? Wie sind die abzulagernden Reststoffe der auf Basis der Deponieverordnung zulässigen Verfahrensalternativen im Hinblick auf das Vorsorgeprinzip zu bewerten?

Projekt: AKIN (AKH-Input)

Krankenanstalten müssen bei Errichtung, Inbetriebnahme und Änderung der Altanlage eine abfallwirtschaftliche Genehmigung beantragen, die ein Abfallwirtschaftskonzept mit einschließt, das zumindest eine grobe Input-Output-Analyse der wichtigsten Materialien enthalten soll. Vom Wiener AKH ist deshalb geplant, das Abfallwirtschaftskonzept um eine Input-Output-Analyse über die 3.000 wichtigsten Einsatzmaterialien zu ergänzen. Dieses Projekt ist Teil einer Stoffstromanalyse für das AKH Wien, wobei die MA 22 und die MA 48 gemeinsam etwa ein Drittel der Gesamtkosten übernehmen. Voraussetzung für die finanzielle Beteiligung der Umweltschutzabteilung ist, dass die gewonnenen Erkenntnisse elektronisch so aufbereitet werden, dass sie auch in anderen Krankenhäusern verwendet werden können. Die Input-Output-Analyse soll in der Systemsoftware integriert und somit institutionalisiert werden. Als Vergleichskrankenhaus bietet sich das Preyer'sche Kinderspital an, das bereits ein Umweltmanagement durchführt und auf sehr viele Daten zurückgreifen kann.

AKIN beschäftigt sich im Wesentlichen mit der Erarbeitung einer optimalen Methodik zur Durchführung bzw. Institutionalisierung einer Stoffstromanalyse in Krankenhäusern. Folgende Fragestellungen sollen mit AKIN beantwortet werden: Welche Grundlagen und Rahmenbedingungen für die Erstellung von Input-Output-Analysen sind in den Krankenhäusern vorhanden? Können die massenmäßig relevanten Artikel auf Grund der stückmäßig relevanten Artikel identifiziert werden? Können die Brutto- und Nettogewichte der einzelnen Artikel ermittelt werden? Ist es möglich, einen Artikel-Abfallkataster zu erstellen? Sind die Datenlage und die angewendete methodische Vorgangsweise als Grundlage für einen praktischen Einsatz von Input-Output-Analysen in Krankenhäusern geeignet, wenn nicht, welcher Handlungsbedarf ist festzustellen? Welche Ergebnisse sind mit einem vertretbaren finanziellen und personellen Aufwand in Krankenhäusern kurzfristig umsetzbar?

Studie: Bioversal-Bodenspülung

Bioversal ist ein hochwirksames biologisch abbaubares Tensid, das in vielen Bereichen sehr erfolgreich angewendet wird. Die Studie soll bewerten, ob und in welcher Form die Sanierung von Boden oder Grundwasser mit Bioversal möglich ist. Aufgezeigt werden für typische Wiener Boden- und Grundwasserverhältnisse die verfahrenstechnischen Möglichkeiten und Anforderungen und die damit verbundenen Kosten. Die Auswahl der vier Modellstandorte erfolgt gemeinsam mit der Gruppe Gewässeraufsicht der MA 45 – Wasserbau.

Studie: Pilotkläranlage

Ziel der Studie ist es, umfassende Daten über ausgewählte Inhaltsstoffe des Abwassers im Zulauf zu den Belebungsbecken, vor der Nitrifikation und im Ablauf der Kläranlage zu gewinnen. Damit können Aussagen zu den vorliegenden Konzentrationen, zur Abbau- bzw. Eliminationsleistung und zur Ökotoxizität getroffen werden. Untersucht werden sollen neben dem laut Abwasseremissionsverordnung meistens vorgeschriebenen Summen-Parametern möglichst umfassend Anionen und Kationen (insbesondere von Schwermetallen), organische Schadstoffe (durch eine spezielle vom Umweltbundesamt (UBA) durchgeführte Abwasser-Screening-Methode), Inhaltsstoffe von Reinigungsmitteln (Tenside, Komplexbildner, Desinfektions- und Duftstoffe), besonders wichtige und relevante Industriechemikalien (Phthalate, Bisphenole) und die besonders stark endokrin wirksamen Organozinnverbindungen.

Im Projektablauf werden mengenproportionale Tagesproben von Mitarbeitern der MA 30 und den Entsorgungsbetrieben Simmering (EbS) gezogen und vor Ort die Routineparameter bestimmt. In der Folge werden die Proben vom UBA aufbereitet und die entsprechenden Probemengen zur Analyse in die Labors der MA 22 und MA 15 geschickt. Dabei soll die MA 15 vor allem ganzheitliche Toxizitätsparameter (Leuchtakterien, Algen- und Daphnientest) und andere typische Abwasserparameter (Aussehen, Farbe, Geruch, absetzbare Schwebstoffe, Trübung, Oberflächenspannung, gesamte ungelöste Stoffe, Summe Kohlenwasserstoffe) bestimmen. Das Umweltlabor der MA 22 bestimmt die anorganischen Parameter. Das UBA wird nicht nur die Waschmittelinhaltsstoffe, Phthalate und Bisphenole analysieren, sondern auch ein Screening nach rund 30 organischen Schadstoffen durchführen. Weiters wird das UBA die Daten aufbereiten und die tabellarische, grafische Darstellung und ökotoxikologische Interpretation der Untersuchungsergebnisse übernehmen und publizieren.

Ergänzungsstudie: Klärschlammanalyse

Bei den Untersuchungen zum Projekt Pilotkläranlage wurden viele Analysen von Parametern in den filtrierten Abwasserproben durchgeführt. Das hat zwar den Vorteil, dass Konzentrationsergebnisse von Substanzen, die in Klärschlamm akkumulieren, weniger schwanken. Der entscheidende Nachteil jedoch liegt in den Minderbefunden, die man erhält, wenn man einzelne Parameter in den filtrierten Abwasserproben untersucht. Um dieses Manko auszugleichen, wurde eine ergänzende Studie beauftragt, in der die Größenordnung dieser Minderbefunde festgestellt wird. Dabei wird der „Belebtschlamm“ der Pilotkläranlage auf bestimmte organische Parameter, Schwermetalle (Analysen vom Labor der MA 22), und Summenparameter durchgeführt. Aus den Erfahrungen der TU Wien weiß man, dass Belebtschlamm und Klärschlamm aus der Nachklärung chemisch ident sind. Weiters soll am Beispiel phenolischer Verbindungen durch den Vergleich filtrierter und unfiltrierter Proben aufgezeigt werden, dass Hochrechnungen von filtrierten Wasserproben auf die Abwasser-Gesamtgehalte zulässig sind. Außerdem erhält man natürlich wertvolle Hinweise auf im Klärschlamm insgesamt enthaltene Schadstoffe.

Studie: Künettenverfüllung

Wiens Straßen müssen häufig aufgegraben werden, sowohl für Rohrlegearbeiten bei der Aufschließung neuer Gebiete als auch bei der notwendigen Sanierung des Rohrleitungsbestandes. Die sachgemäße Verfüllung von Künetten ist für die Lebensdauer eines Straßenbelags von großer Wichtigkeit. Aus diesem Grund ist die Frage nach der Qualität und den Kosten, die bei Verfüllung der Künetten sowie der Straßenwiederinstandsetzung entstehen, besonders aktuell. Das Ziel dieser Arbeit ist es, qualitative Informationen über die Sicherheit und Nutzungsdauer der erdverlegten Rohrleitungen, aber auch die Konsequenzen der neuen Verfüllmethode auf die Funktionalität und Nutzungsdauer der Fahrbahn nach dem Motto „Straße als Verkehrs- und Versorgungsschiene“ zu erhalten. Wie die Erfahrungen zeigen, bringen so genannte stabilisierte Verfüllmaterialien – also flüssig in die Künette eingebrachte Verfüllmaterialien, die relativ rasch aushärten – eine Reihe von Vorteilen gegenüber den traditionellen Methoden sowohl aus technischer als auch aus wirtschaftlicher Sicht, wobei jedoch die entsprechenden Grundlagen in den einschlägigen Regelwerken und Richtlinien sowie allgemein gültige Anwendungskonzepte fehlen. Im Rahmen dieser Projektstudie soll im ersten Abschnitt ein theoretisches Grundkonzept mit qualitativer Abschätzung der Konsequenzen für Rohr und Fahrbahn erstellt werden.

Strategische Umweltprüfung für Abfallwirtschaft in Wien

In Wien entstehen derzeit 874.000 t Hausmüll und hausmüllähnliche Abfälle. Diese Menge wird laut mehrerer Prognosen bis zum Jahr 2007 auf mehr als 1,1 Mio. t ansteigen. Mit dem Wiener Abfallwirtschaftsplan sollen rechtzeitig Strategien ausgearbeitet werden, wie man im neuen Jahrtausend aus ökologischer und ökonomischer Sicht am sinnvollsten mit den Wiener Abfällen umgeht.

Die Stadt Wien geht dabei völlig neue Wege und setzt auf das Instrument der Strategischen Umweltprüfung, die im Abfallwirtschaftsbereich in Österreich erstmals eingesetzt wird. Bei der Strategischen Umweltprüfung (SUP), handelt es sich um eine bereits in den USA bzw. in den skandinavischen Ländern bewährte Methode, um Umweltauswirkungen von Plänen, Programmen und Konzepten systematisch zu ermitteln und zu bewerten. Die SUP berücksichtigt natürlich in erster Linie die Umweltauswirkungen, aber auch die Kostenwirksamkeit und die Verhältnismäßigkeit der Mittel, mit denen abfallwirtschaftliche Ziele erreicht werden sollen.

Wesentlich beim Projekt SUP – Strategische Umweltprüfung: Wiener Abfallwirtschaftsplan ist, dass sämtliche bisher gesetzte Maßnahmen auf ihre Umweltauswirkungen, Effizienz und Wirtschaftlichkeit untersucht werden. Noch bevor man neue, konkrete Projekte zur Sammlung, Behandlung und Entsorgung entwickelt, wird bei der SUP die bestmögliche Gesamtstrategie für die künftige Abfallwirtschaft festgelegt.

Am Prozess beteiligt sind anerkannte Wissenschaftler auf dem Gebiet der Abfallwirtschaft, Experten verschiedener Umweltorganisationen sowie Vertreter der für die Abfallwirtschaft relevanten Abteilungen der Stadtverwaltung. Von den Experten werden alle vorhandenen abfallwirtschaftlichen Grundlagen, Studien oder Konzepte gesichtet und aufbereitet. Untersucht werden auch die momentanen Umweltauswirkungen der Wiener Abfallwirtschaft wie z. B. Emissionen, Energiebilanzen, Qualität der Fraktionen, Kapazitätsauslastung oder Engpässe bei der Behandlung. Auf Basis der Ergebnisse werden Handlungsalternativen vorgeschlagen. Natürlich werden von den Wissenschaftlern die einzelnen Handlungsalternativen nach ökologischen Auswirkungen und ökonomischen Kriterien bewertet und nach Prioritäten gereiht. Auch jene Bereiche werden bei der SUP berücksichtigt, die üblicherweise bei Diskussionen über Abfälle nicht so deutlich thematisiert werden. Dazu gehört z. B. die Förderung der Abfallvermeidung. Die Bürger sollen durch Informations- und Aufklärungsarbeit zu einem neuen Konsumverhalten geführt werden.

Das Ergebnis dieses Prozesses wird der Wiener Abfallwirtschaftsplan sein, bei dem eines im Mittelpunkt steht: Das Wohlbefinden der Menschen in Wien. Denn der Wiener Abfallwirtschaftsplan wird neben den Zielen und der Gesamtstrategie konkrete Vorschläge und Handlungsanweisungen für einen ökologisch und ökonomisch optimalen Umgang mit den Wiener Abfällen im nächsten Jahrtausend enthalten.

Sachbilanz als Beitrag zum Szenario-Bewertungsverfahren für die SUP – Wiener Abfallwirtschaftsplan

Aufbauend auf einer Massenbilanz der Wiener Abfallwirtschaft und bestehende Datensätze über Emissionen, Energie- und Stoffflüsse sowie betriebswirtschaftliche Kosten soll eine Sachbilanz erstellt werden, die den momentanen Stand der Wiener Abfallwirtschaft beschreibt. Diese Daten sollen in ein Computermodell eingegeben werden und in der Folge für die Auswertung von unterschiedlichen Szenarien der Abfallbehandlung sowie eine volkswirtschaftliche Bewertung (Wirkungsanalyse und Kostennutzenanalyse) ermöglichen. Die Szenarien sowie deren ökonomische und ökologische Auswirkungen können so miteinander verglichen werden. Auf dieser Basis können dann effiziente Empfehlungen für die Politik abgegeben werden.

Untersucht werden folgende Bereiche der Wiener Abfallwirtschaft: Abfall-Sammlung (Systemsammlung, Sperrmüllsammlung, Mistplätze, Abfallsammlung im Gewerbe), Abfall-Sortierung (ABA – Abfallbehandlungsanlage Rautenweg), Abfall-Konditionierung (ABA Rautenweg, Kompostwerke Lobau und Schafflerhof), zukünftige Splittinganlage, Schlackenbehandlungsanlage, thermische Behandlung (MVA Spittelau, MVA Flötzersteig, EbS), Abfallverwertung (für sämtliche Altstoffe), Abfall-Deponierung (Deponie Rautenweg, Deponie Gerasdorf/Langes Feld).

Beitrag zur SUP: Abfallminimierung und Projektion der Abfallmengen und ihrer Zusammensetzung

Aufbauend auf den Besprechungen des wissenschaftlichen Expertenteams soll für die SUP – Wiener Abfallplan das Abfallminimierungspotenzial erhoben werden. Folgende Schritte sind geplant:

- Erarbeitung von Vorschlägen zur Abfallminimierung
- Bewertung der Vorschläge und der Auswirkungen auf Abfallqualität und -quantität
- Erarbeitung konkreter Handlungsempfehlungen.

Nach der Schätzung des Abfallminimierungspotenzials sollen die künftigen Abfallmengen unter den verschiedensten Einflüssen, Rahmenbedingungen und Szenarien berechnet werden.

Abfallvermeidungs- und Verwertungspotenziale in ausgewählten Branchen

Ziel des Projekts war es, Abfallvermeidungspotenziale in der Gastronomie sowie im Bildungswesen näher zu untersuchen und Maßnahmen zur Abfallverringerung gezielt für jene Bereiche zu erarbeiten, wo ein entsprechendes Potenzial vorliegt.

Studie: Wiener Böden

Seit die Bestimmungen der Deponieverordnung für alle Bodenaushub- und Baurestmassendeponien gelten, dürfen diese nur mehr dann deponiert werden, wenn eine Gesamtbeurteilung oder eine Abfallbeschreibung vorgelegt wird. Dabei hat sich gezeigt, dass bei Aushubmaterial aus dem Tiefbaubereich die zulässigen Grenzwerte für polyaromatische Kohlenwasserstoffe (PAK) und Kohlenwasserstoffe (KW) häufig überschritten werden. Außerdem wird die so genannte Erdenverordnung diskutiert, die relativ strenge Schwermetallgrenzwerte für die Wiederverwendung von Bodenaushub enthalten soll. Diese vorgeschlagenen Grenzwerte liegen zum Teil wesentlich unter jenen, die bei Routine-Analysen gemessen wurden.

Ziel der Studie ist es deshalb, möglichst viele Daten über den Wiener Boden zu sammeln, vor allem in Hinsicht auf PAK, die Summe der KW und Schwermetalle. Zurückgegriffen wird dabei auch auf Daten der ESW Consulting Wruss sowie die Analysewerte aus dem Wiener Bodenbericht der MA 22. Außerdem wird der Anteil des besonders umweltrelevanten polyzyklischen aromatischen Kohlenwasserstoffs Benz(a)pyren bestimmt. Alle Daten werden auf ihre Vergleichbarkeit überprüft, anonymisiert und soweit wie möglich statistisch ausgewertet.

Entsorgung von asbesthaltigen Boden- und Wandbelägen

Vor allem in den 60er und 70er Jahren wurden in hohem Ausmaß asbesthaltige Boden- und Wandbeläge der Billigpreiskategorie eingesetzt. Solche Beläge haben heute im Allgemeinen die Grenze ihrer Lebensdauer erreicht. Es kann also davon ausgegangen werden, dass solche Beläge in Zukunft verstärkt entfernt und durch neue ersetzt werden.

Wissenschaftliche Studien haben nachgewiesen, dass bei einer konventionellen Entfernung solcher Beläge eine derart hohe Asbestfaseremission entsteht, dass eine ernsthafte Gesundheitsgefährdung für das gewerbliche Personal und die Nutzer der betroffenen Objekte vorliegt.

Ziel der Studie war es einerseits über die vorliegende Problematik zu informieren und andererseits eine effiziente, sichere und ökonomische Entsorgungsmethode zu entwickeln.

Mitarbeit in Gremien und Fachausschüssen

ÖNORMEN

In folgenden Normenausschüssen sind Mitarbeiter des Referates Abfallwirtschaft tätig:

ÖNORM FNA 157 „Abfallwirtschaft“: ÖNORM S2088-2 „Altlasten-Gefährdungsabschätzung für das Schutzgut Boden“, Neuer Abfallkatalog, FNA 226 – Umweltmanagementsysteme, FNA 199 Kompostierung, FNUA Verfahrenstechnik – Kompostierung, AG 157b.11 „Elektro- und Elektronikgeräte“, ÖNORM S 2109 „Akten und Datenvernichtung“, AG 224b.16 „Umschlüsselung des Europäischen Abfallkataloges auf den Österreichischen Abfallkatalog“, AG 157b.09 „Abfälle aus dem medizinischen Bereich“.

Arbeitskreise

In folgenden Arbeitskreisen sind Mitarbeiter des Referates Abfallwirtschaft tätig: Betreuung des Arbeitskreises NUMA (Nachhaltiger Umgang mit Abfällen), Länderarbeitskreis „Abfallwirtschaft“, „AWG 2000“, Verwertung von Bodenaushüben und mineralischen Baurestmassen, ANVO-Abfallnachweisverordnung, Kompostverordnung, Klärschlammaufbringungsverbotverordnung, Arbeitskreise zur Umweltverträglichkeitsprüfung/Bürgerbeteiligung (B 301; Terminal Inzersdorf, U1 Nord, U2), ÖkoKauf Wien Arbeitsgruppen (Innenausbau, Lebensmittel, Beleuchtung, Wasser, Desinfektionsmittel, Reinigungsmittel, Tiefbau und Innenausbau, Umweltzeichen Arbeitsgruppen (Blumenarrangements, Bodenbeläge, torffreie Kultursubstrate, Farbträger).

EU-Projekte und Europäische Netzwerke

IMMO

Die zentrale Fragestellung des Projekts IMMO (Evaluierung von Testmethoden und Modellen für die Bewertung des mittel- bis langfristigen Emissionsverhaltens schadstoffhaltiger anorganischer Abfälle und Immobilisierungsprodukte) ist, durch welche Testmethoden das mittel- bis langfristige Verhalten von anorganischen Abfällen, insbesondere hinsichtlich einer Mobilisierung von Schwermetallen, abgeschätzt werden kann. Das ist insofern von Bedeutung, da nach vielleicht 30 bis 50 Jahren die technischen Barrieren einer Deponie zu versagen beginnen und dann das Emissionsverhalten der Abfälle selbst für die Auswirkungen auf die Umwelt ausschlaggebend sein wird.

Im vorliegenden Projekt soll nun geeignetes Material – sowohl anorganische Abfälle als auch Gesteine – gesucht werden, das sowohl in unverwittertem als auch in verwittertem Zustand vorliegt. Geplant ist die Untersuchung von fünf Materialien (Erz, Schlacke und Asche aus der Müllverbrennung, Hochofenschlacke, ein Immobilisierungsprodukt und ein natürliches schadstoffbelastetes Gestein). Die unverwitterten Materialien sollen in der Folge verschiedenen künstlichen Alterungstests unterworfen werden. Anschließend soll ein Vergleich mit den auf natürlichem Weg verwitterten Materialien ermöglichen, die Aussagekraft der Alterungsmethoden zu beurteilen. Zusätzlich soll reales Sickerwasser der einzelnen Abfälle und Gesteine in situ erfasst und untersucht werden. Die Materialien sollen umfassend chemisch, physikalisch und mineralogisch charakterisiert werden.

Die wichtigsten zu erwartenden Ergebnisse sind:

- Abschätzung der möglichen Einwirkungen auf das Grundwasser zukünftiger Generationen durch derzeit abgelagerte anorganische Reststoffe oder Verbrennungsrückstände
- Beurteilung der momentan diskutierten Tests in Hinblick auf das Langzeitverhalten der Abfälle
- Aussagekraft von künstlichen Alterungsmethoden
- Darstellung, inwieweit die Methoden der Deponieverordnung das Langzeitverhalten wiedergeben können
- Beschreibung der Testmethoden und Modelle, die für das Verhalten von anorganischen Abfällen und Immobilisierungsprodukten am besten geeignet sind.

BRIDGE – Lebensader Donau

Wasser ist ein wichtiges Element jedes Lebensraums. Am Beispiel der Donauregion zeigt sich jedoch deutlich die Gefahr einer Polarität zwischen der Nutzung des Wassers für den Menschen auf der einen Seite und der Erhaltung der Natur auf der anderen. Das Projekt Bridge versteht sich als Initialprojekt am Beginn eines Prozesses zur nachhaltigen Entwicklung des Donauraums. Im Rahmen des Projekts sollen grenzüberschreitende Städtepartnerschaften und Beziehungen zwischen Universitäten in Deutschland, Österreich, Ungarn und der Slowakei aufgebaut werden, die weitere Kooperationen ermöglichen. Dabei geht es sowohl um den Austausch von Informationen als auch um den Beginn verschiedener Forschungsaktivitäten. Konkret soll etwa im Rahmen eines Workshops ein Konzept zur Freiraumentwicklung im Uferbereich der Donau erstellt werden. Weitere Ziele sind die Entwicklung von Wettbewerbskonzepten für eine abgestimmte Siedlungsstrukturierung, die Gestaltung regionaler Grünzüge und Biokorridore in städtischen Bereichen sowie die Förderung von Kultur-Tourismus und umweltverträglicher Freizeitwirtschaft etwa in Form von Radtourismus entlang der Donau.

Regen- und Brauchwassernutzung in Wien

(General Measures to Inform and Increase Awareness of Environmental Problems)

150 bis 170 Liter Trinkwasser werden in einem durchschnittlichen Haushalt in Österreich pro Person und Tag verbraucht. In Wien liegt der durchschnittliche Verbrauch – aus verschiedenen Gründen – bei 266 Litern. Nur rund 3 % werden jedoch als Trinkwasser verwendet. Alleine für die Toilettenspülung fließen bis zu 45 Liter pro Person täglich in den Abfluss. Dieses Projekt dient der Information und Bewusstseinsbildung zum Thema Wasserverbrauch und -nutzung sowie dem Aufzeigen und Bekanntmachen von Möglichkeiten der Regen- und Brauchwassernutzung. Dabei sollen die Rahmenbedingungen in Wien im Hinblick auf die gesamte Wasserversorgung berücksichtigt werden. Das Projekt ist von Juli 1998 bis Juli 1999 gelaufen.

Dieses Projekt ist ein von „die umweltberatung“ – Verband Österreichischer Umweltberatungsstellen eingereichtes Teilprojekt im „STREAMS – Information project for Sustainability through Raising Environmental Awareness in Municipal Settlements“. Außer Wien sind folgende Städte mit Teilprojekten beteiligt: Volos, Dublin, Gent, Venice, Gothenburg, Aalborg, Leicester, Rennes, Bilbao, Espoo, Delft, Suhl, Terni, Granada, Charleroi und Bath.

EU-Projekt LITMUS

LITMUS (Local Indicators To Monitor Urban Sustainability) ist ein LIFE-Projekt, an dem neben der Stadt Wien auch noch die Städte London, Stockholm, Helsinki, Tilburg (Niederlande), Burgos (Spanien) und Langenhagen (Deutschland) als Partner beteiligt sind. Das Projekt wurde im November 1998 gestartet und hat zum Ziel, zwei Hypothesen zu überprüfen:

- Hypothese 1: Kommunale Nachhaltigkeitsindikatoren sind anpassungsfähige Instrumente, die eine Erhöhung des Umweltbewusstseins, Verhaltensänderungen der Stadtbevölkerung (einschließlich der sozial Benachteiligten, z. B. durch Arbeitslosigkeit) und eine aktive Mitbestimmung am Geschehen in der Nachbarschaft erwirken können.
- Hypothese 2: Kommunale Nachhaltigkeitsindikatoren können die Effizienz von Programmen überprüfen und eine klare Wegweisung für die Verbesserung dieser Programme vorgeben.

Um diese zwei Hypothesen zu überprüfen, wird das Hauptaugenmerk in diesem Projekt auf die Entwicklung eines Mechanismus gelegt, der auch auf andere Städte Europas übertragen werden kann. Das geplante Ende des Projekts ist Sommer 2000.

EU-Projekt TEMOL INTERACTIVE

TEMOL INTERACTIVE (Training in Energy Management through Open Learning) ist ein SAVE II-Projekt mit Wien und den weiteren Partnerstädten Antwerpen (Belgien), Athen, Bologna, Bradford (Großbritannien), Edinburgh, Eindhoven (Niederlande) und Partnerschaften mit Eurocities, EURONET und PHILIPS Lighting. Ziel des Projekts ist durch Erfahrungsaustausch und Durchführung von Pilotprojekten in den Partnerstädten geeignete Trainingsunterlagen im Zusammenhang mit Energiemanagement zu erstellen. Das Projekt ist von Sommer 1998 bis Sommer 1999 gelaufen.

IMPEL – Durchführung und Vollstreckung von Umweltrecht

IMPEL (Implementation and Enforcement of Environmental Law) ist ein informelles EU-Netzwerk, in dem die Umweltbehörden (bzw. deren Amtssachverständige) der EU-Mitgliedsstaaten eingebunden sind. Durch Daten- und Erfahrungsaustausch sollen einerseits die unterschiedlichen Gesetzesvorgaben für den Umweltschutz und andererseits die Vollziehung von Umweltgesetzen zwischen den einzelnen Mitgliedsländern verglichen werden. In einzelnen Arbeitsgruppen werden themenspezifisch verschiedene Agenden bearbeitet (z. B.: Ablauf eines Genehmigungsverfahrens, Rückschlüsse aus Betriebsunfällen, Überwachung von Betrieben, Öffentlichkeitsbeteiligung, Umgang mit diffusen Emissionen, Gebrauch von CKW in Industrieanlagen), wobei teilweise auch Vertreter von Umweltbehörden der EU-Beitrittsländer teilnehmen. Ziel von IMPEL ist eine weitgehende EU-weite Harmonisierung in der Vollziehung von Umweltgesetzen.

Für die Stadt Wien sind zwei Mitarbeiter der MA 22 tätig. Sie arbeiten mit am irischen Projekt „Integrated Permitting“. Die Aufgabe bei diesem praxisorientierten Projekt: Ein fiktiver Antrag auf Genehmigung eines Kraftwerkes wurde von einem fiktiven Antragsteller eingebracht. Er muss nun geprüft und schriftlich erledigt werden, wobei sämtliche relevanten Rechtsvorschriften berücksichtigt werden müssen. Die Ergebnisse werden bei einem Workshop in Dublin im April 2000 diskutiert, um die Rechts- und Verwaltungsstrukturen der beteiligten Staaten vergleichen zu können.

Eurocitys Environment Committee

Eurocitys ist eine eigenständige und nicht profitorientierte Vereinigung, die mit dem Ziel gegründet wurde, die Interessen europäischer Städte ab 250.000 Einwohnern gegenüber der EU zu vertreten. Derzeit sind rund 80 Städte aus 19 europäischen Staaten Mitglieder von Eurocitys. Eurocitys stellt somit das größte und wichtigste europäische Städtenetzwerk dar. Wien ist seit 1995 Mitglied von Eurocitys und arbeitet aktiv im Komitee für wirtschaftliche Entwicklung und Stadterneuerung (EDURC) im Ost-West-Komitee, im Umweltkomitee sowie im Unterausschuss Telematik des Forums für Technologiepolitik mit. Die MA 22 vertritt die Stadt Wien im Umweltkomitee (derzeit 46 Mitglieder).

EDV- und Umweltdaten

Konzept eines FachInformationSystems (FIS)

Ziel des Projekts ist eine Studie über die Umsetzung eines auf Basis des WWW (World Wide Web) erstellten Systems, das den Mitarbeitern der MA 22 und in der Folge allen Magistratsmitarbeitern und den Bürgern eine „voraussetzungslose“ Zugriffsmöglichkeit auf die Umweltdaten der Stadt Wien bietet. „Voraussetzungslos“ heißt, dass sowohl technisch als auch von den Systemkenntnissen über das FIS mit dem im Magistrat vorhandenen Standard das Auslangen gefunden werden muss.

Durch die Beschränkung auf den Zugriff über WWW sollten einerseits die technischen Voraussetzungen bei jedem vernetzten Magistrats-PC erfüllt sein, andererseits wird der Benutzer mit einer vertrauten Schnittstelle konfrontiert, für

die keine spezielle Einschulung mehr notwendig ist. Um eine intuitive Benutzung zu gewährleisten, soll die Komplexität der Zugriffsfunktionen stark reduziert sein und sich auf die wichtigsten Darstellungen beschränken. Das zweite Ziel des Projekts ist die möglichst einfache Datenintegration. Das System soll auch Nicht-EDV-Spezialisten die Integration von Datenbeständen erlauben. Dadurch soll ein lebendiges, aktuelles Informationssystem gewährleistet werden.

WienerAltwarenBörse (WAB)

Altwaren gibt es in jedem Haushalt, davon wandern leider immer noch viel zu viele zum Müll, obwohl sie eigentlich fürs Wegwerfen zu schade sind.

Mit der WienerAltwarenBörse (WAB) im Internet, ein Online-Service der MA 22, gibt es dafür nun eine praktische Möglichkeit: Unter der Online-Adresse <http://service.magwien.gv.at/wab> kann man Altwaren tauschen, kaufen, verkaufen oder auch verschenken. Produkte, die man selbst nicht mehr braucht, werden von anderen weiterverwendet. Das Plus für die Umwelt: Werden weniger Dinge weggeworfen, wachsen unsere Müllberge nicht mehr ganz so schnell. Werden Produkte länger genutzt, müssen weniger neue erzeugt werden. Das spart teure Energie und wertvolle Rohstoffe. Das Plus für den Konsumenten: Er spart Geld.

Die WienerAltwarenBörse ist ein Service für alle WienerInnen, die entsprechende Produkte anzubieten haben oder danach suchen. Auch Wiener Gewerbebetriebe können Altwaren anbieten oder nachfragen. Besonders interessant wird die WienerAltwarenBörse für Betriebe wie Altwarenhändler, Second-Hand-Läden und Kompostwerke sein. Selbstverständlich steht die Börse auch allen karitativen Einrichtungen zur Verfügung. Die WienerAltwarenBörse besteht derzeit aus vier einzelnen Bausteinen: dem AltwarenMarkt, dem TeddyMarkt, dem KompostMarkt (in Zusammenarbeit mit dem Kompostgüterverband Österreich (KGVÖ)), und einem speziellen InfoMarkt (in Zusammenarbeit mit der MA 48) in dem wertvolle Informationen rund um das Thema „Mist vermeiden“ angeboten werden.

Umweltschutzabteilung weltweit im Internet

Im Wien-Online, dem Internetangebot der Stadt Wien, werden sowohl allgemeine Informationen zum Thema Umweltschutz als auch fachspezifische Daten der Umweltschutzabteilung veröffentlicht, u. a. die aktuellen Luftmesswerte der Bundeshauptstadt. Der Luftgütebericht gibt Auskunft über die täglichen Konzentrationen von Ozon, Kohlenmonoxid, Schwefeldioxid, Stickoxiden und Staub. Ein Plan mit den einzelnen Messstellen zeigt, an welchen Plätzen Wiens welche Schadstoffe gemessen werden. Darüber hinaus werden auch die Emissionsdaten der beiden Wiener Hausmüllverbrennungsanlagen und der Sondermüllverbrennungsanlage veröffentlicht. Naturschutzinteressierte finden Infos zu den Schutzgebieten und zu den mehr als 400 Naturdenkmälern Wiens. Fachinformationen, vom Lärmkataster, über das Biotopmonitoring bis zu den Arbeiten am neuen Wiener Naturschutzgesetz, und viele andere umweltrelevante Themen können jederzeit abgerufen werden. Die Umweltschutzdaten der MA 22 sind via Internet abrufbar unter www.wien.gv.at/ma22/.

Öffentlichkeitsarbeit

Eine effiziente Öffentlichkeitsarbeit wird auch für städtische Dienststellen immer wichtiger. Denn einerseits trägt eine wirkungsvolle externe Kommunikation wesentlich zum positiven Image einer aktiven Magistratsabteilung sowohl in den Medien als auch letztendlich bei den BürgerInnen bei, vor allem dann, wenn sie sich auch als Serviceeinrichtung versteht. Andererseits ist funktionierende interne Kommunikation eine wesentliche Voraussetzung für eine stetig wachsende und effiziente Magistratsabteilung.

Die Öffentlichkeitsarbeit der Umweltschutzabteilung wurde eingerichtet als zentrale Schaltstelle für die Kommunikation in folgenden Bereichen:

- innerhalb der Abteilung
- zwischen MA 22 und anderen Magistratsabteilungen
- MA 22 und Presseinformationsdienst
- MA 22 und dem Pressereferenten des Stadtratbüros
- MA 22 und den Medien in abteilungsspezifischen Belangen
- MA 22 und Interessenvertretungen, NGO und den einzelnen Bürgern

Publikationen

Wiener Umweltbericht 1998/99

Im Wiener Umweltschutzgesetz ist festgelegt, dass der Magistrat der Stadt Wien einen detaillierten Bericht über die Umweltsituation in Wien zu erstellen hat. Der Umweltbericht wird von der Öffentlichkeitsarbeit der MA 22 verfasst. Im Umweltbericht 98/99 wird deutlich, wie komplex und vernetzt Umweltschutz von der Stadt Wien betrieben wird. Fast alle Magistratsabteilungen und Betriebe der Stadt Wien sind im Umweltbericht mit ihrer Arbeit vertreten und beweisen damit einmal mehr, dass Umweltschutz eine klassische Querschnittmaterie ist, egal ob es sich um Klima-

schutzmaßnahmen, Naturschutzanliegen, Abfallwirtschaft, Gewässerschutz, die Sicherung der Luftgüte oder das Trink- und Abwassermanagement handelt. Auf rund 140 Seiten werden die Maßnahmen für einen aktiven Umweltschutz und eine nachhaltige Umweltpolitik ausführlich beschrieben. Der Wiener Umweltbericht ist mittlerweile zum etablierten und anerkannten Informationsmedium über die umweltrelevanten Maßnahmen aller Dienststellen der Stadt Wien geworden, das sowohl von Umweltexperten, Journalisten und Medien, Umweltorganisationen, Interessenvertretungen, vielen städtischen Dienststellen und Fachdienststellen anderer Bundesländer, aber auch von zahlreichen umweltinteressierten WienerInnen sowie Schülern und Studenten intensiv genutzt wird.

Der Wiener Umweltbericht ist in der Schriftenreihe „Beiträge zum Umweltschutz“ als Sonderheft der Zeitschrift „Perspektiven“ erschienen, genauso wie die ebenfalls 1999 produzierte Publikation „Umweltmusterstadt Wien“. Dieses vierfarbige, 100 Seiten starke Heft ist den langfristigen Zielen und Strategien der Stadt Wien im gesamten Umweltbereich gewidmet.

Schriftenreihe „Beiträge zum Umweltschutz“

Regelmäßig werden im Rahmen der Schriftenreihe „Beiträge zum Umweltschutz“ Forschungs- bzw. Projektberichte publiziert. In dieser Schriftenreihe erscheinen auch die Wiener Umweltberichte, mit den aktuellen Informationen zur Situation in allen umweltrelevanten Bereichen der Stadt Wien.

Folgende 11 Hefte wurden 1999 in der Schriftenreihe „Beiträge zum Umweltschutz“ produziert:

- Heft 51/99 „Wiener Umweltbericht 98/99“
- Heft 52/99 Perspektiven Sonderheft „Umweltmusterstadt“ Wien Heft 48/98
- Heft 53/99 Vorarbeiten zum Biotopschutzprogramm für Trocken-, Halbtrocken- und Magerrasen (Donaustadt);
Wiener Arten- und Lebensraumschutzprogramm – Netzwerk Natur (Projekt B1)
- Heft 54/99 Vorarbeiten zum Biotopschutzprogramm für Tümpel, Teiche und Quellen in Hernals
Wiener Arten- und Lebensraumschutzprogramm – Netzwerk Natur (Projekt B2)
- Heft 55/99 Vorarbeiten zum Biotopschutzprogramm für Fledermäuse in den Bezirken Hernals und Donaustadt
Wiener Arten- und Lebensraumschutzprogramm – Netzwerk Natur (Projekt A1)
- Heft 56/99 Vorarbeiten zum Artenschutzprogramm für die Spatzenzunge (Donaustadt)
Wiener Arten- und Lebensraumschutzprogramm – Netzwerk Natur (Projekt A2)
- Heft 57/99 Methoden zur Bewertung abfallwirtschaftlicher Maßnahmen
- Heft 58/99 „Integration betrieblicher Umweltschutzmaßnahmen in eine nachhaltige Stadtentwicklung“
Strategisches Konzept für die Einbindung von Betrieben in den Prozess der Lokalen Agenda 21 in Wien
- Heft 59/99 Vogelschutz und Windkraftanlagen
- Heft 60/99 Anlage- und betriebsbedingte Auswirkungen von Straßen auf die Tierwelt, Literaturstudie
- Heft 61/99 KliP-Klimaschutzprogramm der Stadt Wien,
Das gesamte Programm, beschlossen vom Wiener Gemeinderat am 5. November 1999

Folder der MA 22 – Umweltschutz

Als Bürgerservice werden Folder und Broschüren produziert, die über die Wiener Umwelt Hotline, die Städtischen Büchereien, die Bürgerdienstbüros, diverse Veranstaltungen und viele andere Dienststellen und Organisationen vertrieben werden.

Folgende neun Folder wurden 1999 produziert:

In der Reihe Umweltschutz kurz & bündig:

- Folder „Stadt Wien fördert Elektrofahrzeuge 99“
- Folder „Lebensraum Obstbaum“
- Folder „Artenschutz – Bürgerinformation zum neuen Wiener Artenhandelsbegleitgesetz“
- Folder „Auftaamittelverordnung“ – Bürgerinformation
- Folder „KliP-Klimaschutzprogramm Wien – Verantwortung für die Zukunft übernehmen“ (Infos zum KliP-Klimaschutzprogramm und seinen 36 Maßnahmenprogrammen für mehr Umwelt- und Lebensqualität)
- Folder „ÖkoBusinessPlan Wien – Umweltzeichen Tourismus“
- Folder „ÖkoBusinessPlan Wien – Betriebe im Klimabündnis“
- Folder „Öko-Kauf Wien“
- Folder „Wildbienen“ (produziert vom Referat 3 für Naturschutz und Landschaftspflege)

Weiters wurden die neun weiter erhältlichen Folder der Reihe „Umweltschutz kurz & bündig“ in neuem Lay-out und mit aktualisiertem Text neu aufgelegt.

Sonderpublikationen der MA 22 – Umweltschutz

Zu besonders wichtigen Themen der Umweltschutzabteilung werden attraktive Sonderpublikationen produziert, in unterschiedlichen Formaten und unterschiedlicher Aufmachung.

Folgende 10 Sonderpublikationen wurden 1999 produziert.

- „Ozon“: 24 Seiten starke, vierfärbige Broschüre, die über alles Wissenswerte zum Thema Ozon informiert.
- „ÖkoBusinessPlan Wien – Auszeichnung 2000“: Darin werden auf 60 Seiten ausführlich alle 56 Unternehmen und ihre Maßnahmen präsentiert, die am 18. Jänner 2000 im Wiener Rathaus ausgezeichnet wurden.
- „ÖkoBusinessPlan Wien – Journal“: Erste Ausgabe der 4-mal pro Jahr erscheinenden Zeitung zum ÖkoBusinessPlan Wien.
- „ÖkoBusinessPlan Wien – Mehr Umweltschutz immer ein Gewinn“; 16-seitige Beilage in der Kronen Zeitung (Wien-Ausgabe) über den ÖkoBusinessPlan Wien, seine Umweltprogramme und die 56 ausgezeichneten Wiener Betriebe.
- „KliP-Klimaschutzprogramm Wien – Der Schlüssel zur Trendwende“; 44 Seiten starke, zweisprachige (deutsch/englisch) Informationsbroschüre zum KliP-Wien.
- „Raumverträglichkeit als Beitrag zur nachhaltigen Raumnutzung“; 5 Hefte (Publikationen des Naturschutzreferates der MA 22).
- „Wasserspuren – Nachhaltige Zukunftspfade“; Broschüre anlässlich des Jubiläums „125 Jahre 1. Wiener Hochquellenleitung“ (Publikationen des Naturschutzreferates der MA 22).
- „Leitfaden zum Schutz der Fledermäuse in der Großstadt Wien“, erschienen in der Reihe „Wiener Beiträge zum Naturschutz“ (Publikationen des Naturschutzreferates der MA 22).
- „Artenreiches Österreich/Buch der Arten“; Sonderpublikation im Rahmen der Kampagne des WWF, gemeinsam mit dem BMUJF und den Ländern Niederösterreich, Burgenland, Oberösterreich, Salzburg und Wien (MA 22/Referat 3 – Naturschutz- und Landschaftspflege).
- Broschüre: „Das Wiener Arten- und Lebensraumschutzprogramm“ (Publikationen des Naturschutzreferates der MA 22).

Videos und Fernsehfilme

- „Naturschutz in Wien“: 25 Minuten ORF-Fernsehfilm gesendet in der Programmleiste Österreichbild am Sonntag zum Thema „Naturschutz in Wien“
- Video zum „ÖkoBusinessPlan Wien“: In mehr als 40 Minuten werden der ÖkoBusinessPlan Wien, seine vier Umweltprogramme und alle Firmen des „ÖkoBusinessPlan-Jahrgangs 1999“ präsentiert. Außerdem sind die besten Passagen der Auszeichnungsveranstaltung im Video zu sehen.

Medienarbeit der Umweltschutzabteilung

Kontinuierlich werden im Rahmen der fachlichen Öffentlichkeitsarbeit Journalisten betreut, mit Presseunterlagen sowie Fotomaterial versorgt und telefonische Anfragen beantwortet. Ziel ist es, die umweltrelevanten Aktivitäten der Abteilung in den Medien transparent zu machen und die Öffentlichkeit für umweltspezifische Probleme und Themen zu sensibilisieren. Die Arbeit erfolgt in Absprache mit dem Pressereferenten des Stadtrates für Umwelt- und Verkehrskoordination. Pressekonferenzen des Stadtrates für Umwelt und Verkehrskoordination, die sich auf Themen der Umweltschutzabteilung beziehen, werden gemeinsam mit dem Pressereferenten des Stadtrates betreut. Die Presseinformationen bzw. Rathauskorrespondenz-Meldungen werden vorbereitet und verfasst, natürlich in Absprache und enger Zusammenarbeit mit dem Stadtrat-Pressereferenten. 1999 gab es u. a. Pressekonferenzen und/oder Presseunterlagen und RK-Meldungen zu den Themen: KliP-Klimaschutzprogramm, ÖkoBusinessPlan Wien, Wiener Arten- und Lebensraumschutzprogramm, Lebensraum Obstbaum, Wiener Abfallbörse, Umweltverträglichkeitsprüfung Kraftwerk Donaustadt, ÖkoKauf Wien, Taubenproblematik, Wildtiere in der Stadt, Wissenschaftlicher Förderungspreis der Umweltschutzabteilung, Ozon, Mobilitätsmanagement Magistrat, E-Mobil-Förderung 99.

Rund zwanzig verschiedene Radio- und Fernsehbeiträge, vor allem gesendet in Wien Heute (ORF), dem Privatsender W1 und auf Radio Wien sind mit der Unterstützung der MA 22 entstanden. So z. B. Beiträge über das Thema Ozon, den ÖkoBusinessPlan Wien, das KliP-Klimaschutzprogramm, die Krötenwanderung, die Smaragdeidechsenpopulation.

In den Printmedien sind 1999 rund 200 Meldungen und Artikel zu verschiedensten Themen der Wiener Umweltschutzabteilung erschienen.

Weiter wurden Logos für die Projekte „ÖkoKauf Wien“ und „SUP – Strategische Umweltprüfung: Wiener Abfallplan“ entwickelt und grafisch gestaltet.

Veranstaltungen

Festakt zur Auszeichnung der ÖkoBusinessPlan Wien Betriebe

„Mehr Umweltschutz, mehr Gewinn für Wiener Betriebe“, unter diesem Motto haben 56 Wiener Unternehmen 1999 eines der Umweltprogramme Ökoprotit, EMAS, Betriebe im Klimabündnis und Umweltzeichen Tourismus des ÖkoBusinessPlan Wien erfolgreich absolviert. Bei einem eindrucksvollen Galaabend am 18. Jänner 2000 im neu renovierten Festsaal des Wiener Rathauses wurden diese Betriebe u. a. von Wiens Umweltstadtrat Fritz Svihalek,

Wirtschaftskammer-Wien-Präsident Komm.-Rat Walter Nettig und AK-Wien-Präsident Mag. Herbert Tumpel offiziell als die ersten ÖkoBusinessPlan Wien-Betriebe ausgezeichnet.

Zum Festakt eingefunden haben sich rund 500 geladene Gäste aus der Wirtschaft, der Stadtverwaltung, der Politik und natürlich aus den ausgezeichneten Unternehmen. Sie wurden vom ORF-Anchorman Josef Broukal durch das Programm des Abends geführt. Nach einer beeindruckenden Multimediashow, in der die Firmen und ihre Maßnahmen vorgestellt wurden, einer Podiumsdiskussion und der Verleihung der Gütesiegel stand ein weiterer Höhepunkt des Abends auf dem Programm: Kabarettist Andreas Vitasek spielte Highlights aus seinem neuen Programm „Pscht“. Den Abend ließen die Gäste mit Musik und Tanz der Showgruppe Peters Band ausklingen.

Die Palette der ausgezeichneten besonders umweltfreundlichen Betriebe reicht von Großunternehmen über Klein- und Mittelbetriebe bis hin zu Einzelunternehmern. Zu den ausgezeichneten Firmen gehören so bekannte wie Ericsson Austria, JUMO-Mess- und Regeltechnik, Henkell & Söhnlein, Austria Card, oder die Austria Trend Hotels Ananas, Lassalle und Rathauspark. Aber auch viele kleinere Betriebe wie z. B. die Tischlerei 2 M, das Installateur Meistersteam Koller & Koller, die Spenglerei Peter, Buschenschank Göbel oder Lustig essen wurden prämiert.

Von den insgesamt 56 preisgekrönten Betrieben haben zwei das Umweltmanagementsystem EMAS erfolgreich eingeführt. Fünfzehn Betriebe wurden mit Ökoprotif zu Umweltprofis. Zwanzig Unternehmen sind Klimabündnisbetriebe geworden und sorgen so für mehr Klimaschutz. Neunzehn Betriebe haben für ihre Umweltleistungen das Österreichische Umweltzeichen für Tourismusbetriebe erhalten.

KliP-Wien: die ersten drei Jahre – Fachtagung

Das bisher größte, jemals von der Stadt Wien durchgeführte Umweltschutzprogramm, das KliP-Wien und seine Maßnahmenpakete, wurden am 1. Februar 2000 im Wappensaal des Wiener Rathauses unter dem Motto „KliP-Wien: die ersten drei Jahre“ präsentiert. Im Mittelpunkt der Veranstaltung, die von Bürgermeister Dr. Michael Häupl und Umweltstadtrat Fritz Svihalek eröffnet wurde, standen vor allem jene Klimaschutzprojekte, mit deren Umsetzung bereits begonnen wurde. So wurde z. B. eine Energiebuchhaltung für die städtischen Gebäude aufgebaut, Energieeinspar-Contracting-Projekte wurden gestartet, ein Fahrzeugsimulator zum Training für ökologisches Fahren wurde angeschafft und im städtischen Wohnbau wird auf H-FCKW- und H-CKW-hältige Dämmstoffe verzichtet. Außerdem wurden die Vorarbeiten für eine – noch ab heuer wirksame – Ausweitung der Althausanierungsförderung abgeschlossen.

Vortragsgast bei der Tagung war Univ.-Prof. Dr. Stefan Schleicher, Vorsitzender des Österreichischen Klimabeirats (ACCC), der die Bedeutung des „KliP-Wien“ als Musterprojekt für die nationale und internationale Klimaschutzarbeit betonte. Über die Rolle der Politik bei Umsetzung der KliP-Maßnahmen diskutierten bei einer Podiumsdiskussion unter der Leitung von ORF-Redakteur Helmut Waldert die Politiker Heinz Hufnagl (SPÖ), Patrizia Fürnkranz-Markus (ÖVP), Mag. Christoph Chorherr (Grüne), Brigitte Reinberger (FPÖ) und Irene Rubitzki (LIF).

Terra Tec Leipzig (2 bis 5. März 1999) -> siehe RK vom 25. 1. 99 + Ergebnis RK

Bei der Terra Tec in Leipzig, die vom 2. bis 5. März 1999 stattgefunden hat, haben zehn Wiener Magistratsabteilungen ihr Know-how in der Umwelttechnologie präsentiert und auf den hohen Umweltstandard und die hervorragende Lebensqualität am Wirtschaftsstandort Wien hingewiesen. Mit dabei war auch die MA 22, die u. a. das KliP, den ÖkoBusinessplan Wien und das Wiener Luftmessnetz vorgestellt hat. Neben der Ausstellung gab es auch Fachtagungen, Kongresse und Workshops. Rund 500 Aussteller aus 19 Ländern waren insgesamt bei der Terra Tec vertreten. Im Rahmen der Messe haben Verbände, administrative Einrichtungen und Institutionen über den Bedarf an Umwelttechnik und Umweltdienstleistungen in ihren jeweiligen Ländern informiert. Die Leipziger Terra Tec versteht sich als Marktplatz der Märkte, insbesondere für kleinere Firmen, die so genannte Nachfrageregionen erschließen möchten. Als Nachfrageregionen wurden für die Terra Tec Länder aus Mittel- und Osteuropa, Asien, Südafrika und Lateinamerika ausgewählt.

Die Teilnahme an der Terra Tec brachte für die Stadt Wien positive Imageeffekte, nicht nur für Wiens Umwelttechnologie an sich, sondern vor allem für Wiens Wirtschaft, die im Ausland dadurch zu neuen Tätigkeitsfeldern gelangen soll.

Präsentation der Wiener Abfallbörse (WAB) auf der Messe Bauen & Wohnen

Vom 20. bis 28. März 1999 hat die Messe „Bauen und Wohnen '99“ stattgefunden. Auf einem gemeinsamen Stand der MA 22 und MA 48 konnten die BesucherInnen erstmals die Wiener AltwarenBörse (WAB) als neues Online-Service der Wiener Umweltschutzabteilung (MA 22) in der Praxis ausprobieren.

Weitere Veranstaltungen

Vom 22. bis 24. März 1999 hat im Rahmen der Ökowoche an der Wirtschaftsuniversität Wien die Ausstellung „Ökosuccess“ stattgefunden. Bei einem Info-Stand der Umweltschutzabteilung wurde der ÖkoBusinessPlan Wien präsentiert. Die Umweltschutzabteilung war auch beim Donauinsselfest (25. bis 27. Juni) mit einem Infostand vertreten. Ebenfalls vertreten war die MA 22 im Technischen Museum bei einer Ausstellung über Umweltprojekt in Wiener

Schulen. Schwerpunkte der Präsentation der MA 22 bei dieser Veranstaltung am 17. November 1999 waren die Wiener Abfallbörse (WAB) und das MA 22 – Projekt „Ökoprotit für Schulen“, das im Rahmen des ÖkoBusinessPlan Wien durchgeführt wird.

Amphibientheater: Von der Kaulquappe zum Frosch

Kröte, Frosch & Co zeigen im AMPHIBIENTHEATER der MA 22 ihre Verwandlungskünste. Live konnte man erleben und zuschauen, wie aus kleinen Eiern „fertige“ Amphibien werden. Ort der Handlung: Eine Vitrine mit Aquarium in der U-Bahnstation Volkstheater (Abgang U2/U3 Burggasse, Gang zum Bahnsteig der U2 – Richtung Karlsplatz). Dort kann man täglich mitverfolgen, wie aus kleinen Amphibieneiern Kaulquappen und später Frösche oder Kröten werden. Das AMPHIBIENTHEATER hat vor allem Kindern, aber auch vielen Erwachsenen die Möglichkeit gegeben, diese Tiere aus nächster Nähe bei ihrer Entwicklung beobachten zu können. Das AMPHIBIENTHEATER war von Anfang April bis Ende Mai zu sehen. Neben wertvollen Infos über die Amphibien in Wien gab es auch ein Preisausschreiben, bei dem jede Menge Bücher zum Thema Natur als Preise winkten. Außerdem hat jeden Sonntagvormittag eine Quak-Stunde mit der Biologin Daniela Lipka stattgefunden, die das AMPHIBIENTHEATER im Auftrag der MA 22 gestaltet hat.

Eurocitys-Tagung in Wien

Städtische Umwelthanliegen sollen innerhalb der EU eine größere Bedeutung bekommen. Um das durchzusetzen, wurde im Rahmen des Städtetzwerkes EUROCITYS ein Umweltkomitee geschaffen. EUROCITYS ist das größte und wichtigste europäische Städtetzwerk, dem derzeit 80 Städte angehören.

Vertreter des EUROCITYS-Umweltkomitees haben sich am 10. und 11. Juni 1999 zu einer Tagung in Wien getroffen, u. a. auch mit Mitarbeitern der Umweltschutzabteilung der Europäischen Union (DG11) und der EU-Abteilung für Regionale Politik (DG16). Beraten wurde, wie die Städte bei der EU-Umweltpolitik künftig eine noch entscheidendere Rolle spielen können. Organisiert wurde die Tagung von der MA 22, die im Umweltkomitee die Interessen der Stadt Wien wahrnimmt.

An der Wiener Tagung des EUROCITYS-Umweltkomitees haben 49 Delegierte aus 28 europäischen Städten teilgenommen. Viele davon besuchten die Müllverbrennungsanlage Spittelau, die Abfallbehandlungsanlage im so genannten Rinterzelt und Hochwasserschutzbauten auf der Donauinsel.

Ausstellung: „Schöne neue Alpen“ Ausstellung in der Volkshalle

Die Ausstellung „Schöne neue Alpen“ ist eine fotografische Bestandsaufnahme von Slowenien bis zu den französischen Seealpen. Die Fotos thematisieren die Gratwanderung zwischen Alpenwirklichkeit und Alpenmythos, Wildnis und Kulturlandschaft, Bergeinsamkeit und Industriezivilisation, Kult und Kommerz. Sie dokumentieren die Entwicklung und Folgen von Verkehr, Energiepolitik und Tourismus, berichten vom Widerstand gegen die Zerstörung der Alpen und präsentieren Modellbeispiele für die Zukunft. Die Wanderausstellung wurde von 10. bis 25. 7. 1999 in der Volkshalle des Wiener Rathauses gezeigt. Um den Wien-Bezug des Themas zu verdeutlichen, wurden zusätzliche Schautafeln gestaltet und ein Info-Folder produziert.

Verleihung der Förderpreise für wissenschaftliche Arbeiten im Umweltbereich

Mit dem „Förderpreis für wissenschaftliche Arbeiten im Umweltbereich“ (erstmalig vergeben 1998) wurden auch 1999 von der MA 22 hervorragende Diplomarbeiten und Dissertationen prämiert, die an Wiener Hochschulen zu den verschiedensten umweltrelevanten Themen verfasst werden. Acht Hauptpreise zu jeweils ATS 10.000 und sechs Anerkennungspreise zu jeweils ATS 2.000 wurden im Dezember 1999 von Umweltstadtrat Fritz Svihalek und dem Leiter der Umweltschutzabteilung, Dipl.-Ing. Helmut Löffler, bei einem feierlichen Festakt im Wiener Rathaus den jungen Wissenschaftlern für ihre ausgezeichneten Arbeiten überreicht.

Die Wissenschaft liefert mit ihren Forschungsprojekten die Grundlagen für viele praktische Umweltmaßnahmen. Damit Forschungsergebnisse noch öfter und besser bei der praktischen Umweltschutzarbeit genutzt werden können, müssen Wissenschaft, die Stadtverwaltung als Auftraggeber und Praktiker intensiv zusammenarbeiten. Genau das soll mit dem Förderpreis für Umweltschutzarbeiten erreicht werden. Er soll dazu motivieren, praxisnahe Projekte zu entwickeln.

Ausgewählt wurden die PreisträgerInnen 1999 von einer Fachjury der MA 22. Nicht nur die fachliche Qualität war ein Auszeichnungskriterium, sondern auch die Bedingung, dass die Arbeiten von der MA 22 in der Praxis genutzt werden können. Beide Voraussetzungen wurden von den PreisträgerInnen 1999 mehr als erfüllt. Die Themenpalette der Arbeiten reicht von der Bewertung von Stoffbilanzen in der Abfallwirtschaft über die Frage, wie die Lebensdauer von Produkten einen Beitrag zu mehr Umweltschutz und Beschäftigung sein kann, bis zur Untersuchung verschiedener Organisationsformen im Bereich Stadt-Umland-Kooperation.

Der „Förderpreis für wissenschaftliche Umweltschutzarbeiten“ wird von der MA 22 auch 2000 vergeben werden.

Bürgerservice und Tonbanddienste

Wiener Umwelt Hotline 4000/8022

Die Auskunft- und Beschwerdestelle der MA 22 besteht seit dem Jahr 1985. Seit 1995 wird sie Wiener Umwelt Hotline genannt. Von zwei Mitarbeiterinnen wurden 1999 insgesamt rund 15.000 Anfragen (inklusive Folderservice) telefonisch, schriftlich oder persönlich beantwortet.

Die Anfragen und Beschwerden betreffen hauptsächlich die Bereiche Grundwasserverunreinigungen, Bodenverunreinigungen (durch Öl, Benzin etc.), Rauch- und Geruchsbelästigungen durch das Verbrennen von pflanzlichen/nichtpflanzlichen Abfällen, Müllablagerungen auf öffentlichem sowie auf privatem Grund, Belästigungen durch Baulärm oder Gewerbebetriebe (Rauch, Geruch, Ruß sowie Lärm), Einleitung diverser Flüssigkeiten in den Kanal, Verstöße gegen die Aufbaumittelverordnung, Problematik rund um die Fütterung von Tauben, Meldungen über illegal abgelagerte Autowracks, Kühlschränke, Bauschutt und andere Abfälle, Belästigungen (Rauch, Geruch, Ruß) durch private Feuerstätten und Meldungen sanitärer Übelstände. Eine weitere wichtige Aufgabe ist die Informations- und Aufklärungsarbeit zu umweltrelevanten Themen. Schwerpunkte waren die Themen Asbestbelastung durch Nachtspeicheröfen, Einsatz von Streusalz und anderen Aufbaumitteln, Ozon bzw. das Verhalten bei Auslösung von Ozon-Vorwarn- bzw. Warnstufen.

Wochentags sind die Mitarbeiterinnen von 8.30 Uhr bis 16.00 Uhr unter der neuen Hotline Nummer zu erreichen: 4000/8022. Nach Dienstschluss bzw. am Wochenende kann auf einem Tonband eine Nachricht hinterlassen und um Rückruf gebeten werden.

„Ozonix“: Ozon-Hotline unter der Telefonnummer 4000/88288

4000/88288 lautet die Telefonnummer von „Ozonix“, der neuen Ozon-Hotline der Umweltschutzabteilung. „Ozonix“ liefert die stündlich aktualisierten Ozonmesswerte. Die aktuellen Ozonwerte und die Maximalwerte der letzten 24 Stunden werden jeweils als Dreistundenmittelwerte in Mikrogramm pro Kubikmeter angegeben. Der Aktualität wegen handelt es sich um noch ungeprüfte Rohdaten direkt aus dem Messnetz.

Aktueller Luftgütebericht der Umweltschutzabteilung unter der Telefonnummer 4000/8820

Unter der Telefonnummer 4000/8820 wird der Wiener Luftgütebericht veröffentlicht. Er gibt nicht nur über die Ozonsituation Auskunft, sondern auch über die Belastung der Wiener Luft mit den Schadstoffen Stickstoffdioxid, Schwefeldioxid, Staub und Kohlenmonoxid. Die Werte sind, dem Gesetz entsprechend, in Milligramm pro Kubikmeter angegeben. Der Luftgütebericht wird werktags 2-mal täglich (um ca. 9.00 und 16.00 Uhr), am Wochenende und an Feiertagen 1-mal täglich aktualisiert. Bei kritischen Luftsituationen (Ozonvoralarm) kommt es umgehend zu weiteren Aktualisierungen.

Aktueller Luftgütebericht via Telefaxbox

Den aktuellen Luftgütebericht können Interessierte auch via Telefaxbox von der Umweltschutzabteilung abrufen. Voraussetzungen dafür sind ein Telefonapparat mit Tonwahl und ein Faxgerät. Konkret funktioniert das so: Nach dem Abheben des Hörers muss die Wiener Nummer 4000 9877 eingetippt werden. Nach dem Piepston ist die Nummer 8100 1073 einzugeben. Danach ist je nach Wunsch die Zahl 1 für den aktuellen Luftgütebericht, die Zahl 2 für den vorletzten Luftgütebericht oder die Zahl 3 für den vorvorletzten Luftgütebericht einzugeben. Im nächsten Schritt wird auf die Zahl 0 getippt. Danach gibt man die komplette Faxnummer ein, an die der Luftgütebericht gesendet werden soll. Zum Schluss ist die Taste # zu drücken und der Piepston abzuwarten. Dann kann aufgelegt werden und das Fax wird zugeschickt.

Wien Kanal (MA 30)

Personalverhältnisse

Bezeichnung	Stand am:			
	31. 12. 1998 MA 30 + HKA		31. 12. 1999 MA 30 + HKA	
Beamte (Schema II und IV)	181	28	180	28
Arbeiter (Schema I und III)	445	77	445	77
Summe	731		730	

Planung und Bau

In Fortsetzung des umfangreichen Bauprogramms der MA 30 konnten auch 1999 wieder beachtliche Investitionen in der Erweiterung des Wiener Kanalnetzes verzeichnet werden. Im Einzelnen sind folgende Unterteilungen hervorzuheben:

Sammel- und Entlastungskanäle

Die Arbeiten für das Fortsetzungsbaulos des Entlastungskanals zum Rechten Hauptsammelkanal, welches mit der Querung des Wienflusses und den äußerst beengten Verhältnissen im Baubereich der Urania eine Herausforderung an die Technik darstellt, wurden fortgesetzt.

Ebenso wurden die Bauarbeiten zum 1. Bauabschnitt für die Herstellung der Donaukanalverbindungsleitungen zwischen Rechten Hauptsammelkanal und Linken Hauptsammelkanal, welche die Ausleitungen von Schmutzfrachten in den Donaukanal während Wartungsarbeiten in diesen Kanälen auf einen unwesentlichen Anteil reduzieren wird, begonnen.

Die Planungsarbeiten für Hauptprojektbestandteile des „Abwasserentsorgungs- und Gewässerschutzprojekts für Wien“ wurden weitergeführt. Im Wesentlichen sind das die Planungsleistungen für die Errichtung des Wientalsammelkanalentlastungskanals sowie des Liesingtalsammelkanalentlastungskanals. Beide Bauvorhaben müssen im Bach bzw. Flussbett geführt werden und eröffnen somit Möglichkeiten eines naturnahen und zeitgemäßen Ausbaus der Flusslandschaft nach Beendigung der Kanalbauarbeiten.

An der Unteren Alten Donau wurden die erforderlichen Bauarbeiten des letzten Abschnitts des Ufersammelkanals fertig gestellt.

Netzausbauprogramm

Dieses Programm sieht die Vollkanalisierung aller im Bauland gelegenen Haushalte Wiens vor. Der Schwerpunkt der Aktivitäten lag im 21. und 22. Bezirk. Insgesamt konnten neben den in Bau befindlichen Arbeiten 21 neue Baulose in Angriff genommen werden und insgesamt 19 Baulose fertig gestellt werden.

Stadtentwicklung

Zur Unterstützung des von der Stadt Wien betriebenen Stadtentwicklungsprogramms wurden erforderliche Kanalbauten durchgeführt.

Kanalumbauprogramm

Dieses Programm sieht die Sanierung des zum Teil schon über 100 Jahre alten Kanalnetzes im innerstädtischen Bereich vor.

Insgesamt konnten 1999 neben der Fortsetzung der laufenden Bauten 15 neue Kanalumbauten begonnen werden. Großes Augenmerk wird auf die unterirdische Sanierung und Instandsetzung gelegt, wodurch eine Erneuerung unter Minimierung der Behinderung für die Bevölkerung ermöglicht wird.

Generelle Planungen

Neben den zuvor angeführten Arbeiten wurde gemeinsam mit den Entsorgungsbetrieben Simmering (EbS), der MA 45 und externen Experten ein Konzept über die „ökologische und wirtschaftliche Optimierung für die Abwasserentsorgung und Gewässerschutz für Wien“ erarbeitet und am 26. Juni 1996 vom Gemeinderat genehmigt. Dieses Konzept wird im Wesentlichen durch den systemischen Ansatz, die Betrachtungsweise aller Elemente der Abwasserentsorgung und des Gewässerschutzes als ein ökologisch und wirtschaftlich optimierbares Gesamtprojekt, gekennzeichnet. Hierbei wurden nicht nur technische Maßnahmen wie Entlastungskanäle, Kanalnetzsteuerung und Kläranlagen miteinander in Verbindung gesetzt, sondern auch die Maßnahme „an der Quelle“, wie z. B. Entsiegelung, Versickerung, Fremdwasserreduktion etc., als integrierender Projektbestandteil aufgenommen. Dieses Konzept ist im Wesentlichen als Leitlinie für die zukünftigen Aufgaben der MA 30 am Sektor des Kanalneubaus bzw. Gewässerschutzes zu verstehen.

Daneben wurden grundlegende Untersuchungen, die Hinweise und Rückschlüsse hinsichtlich des Auftretens von Geruchsbelastungen aus dem Kanalnetz geben sollen, fortgesetzt.

Baupolizei

Neben zahlreichen Befunden und Planbegutachtungen war auch eine Mitarbeit im Normungswesen zu verzeichnen.

Kanalbetrieb

• Räumungsarbeit und Verstopfungsbehebungen

Vom Einsatzdienst der Abteilung, der für die Beseitigung von Verstopfungen und ähnlichen Arbeiten zuständig ist, wurden 2.438 Einsätze geleistet.

Die Materialförderung, das sind Kanalschutt und Rechengut aus allen Teilen des gesamten Kanalbetriebes, betrug im Jahr 1999 4.068 t. Im Einzelnen wurden in diesem Zeitraum aus Schotterfängen 1.407 t, aus den Hauptsammelkanälen 1.313 t, aus den Straßenkanälen 814 t, aus der Kläranlage Blumental 386 t und aus dem Pumpwerk Linker Donausammler 148 t Kanalschutt geräumt. Die anfallende, bereits gepresste Rechengutmenge aus der Kläranlage Blumental und den Pumpwerken betrug 959 t.

- **Senkgrubenräumung**
Der Senkgrubenbestand hat sich 1999 weiter verringert und beträgt 26.699. Die Zahl der Senkgrubenräumungen durch die MA 30 betrug 23.489, mit einer verrechneten Gesamtaushubmenge von 157.364 m³. 803 Abscheiderräumungen wurden durchgeführt, wobei die Gesamtaushubmenge 1.095 t betrug.
- **Instandhaltung von Kanälen und Hochbauten**
An 1.812 Kleinbaustellen wurden Erhaltungsarbeiten durchgeführt, ferner wurden 785 Stück Schachtabdeckungen repariert bzw. erneuert. An den Hauptsammelkanälen wurden auf 295 Baustellen Erhaltungsarbeiten durchgeführt. An einer Reihe von Außenstellen wurden dringend notwendige Instandsetzungsarbeiten durchgeführt.
- **Fuhrpark**
Insgesamt wurden im Jahr 1999 von den Fahrzeugen der MA 30 ca. 1.327.000 km zurückgelegt, welche sich wie folgt aufgliedern:

Senkgrubenwagen	429.554 km
Hochdruckwagen	70.174 km
Abscheiderräumfahrzeuge	21.855 km
Verstopfungswagen	51.235 km
Diverse Fahrzeuge	754.020 km
Gesamt	<u>1.326.838 km</u>
- **Behördliche Aufgaben**
Im Referat behördliche Aufgaben wurden u. a. 292 Gutachten für die Herabsetzung der Abwassergebühr, 123 Schreiben betreffend Räumzahlfestsetzungen, Selbsträumbewilligungen und amtswegige Räumungen verfasst. Bei 108 Liegenschaften wurde die Einhaltung der Bescheidaufgaben überprüft.
- **Pumpwerke und Kläranlage**
In den Abwasserhebwerken wurden insgesamt 69.331.365 m³ gefördert.
In der Kläranlage Blumental wurden 21.568.712 m³ Abwasser gereinigt. Die durchschnittliche Verschmutzung im Zulauf betrug 278 mg/l BSB₅, die im geklärten Ablauf 13,2 mg/l BSB₅.
Der gesamte Energieverbrauch für die Versorgung aller Anlagen der MA 30, sowie bei Revisionen auch für die Hauptkläranlage Wien, beträgt ca. 8,77 Mio kWh.
- **Chemielabor**
Im Jahr 1999 wurden vom Referat Chemie 3.397 Abwasserproben gezogen sowie an 62 Tagen Dauerkontrollen mittels Probenahme-, pH- und Temperaturmessgeräten durchgeführt. 332 Proben entsprachen nicht der geforderten Abwasserqualität und wurden dem Verursacher in Rechnung gestellt. Die Zahl der regelmäßig zu kontrollierenden Firmen betrug mit Stichtag 31. Dezember 1999 ca. 1.137, die Zahl der weniger gefährlichen Abwassereinleiter ca. 3.360. Es sind zurzeit ca. 4.500 Firmen im Industrie- und Abwasserüberwachungskataster erfasst. Neben den routinemäßigen Abwasserkontrollen nahmen die Kontrollorgane des Referats zusätzlich an 176 gewerberechtigten Verhandlungen teil.
- **Kanal TV-Untersuchung**
Es wurden ca. 117 km nicht begehbare Rohrkanäle mit dem TV-Inspektionsfahrzeug überprüft.
- **Führungen**
In der Friedrichstraße wurde die Live-Show „Die Rückkehr des dritten Mannes“ im Mai 1999 eröffnet. Diese wurde bis Ende des Jahres 1999 von 10.263 Personen besucht.
Weiters besuchten ca. 8.600 Personen diverse Veranstaltungen bzw. Ausstellungsstände der MA 30.

Wasserwerke (MA 31)

1. Wasserwirtschaft

Im Jahr 1999 wurden insgesamt 149.989.861 m³ (1998: 148.629.320 m³) Wasser aufgebracht und davon 142.523.681 m³ (1998: 142.112.977 m³) Wasser in das Wiener Rohrnetz eingespeist.

Die Wasseraufbringung setzt sich im Jahr 1999 zusammen aus:

144.557.391 m³ = 96,38 % (1998: 141.287.290 m³ = 95,06 %) Wasser der beiden Hochquellenleitungen, 2.530.870 m³ = 1,69 % (1998: 3.443.940 m³ = 2,32 %) aus Wiener Grundwasserwerken, 2.313.320 m³ = 1,54 % (1998: 2.965.520 m³ = 2,00 %) aus dem Wientalwasserwerk, sowie 44.050 m³ = 0,03 % (1998: 178.350 m³ = 0,12 %) aus dem Wasserleitungsverband Triestingtal- und Südbahngemeinden. Der Restbetrag von 544.230 m³ = 0,36 % Wasser ergibt sich aus Veränderungen im Behältervorrat.

Die Gesamtaufbringung stieg gegenüber dem Vorjahr um 1.360.541 m³, das sind 0,92 %.

Von der bezogenen Wassermenge wurden 2.074.652 m³ an auswärtige Abnehmer und Verbundgemeinden abgegeben, 142.523.681 m³ an das Wiener Rohrnetz und 5.391.528 m³ an Überfällen und Ableitungen. Die durchschnittli-

che Tagesabgabe an das Wiener Rohrnetz betrug 389.347 m³. Tagesmaximum wurde am 5. 7. 1999 mit 535.020 m³ erreicht und das Tagesminimum am 1.1.1999 mit 306.390 m³.

Zur Desinfektion der gesamten dem Verbrauch zugeführten Wassermenge wurden insgesamt 28.921 kg Chlorgas und 38.615 kg Natriumchlorit verwendet. Für Rohrstrangdesinfektionen und Behälterreinigungen kamen 1.590 kg Hypochloritlösung und 2.500 kg Wasserstoffperoxyd zum Einsatz.

Von den Wasserleitungskraftwerken an den beiden Außenstrecken wurden 62.145.886 kWh an elektrischer Energie geliefert. Davon entfallen 4.562.532 kWh auf die Kraftwerke im Quellgebiet der I. Wiener Hochquellenleitung, 11.379.538 kWh auf die Kraftwerke im Quellgebiet der II. Wiener Hochquellenleitung und 46.203.816 kWh auf das Kraftwerk Gaming an der II. Wiener Hochquellenleitung.

2. Neubauten, Bauvorhaben, Untersuchungen

Behälter – Gelbe Zone

Laut Ausbaukonzept der MA 31 – Wasserwerke „Unser Wasser 2010“ ist in der gelben Zone die Erweiterung von Behältern mit der Errichtung von Transportleitungen vorgesehen.

Der im ursprünglichen Projekt vorgesehene Zentralbehälter Jubiläumswarte (geplant 20.000 m³ Fassungsraum) kann durch Neu- bzw. Zubau bestehender Behälter (Behälter Jubiläumswarte, Behälter Steinbruch und Behälter Michaelerberg) mit insgesamt geringerem Fassungsraum und unter weitgehendem Verzicht auf zusätzliche Leitungen ersetzt werden, wodurch rund 2/3 der ursprünglich geschätzten Kosten eingespart werden könnten.

Neubau Behälter Michaelerberg

Von den genannten 3 Behältern ist aufgrund der Verbrauchssituation vordringlich der Behälter Michaelerberg zu ersetzen. In diesem Verwaltungsjahr erfolgte die Planung durch die MA 31, die Untergrunderkundung durch die MA 29, die statische Vordimensionierung und die Einleitung sämtlicher Behördenverfahren (Naturschutz, Rodung, Baubehörde). Der geplante Behälter weist ein nutzbares Volumen von ca. 4.000 m³ auf und befindet sich am Michaelerberg in der Verlängerung der Pötzleinsdorfer Höhe. Die Ausschreibung und der Baubeginn sind für das Jahr 2000 geplant, die Inbetriebnahme ist für das Jahr 2002 vorgesehen.

Neubau Behälter Jubiläumswarte

1999 erfolgte die Bestandsaufnahme, die generelle Planung des Behälters, teilweise wurden bereits die Behördenverfahren eingeleitet (Naturschutz, Rodung). Für das Jahr 2000 ist die Detailplanung, die Untergrunderkundung, die statische Vordimensionierung sowie der Abschluss bzw. die Einleitung der noch erforderlichen Behördenverfahren (Baubehörde) vorgesehen.

Erweiterung Behälter Steinbruch

Für die geplante Erweiterung des Behälters Steinbruch erfolgte 1999 die Bestandsaufnahme. Die Planung und die Untergrunderkundung sind für das Jahr 2000 vorgesehen.

Sanierung Behälter

Die meisten der 32 Behälter in Wien sind aufgrund ihres Alters sanierungsbedürftig. Für die Festlegung der Prioritäten wurde damit begonnen, ein Sanierungsprogramm zu erarbeiten. Eindeutig hat sich dabei vorweg herausgestellt, dass mit der Sanierung des Behälters Breitensee so rasch wie möglich begonnen werden sollte. Aus diesem Grund wurde die Planung der Außensanierung (Dichtung der Decke, Dränagierung der Behälterkammern, Instandsetzung und Gestaltung sonstiger Außenanlagen etc.) bereits begonnen. Die Bauarbeiten zur Außensanierung des Behälters Breitensee werden im Jahre 2000 durchgeführt.

Grundwasserwerk Nussdorf

Im Berichtsjahr wurde das alte Betriebsgebäude abgetragen und das neue samt Innenausbau errichtet. Im Betriebsgebäude sowie in den Brunnen wurde die Installation von Stromanspeisung und Steuerungstechnik der Anlage weitgehend abgeschlossen. Weiters wurden die Kabellegungen zu den Brunnen ausgeführt und mit der Pumpeninstallation begonnen. Die für die Trinkwassernotversorgung erforderliche UV-Anlage zur Keiminaktivierung wurde geliefert und mit deren Montage begonnen.

Grundwasserwerk Donauinsel Nord

Bereits 1998 konnte die Anlage betriebsbereit gestellt werden. Sie wird nunmehr für die weitergehende hydrologische und qualitative Erkundung entsprechend den Auflagen des wasserrechtlichen Bewilligungsbescheides eingesetzt. Es wurden Leistungspumpversuche an allen Brunnen im Einzelbetrieb bei Vollstauverhältnissen durchgeführt. Die hydrologischen Beweissicherungen, Auswertungen und Berichtsverfassung entsprechend den Bescheidvorgaben wurden fortgesetzt. Weiters erfolgten laufende Qualitätsuntersuchungen an Donau, Neuer Donau und Brunnen. Im

Berichtsjahr wurden weiters die Geländeregulierungsarbeiten im Bereich der Brunnenanlagen ausgeführt, die Anlagen eingezäunt und mit Zufahrtsstraßen versehen. Weiters wurde das Grundwassergewinnungsgebiet um nicht mehr benötigte Grundwassermesssonden bereinigt. Im Nordsteg wurde ein Brückenrohrstrang DN 600 wärme gedämmt verlegt. Dieser Rohrstrang ist die Überleitung des Rohwassers vom Grundwasserwerk Nussdorf zur Rohwasserschiene des Grundwasserwerks Donauinsel Nord. Im Bereich Horizontalfilterbrunnen 4 wurde eine vorübergehende Erweiterung des bestehenden Labors mittels Container vorgenommen.

Trinkwasseraufbereitungsanlage für die Grundwasserwerke Nussdorf, Donauinsel Nord und Lobau

Ursprünglich war geplant, eine Aufbereitungsanlage für das Grundwasserwerk Lobau in der Unteren Lobau und eine gemeinsame Aufbereitungsanlage für die Grundwasserwerke Nussdorf und Donauinsel Nord auf der Donauinsel zu errichten.

Aufgrund von Nutzungskonflikten (Nationalpark Lobau, Erholungsgebiet Donauinsel etc.) und nicht zuletzt aus Kostengründen hat eine Standortstudie ergeben, dass im Bereich des Kleehäufels eine gemeinsame Aufbereitungsanlage für alle drei Grundwasserwerke die sinnvollste Variante darstellt. 1999 erfolgten Vorerkundungen und Vorarbeiten für dieses Projekt. Im Jahr 2000 soll mit der Planung, welche eine Umplanung der bereits erstellten Projekte darstellt, begonnen werden. Ebenso wurde die Umwidmung der Flächen veranlasst und der Erwerb der Grundstücke in die Wege geleitet.

Ausbau der I. Wiener Hochquellenleitung

Im Laufe des Jahres 1999 wurden gemäß Ausbaukonzept bzw. Frühwarn- und Sicherheitssystem weitere Anlagen der I. Wiener Hochquellenleitung in das Fernsteuerungs- und Überwachungssystem der Sicherheitszentrale eingebunden. Für die Qualitätssicherung wurde in Neusiedl ein Trübungsmesser zusätzlich installiert.

Im Jänner wurde unter einem Bogen des Aquäduktes Mödling ein Schutzgerüst errichtet. In der Folge wurde mit den Sanierungsarbeiten (Auswechslung der schadhafte Ziegelfassade) begonnen.

Ausgestaltung der Betriebsanlagen im Wientalwasserwerk

Die Betriebsanlagen sind für die Verlängerung der wasserrechtlichen Bewilligung dem Stand der Technik anzupassen. Aufgrund der Ergebnisse der Untersuchungen der Universität für Bodenkultur Wien zur Optimierung des Aufbereitungsverfahrens wurde ein Schnellfilter mit einem Mehrschichtaufbau ausgestaltet. Für die Rückspülung wurden elektrisch angetriebene Edelstahlschützen eingebaut. Für eine Feinfilterkammer wurde die Ablaufeinrichtung auf ein niveaugesteuertes Claytonventil zur Verbesserung der Filterleistung umgestellt. Die Zulaufschieber zu den 5 Feinfilterkammern wurden mit einem Elektroantrieb versehen. Die Wehranlage wurde einer Revision unterzogen. Die drei Grundablassschützen wurden auf Elektroantrieb umgestellt.

Grundwasserwerk Mitterndorfer Senke

Die bescheidmäßigen Beweissicherungen (hydrologische, hygienische, ökologische und landwirtschaftliche Beweissicherung) wurden fortgesetzt. Im Zuge dessen wurde eine neue Durchflussmessstelle am Schlauchgraben errichtet, die Messstelle Moosbrunn 2, Neubach umgebaut, Abflussmessstellen geräumt. Im Herrengras wurden Grundwassersonden abgeteuft. In zahlreichen Sonden der Brunnlust und des Herrengrases wurden Datensammler eingebaut. Messgeräte mit Fernübertragung wurden und werden weiter getestet. Das EDV-Programm für die Steuerung des Grundwasserwerks wurde überarbeitet, Auswerteprogramme für die hydrografischen Daten entwickelt. Die 25 m langen Schiebergestänge des Brunnens Moosbrunn 1 wurden ausgetauscht, im Brunnen Moosbrunn 2 eine UV-Anlage für Versuchszwecke eingebaut. Die Planung einer Trinkwasseraufbereitungsanlage und ergänzende Pilotversuche wurden fortgesetzt.

Karstforschung

Für das Karstforschungsprogramm wurden im Siebenseegebiet und bei der Schreierklammquelle zusätzliche Messstellen installiert, Daten erhoben und ausgewertet. Vom Joanneum Graz wurden wöchentlich Wasserproben zur Untersuchung hinsichtlich Isotopen, Bakteriologie und Chemie entnommen und geprüft. Im Bereich Zeller Staritzen, des Einzugsgebiets der Kläffer-, Antenkar-, Siebensee-, Schreierklamm- und Brunnseequellen wurden umfangreiche hydrologische Messungen vom Joanneum Research Graz durchgeführt. Im Schneesalpenbereich und für ein Fassungsprojekt Kräuterbrunnquellen wurden hydrogeologische Untersuchungen durchgeführt. Die geologischen Kartierungen konzentrierten sich auf das vermutete Einzugsgebiet der Kläfferquellen und den südlich daran anschließenden Bereich. Gleichzeitig wurde eine strukturgeologische Untersuchung zum besseren Verständnis der Wasserwegigkeiten im Hochschwabbereich durchgeführt. Die vegetationsökologischen Kartierungen wurden mit der Kartierung der Schneesalpe abgeschlossen. Es liegen jetzt für das gesamte Interessensgebiet der Wiener Wasserversorgung vegetationsökologische Daten für die nicht bewaldeten Bereiche vor. Diese ergänzen sich mit den forstlichen Standortskartierungen der MA 49.

Desinfektion des Wiener Trinkwassers mit UV-Strahlen

Die Untersuchung der Universität für Bodenkultur betreffend Wiederverkeimung des mit UV-Strahlen behandelten Trinkwassers im Rohrnetz (bei verschiedenen Rohrmaterialien) wurde weitergeführt. Der Abschluss der Untersuchung ist für das erste Halbjahr 2000 vorgesehen.

3. Erhaltung der Anlagen und Betrieb

Anlagen in Wien

Nachdem die Fragen des Denkmalschutzes mit dem Bundesdenkmalamt abgeklärt werden konnten, wurde mit der baulichen Sanierung des Behälters Wiental begonnen.

Die nicht mehr dem letzten Stand der Technik entsprechende elektrische Einrichtung und Steuerung des Drucksteigerungswerks Wienerberg wurde erneuert. Die Gleichstrommotore ersetzte man durch moderne, mit Frequenzumrichtern drehzahlgeregelte Asynchronmotore. Die Pumpen unterzog man einer kompletten Revision. Außerdem wurde das Maschinengebäude baulich saniert. Im Hebewerk Krapfenwald wurde die gesamte Verrohrung (Druck- und Saugleitung) erneuert. Im Hebewerk Steinhof wurde die Anspeisung für den Behälter Landesheilanstalt dahingehend abgeändert, dass anstatt über ein eigenes Pumpenaggregat eine gravitative Versorgung des Behälters über eine Leitung mittels Druckreduzierventil aus dem Behältergebiet Steinbruch erfolgen kann. Weiters wurde das komplette Dach erneuert. Im Grundwasserwerk Lobau wurden bei den Brunnen Groß-Rohrwörth und Gänshaufen bei den Hochspannungsanlagen Umbauarbeiten größeren Umfangs durchgeführt. Beim Brunnen Markethäufel ersetzte man alle pneumatisch betriebenen Klappen durch neue. Bei der Sperrbrunnenreihe Lobau mussten bei 3 Brunnen neue Filterrohre eingebaut und außerdem einige defekte Pumpen ausgetauscht werden. Die Behälter Wolfersberg und Breitensee wurden einer gründlichen Reinigung und Desinfektion unterzogen. In der Lastverteilungszentrale Grabnergasse konnten wieder weitere Außenstationen in die neue Prozessrechneranlage eingebaut werden. Die Räumlichkeiten des Fuhrparks in der Grabnergasse wurden neu adaptiert. Die Bezirksdienststelle 22 der Betriebsabteilung Wasserverteilung wurde in das Stadion verlegt und die Räume entsprechend adaptiert.

I. Hochquellenleitung

Im Bereich der Subzentrale Neusiedl wurde die Zufahrtsstraße zu den Kanzeln A, B, C, und D asphaltiert (900 m).

Im Pumpwerk Pottschach wurden die Umbauarbeiten der Brunnen E, F, G und H von Saug- auf Pumpbetrieb fortgeführt. Zu den Brunnen E und F wurden Energie- und Steuerkabel in einer Gesamtlänge von 2.000 m verlegt.

Im Abschnitt Ternitz und Matzendorf wurden sämtliche Aquäduktabdeckungen fertig gestellt.

Im Grundwasserwerk Matzendorf wurden die Renovierungsarbeiten beim Brunnen B begonnen.

Im Grundwasserwerk Wöllersdorf wurde eine Betriebsstraße asphaltiert (500 m). Die Halle 23 wurde außen general-saniert.

Die Werkstätte beim Aufseherhaus Gumpoldskirchen wurde vergrößert und generalsaniert.

Die Sanierung des Aufseherhauses Baden wurde fortgesetzt. Die Betriebsleitung Baden wurde in Betrieb genommen.

Beim Leitungskanal erfolgten die Herstellung von 38 Schachtabdeckungen mit Betonabdeckplatten, der Austausch von 72 Grenzsteinen auf Stahlbetongrenzsteine sowie Vermessungsarbeiten für den Grenzkataster. Weiters wurden 340 lfm Aquäduktgeländer hergestellt und montiert.

Im Jahr 1999 wurden bei 6 Abkehren Arbeiten im folgenden Umfang durchgeführt:

Gewölbeschrämmarbeiten 200 m², Spritzbetonarbeiten 600 m², Auskleidung mit Ravenit 650 m², Putzschädenaus-besserungen auf ca. 2 km Leitungslänge, Rissanierungen, Kabelauswechslung auf 14 km Länge, Waschen des Kanals mit Stollenwaschmaschine und händisch auf ca. 10 km.

Im Zuge der Abkehren wurden in Weiterführung des laufenden Programms Stationsmarkierungen nachgemessen, gegebenenfalls korrigiert und mit neuen Markierungstafeln versehen.

Im Rahmen von Begehungen des Leitungskanals wurde eine Zustandsanalyse als Basis für die Prioritäten der Abkehr-programme 2000 erstellt.

Quellgebiet I. Hochquellenleitung

Im Bereich Schnealpenstollen-Süd wurde die Sohlsanierung zwischen Stat. 1150 und 1580 als Voraussetzung für die Einrichtung der Pumpenkaverne fertig gestellt.

Im Sinne der Verbesserung des Objektschutzes wurden 25 Stollen- bzw. Kammertüren auf Sicherheitstüren ausgetauscht.

Betreffend die Gebäudeerhaltung wurden beim Kraftwerk Hinternasswald, Aufseherhaus Hinternasswald und Fuchs-paß und beim Magazin Nasswald die Anstriche der Holzteile, Fenster, Türen und Verblechungen erneuert. In den Diensträumen der Stollenportale Wetterin- und Lärchsteinstollen wurden Malerarbeiten durchgeführt und die zugehörigen Sanitärräume verfliest.

Die baufällige Brücke zur Messkammer Kaiserbrunn wurde durch eine neue Stahlbetonfertigteilebrücke ersetzt.

Betreffend die Kraftwerke und Elektro-Anlagen wurde eine Revision der 20-kV-Anlagen im Kraftwerk Hinternasswald und der Stollenportale des Schnealpenstollens (Wasserschloss Reistal und Station Karlgraben) durchgeführt, sowie eine Turbinenrevision im Kraftwerk Hinternasswald mit Tausch des Laufrads infolge von Korrosionsschäden.

Im alten Museum Kaiserbrunn wurde der gesamte Fußboden erneuert und eine Fußbodenheizung mit Anschluss an die bestehende Wärmepumpe im neuen Museum installiert, die Fußböden der Sanitärräume wurden verfließt, die gesamten Räumlichkeiten neu ausgemalt und eine Brandmeldeanlage installiert.

Hinsichtlich des aktiven Quellschutzes wurden 2 Dolinen bei der Holzerhütte auf der Schneealpe zur Verhinderung des direkten Eindringens von Oberflächenwasser in den Karstkörper verschlossen und eine aufgelassene Schottergrube humusiert und begrünt.

Im Bereich des Leitungskanals Stat. 135 bis 140 Gloggnitz wurde eine frostsichere Überlagerung auf einer Länge von 480 lfm hergestellt.

Im Zuge der Arbeiten bei 4 Abkehren wurden 2.000 lfm Leitungskanal gereinigt, 2.900 lfm altes Fernmeldekabel entfernt und auf einer Länge von 3.700 lfm der Innenschleifputz nachgebessert.

II. Wiener Hochquellenleitung

Das mehrjährige Programm der Überprüfung und Aktivierung von Hang- und Sohl drainagen wurde fortgesetzt. In diesem Zusammenhang wurden in geologischen Problembereichen ca. 450 lfm Rohre verlegt.

Bei Einstiegtürmen und Zugängen wurden 10 einbruchshemmende Objektschutztüren eingebaut (umfangreiche Bohr- und Schneidearbeiten). 20 Schachtabschlüsse wurden unter Niveau versetzt.

In Problembereichen wurden im Kanal zur Überprüfung der Funktionsfähigkeit der begleitenden Sohl drainage 3 Putzschächte gebohrt und in weiterer Folge 35 lfm Drainageleitung ausgewechselt. Zur Vermeidung von Wasserein- bzw. -austritten wurden Sohlsanierungen, Verputzarbeiten, Injektionsarbeiten sowie 1.000 lfm Rissabdichtungen im Leitungskanal durchgeführt. Bei 2 Aquädukten wurde der Schleifputz mit einer innenliegenden Heißsprühfolie auf 2.000 m² abgedichtet. In einer Problemzone wurde eine elektronische Bauwerksüberwachung um ein Messsystem erweitert. Zur Ableitung von Fremdwässern aus dem Kanal wurde eine umfangreiche Ausleitung hergestellt. Im Hochkarstollen wurden 5.000 lfm Pressluftleitung für eine Sohlsanierung verlegt. 10 km Leitungskanal wurden maschinell gewaschen. Eine neue Großarmatur wurde eingebaut. Bei 10 Einstiegschächten wurden die Deckel kanalseits mittels mechanischer Vorrichtungen gesichert; bei mehreren hohen Schächten wurden Leitern und Podeste montiert. Bei Begehungen wurden insgesamt 300 lfm Risse, zahlreiche Abplatzungen sowie mehrere Wasserein- bzw. -austritte festgestellt und 75 Bolzenmessungen durchgeführt. Weiters wurden Bestands- und Zustandsaufnahmen älterer Abdichtungsarbeiten erstellt.

Beim Luegeraquädukt wurden 2 Bögen mit Feinstzementinjektionen saniert. Bei 7 Aquädukten wurden die Abdeckplatten saniert. Auf den Aquäduktabdeckplatten wurden 1.000 lfm Sicherheitsgeländer montiert.

System WAG-Stollen: Beim Aquädukt Mitterau wurde ein Materialeinbringungsschacht mit Sicherheitsdeckel hergestellt.

In Zusammenarbeit mit einem Zivilingenieurbüro wurde eine GIS-Applikation (Geografisches Informationssystem) zum Visualisieren der Basisdaten sowie zur Zuordnung von Sachdaten mittels Stationierung erstellt. Die Aufbereitung der Basisdaten für das GIS wurde fortgesetzt.

Das vorhandene Drainagesystem im Bereich Haberöd wurde um 200 lfm erweitert.

Quellgebiet II. Wiener Hochquellenleitung

Im Wetterinstollen wurde ein 20-kV-Erdkabel mit einer Sandpackung geschützt. Im Zugang 6 wurde ein Erdungsband verlegt. Im Zugang 24a wurde hinter dem Ausbau eine Hohlraumverfüllung mit Injektionsharz durchgeführt.

Im Hochkarstollen wurden mehrere Sohl aufbrüche saniert.

Beim Einlaufbauwerk Kraftwerk Höll wurde das Stollenprofil vergrößert. Die Abdeckplatte des Bärenbachaquäduktes wurde mit einer wasserundurchlässigen Beschichtung abgedichtet.

Beim Rohrstrang (DN 900) wurde im Bereich Amtshaus ein Rohrgebrecchen behoben.

Bei der Kläfferquelle wurde eine Pumpe für die Kläffer-Nachfassung eingebaut.

Auf den Edelboden wurde ein Fernmeldekabel verlegt.

In Hopfgarten wurde die Ortswasserleitung teilweise erneuert.

An diversen Betriebsgebäuden wurden Erhaltungs- und Ausgestaltungsarbeiten durchgeführt.

Beim Kraftwerk Höll wurde eine Oberwasserregelung eingebaut. Bei der K-Kammer musste nach einem Wicklungsbrand der Generator repariert werden. Bei der S-Kammer wurde eine elektronische Turbinenregelung sowie eine Düsennotsteuerung installiert. Im Bereich der Prescenyklausen wurde eine Freileitung verkabelt. Nach Wetterschäden wurden mehrere 20-kV-Freileitungsreparaturen durchgeführt.

An Quelfassungen und zugehörigen Zäunen wurden Instandsetzungsarbeiten durchgeführt und die planmäßigen Kontrollbegehungen vorgenommen.

Die zum Frühwarn- und Sicherheitssystem gehörenden Arbeiten wurden fortgesetzt.

Für die Daten-Funkschiene wurden Funkmasten und Schaltkästen sowie Container aufgestellt.

4. Rohrnetz und Anschlussleitungen

3. Hauptleitung

Die 3. Hauptleitung zwischen Behälter Lainz und Behälter Breitensee wurde mit Ende 1998 fertig gestellt und in Betrieb genommen. Als abschließende Baumaßnahme der 3. Hauptleitung wurde die Verbindungsleitung zwischen der 1. und 2. Hauptleitung im 13. Bezirk in Angriff genommen. Diese Leitung DN 800 wird von der Himmelbauer-gasse über Feldkellergasse, Speisinger Straße und Weinrothergasse bis zur Anton-Langer-Gasse geführt. Die Leitung konnte 1999 bis auf den Strang Weinrothergasse fertig gestellt werden.

Verlängerung 3. Hauptleitung

Die Verlängerung der 3. Hauptleitung wird vom Behälter Breitensee bis zum Mildeplatz geführt. Durch die Verlängerung können dem Behälter Hungerberg fehlende 25.000 m³ pro Tag zugeführt werden, was eine Erhöhung der Versorgungssicherheit in der Tiefstzone des Versorgungsgebietes bedeutet. Weiters werden für Notsituationen leistungsfähige Anspeisungen einerseits für den Behälter Schmelz vorbereitet, andererseits für den Bereich Gürtel-West über die Geblergasse realisiert.

Im Berichtsjahr wurde der erste Bauabschnitt in 14., Steinbruchstraße begonnen und Bauabschnitte in 17., Geblergasse und in der Lienfeldergasse/Degengasse hergestellt.

21., Floridsdorfer Hauptstraße, Innensanierung DN 700 Grauguss

Im Zuge des Straßenbauprojektes Floridsdorfer Hauptstraße wurde der bestehende Transportrohrstrang DN 700 Grauguss innensaniert. Nach Reinigung des Bestands wurde ein Rohrstrang PE 630 x 37,4 mm in das Rohr DN 700 eingezogen.

Wientalquerung

Für die Sicherung bzw. Verbesserung des Rohrnetzes soll der unter der U-Bahnstation Schönbrunn verlaufende, aus der Gründerzeit der I. Hochquellenleitung stammende, Wienflusdücker gegen eine moderne und gesicherte Konstruktion ausgetauscht werden. Im Berichtsjahr wurde die Bauvorbereitung abgeschlossen und die Arbeiten ausgeschrieben.

Rohrlegungen

Für die Entwicklungsgesellschaft des Donauraums wurden Abschlussarbeiten in der Donau-City-Straße und im Kollektor durchgeführt. Im Rahmen des Projekts Stadtentwicklung wurden im 10., 21., 22. und 23. Bezirk Abschlussarbeiten aus 1998 durchgeführt. Begonnen und abgeschlossen wurde eine Rohrlegung in der Dernjaccgasse im 23. Bezirk. Im Bereich der Stadterweiterung Business-Park-Vienna im 10. Bezirk wurde mit Rohrlegungsarbeiten in der Rotdornallee begonnen.

Im Rahmen des Projekts Nordbahnhof wurden in der Vorgartenstraße und Haussteingasse zur Versorgung der anrainenden Bauplätze 375 m öffentliche Rohrstränge verlegt.

Im Zuge des erforderlichen Ausbaus des Rohrnetzes wurden 3.615 m öffentliche Rohrstränge verlegt.

Erneuerung Altes Rohrnetz

Dieses Projekt beinhaltet die Auswechslung der Rohre nach dem „Alten Wiener Normale“, welche bis 1910 erzeugt und bis 1918 verwendet wurden. Von diesen größtenteils physisch und funktional überalterten Rohrsträngen wurden 12.455 m ausgewechselt.

Erneuerung und Sanierung von Grauguss- und Stahlleitungen

Im Rahmen dieses Projekts werden die ab etwa 1910 verlegten Grauguss- und Stahlrohrleitungen mit Stemmmuffendichtung wegen Gebrechenshäufung und Undichtheiten erneuert. Im Jahr 1999 wurden 4.179 m öffentliche Rohrstränge ausgewechselt.

Rohrlegungen im Zuge von Restaufschließungen

Zur Aufschließung nicht versorgter Liegenschaften im Bauland wurden über Antrag meist privater Bauträger 1.466 m neue Rohrstränge verlegt. Neben etwa 20 Einzelbauführungen kleinsten Umfangs sind als größere Aufschließungen die Rohrlegungen in Wien 2., Gärtnerstraße, 14., Greutberggasse und 22., Springenfelderbengrund zu erwähnen.

Rohrlegungen im Zusammenhang mit Bauvorhaben anderer Dienststellen

In Koordination mit anderen Dienststellen und ausgelöst durch deren Bauvorhaben wurden 6.915 m Rohrstränge verlegt.

Wesentliche Bauvorhaben in diesem Bereich waren die Rohrlegungen in der Floridsdorfer Hauptstraße, in der Linzer Straße und am Flötzersteig sowie in der Winckelmannstraße. Erwähnt sei auch noch die Erneuerung einer stark gebrechensanfälligen Leitung im Lainzer Tiergarten, welche die Versorgung hoch gelegener Teile im 13. Bezirk besorgt, in Kooperation mit der MA 49.

Rohrlegung gegen Rückersatz

Als wesentliche Bauvorhaben in diesem Bereich sind die Rohrlegungen in der Wienerberg-City im Auftrag und auf Kosten von der Wienerberg-City-Errichtungsgesellschaft (WCE), in mehreren Bereichen des 14. Bezirks für die Eisenbahn-Hochleistungsstrecken Aktiengesellschaft (HL-AG) als Vorarbeiten für den Lainzer Tunnel und in der 1. Haidequerstraße für die Entsorgungsbetriebe-Simmering (EBS) zu erwähnen. Insgesamt wurden 1.691 m Rohrleitungen verlegt.

Erhaltung des öffentlichen Rohrnetzes und der Anschlussleitungen

Bei Erhaltungsarbeiten sowie bei der Behebung von Beschädigungen wurden im öffentlichen Rohrnetz 1.794 m Rohrleitungen saniert bzw. ausgetauscht. 2.264 Stück Anschlussleitungen, davon 1.627 Bleileitungen, wurden ausgetauscht. Es wurden 480 neue Anschlussleitungen hergestellt, zusätzlich wurden 59 Leitungen verstärkt und 74 Ergänzungen vorgenommen. Die Auswechslungslänge beträgt 25.883 m, der Zuwachs an Anschlussleitungslänge 5.363 m. Insgesamt traten 1.313 Gebrechen am Rohrnetz (340 Rohrgebrechen, 711 Armaturengebrechen und 262 Feuerhydrantengeborechen) auf. Bei Instandhaltungsmaßnahmen an Anschlussleitungen sind einschließlich der vorher erwähnten Auswechslung von Leitungen insgesamt 3.355 Maßnahmen zu vermerken. Der Stand an Schieberkammern am 31. 12. 1999 beträgt 805, wovon 514 im Laufe des Jahres kontrolliert, 18 Stück saniert und 4 Stück kassiert wurden. Die Gesamtzahl der Kontrollschächte und Messkammern beträgt 432, von denen 103 kontrolliert, 5 saniert, 11 kassiert und 4 neu errichtet wurden. Es wurden an Großarmaturen (DN 300–1200) insgesamt 109 Reparatur- bzw. Wartungsarbeiten, davon 47 an Schiebern und 62 an Dichtklappen, durchgeführt.

Wasserverluste

Zur Erfassung und Minimierung der Wasserverluste wurden 141 Volumenstrommessungen und 870 Kontrollen von Suchdienstabschnitten mit eventuell anschließender Feinortung durchgeführt.

Kontrolltätigkeit an Verbrauchsanlagen

Im abgelaufenen Jahr wurden 1.856 Hausinstallationsanlagen überprüft, dabei wurden 138 Leckstellen festgestellt. Nach der Behebung dieser Schäden konnte eine Einsparung von 1.333 m³/Tag registriert werden. Neu hergestellte Installationen oder Abänderungen bestehender Anlagen wurden in 871 Fällen überprüft. 3.096 Stück private Feuerhydranten wurden gleichfalls einer Überprüfung unterzogen.

Wiederinstandsetzung nach Aufgrabungen

Mit 4.020 Einzelaufträgen wurde die Wiederinstandsetzung aufgegrabener Flächen veranlasst. Dabei wurden rund 56.008 m² Fahrbahn und rund 7.255 m² Gehsteigfläche instand gesetzt.

Länge der Wasserverteilerleitungen

Im Berichtsjahr wurden 3.736 m neu verlegte Rohrleitungen und 29.441 m ausgewechselte Rohrleitungen in Betrieb genommen. Abzüglich der dabei ersetzten alten Leitungen ergibt sich ein Zuwachs von 5.150 m, womit die Länge des öffentlichen Rohrnetzes mit Stichtag 31. 12. 1999 einschließlich der erforderlichen Armaturen 3.242.727 m beträgt. Die Länge der Anschlussleitungen hat um 5.363 m zugenommen.

Netzinformationssystem

Im Rahmen des Netzinformationssystems wurden 42.802 m neu verlegte Leitungen in offener Künette vermessen, sodass sich eine Gesamtlänge der vermessenen Leitungen von 455.878 m ergibt. Nach Fertigstellung der digitalen Lagekonstruktion für das gesamte Rohrnetz wurde begonnen, diese Daten auf ihre Vollständigkeit und Richtigkeit zu überprüfen und in für den Dienstgebrauch verwendbare Rohrnetzpläne einzugeben. Weiters wurden die Stammdaten von 45.000 Hauszuleitungen in das Netzinformationssystem übertragen.

Feuerhydranten

Im Rohrnetz wurden insgesamt zusätzlich 75 Stück Feuerhydranten eingebaut, womit die Gesamtzahl der öffentlichen Hydranten im Netz nunmehr 11.521 Stück beträgt.

Wasserleitungsbereitschaftsdienst

Im abgelaufenen Jahr wurden 1.840 Einsatzfahrten bei Schadensereignissen an öffentlichen Verteilerleitungen und zur Hilfeleistung bei Schäden an Verbrauchsanlagen durchgeführt.

Gruppe U-Bahn und Industrieaufschließung

Die Hauptaktivitäten im Zusammenhang mit dem U-Bahnbau konzentrierten sich auf Abschnitte der U3 im Bereich Simmeringer Hauptstraße, Haugerstraße, Lorystraße. Dabei wurden insgesamt 1.888 lfm Rohre der Dimension

DN 150, 200, 300 und 500 verlegt. Für den begonnenen Umbau der Stammstrecke U2 wurden in Unterabschnitten bei Stationsbauten Umlegungen durchgeführt.

Im Rahmen der Industrieaufschließung wurden Rohrlegungen in 12., Liebenstraße, 21., Richard-Neutra-Gasse, 22., Betriebsbaugelände südlich Rautenweg und auf dem Areal der ehemaligen Metzgerwerke im 23. Bezirk für das geplante Briefverteilerzentrum durchgeführt.

Grabenarme Rohrverlegung

Im Bereich der Anschlussleitungen und kleineren Verteilungsleitungen werden grabenarme Verlegungsmethoden seit längerem mit gutem Erfolg abgestimmt auf die Gegebenheiten der Baustelle angewendet (Rakete, Hydros, Hydros neu). Im Jahr 1999 wurden an großkalibrigen Transportleitungen Pilotversuche mit drei verschiedenen Verfahren erfolgreich durchgeführt.

5. Wasserzähler

Im Berichtsjahr wurden 26.877 Wasserzähler vorwiegend im Rahmen des turnusmäßigen Auswechslungsdienstes (Langlaufdienst) ausgewechselt und in der betriebseigenen Werkstätte insgesamt 26.239 Wasserzähler repariert und zur Eichung bzw. Beglaubigung gebracht.

Neben den turnusmäßigen Auswechslungen von Wasserzählern wurden weitere 1.580 Arbeiten im Zuge des Gebrechendienstes durchgeführt. Hierbei handelt es sich hauptsächlich um Reparaturen bzw. Auswechslungen des Hauswechsels (Absperrventil vor dem Wasserzähler) sowie Reparaturen im Bereich der Holländerverbindungen beim Wasserzähler. Bei Bedarf wurde auch der Wasserzähler gewechselt.

Auf Grund von Anträgen durch Wasserabnehmer oder der MA 4/Referat 6 wurden 653 Wasserzähler auf ihre ordnungsgemäße Funktionstüchtigkeit bzw. Anzeigegenauigkeit überprüft, die entsprechenden Prüfprotokolle erstellt und ausgewertet.

1999 wurden 420 Neuherstellungsakte (inkl. Brunnenbezüge) verarbeitet und der MA 4/Referat 6 als Grundlage für die weitere Gebührenverrechnung zur Verfügung gestellt. Zusätzlich wurden 292 Bezugsendeakte EDV-mäßig bearbeitet.

Aufgrund der Frostperioden mussten 145 Wasserzähler wegen Frostschäden vorgeschrieben werden.

Die aufgrund des Kanalräumungs- und Kanalgebührengesetzes bei den Brunnenanlagen installierten amtlichen Wasserzähler sind unter Einhaltung der Eichfrist von 5 Jahren regelmäßig auf Kosten des Wasserabnehmers auszutauschen. Im Berichtsjahr wurden 86 derartige Auswechslungen durchgeführt und verrechnet.

In der Beglaubigungsstelle für Kaltwasserzähler wurden insgesamt 26.239 Kaltwasserzähler beglaubigt. Es sind durch die Beglaubigung gegenüber einer Eichung zusätzlich die gesetzlichen Vorgaben des Akkreditierungsgesetzes (BGBl. Nr. 468 vom 4. August 1992) und der Beglaubigungsstellenverordnung (BGBl. Nr. 809 vom 7. Oktober 1994) wahrzunehmen. Die gesetzlichen Vorgaben des Maß- und Eichgesetzes BGBl. Nr. 152/150 in der jeweils gültigen Fassung, der Eichvorschriften für Wasserzähler (Amtsblatt für das Eichwesen vom 7. November 1969) und der Eichanweisung für Kaltwasserzähler (Amtsblatt für das Eichwesen Nr. 4/1995) haben sich im Verwaltungsberichtsjahr nicht verändert.

6. Siedlungswasserwirtschaft (SWW)

Im Jahr 1999 fanden 3 Arbeitssitzungen der Kommission in Angelegenheiten der Siedlungswasserwirtschaft statt. Bei diesen drei stattgefundenen Arbeitssitzungen wurden insgesamt 11 Großbauvorhaben mit 159 Baustellen in einer Länge von 31,6 km sowie Baukosten in der Höhe von ATS 385.511.000 eingereicht und mittels Förderungsvertrag dem Land Wien zugesichert.

Bei den Sammelprojekten schlug das Projekt Diverse 1999/1 mit Kosten von ATS 90.040.000 am höchsten zu Buche.

Zugezählt wurden Darlehen (inkl. Bauzinsen) in der Höhe von ATS 14.731.000 (Darlehen aus dem Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds), während nach den neuen Förderungsrichtlinien Zuschüsse in der Höhe von ATS 138.072.704 gewährt wurden.

Der Schuldendienst bezüglich geförderter Projekte nach den „alten“ Richtlinien betrug 1999 ATS 33.252.835 an Annuität sowie ATS 15.922.322 an Zinsen.

Der Schuldendienst bezüglich geförderter Projekte nach den „neuen“ Richtlinien betrug 1999 ATS 26.759.579 an Annuität sowie ATS 65.466.519 an Zinsen.

An Annuitätzuschüssen des Bundes für Zwecke der Siedlungswasserwirtschaft wurden 1999 ATS 5.054.782 vereinbart.

7. Neue Gesetze und Verordnungen

Aufgrund von Änderungen bestehender Gesetze bzw. neuer gesetzlicher Regelungen waren deren Auswirkungen auf den Bereich der MA 31 zu berücksichtigen.

Ebenso waren im Begutachtungsverfahren einer Reihe von Gesetzes- und Verordnungsvorlagen Stellungnahmen der MA 31 abzugeben: Bauordnung für Wien (Techniknovelle), Trinkwasser-Informationsverordnung, Verordnung zum Wiener Naturschutzgesetz.

Zu erwähnen sind noch die weiteren Auswirkungen auf den Betrieb bzw. die Dienstleistung der Wasserwerke durch das Inkrafttreten von Durchführungsverordnungen zum Wiener Bedienstetenschutzgesetz 1998.

Die 1997 eingeleiteten Maßnahmen zur Deregulierung des Wiener Wasserversorgungsgesetzes wurden weitergeführt. Desweiteren wurde ein kompletter Entwurf für die Neufassung der Durchführungsverordnung zum Wiener Wasserversorgungsgesetz vorbereitet.

8. Rechtsgeschäfte

8.1. Privatrechtliche Angelegenheiten

Behördliche Verfahren

Für Projekte der MA 31 – Wasserwerke im Rahmen der Aufrechterhaltung der Wasserversorgung Wiens waren die hierfür erforderlichen Konsense zu erwirken und war die behördenmäßige Betreuung laufender Projekte durchzuführen. Die bedeutendsten Projekte sind nachstehend angeführt:

- **Wientalwasserleitung**
Nachdem im Jahre 1996 die Wiederverleihung des abgelaufenen Wasserrechts für das Wientalwasserwerk beantragt worden ist, wurden im Berichtsjahr weitere diesbezügliche Anträge an die Behörde gestellt, insbesondere zur Anpassung des Werks an den Stand der Technik.
- **Grundwasserwerk (GWW) Donauinsel Nord**
Nach Fertigstellung der Wasserfassungsanlagen im Vorjahr wurde nunmehr die Aufbereitungsanlage zur wasserrechtlichen Bewilligung eingereicht, deren tatsächliche Ausführung an diesem Standort davon abhängt, ob eine zentrale Aufbereitungsanlage (Kleehäufel) realisiert wird.
- **Wasserbehälter Michaelerberg**
Wegen des geplanten Neubaus des Wasserbehälters Michaelerberg wurde im Berichtsjahr um Erteilung der bau-, forst- und naturschutzbehördlichen Genehmigung angesucht und bei deren Durchführung mitgewirkt.
- **GWW Nussdorf**
Seitens der Baubehörde wurde die Bewilligung für den im Jahr 1998 beantragten und verhandelten Neubau eines Betriebsgebäudes erteilt.
- **Umgehungsstollen Scheibbs (II. Wiener Hochquellenleitung)**
Mit Bescheid des BM LF von 30. November 1999 Zl. 15.622/11-I 5/99 konnte die wasserrechtliche Endkollaudierung erwirkt werden.
- **Wientalquerung**
Für die Errichtung einer neuen Querung des Wienflusses mit Wasserleitungsrohrsträngen in Form einer Rohrpressung waren die Verfahren nach dem Wasserrechtsgesetz, Naturschutzgesetz und Baumschutzgesetz einzuleiten.
- **Behälter Jubiläumswarte**
Für den Umbau bzw. die Erweiterung dieses Behälters waren in Zusammenarbeit mit der Planungsabteilung das Naturschutz- und Rodungsverfahren einzuleiten.
- **Abwasserbeseitigungsanlage Schneeberg-Fadensattel**
Im Rahmen der 1997 gegründeten Abwassergenossenschaft Fadensattel konnten im Berichtsjahr für das Projekt der Herstellung einer Kanalisationsanlage von den Schutzhütten am im Quellenschutzgebiet gelegenen Fadensattel am Schneeberg die behördlichen Kollaudierungsverfahren abgewickelt werden.
- **Frühwarn- und Sicherheitssystem**
Für zahlreiche Standorte waren die behördlichen Verfahren für die Anlagenerrichtung einzuleiten bzw. konnten diese abgeschlossen werden.

Vertragsabschlüsse

Zahlreiche Gestattungs-, Bestand- und Mietverträge waren entweder neu auszustellen oder auf Grund von Anträgen oder Wechsel der Vertragspartner entsprechend zu adaptieren oder zu löschen. Für diverse Mietverträge waren umfangreiche Betriebskostenabrechnungen durchzuführen. Laufend sind Indexwertanpassungen von bestehenden Verträgen zu beachten bzw. durchzuführen.

Neben der laufenden Bearbeitung von anhängigen Transaktionsverfahren durch Stellungnahmen an die MA 69 oder andere von der Transaktion betroffenen Dienststellen sind folgende wesentliche Transaktionen zu erwähnen:

- **Betreffend den Erwerb von Liegenschaften der Eheleute Bonta in der Katastralgemeinde (KG) Wildalpen für Zwecke der Betriebsleitung Wildalpen** waren die erforderlichen Nachbearbeitungen durchzuführen.
- **Bezüglich des Transaktionsverfahrens für den Erwerb einer rd. 2.000 m² großen Grundfläche neben dem Leitungskanal der II. Wiener Hochquellenleitung in der KG Rekawinkel von den Österreichischen Bundesforsten (ÖBF) als Manipulationsfläche für Bau- und Abkehrarbeiten** waren die erforderlichen Nachbearbeitungen durchzuführen.

- Weiterführung des Transaktionsverfahrens zum Erwerb von Liegenschaften in der KG Kienberg im Rahmen der Ausscheidung aus dem öffentlichen Wassergut von der Republik Österreich.
- Weiterführung des Transaktionsverfahrens für den Erwerb einer rd. 150.000 m² großen Liegenschaft („Bäckerwiese“) in der KG Kreisbach zur Sicherung der Anlagen der II. Wiener Hochquellenleitung im Bereich von instabilen Hangverhältnissen; da im Rahmen der gerichtlichen Zwangsversteigerung die Liegenschaften nicht erworben werden konnten, wurde der Grundtausch mit dem neuen Eigentümer weiter verfolgt.
- Um die für die Errichtung der geplanten Aufbereitungsanlage Kleehäufel erforderlichen Grundflächen freizumachen, wurde mit den beiden dortigen Grundeigentümern Kontakt aufgenommen und gemeinsam mit der MA 69 diesbezügliche Vorverhandlungen geführt.
- In der KG Wolfsgraben wurden die Vorerhebungen für ein Transaktionsverfahren mit den Eheleuten Hruby zur Sicherung der Anlagen der II. Wiener Hochquellenleitung beim Wolfsgrabenbachdüker weitergeführt.
- Im Bereich der I. Wiener Hochquellenleitung konnte durch den Abschluss von drei Grundtransaktionen eine Erweiterung der Schutzgebietsflächen erreicht werden.
- Zur Aufrechterhaltung der Versorgung der Einrichtungen der Stadt Wien in Wildalpen wurde eine bestehende Tankstelle von der Stadt Wien erworben und deren weiterer Betrieb durch einen entsprechenden Pachtvertrag gesichert.

Wasserlieferungsverträge waren dahingehend zu betreuen, als Änderungen z. B. in der Person der Abnehmer durchzuführen waren.

Von diversen anderen Gemeinden (z. B. Matzendorf, Bad Fischau) waren Abänderungswünsche betreffend der bestehenden vertraglichen Regelungen wahrzunehmen. Außerdem waren Anträge für die Wasserabgabe aus diversen Ortswasserleitungen zu bearbeiten.

In Bezug auf Servitutsverträge, Benützungsübereinkommen und sonstige Vereinbarungen war es für die im Berichtszeitraum durchgeführten Wasserversorgungsprojekte erforderlich, den Bestand der zur Errichtung kommenden Anlagen durch entsprechende Verträge mit den Grundeigentümern zu sichern. Für bestehende Dienstbarkeiten waren vermehrt Ansuchen um Löschung derselben z. B. im Zuge von Grundabteilungen zu bearbeiten. Neben der Erwirkung einzelner Leitungsdienstbarkeiten für Rohrlegungen in Wien sind folgende Vertragsabschlüsse erwähnenswert:

- Für die Errichtung der Verbindungsleitung von der II. Wiener Hochquellenleitung in Wolfsgraben zum Ableitungsrohrstrang des Wientalwasserwerks in Tullnerbach wurden zur Sicherung der Leitungsrechte entlang der B 13 mit den betroffenen Grundeigentümern und Gemeinden weitere Verhandlungen durchgeführt.
- Für zahlreiche Kleinbauvorhaben (Hangentwässerungen, Drainageinstandsetzungen, Errichtung von Messsonden usw.) konnten die erforderlichen Verhandlungen für die Grundinanspruchnahme erfolgreich abgeschlossen werden. Gleichzeitig wurde der weitere Bestand dieser Anlagen rechtlich geregelt.
- Die Mitbenützung von bestehenden Straßen als Zufahrt zu bzw. für die Verlegung von Wasserleitungsanlagen konnte mit den betroffenen Grundeigentümern in Form von Übereinkommen geregelt werden.
- Durch Verhandlung mit Güterweggemeinschaften konnte in mehreren Fällen die Sicherung der Zufahrtsrechte für die Stadt Wien zu den Anlagen der II. Wiener Hochquellenleitung erwirkt werden.
- Durch die Ausweitungen auf dem Telekommunikationssektor waren mit verschiedenen Netzbetreibern Vereinbarungen über die Aufstellung und den Betrieb von Telekommunikationsanlagen auf städtischen Liegenschaften und Einrichtungen abzuschließen.

Im Berichtszeitraum wurden 117 Fischereilizenzen für den Wienerwaldsee samt Zuflüssen sowie die Überwachung der Leistung der hierfür vorgeschriebenen Lizenzgebühren im Betrag von ATS 440.800 durchgeführt.

Fremde Projekte

Verschiedene behördliche Verfahren, bei denen die Stadt Wien als Partei betroffen war, wurden im Berichtszeitraum bearbeitet, wobei durch Verhandlungsteilnahme und Verfassung entsprechender Stellungnahmen die Interessen der MA 31 rechtlich vertreten wurden. Im Berichtszeitraum war auch die Teilnahme an Flurbereinigungsverfahren erforderlich, wobei vor allem der Schutz der Leitungsanlagen der II. Wiener Hochquellenleitung rechtlich abzusichern war. Besonders sind nachstehende Projekte zu erwähnen:

- Betreffend die Verbauung des ehemaligen EXPO-Geländes im Bereich der „Donau-City“ in Form einer Überplattung war gemeinsam mit den übrigen Einbautendienststellen auch die rechtliche Regelung für den Bestand und Betrieb der Wasserversorgungsanlagen mit der Wiener Entwicklungsgesellschaft für den Donauraum AG (WED) wahrzunehmen.
- Zur Sicherung der Trasse der II. Wiener Hochquellenleitung in der KG Kreisbach im Bereich „Bäckerwiese“ waren umfangreiche Stellungnahmen in Kulturumwandlungs-, Aufforstungs- und Wasserrechtsverfahren erforderlich.
- Bedingt durch das Vorhaben der MAGNA-Gruppe von Frank Stronach, nahe Ebreichsdorf den „Magna-Globe-Resort Park, World of Wonder“ zu errichten, musste die MA 31 wegen des zu befürchtenden negativen Einflusses auf das Grundwasserwerk Mitterndorfer Senke im Zuge des wasserrechtlichen Bewilligungsverfahrens bereits im Vorjahr negative Stellungnahmen abgeben. Das Verfahren wurde dadurch zur Abklärung dieser Fragen unterbro-

chen. Zwischenzeitlich wurde mit der MAGNA Kontakt aufgenommen und ein zivilrechtlicher Vertrag zur Absicherung der Rechte der Stadt Wien in zahlreichen Besprechungen ausverhandelt. Eine beabsichtigte Projektänderung machte diese Vereinbarung noch vor Unterzeichnung jedoch hinfällig. Bis dato wurde auch das behördliche Verfahren nicht weiter geführt.

- Im Zusammenhang mit dem Projekt der HL AG zur Errichtung des Lainzer Tunnels für eine Hochleistungsbahnstrecke sind umfangreiche Recherchen und Besprechungen zur Wahrung der Rechte der Stadt Wien bezüglich der Wasserleitungsrohrstränge im Projektbereich angefallen.
- Durch den Umbau des ÖBB-Bahnhofs Gloggnitz waren zur Sicherung der Anlagen der I. Wiener Hochquellenleitung entsprechende Vereinbarungen auszuarbeiten.
- Die geplante Errichtung des ÖBB-Güterterminals Wien-Inzersdorf macht die Umlegung der Ringleitung Süd erforderlich. Hierfür sind umfangreiche Vorerhebungen angefallen und Verhandlungen waren zu führen, um ein entsprechendes Übereinkommen zur Sicherung der Wasserleitungsanlagen der Stadt Wien zu erstellen.
- Im Zusammenhang mit der Aufschließung und Umwidmung der Kleingartenanlagen Rosenhügel und Sonnental in Atzgersdorf waren umfangreiche Verhandlungen für die beabsichtigte Verlegung bzw. Tieferlegung des Entleerungskanales des Wasserbehälters Rosenhügel und die Sicherung der diesbezüglichen Servitutsrechte erforderlich.

Schadensforderungen

1999 wurden rund 176 Schadensakte im Zusammenhang mit der Beschädigung von Wasserleitungsanlagen und sonstigem Eigentum der MA 31 – Wasserwerke abgeschlossen. Dabei waren Schadensforderungen in der Höhe von rund ATS 3.627.894 einzufordern, wobei in manchen Fällen eine gerichtliche Hereinbringung veranlasst werden musste.

Schadenersatzleistungen

Im Berichtszeitraum waren zahlreiche Wasserrohrgebrechen zu bearbeiten, bei denen von der Stadt Wien Schadenersatz zu leisten war. Die Liquidation der Schadensforderungen wurde jeweils im Einvernehmen mit der Wiener Städtischen Versicherung als Betriebshaftpflichtversicherung der MA 31 vorgenommen, wobei in einigen Fällen unberechtigte Forderungen auch zurückgewiesen werden mussten. Außerdem waren Schadensforderungen nach Kontrahentenarbeiten oder wegen erhöhter Wassergebühren bei Wasseraustritten nach Wasserzählerauswechslungen zu behandeln.

Im Rahmen von Arbeiten an den Wasserversorgungsanlagen der MA 31 sind rund 30 Flurschadensverhandlungen angefallen, wobei Entschädigungen unter Heranziehung der Richtlinien der Landwirtschaftskammer mit den betroffenen Grundeigentümern zu vereinbaren waren.

Diverses

Im Berichtszeitraum wurden 138 Fälle bezüglich der Gebarung mit Haftrücklässen abgewickelt.

1999 waren 12 Versicherungsverträge für diverse Anlagen, Immobilien und die Betriebshaftpflicht der MA 31 zu betreuen, die dabei im Berichtszeitraum angefallenen Prämienzahlungen liegen in der Höhe von ca. ATS 2,6 Mio.

Im Zusammenhang mit dem Wegfall der Wasserleitung als Schutzerder waren im Berichtszeitraum zahlreiche Verhandlungen mit Magistratsdienststellen und WIENSTROM zu führen. Als Ergebnis konnte eine entsprechende Informationskampagne gestartet werden.

8.2. Hoheitsrechtliche Agenden

Im Rahmen der Vollziehung des Wiener Wasserversorgungsgesetzes waren Berufungsakte zu bearbeiten, die größtenteils der Berufungsbehörde vorzulegen waren und nur in geringen Fällen in Form einer Berufungsvorentscheidung erledigt wurden. Auch waren Verfahren zur Kostenvorschreibung von beschädigten Wasserzählern unter Berücksichtigung der Einwendungen der Wasserabnehmer durchzuführen. Auf Grund der Beanstandungen durch die Wasserleitungsaufsichtsorgane waren auch Verwaltungsstrafverfahren wegen Übertretung des Wasserversorgungsgesetzes 1960 einzuleiten.

8.3. Diverse Agenden

Lagerbuch

Sämtliche Urkunden und Schriftstücke, die im Laufe des Verwaltungsjahres errichtet wurden und für die MA 31 von weiterer rechtlicher Bedeutung sind, waren in die Verzeichnisse des Lagerbuchs der Hochquellenleitung einzutragen und in dieses selbst aufzunehmen.

Steuern

Sämtliche für den Grundbesitz der MA 31 bestehenden Steuerakte waren zu betreuen, geänderte Grundsteuervorschreibungen zu prüfen sowie Finanzamtsanfragen und Einheitswerterklärungen zu bearbeiten.

9. Internationale Aktivitäten

IWSA – International Water Service Association

Die IWSA ist der Weltverband der Wasserversorgungsunternehmen, der dem technischen, wissenschaftlichen und betrieblichen Erfahrungsaustausch dient. Sitz der IWSA ist in London.

Mitarbeiter der MA 31 – Wasserwerke sind als Delegierte in die technischen Komitees der IWSA entsandt. Im Besonderen war die Mitarbeit notwendig, um die österreichischen Interessen im Prozess der Zusammenlegung der beiden Weltverbände IWSA und IAWQ zur IWA zu vertreten. Die Zusammenlegung ist mit 1. August 1999 in Kraft getreten. Durch die Präsenz unserer Vertreter ist es gelungen, die Frühjahrstagung der Gremien der IWSA in Wien zu halten. Dies war die letzte Tagung der IWSA vor ihrem Zusammenschluss mit der IAWQ. Im Herbst 1999 wurden die Vorbereitungen zur Gründung des neuen IWA-Nationalkomitees getroffen, um die organisatorischen Bedingungen zur Weiterarbeit im neuen Weltverband zu erfüllen.

IAWD – Internationale Arbeitsgemeinschaft der Wasserwerke im Donaeinzugsbereich

Die MA 31 – Wasserwerke ist Sitz der Geschäftsführung der IAWD.

Die Internationale Arbeitsgemeinschaft der Wasserwerke im Donaeinzugsgebiet (IAWD) dient der Verbesserung und Sicherung der Wasserqualität in der Donau und ihren Nebenflüssen. Sie fördert alle Maßnahmen und Bestrebungen, die Verschmutzungen und Gefährdungen der Rohwasserbeschaffenheit im Interesse der Trinkwasserversorgung abwenden und beseitigen. Zur Erreichung dieser Ziele werden alle Anstrengungen unternommen, die Wasserwerke aller Staaten im Donaeinzugsgebiet in der IAWD zu vereinen, um folgende Schwerpunkte zu setzen:

- Wahrnehmung der Interessen aller Trinkwasserversorgungen im Donaeinzugsgebiet
- Aufbau eines einheitlichen, international abgestimmten Mess- und Untersuchungsprogramms über die Wasserqualität und die Auswertung sowie die Veröffentlichung der daraus gewonnenen Ergebnisse
- Überlassung der Arbeitsergebnisse an nationale und internationale Institutionen
- Öffentlichkeitsarbeit
- Pflege eines regelmäßigen und dauernden Erfahrungsaustausches unter den Mitgliedern
- Enge Zusammenarbeit mit anderen Organisationen ähnlicher Zielsetzung

Die Aktivitäten der IAWD, wie Messprogramme und deren Auswertung, Mitarbeit im Donauaktionsplan der EU-Projekte sind im Jahresbericht der IAWD nachzulesen. Dieser ist im Sekretariat der IAWD (Frau Wagner, Tel.: 59 9 59/31006) erhältlich.

Internationales Normungswesen

Im Rahmen der Europäischen Normung (CEN-Normen) wurde an der Erstellung der für die Planung von Wasserversorgungsanlagen und darauf aufbauende Normen aktiv mitgearbeitet, ebenso an der Umsetzung auf nationaler Ebene.

EU – LIFE II Projekt

Im Rahmen des LIFE-Förderungsprogramms der Europäischen Union für innovative Umweltvorhaben von Gebietskörperschaften und Industrie wurde das Projekt „Management sensibler Wassernutzungen auf Basis innovativer Sensortechnik“ angenommen und mit ATS 4,7 Mio. unterstützt. Die Projektbearbeitung wurde begonnen.

10. Öffentlichkeitsarbeit

22. März – Weltwassertag

Es ist schon fast Tradition, dass die MA 31 – Wasserwerke anlässlich des Weltwassertags am 22. März die Schulen aus Wien und Umgebung zu den „Wasserfilmen“ ins IMAX-Filmtheater lädt. Erstmals hatten die Schulen Gelegenheit, gleich zwei Wochen hindurch Filme mit Wasserbezug zu einem stark reduzierten Tarif zu sehen. Außerdem wurde jeder Schulklasse eine Videokassette über die Wiener Wasserversorgung zur Verfügung gestellt.

Ab 1999 wird in einem Rhythmus von zwei Jahren anlässlich des Weltwassertags von verschiedenen Ministerien und Organisationen der „Österreichische Innovationspreis für Wasser – NEPTUN“ vergeben.

Wasserausstellung im Haus Wien-Energie

In Zusammenarbeit mit dem Haus Wien-Energie wurde am 23. Juni 1999 eine Wasserausstellung eröffnet. Unter dem Titel „Wasserspiegel/Wasser in Wien“ wurde Wasser als Lebenselixier und Medium dargestellt. Die Ausstellung war bis 20. August 1999 geöffnet und hatte großen Zulauf.

Feuerwehrfest Am Hof

Von 10. bis 12. September 1999 nahmen die Wiener Wasserwerke am traditionellen Feuerwehrfest der Hauptfeuerwache in Wien teil. Zu sehen gab es einen Bereitschaftswagen der Wiener Wasserwerke sowie einen 8 m hohen aufblasbaren Wasserturm, der zum Tag der offenen Tür am Wasserturm einlud. Es wurden verschiedene Informationsbroschüren verteilt und für die durstigen Besucher des Fests gab es Gläser mit frischem Hochquellwasser.

100 Jahre Wasserturm

Am 9. September 1999 feierten die Wiener Wasserwerke das 100-jährige Jubiläum des Wasserturms am Wienerberg. Anlässlich dieser Veranstaltung wurde der Wasserturm mit den „Wasserfarben“ blau und grün von außen und teilweise auch innen beleuchtet. Es wurde eine Ausstellung zum Thema Wasser geboten. Detaillierte Informationen über die Geschichte und die Technik des Wasserturms bietet eine neue Broschüre, die pünktlich zum 100. Geburtstag des Bauwerks fertig gestellt werden konnte.

Anschließend gab es drei Tage lang die Möglichkeit, während der Tage der offenen Tür an Führungen durch den Wasserturm teilzunehmen.

Trinkwasserinformationsverordnung

Am 23. September 1999 ist die Trinkwasserinformationsverordnung in Kraft getreten, die die Informationspflicht der österreichischen Wasserversorger ihren Kunden gegenüber regelt.

Die Wiener Wasserwerke haben in Abstimmung mit dem Stadtratbüro beschlossen, dem Gesetz in folgender Weise zu entsprechen:

- Erweiterung der Wasseranalyse-Ergebnisse im Internet (www.wien.gv.at/ma31/) durch Beifügen der Pestizid-Werte
- Veröffentlichung der Nitrat- und Pestizid-Werte in der Zeitung „Unser Wien“
- Beilegen eines Informationsblatts zur Wasserrechnung mit Hinweis auf Aushangpflicht am schwarzen Brett

Alte Schieberkammer

Auch im letzten Jahr gab es zahlreiche Ausstellungen und Veranstaltungen in der Alten Schieberkammer, in 15., Meiselstraße 20. Die Höhepunkte waren ein Kabarettabend mit Josef Hader und die Eröffnung der Bezirksfestwochen.

Wanderausstellung „Wasserwege“ und „Das Wasser und du“

Die gemeinsam mit dem Österreichischen Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum durchgeführten 880 Vorträge in Schulen brachten einen Kontakt mit 14.000 Schülern zum Thema sinnvoller Umgang mit Trinkwasser.

Öffentliche Beleuchtung (MA 33)

1. Öffentliche Beleuchtung und öffentliche Uhren

Öffentliche Beleuchtung

Im Zuge des Neu- und Umbaus von Straßenbeleuchtungsanlagen sowie von Großinstandsetzungsarbeiten wurden im Jahr 1999 rund 6.000 Lichtstellen bearbeitet. Mit Jahresende waren in Wien 140.490 Leuchten mit insgesamt 232.044 Lampen installiert. Der Anschlusswert der öffentlichen Beleuchtung betrug 12.864 kW, der Stromverbrauch 48.543.270 kWh (Werte ohne Autobahnen).

Aus der Vielzahl der Arbeiten sollen im Folgenden nur einige hervorgehoben werden:

1., Judenplatz

Im Zuge einer neuen Platzgestaltung des Judenplatzes als Fußgängerzone wurde, koordiniert mit den Straßenbauarbeiten der MA 28 und abgestimmt mit der MA 19, auf den Dächern der Häuser Nr. 3–4, Nr. 5 und Nr. 6 eine Fluorbeleuchtung zur Ausleuchtung des Platzes errichtet. Als Leuchtmittel ist je eine Natrium-Hochdruckdampfampe 400 Watt eingesetzt.

1., Jordangasse, Parisergasse, Drahtgasse, Fütterergasse und Schultergasse

Im Zuge der neuen Ausgestaltung der Jordangasse, Parisergasse, Drahtgasse, Fütterergasse und Schultergasse als Fußgängerzone wurde, koordiniert mit den Straßenbauarbeiten der MA 28 und abgestimmt mit der MA 19, eine Altstadtbeleuchtung errichtet. Die Ausleuchtung dieser Zone erfolgt durch Wandarme und Aufsatzleuchten. Als Leuchtmittel ist je eine Natrium-Hochdruckdampfampe 70 Watt eingesetzt.

1., Kärntner Straße

Zur Attraktivierung der Kärntner Straße wurde auf Seite der geraden und ungeraden Hausnummern die Lichtständerbeleuchtung auf die Type Maiglöckchen umgebaut. Die Ausleuchtung der Kärntner Straße erfolgt durch Lichtständer mit Bogenausleger, einer Hängeleuchte und einem Ziersockel. Als Leuchtmittel ist je eine Natrium-Hochdruckdampfampe 70 Watt eingesetzt.

2., Treppelweg

Ausgelöst durch den schlechten Zustand der Lichtständer wurden 12 Lichtständer Type Donaukanal mit Ansatzleuchten 2 mal 20 Watt und 7 Lichtständer Umweltmeile mit PL 2 mal 36 Watt getauscht.

2., Otto-Futterknecht-Weg

Auf Wunsch des Bezirks wurde eine neue Beleuchtungsanlage in Form von 5 Lichtständern Stadthalle mittel mit Ansatzleuchten 2 mal 40 Watt und Freileitungs-Stromversorgung errichtet.

2., Weg zum Parkplatz Wasserwiese

Auf Wunsch des Bezirks wurde eine neue Beleuchtungsanlage in Form von 12 Lichtständern Stadthalle groß mit Ansatzleuchten 2 mal 40 Watt und Freileitungs-Stromversorgung errichtet.

2., Nordbahnhof-Areal Projekta (Nebenfahrbahn)

Verursacht durch Arbeiten der MA 28 wurde eine neue Straßenbeleuchtungsanlage in Form von 11 konischen Lichtständern mit Kugelleuchten und 80 Watt Quecksilberdampflampen und 8 Lichtständern Type Stadthalle groß mit Ansatzleuchten Type Krischanitz 70 Watt Natrium-Hochdruckdampflampen und Erdkabel-Stromversorgung errichtet.

3., Landstraßer Hauptstraße von Oberzellergasse bis Juchgasse

Im Zuge einer neuen Straßengestaltung der Landstraßer Hauptstraße wurde, koordiniert mit der MA 28 und abgestimmt mit der MA 19, eine Lichtständerbeleuchtung der Type Lamprecht errichtet. Als Leuchtmittel werden Halogen-Metalldampflampen 70 Watt eingesetzt.

4., Mittersteig 13–15

Im Zuge der Umgestaltung der Fahrbahn vor Mittersteig 13–15 zu einem Platz wurde, nach Plan der MA 19 koordiniert mit der MA 28, die Verspannungsanlage der öffentlichen Beleuchtung entfernt und neue Lichtständer mit Meteoraleuchten aufgestellt. Als Leuchtmittel werden Leuchtstofflampen 18 Watt verwendet.

4., Operngasse von Karlsplatz bis Schaurhofergasse

Auf Wunsch der Bezirksvorstehung Wieden nach einer Beleuchtungsverstärkung in der Operngasse wurde die Verspannungsanlage der öffentlichen Beleuchtung unter Berücksichtigung zusätzlicher Leuchtmittel erneuert. Als Leuchtmittel werden Hängeleuchten mit Halogen-Metalldampflampen 2 mal 70 Watt verwendet.

5., Siebenbrunnenplatz

Im Zuge einer neuen Platzgestaltung des Siebenbrunnenplatzes wurde, koordiniert mit der MA 28 und abgestimmt mit der MA 19, eine Lichtständerbeleuchtung der Type Maiglöckchen errichtet. Als Leuchtmittel werden Halogen-Metalldampflampen 70 Watt eingesetzt.

5., Schloßgasse – Hofgasse

Im Zuge des Vollausbaues der Schloßgasse und Hofgasse wurde, koordiniert mit der MA 28, die Verspannungsanlage der öffentlichen Beleuchtung unter Berücksichtigung zusätzlicher Leuchtmittel erneuert. Als Leuchtmittel werden Hängeleuchten der Type Maiglöckchen mit Halogen-Metalldampflampen 70 Watt verwendet.

9., Universität Campus altes AKH

Ausgelöst durch Umbauarbeiten der Universität wurden 17 Kandelaber Type Maiglöckchen mit Hängeleuchten 80 Watt Natrium-Hochdruckdampflampen und Erdkabel-Stromversorgung errichtet.

9., Julius-Tandler-Platz

Ausgelöst durch Arbeiten der MA 28 wurde eine neue Straßenbeleuchtungsanlage in Form von 23 Lichtmasten Type Julius-Tandler-Platz errichtet. Davon wurden 10 Maste mit 250 Watt Natrium-Hochdruckdampflampen und 13 Maste mit 150 Watt Halogen-Metalldampflampen bestückt. Die Stromversorgung wurde mittels Erdkabel errichtet.

9., Alserbachstraße

Ausgelöst durch Arbeiten der MA 28 wurde eine Mittel-Querverspannung mit 62 Leuchtstoffleuchten mit 2 mal 40 Watt und einer Freileitungs-Stromversorgung errichtet.

10., Kästenbauntunnel

Ausgelöst durch Renovierungsarbeiten der MA 29 wurde eine Beleuchtungsverbesserung mit 42 Geländerleuchten 1 mal 40 Watt im Tunnel sowie ein Neubau am Vorplatz des Tunnels mit 13 Lichtständern zylindrisch und AEG Kleinstkofferleuchten 2 mal 18 Watt und Erdkabel-Stromversorgung errichtet.

11., Simmeringer Hauptstraße 289 (Fußweg)

Auf Wunsch des Bezirks wurde eine Beleuchtungsanlage in Form von 9 konischen Lichtständern mit Aufsatzleuchten Type Lamprecht mit Natrium-Hochdruckdampfampfen 50 Watt und Erdkabel-Stromversorgung errichtet.

11., Mailergasse

Ausgelöst durch Arbeiten der MA 28 wurde eine neue Straßenbeleuchtungsanlage in Form von 15 Kandelabern Type Maiglöckchen mit 70 Watt Natrium-Hochdruckdampfampfen und Erdkabel-Stromversorgung errichtet.

13., Hans-Moser-Park

Im Hans-Moser-Park wurde auf Wunsch des Bezirks die öffentliche Beleuchtung in Form einer Verspannungsanlage mit Hängeleuchten der Type Maiglöckchen errichtet. Als Leuchtmittel werden Natrium-Hochdruckdampfampfen 70 Watt eingesetzt.

13., Gemeindeberggasse – Köchelgasse

Auf dem Fußweg zwischen der Gemeindeberggasse 8a und der Köchelgasse wurde die öffentliche Beleuchtung durch eine Lichtständeranlage der Type Donaustadt mit Leuchten Meteora erweitert. Als Leuchtmittel werden stabförmige Leuchtstofflampen 18 Watt verwendet.

14., Linzer Straße Bereich Hochsatzengasse bis Baumgartner Spitz

Die Beleuchtung wurde im Zuge von Instandhaltungsarbeiten, besonders im Bereich der Kreuzungen, verstärkt. Es wurden Leuchtstoffleuchten mit 2 mal 40 Watt in Längsaufhängung und in den Kreuzungsbereichen Leuchten mit Natrium-Hochdruckdampfampfen 2 mal 70 Watt eingesetzt.

14., Greutberggasse

Ausgelöst durch Umbauarbeiten am Freileitungsnetz der WIENSTROM wurden die veralteten Leuchtstoffleuchten mit 2 mal 20 Watt auf WA99-Ausleger durch wirtschaftlichere Leuchten mit 2 mal 40 Watt auf neue Ausleger ersetzt. Durch diese Maßnahmen wurde die Beleuchtung auch verbessert.

15., Walküregasse/Brunhildengasse und Wurmsergasse/Goldschlagstraße

Nach Errichtung von privaten Wohnhausanlagen in diesen Bereichen wurden im Zuge der Arbeiten der MA 28 die Verspannungsanlagen unter Berücksichtigung zusätzlicher Leuchtmittel erneuert.

16., Yppenplatz (Markt)

Im Zuge der mit EU-Mitteln geförderten Neugestaltung des Yppenmarktes wurde auch die öffentliche Beleuchtung erneuert. Im Bereich einer Grünanlage wurden Leuchten der Type Meteora klein eingesetzt. Weiters wurde, im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten, in den angrenzenden Straßenzügen die Erneuerung der Stahldrähte für die Tragverspannung der öffentlichen Beleuchtung vorgezogen, sodass in nächster Zeit keine Störung des Marktbetriebs durch solche Arbeiten notwendig wird.

16., Hasnerstraße im Bereich Possingergasse bis Paltaufgasse

Im Zuge von Instandhaltungsarbeiten wurde die Leuchtaufteilung verändert und dadurch eine bessere Beleuchtung erzielt.

17., Hans-Leinkauf-Platz

Im Zuge dessen Umgestaltung zu einer öffentlichen Verkehrsfläche wurden Lichtständer der Type Altstadt installiert.

17., Dornbacher Spitz

Im Bereich einer kleinen Grünanlage wurde auf Wunsch des Bezirks ein Weg mit zwei konischen Lichtständern und Aufsatzleuchten der Type Lamprecht versehen.

18., Türkenschanzpark

Als Ergebnis einer die öffentliche Beleuchtung betreffenden Ortsverhandlung wurden im Bereich eines Fußwegs bei der Gregor-Mendel-Straße 6 zur bereits vorhandenen Beleuchtung passende Lichtständer der Type Rathauspark errichtet.

19., Hackhofergasse

Auf Wunsch der Bezirksvorstehung wurden zwei Lichtständer vom schmalen Gehwegbereich entfernt und diese nach Rücksprache mit der MA 29 an einer Stützmauer befestigt. Dadurch wurde eine Zufahrtsmöglichkeit für die Rettung und andere Einsatzfahrzeuge geschaffen.

20., Millenniumssteig

Bei der Errichtung einer Fußgeherbrücke über den Handelskai wurde diese mit 80 Feuchtraumbalken 40 Watt und 44 Feuchtraumbalken 20 Watt ausgeleuchtet.

21., und 22., Zehdengasse

In der Zehdengasse wurde auf einer Länge von ca. 300 m im Zuge des Umbaus der Straße durch die MA 28 die öffentliche Beleuchtung neu errichtet. Dabei wurden Lichtständer der Type Messe verbaut. Die Ausleuchtung erfolgt mittels Natrium-Hochdruckdampflampen 70 Watt.

22., Burgkmairgasse

Auf Wunsch des Bezirks wurde in der Burgkmairgasse die öffentliche Beleuchtung neu gebaut. Dabei wurden Lichtständer der Type Stadthalle mittel aufgestellt. Die Ausleuchtung erfolgt mittels Ansatzleuchten 140 Watt.

22., Müllnermaiggasse

Auf Wunsch des Bezirks wurde in der Müllnermaiggasse die öffentliche Beleuchtung neu gebaut. Dabei wurden Lichtständer der Type Stadthalle groß mit Krischanitzleuchten aufgestellt. Als Leuchtmittel wurden Natrium-Hochdruckdampflampen 70 Watt eingesetzt.

23., Liesingbachbegleitweg und Wohnparkstraße

Auf dem Liesingbachbegleitweg von Wohnpark Alt-Erlaa A-Block (Müllzentrum) bis (inklusive erster Verbindungsweg) zum Wohnpark Alt-Erlaa C-Block wurde, koordiniert mit der MA 45 und auf Wunsch des Bezirks, eine Lichtständeranlage in Form von konischen Lichtmasten der Type Donaustadt mit Ansatzleuchten der Type Meteora klein und stabförmigen Leuchtstofflampen 18 Watt errichtet. Ebenso wird diese Beleuchtungsform nach dem Umbau auf dem Fußweg in der Wohnparkstraße eingesetzt.

23., Stadtentwicklungsgebiet: In der Wiesen

Im Zuge des Ausbaus des Stadtentwicklungsgebietes „In der Wiesen“ wurde auf der Anton-Baumgartner-Straße und auf dem Erlaaer Platz, koordiniert mit der MA 28 und in Absprache mit der MA 19, eine Beleuchtungsanlage mit Lichtmasten Donaustadt und Ansatzleuchten Meteora groß errichtet. Als Leuchtmittel werden Natriumdampf-Hochdruckdampflampen 150 Watt eingesetzt.

23., Stadtentwicklungsgebiet: Zentrum U6

Im Zuge des Ausbaus des Stadtentwicklungsgebietes „Zentrum U6“ wurde in der Dernjaggasse, koordiniert mit der MA 28 und in Absprache mit der MA 19, eine Beleuchtungsanlage mit konischen Lichtmasten Donaustadt und Ansatzleuchten Meteora mittel errichtet. Als Leuchtmittel werden Natrium-Hochdruckdampflampen 100 Watt eingesetzt. In der Canevalestraße wurde eine Beleuchtungsanlage mit konischen Lichtständern und Aufsatzleuchten der Type Lamprecht mit Leuchtmittel Natrium-Hochdruckdampflampe 70 Watt errichtet.

Öffentliche Uhren

Statistische Angaben

Die MA 33 betreut zur Zeit 194 Uhren, die wie folgt verteilt sind:

78 Würfeluhren

80 Kirchenguhren

10 Uhren auf Amtshäusern

12 Uhren auf sonstigen Gebäuden

7 Uhren auf Schulen

4 Springzifferuhren

2 Kunstuhren

1 Uhr auf Pavillon

Sämtliche Uhren sind ferngesteuert und werden über den Zeitzeichensender DCF77 der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt Braunschweig synchronisiert. Auch die Umstellung auf Sommerzeit und die Rückstellung auf Normalzeit wird von diesem Sender ausgelöst.

Instandsetzung der öffentlichen Uhren

1999 wurden 15 Würfeluhren einer Generalinstandsetzung unterzogen.

51 Gebäude- oder Kirchenglocken wurden neu errichtet bzw. wurden zum Teil aufwendige Instandhaltungsarbeiten durchgeführt.

2. Anlagenprüfgruppe und Versuchsraum

Im Jahr 1999 konnten 164 neu gebaute Anlagen entsprechend den ÖVE-Vorschriften überprüft und abgenommen und weitere 37 Anlagen des Altbestandes auf ihre Betriebssicherheit hin kontrolliert werden. Zur Unterstützung der Baureferate und der Betriebsgruppe wurden 34 Kabelfehler- bzw. Kabelortungsmessungen durchgeführt.

Weiters wurden 27 Lichtmessungen auf Ersuchen anderer Dienststellen (im Zuge von Gewerbeverfahren, Anrainerbeschwerden etc.) und zahlreiche Lichtmessungen für den Eigenbedarf (Planung neuer bzw. zu ändernder Anlagen) durchgeführt.

Entsprechend den Sicherheitsbestimmungen wurden ca. 17 neue bzw. umgebaute Leuchtentypen überprüft und zahlreiche Leuchten und Lampen der „Serienfertigung“ stichprobenartig auf ihre Qualität hin kontrolliert.

Weiters wurde im Berichtsjahr der Versuchsraum generalsaniert und umgebaut.

3. Anstrahlung von Baudenkmalern, Brücken und Brunnen

Neben der laufenden Instandhaltung der 192 Anstrahlungsanlagen wurden im Berichtsjahr folgende Anlagen neu errichtet.

1., Hauptfeuerwache (Am Hof)	Gebäude
1., Judenplatz	Platzbeleuchtung
1., Leharddenkmal (Stadtpark)	Denkmal
1., Lessingdenkmal	Denkmal
2., Marienbrücke Weihnachtsbeleuchtung	Brücke
2., Rotundenbrücke	Brücke
4., Pyramide Südtiroler Platz	Kunstwerk
5., Siebenbrunnenplatz Dachbeleuchtung	Platzbeleuchtung
7., Urban-Loritz-Platz	Platzbeleuchtung
8., Uhlplatz	Kunstwerk
16., Arbeiterdenkmal	Denkmal
21., Scheinwerfer Brunnen am Spitz	Brunnen
23., Wasserbehälter am Rosenhügel	Gebäude
23., Willergasse	Kunstwerk

Technische Gewerbeangelegenheiten, behördliche Elektro- und Gasangelegenheiten und Feuerpolizei (MA 36)

Die Hauptaufgaben der Abteilung werden weiterhin von 3 Dezernaten wahrgenommen, von denen 1999 insgesamt 35.880 Dienststücke erledigt wurden.

Dezernat A

Der Aufgabenschwerpunkt dieses Dezernates lag sowohl quantitativ als auch qualitativ auf der **gewerbetechnischen Sachverständigentätigkeit**. Daneben wurden technische Sachverständige für baubehördliche, sanitätsrechtliche, bäderrechtliche, chemikalienrechtliche und abfallrechtliche Belange gestellt. Insgesamt wurden 23.257 Aktenerledigungen verzeichnet.

Von der rechtlichen Seite wurden 27 Gesetzesentwürfe begutachtet. Diesbezüglich standen die Bestrebungen einer umfassenden Reform des Anlagenrechts im Vordergrund, die bereits im Spätsommer 1998 mit dem Entwurf eines

Betriebsanlagengesetzes – BAG begannen und sich im Frühjahr 1999 durch Entwürfe eines Umweltgesetzes für Betriebsanlagen – UGBA sowie von Novellierungen des Umweltverträglichkeits-Prüfung-Gesetzes (UVP) und des AWG's fortsetzten.

Die genannten Vorhaben wurden jedoch bisher nicht umgesetzt, sodass die Abteilung nunmehr vor der neuen Situation steht, dass für einige – in Wien von der Anzahl zwar wenige, aber dafür umweltrelevante – Betriebe gemeinschaftsrechtliche Vorgaben direkt zur Anwendung gelangen. Dies betrifft u. a. die Richtlinie 96/61/EG über die integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltauswirkungen (IPPC-Richtlinie), die sich auf die in ihrem Anhang I genannten Kategorien von industriellen Tätigkeiten bezieht. Hierbei handelt es sich um (Groß-)Anlagen der Energiewirtschaft, der Herstellung und Verarbeitung von Metallen, der mineralverarbeitenden und der chemischen Industrie, der Abfallbehandlung und sonstiger Industriezweige, wenn in den meisten Fällen vorgegebene Schwellenwerte hinsichtlich der Produktionskapazität überschritten werden.

Weitere für die vielfältigen Aufgaben des Dezernates zu beachtende **neue Rechtsvorschriften** waren:

Verordnung des Bundesministers für Umwelt, Jugend und Familie, mit der weitere Verbote und Beschränkungen des Inverkehrsetzens und der Verwendung bestimmter gefährlicher Chemikalien und damit behandelte Fertigwaren erlassen werden und mit der die Verordnung des Bundesministers für Umwelt, Jugend und Familie über ein Verbot von 1,1,1-Trichlorethan und Tetrachlorkohlenstoff geändert wird, BGBl. II, Nr. 461/1998.

Verordnung des Bundesministers für Umwelt, Jugend und Familie über die Verbrennung von gefährlichen Abfällen, BGBl. II, Nr. 22/1999.

Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten über die Verbrennung gefährlicher Abfälle in gewerblichen Betriebsanlagen, BGBl. II, Nr. 32/1999.

Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten über das Verbot des Inverkehrbringens eines mangelhaften Druckgerätes, BGBl. II, Nr. 112/1999.

Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten über Druckgeräte (Druckgeräteverordnung – DGVO), BGBl. II, Nr. 426/1999.

Hinsichtlich der **gewerbetechnischen Angelegenheiten** waren u. a. 2.023 von den Magistratischen Bezirksämtern angesetzte Ortsaugenscheinsverhandlungen sowie 29 Kommissionen in Berufungsverfahren zu beschicken. 33 Berufungsgutachten wurden für die MA 63 erstellt und 9.540 Anfragen der Gewerbebehörden betreffend die Genehmigungspflicht von Betriebsanlagen bzw. deren Änderungen, Einhaltung der Auflagen, Behebung festgestellter Mängel und dgl. behandelt. Zu letzteren Aktenerledigungen zählten wiederum auch die Überprüfungen von Chemisch-Putzereien, die Perchloräthylen als Reinigungsmittel verwenden, da mit 31. Mai 1999 für bestehende Anlagen die vierjährige Übergangsfrist der CKW-Anlagenverordnung, BGBl. Nr. 865/1994, geendet hat. Weiters war auch zu Anträgen der Betriebsinhaber um Fristverlängerung Stellung zu nehmen.

Über gewerbliche Betriebsanlagen wurden 1.523 Beschwerden erledigt – eine bereits seit vielen Jahren nahezu unveränderte Anzahl. Da dieses Dezernat nunmehr auch über Schallpegelmessgeräte verfügt, wurden bei der Erledigung von Lärmbeschwerden 79 meist nächtliche Lärmmessungen – größtenteils unter Beiziehung der medizinischen Sachverständigen – durchgeführt und in 45 Fällen Messungen im Zuge von Ortsaugenscheinsverhandlungen vorgenommen.

Bei den Magistratischen Bezirksämtern wurden 209 Projektsprechtage beschickt. Diese finden vormittags an einem Donnerstag pro Monat und Bezirksamt statt und bieten UnternehmerInnen die für Betriebsgründungen, Genehmigungen von Betriebsanlagen und geplante Änderungen notwendigen Informationen zu gewerblichen und -technischen, baubehördlichen und arbeitnehmerschutzrechtlichen Fragen an. Dabei zeigte sich, dass dieses Serviceangebot nicht nur in Außenbezirken, die über größere Industrie- und Betriebsbaugebiete verfügen, sondern auch in Innenbezirken verstärkt Anklang findet.

Zusätzlich wurden über gewerbliche Betriebsanlagen bzw. über Lüftungsanlagen (vor allem von Garagen) 724 Projekte vorbesprochen oder die Einreichunterlagen vorbegutachtet. Dies zeigt, dass die angebotene Beratungstätigkeit von den Projektwerbern weiterhin gut angenommen wird.

Aus den Revisionslisten der Magistratischen Bezirksämter wurden 357 Betriebsanlagen auf kommissionellem Weg überprüft. Hierbei handelte es sich um Betriebe, die auf Grund ihrer Größe, Betriebsart und -einrichtung, insbesondere auch wegen der Verwendung und Lagerung gefährlicher Stoffe zu einer Gefährdung der Kunden, der Nachbarn sowie der Umwelt führen können. Zu diesen gehörten Chemie-, Lack- und Druckfarbenfabriken, galvanische Betriebe, größere KFZ-Werkstätten, Tischlereien und Druckereien, Hotels, Einkaufszentren und Kaufhäuser sowie gewerbliche Garagen. Weiters wurden 527 Selbstbedienungsläden und Kaufhäuser auf die Einhaltung der vorgeschriebenen Verkehrswegbreiten, der Fluchtmöglichkeiten (vor allem über Notausgänge), der Sicherheitsbeleuchtung und der Handfeuerlöcher unangesagt kontrolliert.

Auf Grund der Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten über das Verbot des Inverkehrbringens eines mangelhaften Druckgerätes, BGBl. II, Nr. 112/1999, wurden 29 Erhebungen in Bau-, Werkzeug- und Maschinenhandelsbetrieben durchgeführt, ohne dass der in dieser Verordnung genannte Druckbehälter vorgefunden werden konnte.

Dass der Jahreswechsel von 1999 auf 2000 ein besonderer war, zeigte sich in den Wochen davor in zahlreichen gewerbebehördlichen Genehmigungsverfahren für das Lagern und für den Verkauf pyrotechnischer Artikel (Feuerwerkskörper). Zwischen Weihnachten und Neujahr wurden 66 derartige Betriebsanlagen schwerpunktmäßig überprüft und in diesem Zusammenhang bei einem großen Baumarkt Proben von pyrotechnischen Artikeln gezogen, da der Verdacht bestand, dass einzelne zum Verkauf bereitgehaltene Produkte nicht dem Pyrotechnikgesetz 1974 – u. a. hinsichtlich der gemeinsamen Zündung mehrerer Feuerwerkskörper, falscher Klasseneinteilung – entsprächen. Die Proben wurden dem Bundesministerium für Inneres, Entschärfungs- und Entminungsdienst zur Untersuchung übergeben. Das Ergebnis wird in den ersten Monaten des Jahres 2000 zu erwarten sein.

Für gefahrgeneigte Betriebsanlagen gemäß Störfall-Verordnung, BGBl. Nr. 593/1991, wurden 8 Sicherheitsanalysen begutachtet. Hiefür wurden ca. 1.000 Personenstunden aufgewendet. Allgemein ist zu sagen, dass die Erstbegutachtungen abgeschlossen und bereits Fortschreibungen von Sicherheitsanalysen beurteilt worden sind.

Bezüglich der Sachverständigentätigkeit in **landesgesetzlichen Bauverfahren** wurden 415 Verhandlungen beschickt und 340 Stellungnahmen zu Anfragen der Baubehörde abgegeben.

In **sanitätsrechtlichen Verfahren** wurde an 327 Verhandlungen teilgenommen, wobei die Änderungen von Errichtungsbewilligungen sowie die Betriebsbewilligungen nach dem Wiener KAG im Neubau des Allgemeinen Krankenhauses weiterhin im Vordergrund standen.

Hinsichtlich der **technischen Bäderangelegenheiten** wurden 215 Kommissionen beschickt und 164 Badeanlagen, meist Saunanlagen in Wohnhäusern, in Form von Einzelerhebungen überprüft.

In **Vollziehung des Chemikaliengesetzes** wurden 68 Nachschauen (Inspektionen) durchgeführt. Bei diesen stand die Einstufung und Kennzeichnung gefährlicher Stoffe und Zubereitungen im Mittelpunkt. Dabei wurden auch (erstmalig) die entsprechenden EU-Richtlinien in Anlehnung an die zu erwartende Novelle zur Chemikalienverordnung berücksichtigt. Hinsichtlich der Einstufung und Kennzeichnung gefährlicher Stoffe und Zubereitungen wurden nur in wenigen Fällen grobe Missstände vorgefunden. Thematische Schwerpunkte der Nachschauen waren weiters die Lösungsmittelverordnung (vor allem betreffend den Komplex „Korrosionsschutz“) sowie die 1999 in Kraft getretene Kreosotverordnung (insbesondere betreffend das Thema „Lampenöle“).

Ferner wurden in Vollziehung der Pentachlorphenolverordnung insgesamt 5 Proben (Textilien) gezogen, da der Verdacht bestand, diese könnten mit Pentachlorphenol kontaminiert sein. Verbotene Gehalte an Pentachlorphenol wurden dabei aber nicht festgestellt.

Weitere Proben wurden gezogen, um in Künstler- bzw. Malerfarben den Blei- bzw. Cadmiumgehalt feststellen zu können. Einzelne Proben wurden ferner von Schaumstoffen und Druckgaspackungen entnommen, um die Einhaltung der FCKW-Verordnung überprüfen zu können; Übertretungen von Stoffverboten wurden dabei nicht konstatiert, Verstöße gegen giftrechtliche Bestimmungen dagegen schon.

Die Gebarung mit Giften wurde im Zuge von Anfragen der Magistratischen Bezirksämter überprüft. 1999 wurden 164 derartige Anfragen behandelt.

Ferner wurden Forschungsstätten im Hinblick auf die Gebarung mit gefährlichen Stoffen überprüft. Dabei wurden nur solche Forschungsstätten berücksichtigt, die weder gewerblich noch vom Bund betrieben werden. Als Rechtsbasis für diese Überprüfungen wurde das Chemikaliengesetz 1996 herangezogen. Die Nachschauen ergaben generell nur geringe Beanstandungen.

In einem Fall gab es Mängel beim Betrieb einer Entfettungsanlage mit Trichloräthylen. Hier wurde der Betreiber der Forschungsstätte auf die Möglichkeiten, Trichloräthylen durch alternative Entfettungsmittel zu ersetzen, hingewiesen. Bezüglich der **abfallrechtlichen Bestimmungen** wurden im Zuge von Überprüfungen der Betriebsanlagen 191 stichprobenartige Überprüfungen hinsichtlich Meldepflicht, Aufzeichnungspflicht und Nachweis der ordnungsgemäßen Entsorgung gefährlicher Abfälle und Altöle mittels Begleitscheinen vorgenommen.

Im Rahmen des ersten in Wien anhängigen **UVP-Verfahrens** wurde seitens der MA 36 die Sachverständigenkoordination für die Vielzahl der im Rahmen des Umweltverträglichkeitsgutachtens erforderlichen Teilgutachten entwickelt. Die Idee bestand darin, die Schnittstellen und die sequentielle Abfolge der Teilgutachten (im gegenständlichen Fall 28!) zu organisieren. Dabei wurden als innovativer Ansatz Methoden des Projektmanagements eingesetzt. Die Anwendung dieses Konzeptes hatte maßgeblichen Anteil daran, dass beim anhängigen UVP-Verfahren die gesetzliche Verfahrensdauer um ½ Jahr unterschritten werden konnte, was neben der österreichweiten Beispielwirkung auch für den Konsenswerber (Wienstrom) einen erheblichen Kostenvorteil (ca. 150 Mio. ATS) brachte.

Für den ÖkoBusinessPlan Wien, der mit dem Ziel, mehr Unternehmen auf Umweltkurs zu bringen, im Herbst 1998 gestartet und als Dachprogramm ursprünglich mit den vier Modulen „Betriebe im Klimabündnis“, „Ökoprotit“, „EMAS“ und „Umweltzeichen Tourismus“ konzipiert wurde, ist ein Beiratsmitglied gestellt worden.

Dezernat B

Das Dezernat B, zuständig für **behördliche und sicherheitstechnische Belange von Elektro- und Gasanlagen**, hatte 1999 7.667 Geschäftsfälle zu erledigen. Auch nach dem Wirksamwerden diverser Verfahrensvereinbarungen bildeten davon die 4.018 Anforderungen von Behörden zur Mitwirkung an deren Verfahren als Amtssachverständige den größten quantitativen Anteil, gefolgt von 718 abgegebenen Anfragebeantwortungen und gutächtlichen Stellungnahmen. In Wahrnehmung der behördlichen Befugnis zufolge des Elektrotechnikgesetzes in mittelbarer Bundesverwal-

tung und des Gasgesetzes in Landeshoheit wurden 186 Anzeigen und Beschwerden sowie 32 Bewilligungsanträge behandelt. Des Weiteren wurden 391 Bescheide auf Einhaltung der facheinschlägigen Aufträge bzw. Befunde auf deren Schlüssigkeit kontrolliert bzw. geprüft. Weiters wurden 55 Flüssiggasanlagen auf Einhaltung der sicherheitstechnischen Vorschriften der Genehmigungsbescheide überprüft.

Sind die klassischen Geschäftsfälle infolge der bereits erwähnten Verfahrensvereinbarungen quantitativ zurückgegangen, erfuhren die qualitativ meist anspruchsvolleren Aktivitäten (im Zusammenhang mit der sich im Gange befindlichen Umstellung von der bislang auf beiden Fachgebieten verbindlichen nationalen Vorschriftenanlage zu einer ungleich größeren Anzahl von harmonisierten Normen, die jedoch keinem Anwendungszwang unterliegen) eine wesentliche Ausdehnung. So nahmen telefonische Anfragen von Planern und Errichtungsfirmen stark zu, ebenso mussten mehr Projektgrundlagen beurteilt werden. Letzteres hat insbesondere bei den komplexen Randbedingungen im Zusammenhang mit laufenden Großprojekten (Nachnutzung der ehemaligen Gasometer, Hochhausprojekte, Verkaufs- und Kinozentren) auch Projektbesprechungen mit beträchtlichem Aufwand hinsichtlich Zeit und Fachkompetenz erforderlich gemacht. Ebenso erschien es zielführend, hinsichtlich der für die ordnungsgemäße Planung und Errichtung von Ersatzstromaggregaten kaum mehr überblickbaren – und je nach geplanter Nutzung unterschiedlichen – Anforderungen schwerpunktmäßig und koordinierend einzugreifen.

Basis für diese Tätigkeiten in einem neuen und erweiterten Dienstleistungsverständnis ist die Einbindung der Behörde in diverse einschlägige Fachgremien und -ausschüsse, wo vordringlich versucht wird, im Rahmen der Normenharmonisierung einerseits ein Absinken des bisher national festgeschriebenen Sicherheitsniveaus hintanzuhalten und andererseits die legitimen Interessen der Stadt Wien zu vertreten.

Dezernat C

Im Dezernat C wurde die **Behörden- und Sachverständigentätigkeit** auf Grund des Wiener Feuerpolizei- und Luftreinhaltegesetzes, des Wiener Baulärmgesetzes sowie des Wiener Prostitutionsgesetzes und der zu diesen Gesetzen erlassenen Verordnungen in vollem Umfang weitergeführt. Es wurden insgesamt 4.464 Aktenerledigungen verzeichnet. Im Rahmen der **feuerpolizeilichen Agenden** wurden 666 Baulichkeiten, die im Brandfall besonders gefährdet sind oder eine größere Anzahl von Personen gefährden könnten, einer kommissionellen Überprüfung unterzogen. Kontrolliert wurden 30 Amtshäuser, 85 Heime für Pensionisten, Behinderte und Schüler, 85 Hochhausstiegen, 27 Krankenanstalten, 191 Kindertagesheime, 51 Kultstätten, 18 Museen, 166 Schulen und 13 Sondergebäude. In 119 Überprüfungseinheiten wurden die erteilten Auflagen bis zu ihrer Erfüllung überwacht. In 39 Fällen konnte keine Feuerbeschau durchgeführt werden, da wegen Zu- oder Umbauten der Termin zu verschieben war. Für 34 neue Standorte wurden Projektbegutachtungen vorgenommen.

Zu 257 Kommissionen im Zuge der Amtssachverständigentätigkeit in **sanitätsrechtlichen Angelegenheiten**, in Pensionisten- und Behindertenheimen sowie zu Bauverhandlungen wurden Vertreter entsandt. Nach Ergänzung fehlender Unterlagen wurden 48 abschließende Stellungnahmen abgegeben. Aus diesen Verfahren langten 352 Bescheide ein.

370 Meldungen zu feuerpolizeilichen und luftverunreinigenden Übelständen wurden behandelt und 58 Aufträge zur Beseitigung von brandgefährlichen Gegenständen und Stoffen aus Wohnungen, Dachböden, Gängen und Stiegenhäusern sowie aus dem Freien erteilt.

619 Befunde der Feuerstätten über 26 kW Nennheizleistung wurden vorgelegt und 28 Bestellungen zum Überprüfungsorgan vorgenommen.

Nach den Bestimmungen des Wiener Baulärmgesetzes wurden 32 Nachtarbeitsbewilligungen erteilt, 168 Beschwerden bearbeitet und 1.237 Bewilligungen der Straßenverkehrsbehörde, die Aufgrabungen und die Inanspruchnahme öffentlichen Gutes betreffen, waren evident zu halten.

Bezüglich der Ausübung der Prostitution wurden 22 Beschwerden bearbeitet.

Im Sinne der **Weiterbildung** bzw. des Erfahrungsaustausches mit in- und ausländischen Sachverständigen wurden im Berichtsjahr folgende **Veranstaltungen** besucht:

Seminar: „KFZ-Emissionen“, Gamlitz, Amt der Steiermärkischen Landesregierung; Arbeitsgruppe „CKW-Anlagen“, Radstadt, Amt der Salzburger Landesregierung; Informationsseminar für „Sprengbefugte“, Bisamberg/NÖ, WIFI NÖ; Expertenkonferenz der „Elektrotechn. Amtssachverständigen“, Retz, Amt der NÖ Landesregierung; Fachausschuss für „Gewerberecht und Gewerbeteknik“, Linz, Österr. Städtebund; 109. Jahrestagung und Fachausstellung der „Österr. Vereinigung für das Gas- und Wasserfach“, Bregenz, ÖVGW; Arbeitsgruppe „KWL-Anlagen“, Linz, Amt für Natur- und Umweltschutz Magistrat Linz; „Chemikalieninspektion“, Pichl bei Schladming, Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie; „Dätwyler Info-Tour 99“, Brunn am Gebirge, Dätwyler Kabel und Systeme GmbH; Sonderseminar für „Betreuer von EDV-Anlagen“, Graz, Bezirksfeuerwehrverband Graz; Länder-Arbeitskreis „Störfallverordnung – Sicherheitsanalyse“, St. Veit/Glan, Amt der Kärntner Landesregierung; Controlling-Gespräch „Energieerzeugungskosten der Donaukraftwerke“, Ybbs an der Donau, Donaukraft; Meeting „Freistellungsverordnung – ÖVGW – Regelwerk“, Wels, ÖVGW; Sitzung des „FUA – E4“, St. Pölten, Amt der NÖ Landesregierung; „Chemikalienkontrolle und Globalisierung“, Salzburg, Umweltbundesamt; Seminar: „Erdung- und Potentialausgleich“, Berlin, Haus der Technik; Workshop „Sicherheitsmanagementsysteme“, Radstadt, Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten; Ausschusssitzung „Gerätetechnik“, Linz, ÖVE; Fachseminar „Sichere Maschinen-

steuerungen“, Salzburg, Allgemeine Unfallversicherungsanstalt; Seminar „ÖVGW – Richtlinien“, Blumau, Österr. Vereinigung für das Gas- und Wasserfach; Seminar „Erfahrungsaustausch zwischen den Bädereachverständigen“, Salzburg, Amt der Salzburger Landesregierung; Symposium „Aktuelle Entwicklungen im Betriebsanlagenrecht“, Wien, Wirtschaftskammer Österreich; Seminar: „Sicherheit auf Kinderspielflächen“, Wien, Österr. Normungsinstitut; Seminar: „Schallschutztechnik im Schießstättenbau“, Wien, Österr. Normungsinstitut; Seminar: „Thermische Verwertung von Abfällen“, Wien, Österr. Normungsinstitut; Seminar: „Grundlagen der Schalltechnik“, Wien, Ing. W. Fellner GmbH; Fachseminar: „Dioxine“, Wien, KDZ; Seminar: „Neuerungen bei der CE-Kennzeichnung in der Elektrotechnik“, Wien, Österr. Normungsinstitut.

Stadtgartenamt (MA 42)

Die Tätigkeit des Stadtgartenamtes beinhaltet die Erhaltung und Errichtung von öffentlichen Grünanlagen, die Erhöhung deren Quantität und Erhaltung deren Qualität. Die Umsetzung erfolgt durch die Schaffung neuer Grünflächen und die attraktive Umgestaltung bestehender Anlagen.

1999 wurden 3.558 öffentliche Gartenanlagen und Spielplätze mit einer Gesamtfläche von 18.152.381 m², davon 21 Lagerwiesen mit 902.280 m², der „grüne Prater“ mit 5.894.984 m² und 1.637 Blumenschalen, von rund 900 bis 1.500 MitarbeiterInnen der sieben **Gartenbezirke** des Stadtgartenamtes gepflegt und erhalten.

Ebenso wurden 276 Schulgärten mit 724.991 m² (inkl. Berufsschulgarten Kagran mit 59.306 m²), 13 öffentliche Grünflächen in Siedlungen mit 253.474 m², 209 Grünanlagen in Kindergärten und Horten mit 574.840 m², 15 Jugendspielflächen mit 82.250 m² gärtnerisch betreut. In mittelbarer **Bundesverwaltung** werden 1.100.000 m² Grünflächen und 11.462 Alleebäume ebenfalls gärtnerisch betreut.

- In den Grünanlagen werden **Kinderspielflächen** betreut. Die sicherheitstechnischen Kontrollen werden lt. Ö-Norm durchgeführt und das Angebot an attraktiven Spielgeräten durch Ansprüche und Wünsche der Benutzer entsprechend erweitert.

- In Wiens Straßen wachsen derzeit 82.277 **Alleebäume**. Erhaltung und Erweiterung des Baumbestandes ist die vorrangige Aufgabe, denn der Baumbestand in den Alleen ist teilweise überaltert. Es wird daher durch **standortverbessernde Maßnahmen** (z. B. Austausch des Oberbodens und der Einbau von Bewässerungsanlagen) versucht, die Vitalität der Bäume zu aktivieren und eine längere Bestandsdauer zu erzielen; z. B.: 10., Kundratstraße; 11., Sedlitzkygasse; 12., Karl-Löwe-Gasse; 12., Altheimergasse; 14., Hütteldorfer Straße; 17., Altheim; 19., Hartackerstraße; 19., Weimarerstraße; 21., Reisingasse;

- 1999 wurden u.a. folgende **neue Alleen** gepflanzt: 2., Nordbahnhof; 3., Landstraßer Hauptstraße (äußerer Teil); 5., Embelgasse; 5., Rechte Wienzeile/Steggasse; 6., Turmburggasse; 9., Nordbergstraße; 9., Rotenlöwengasse; 9., Fuchsthallengasse; 10., Grundäckergasse; 10., Böhmischer Prater; 10., Kundratstraße; 11., Leberberg (diverse Straßen); 11., Simmeringer Hauptstraße (U3); 12., Kerschensteingasse; 14., Hüttelbergstraße; 17., Hernalser Hauptstraße/Güpfelferlingstraße; 17., Rosenackergasse; 18., Schöffelgasse; 20., diverse Ersatzpflanzungen im Straßenbereich; 21., Jedlersdorfer Straße; 21., Gerasdorfer Straße; 22., Essling/Kirschenallee; 22., Wulzendorfstraße; Tokiostraße (Kagran-West); 23., Osrangründe.

Das **Referat Planung** erstellt Entwurfs-, Detail- und Bepflanzungspläne für öffentliche Grünanlagen, Kinderspielflächen, Erholungsflächen, Straßengrün, Wohnhausanlagen, Schulen und Kindergärten. Im innerstädtischen Bereich werden im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung neue Grünzüge und Alleen geschaffen und das Angebot an wohnungsnahen Erholungsflächen erweitert. Bei bestehenden Anlagen, z. T. aus der Gründerzeit, ist unter Berücksichtigung der Anrainerwünsche eine partielle Umgestaltung oder generelle Neugestaltung der Grünanlagen erforderlich. Zum Ausgleich für die in den dichtverbauten Stadtteilen fehlenden großflächigen Grünräume müssen neue Wege zur multifunktionalen Nutzung der Freiräume beschritten und verschiedene Varianten in Zusammenarbeit mit allen beteiligten Dienststellen erarbeitet werden. Die Arbeiten 1999 im Einzelnen:

Referat öffentliche Grünanlagen

Insgesamt wurden 79 Projekte bearbeitet. In Eigenplanung wurden 29 Projekte bearbeitet und davon 16 abgeschlossen. Weitere 12, von LandschaftsarchitektInnen geplante Projekte wurden betreut. Davon wurden 6 Projekte fertig gestellt. 38 Projekte wurden schriftlich bearbeitet. Es wurden Stellungnahmen zu fachbezogenen Fragen der Bauordnung abgegeben und Entwürfe der Flächenwidmungspläne der MA 21A und B überprüft. Für die Stadterweiterungsgebiete in den Bezirken 10, 11, 22 und 23 wurden Kosten und Budgetgrundlagen erstellt.

Referat Grün bei Hochbau

Es wurden 48 Projekte bearbeitet und 38 davon abgeschlossen. Die Planung von 11 Projekten wurde an LandschaftsarchitektInnen vergeben und diese sowie andere Projekte (Schulen, Kindertagesheime welche durch Bauträger errichtet wurden) betreut. Weiters wurden diverse Stellungnahmen zu fachbezogenen Fragen der Bauordnung abgegeben und Entwürfe der Flächenwidmungspläne der MA 21C überprüft.

Referat Straßenbegrünung

Es wurden 17 Begrünungsprojekte planlich ausgearbeitet und 9 Projektgebiete (Stadterweiterung, U-Bahn) betreut. An LandschaftsarchitektInnen wurden 3 Grünraumprojekte vergeben und betreut. Weiters wurde an 320 Projektbesprechungen teilgenommen.

Projektgrundlagen:

Für die Bearbeitung öffentlicher Grünanlagen wurden bei fünf Projekten die Grundlagen erhoben und zwölf Lage-, Höhen- und Projektpläne hergestellt sowie der Grünflächenkataster, die GIS-Station und die Verwaltungsevidenz geführt. Ebenso wurden bei 3 Projekten Bauvermessungen, Aussteckarbeiten und Aussteckpläne erarbeitet. Weiters wurden 15 Detailzeichnungen für Parkmöbel und 6 Entwürfe für diverse Ausstellungen sowie computerunterstützte Entwürfe und Details für mehrere öffentliche Parkanlagen ausgearbeitet. Es wurden 4 Einreichplanungen für Bauvorhaben der MA 42 erstellt. Weiters wurde die Zeichen-, Vermessungs- und Vervielfältigungsmaterial-Bewirtschaftung durchgeführt.

Grafik-Abteilung

Es wurden 120 Info-, Bautafeln und Plakate sowie 34 kleinere Grafiken wie Einladungen und Folder gestaltet.

1999 wurden in folgenden Anlagen **gärtnerische** und **bautechnische Herstellungsarbeiten**, aus Bezirksmitteln, z. T. auch aus EU-Förderungen finanziert, durchgeführt:

- 1., Hermann-Gmeiner-Park, neuer Ballspielplatz
- 1., Grete-Rehor-Park, neue Rosenbeete
- 2., Prater-Hauptallee, neuer Joggingpfad
- 2., Umweltmeile, Fertigstellung und Eröffnung
- 3., Ökopfad, Baubeginn
- 3., Schwarzenbergplatz, San-Remo-Blumenbeet
- 3., Wohnpark Rennweg, neuer Ballspielplatz
- 3., Baumgasse, Fertigstellung einer neuen Parkanlage
- 3., Stadtwildnis Erdberg, Fertigstellung und Eröffnung
- 4., Alois-Drasche-Park, Montage eines Wetterschutzdaches
- 4., Mittersteig, Platzgestaltung mit MA 28
- 4., Südtiroler Platz, Blumenbeet neu nach Pyramiden-Aufstellung
- 5., Klieberpark, neuer Spielplatz
- 5., Zentapark, Umgestaltung
- 5., Chiavaccigasse, Sanierung des Bärenbrunnens
- 5., Siebenbrunnenplatz, Neugestaltung
- 5., Hundsturmpark, Fertigstellung der Umgestaltung
- 6., Minna-Lachs-Park, Fertigstellung der neuen Parkanlage
- 7., Urban-Loritz-Platz, Umgestaltung mit neuem Ballspielplatz
- 8., Schlesingerplatz, Innenhofgestaltung
- 8., Friedrich-Schmidt-Platz, Johann-Strauß-Blumenbeet
- 8., Friedrich-Schmidt-Platz, Geburtstagsblumenbeet unseres Bürgermeisters
- 9., Julius-Tandler-Platz, Umgestaltung mit MA 28
- 9., altes AKH, gärtnerische Umgestaltung
- 9., Währinger Straße, neue Pflanzwannen
- 9., Motivpark, neuer Spielplatz
- 10., Kurpark Oberlaa, Revitalisierung des ehem. Deutschen Gartens
- 10., Erlachplatz, Umgestaltung einer Parkanlage
- 11., Leberberg (Bauteil 1), Verlegung des Skateparks
- 11., Leberberg (Am Hofgartl), Fertigstellung einer neuen Parkanlage
- 11., Csokorstraße, Baubeginn einer neuen Parkanlage
- 12., Hervicusgasse, neuer Ballspielplatz
- 14., Josef-Palme-Platz, Neugestaltung
- 14., Wolfersberg, neuer Spielplatz
- 14., Hochsatzengasse, neuer Spielplatz
- 14., Linzer Straße 462, Neugestaltung
- 14., Hüttelbergstraße, neuer Ballspielplatz
- 15., Herklotzpark, Neugestaltung eines Therapiegartens
- 16., Yppenpark, Neugestaltung
- 18., Schubertpark, Sanierung
- 18., Türkenschanzpark, Sitzplatz neu
- 18., Türkenschanzpark, Erlebniswelt neu

- 19., Kuglerpark, Umgestaltung
- 19., Gatterburggasse, Neugestaltung
- 20., Mortarapark, Bau des 2. Wiener Hundeklos
- 21., Ödenburger Straße, neuer Spielplatz
- 21., Floridsdorf-Ost (Autofreie Stadt), Fertigstellung eines neuen Parks
- 22., Essling/Kaschauplatz, Neugestaltung des Spielplatzes
- 22., Schödlbergerstraße, Spielplatz neu
- 22., Colerusgasse, neuer Ballspielplatz
- 22., DonauCity/Donaupark, Neu- und Umgestaltung
- 23., In der Wiesen, Baubeginn neuer Park
- 23., Carlberggasse, Baubeginn neuer Park

Pflanzenschutz

Im Rahmen der Bestimmungen des Wiener Kulturpflanzenschutzgesetzes LGBl. Nr. 21/1949 und zur fachlichen Beratung wurden durch MitarbeiterInnen des amtlichen Pflanzenschutzdienstes 3.940 Gartenbegehungen durchgeführt. Nach dem Pflanzenschutzgesetz 1995, BGBl. Nr. 532, wurden 38 Betriebe neu registriert und vier Betriebe neu für die Ausstellung von Pflanzenpässen autorisiert. Entsprechend § 15 des Pflanzenschutzgesetzes 1995 wurden in 61 Betrieben Betriebskontrollen durchgeführt. Auf Grund § 35 des Pflanzenschutzgesetzes 1995 wurden 9.963 Sendungen von Pflanzen und pflanzlichen Produkten beim Export in Drittländer kontrolliert. Für facheinschlägige Schulung von GartenbesitzerInnen wurden 11 Vorträge, 9 Diavorträge und eine Filmvorführung veranstaltet. Zahlreiche fachliche Beratungen erfolgten über das so genannte Gartentelefon des amtlichen Pflanzenschutzdienstes (911 25 55). Gartenberatungen wurden u. a. auch im Rahmen folgender Veranstaltungen durchgeführt: TerraTec '99 (Leipzig), Kleingartenausstellung (Der Kleingarten – Wohnen im Grünen), Gartenbaumesse Tulln, Wiener Ferienspiel, Der Wald lebt (MA 49). Bezüglich Ermäßigung der Kanalabwassergebühr mussten 437 Begutachtungen durchgeführt werden. 13.906 Rosskastanienbäume wurden zum Schutz gegen die Kastanienminiermotte einer Behandlung mit dem umweltverträglichen Pflanzenschutzmittel Dimilin unterzogen.

Der Rosskastanienminiermotte ist der Kampf angesagt

In den vergangenen Jahren hat sich die beliebte Rosskastanie zum größten Sorgenkind der Stadtgärtner entwickelt. Ein eingeschleppter Schädling, der hierzulande kaum natürliche Feinde hat, setzt den Kastanienbäumen gehörig zu. Der Kleinschmetterling wurde 1989 erstmals im Raum Linz und 1993 auch in Wien festgestellt. In den folgenden Jahren war die Schädigung des Kastanienlaubs durch die Larven der Miniermotte derart dramatisch, dass bereits im August starker Blattfall einsetzte und die Kastanienbäume im September entlaubt waren. Die massenhafte Vermehrung der Miniermotte bedeutet, dass sich für den Kastanienläus noch keine bestandsregulierenden Gegenspieler eingestellt haben. Nach mehrjährigen Untersuchungen sind einige Parasiten der Miniermotte identifiziert worden. Ziel der Wissenschaft ist es, nunmehr jene Parasiten zu erforschen, um sie effektiv als Gegenspieler der Rosskastanienminiermotte einsetzen zu können. Bis zum Vorhandensein entsprechender Nützlinge versucht das Wiener Stadtgartenamt die Gesunderhaltung der Kastanienbäume durch Behandlung mit einem die Entwicklung der Motten hemmenden Pflanzenschutzmittel zu erreichen. 1999 wurden rund 14.000 Rosskastanienbäume erfolgreich behandelt. Für das Jahr 2000 sind wieder von Mitte April bis Juni ähnliche Spritzbehandlungen bei Rosskastanienbäumen vorgesehen. Das zur Anwendung vorgesehene Pflanzenschutzmittel Dimilin ist in der vorgeschriebenen Anwendungskonzentration für Mensch und Tier (auch Bienen) ungefährlich, für Autolacke unschädlich und wird bereits seit vielen Jahren im Obst- und Zierpflanzenbau erfolgreich eingesetzt. Die Maßnahmen zur Bekämpfung der Miniermotte werden mit folgenden Institutionen koordiniert: dem Bundesamt und Forschungszentrum für Landwirtschaft in Wien-Hirschstetten (Institut für Phytomedizin), der NÖ-Landesgartenbauvereinigung in St. Pölten, dem Gartenamt Graz, den Österreichischen Bundesgärten Schönbrunn und dem Institut für Pflanzenschutz an der Forstlichen Bundesversuchsanstalt Schönbrunn.

1999 wurden lt. **Rechnungsabschluss** für die Erhaltung der städtischen Gartenanlagen, für die Herstellung neuer Gartenanlagen und die Umgestaltung bestehender Anlagen nachstehende Beträge aufgewendet:

Personalkosten:	ATS	625.461.146
Investitionen:	ATS	179.978.680
Sachaufwand:	ATS	131.815.210
Instandhaltung:	ATS	62.845.674
Gesamtausgaben:	ATS	1.000.100.709
Gesamteinnahmen:	ATS	39.418.137

Die von allen Bezirken im Rahmen des dezentralen Bezirksbudgets ausgegebenen Mittel betragen 1999 ATS 236.812.416. Dieser Betrag ist in den Gesamtausgaben enthalten.

EU

Eine Reihe hier amtlicher Vorhaben sind von den EU-Referenten der MA 42 initiiert bzw. in weiterer Folge mit Mitteln der Europäischen Union finanziell gefördert worden (siehe dazu auch Berichte der Magistratsdirektion – EU-Förderungen (MD-EUF).

Gemäß dem 1991 geänderten Wiener Tierschutz- und Tierhaltegesetz sind bis 31. 12. 1998 in zahlreichen Parkanlagen **Hundezonen** und **Hunderauslaufplätze** (mit ca. 636.910 m² Gesamtfläche) bzw. **Hundeverbote** (generell oder teilweise) eingerichtet worden. Gesetzliche Grundlage: Wiener Tierschutz- und Tierhaltegesetz § 13 b (1), Landesgesetzblatt für Wien, Jahrgang 1991, ausgegeben am 1. August 1991: „Der Magistrat kann nach Anhörung des Grundeigentümers, der Bundespolizeidirektion Wien und des zuständigen Bezirksvorstehers Parkanlagen zu Hundezonen, Hunderauslaufplätzen oder ein Verbot der Mitnahme von Hunden (Hundeverbot) erklären“ (auszugsweise). Hingewiesen wird auch auf die 1997 erschienene Hundefibel „brav“ (inkl. Plakat). In der Hundezone 18., Währinger Park, wurden 1999 von einer Tierärztin „Welpenstunden“ veranstaltet.

Winterliche Salzstreuung

Gemäß Bescheid der MA 22 wurden gemeinsam mit der MA 48 vor und nach der winterlichen Salzstreuung Bodenproben an zehn Stellen am Straßenbegleitgrün entnommen und im Labor Rautenweg untersucht. Im April wurde von der MA 42 gemeinsam mit der MA 48 an zahlreichen Stellen im Alleebereich „Salz ausgewaschen“.

Umweltschutz

Das im Bohmann-Verlag erscheinende Heft „Umweltschutz“ hat in drei Ausgaben Sonderbeilagen über das Stadtgartenamt erstellt.

Japanische Zierkirschen

In den letzten Jahren haben einige Wiener Bezirke mit Bezirken japanischer Städte „Schwesterschaft“ geschlossen. Gemeinsames Ziel dieser Schwesterbezirke ist u. a. kultureller Austausch. 1996, anlässlich der Tausendjahrfeiern Österreichs (Ostarrichi), haben unsere japanischen Schwesterbezirke beschlossen, Wien ein typisch japanisches Präsent, nämlich 1.000 Kirschbäume der Sorten Kanzan und Yedoensis zu schenken. Diese wurden auch 1999 an mehreren Standorten ausgepflanzt. In den städtischen Baumschulen „warten“ derzeit noch mehrere hundert Bäume auf die Auspflanzung in den kommenden Jahren, vor allem im 22. Bezirk (= Partner von Arakawa), in Absprache mit dem japanischen Kulturinstitut (<http://members.eunet.at/embjapan/>).

Wien-Präsentationen

Im Rahmen folgender nationaler und internationaler Ausstellungen erfolgte 1999 die Teilnahme: Hallen und Spielplatzgestaltung auf der Gartenbaumesse in Tulln (www.tulln.at/messe/), Johann-Strauß-Präsentationen in Kunming/China (www.expo99km.gov.cn/), in Meran, in Cervia (Ravenna), in Nantes/Frankreich und in New Orleans/Louisiana. Wien-Bälle in Leipzig und Prag, Orchideenschau in den Reservegärten Hirschstetten, Aktion Palmenzweige im Stadtpark, Beratungen in Leipzig. (Siehe dazu auch den Stadtaußenpolitischen Bericht der Magistratsdirektion – Internationale Beziehungen (MD-IB).

Strauß-Jahr 1999

Am 3. Juni 1999 jährte sich zum 100. Mal der Todestag von Johann Strauß Sohn in Wien. Zahlreiche Veranstaltungen stehen ganz im Zeichen dieses großen Komponisten. 1999 wurden in 1., Friedrich-Schmidt-Platz und 1., Stadtpark Strauß-Blumenbeete angelegt. International wurden folgende Strauß-Ausstellungen organisiert: in Kunming/China, in Meran, in Nantes, in Cervia, in New Orleans und in Leipzig. Weitere Information erhält man unter <http://info.wien.at/strauss/index.htm>

Für zahlreiche in- und ausländische Fachleute wurden durch Wiener Parkanlagen und hier amtliche Gartenbaubetriebe **Exkursionen**, gemeinsam mit dem Rundfahrtenbüro der MA 53 – Presse- und Informationsdienst (PID), organisiert. (Siehe dazu auch den Stadtaußenpolitischen Bericht 1999 und die FachbesucherInnen-Evidenzen der MD-IB.)

Die MA 42 – Stadtgartenamt bzw. deren MitarbeiterInnen wirken in folgenden **Gremien** mit: Ö-Normen-Ausschuss, IFPRA-Tagung in Melbourne/AUS <http://www.mcec.com.au/> (International Federation of Parks and Recreation Administration), GALK (Konferenz deutscher GartenamtsleiterInnen) in Magdeburg/Bundesgartenschau '99, IFLA (Internationale Garten- und Landschaftsplaner), Fachausschuss für Gärten und Grünflächen im Österreichischen Städtebund (42. Tagung 1999 in St. Pölten). (Siehe dazu auch die entsprechenden digitalen Meldungen an die MD-BD, Dezernat 3.)

Gartenbaumuseum im Kurpark Oberlaa: Auch 1999 wurde die Grundaussstellung „Menschen und Gärten in Österreich“ renoviert. Ergänzt durch etliche bemalte Figuren wirkt sie nun wesentlich lebendiger. Ebenfalls renoviert wurde die Ausstellung über den Mann vom Hauslabjoch und seine botanische Umwelt sowie eine Ausstellung über die Rothschildgärten der Hohen Warte. Große Fortschritte gab es 1999 bei der Fortführung der Arbeiten an einem

„Gewächshausmuseum“ im ehemaligen Turmglashaus der Wiener Internationalen Gartenbaumesse (WIG '74). Das Imperial War Museum London (www.iwm.org.uk/london.htm) bereitet derzeit eine Ausstellung über den Holocaust (für Mai 2000) vor. Auf Anfrage wurde dafür eine Parkbank der 40er Jahre aus Beständen des Gartenbaumuseums zur Verfügung gestellt. Die Leihfähigkeit für Ausstellungen wurde 1999 ausgeweitet, die internationale Zusammenarbeit zu Gartenbaumuseen in Erfurt und Bamberg intensiviert.

Tagungen

1999 wurden folgende internationale Fachtagungen organisatorisch und finanziell unterstützt: 42. Fachausschusstagung für Gärten und Grünflächen des Österreichischen Städtebundes in St. Pölten (<http://staedtebund.wien.at/>).

Veranstaltungen/Ausstellungen in Parkanlagen

Auch 1999 wurden in Parkanlagen diverse Feierlichkeiten veranstaltet, u. a. am Friedrich-Schmidt-Platz (Geburtsblumenbeet für den 50er unseres Bürgermeisters am 14. 9.), im Stadtpark (Palmzweigefest der spanischen amigos d'Austria), in 9., Erwin-Ringel-Park (Denkmalenthüllung durch Altbundeskanzler Vranitzky), 1., Am Hof (Eröffnung der Blumenmärkte), 18., Türkenschanzpark (Event zur Eröffnung der Freizeitwelt), 22., Bill-Grah-Park (Jazz-Session zur Parkeröffnung), 17., Alexander-Lernet-Holenia-Park (Lesung zur Parkeröffnung), 15., Herklotzpark (Eröffnung des EU-geförderten Therapiegartens durch Bundesministerin Hostasch) und 10., Kurpark Oberlaa (Puschkin-Denkmalenthüllungen durch die Bürgermeister Luschkow und Dr. Häupl). In der Stadtgartendirektion wurden Werke der Floridsdorfer Künstlerin Harus (Malerin) <http://www.powerbit.at/kunst> ausgestellt.

Das Programm zur **offiziellen Benennung von Parkanlagen** wurde gemeinsam mit dem Kulturamt und den Bezirksvorstehungen fortgesetzt. Folgende Parkanlagen wurden 1999 offiziell benannt: 2., Wolfgang-Kössner-Park; 13., Ernst-Krenek-Park; 13., Dechant-Kinzl-Park und 22., Bill-Grah-Park.

Im **Schulgarten Kagran** wurden 1998 rund 80.000 Schnitt- und Trockenblumen kultiviert und an die Berufsschule für Gärtner und Floristen abgegeben. Weiters wurden 400 kg gemischte Koniferen, 1.700 Blütenzweige über 80 cm, 1.800 Koniferenzweige über 80 cm, 450 diverse Blätter, 2.800 verschiedene Ranken, 400 Topfpflanzen, 21 fertig bepflanzte Schalen, 1.050 diverse andere Pflanzenteile und 120 Obstgehölze für Prüfungen und Wettbewerbe dorthin abgegeben. Bareinnahmen aus dem Pflanzenverkauf betragen ATS 91.131. Insgesamt wurden 34 Führungen für Schulen, Kindergärten, Pensionisten und Fachgruppen durchgeführt. 20 Schnupperlehrlinge wurden für 2 bis 4 Tage aufgenommen. An folgenden Veranstaltungen wurde teilgenommen: Ferienspiel, Berufsinformationswoche, 70 Jahre Berufsschule Kagran und Umweltmeile Donaukanal. Am 3. 12. 1998 wurde ein neuer Klimacomputer in Betrieb genommen; ein Folientunnel (9 x 45 m) wurde errichtet.

Die **Reservegärten** in Hirschstetten und Essling haben 1999 231.287 Frühjahrsblumen, 1.112.363 Sommerblumen, 31.398 Grünpflanzen (Hydro und Blühende), 28.242 Chrysanthemen, 11.071 Zierkohl, 589.663 Schnittblumen, 39.547 Stauden und Wasserpflanzen und 157 bepflanzte Schalen ausgeliefert. Weiters wurden 326 Dekorationen und 38 Betriebsführungen durchgeführt. Im Februar 1999 wurde die Jubiläumsausstellung der Österreichischen Orchideen-Gesellschaft mit 21.026 BesucherInnen in den Gewächshäusern der Reservegärten veranstaltet. Ein NAP-FloristInnen-Lehrgang des WIFI „Jugend in die Wirtschaft“ wurde mitgetragen. Das Palmenhaus der Reservegärten Hirschstetten wurde als repräsentativer Rahmen für diverse Veranstaltungen der Stadt Wien verwendet.

Die **Baumschulen** in Essling, Spargelfeld und Mauerbach haben 1999 26.129 Bodendecker, 683 Bäume, 6.104 Rosen, 27.214 Sträucher, 617 Schlinger und 658 Koniferen ausgeliefert. Weiters wurde das Rosarium der Baumschulen 22., Spargelfeld erweitert und mit dem Bau eines Aboretums in Mauerbach begonnen. Im Rahmen des Ferienspiels wurden rund 1.200 Kinder beim Eintopfen von Jungpflanzen betreut.

Die hier amtliche **Zentralwerkstatt** und Materiallager in Hirschstetten hat 1999 2.119 Reparaturen an Kraftfahrzeugen, Maschinen und Geräten durchgeführt. Die Abteilungen Maler/Anstreicher, Tischler, Schlosser/Mechaniker und die KFZ-Gruppe haben 4.074 Aufträge in 41.136 Stunden mit einem Materialaufwand von ATS 7.284.700 bearbeitet. Der multifunktionale LKW hat 1.877 Transporte in 1.608 Stunden mit einer Leistung von rund 21.000 km absolviert. Für das Lager wurden Materialzukäufe im Wert von rund ATS 42.800.000 getätigt.

1999 konnten 172 private **Innenhöfe** besichtigt und AntragstellerInnen beraten werden. Für 51 Innenhöfe wurden Subventionen von insgesamt ATS 919.665 gewährt.

EDV, E-mail und Internet

Alle Aufgaben der Betriebsführung und Datensicherstellung und des First-Level-Support wurden wahrgenommen, Störungen behoben oder weitergeleitet, Hard- und Software-Installationen durchgeführt und die Anwender der Abteilung betreut und geschult. Die Internetseiten www.wien.at/ma42/ wurden laufend aktualisiert und erweitert, die Internetseite des Stadtgartenamtes in mandarin www.a4c.at (Austria for China) wurde in Auftrag gegeben, die in japanisch www.a4j.at (Austria for Japan) aktualisiert. Folgende selbst entwickelte Software wurde fertig gestellt und eingeführt: Maschinen- und Fuhrparkprogramm, Inventarprogramm, Spielplatzverwaltung, Rechnungsprotokoll, Alleebaumkartei. Vier der fünf Außenstellen (Gartenbezirke) der MA 42 stehen vor Fertigstellung der Vernetzung mittels ISDN. Das GIS-Angebot der MA 14/MA 41 wurde erweitert/angekauft (GRUGIS, digitaler Kataster, winter-

liche Wegebetreuung, Flächenwidmungs- und Bebauungsplan, Grundstücksverwaltung, digitaler Bebauungsplan). Auch 1999 wurden gemeinsam mit der MA 13 in Parkanlagen tage/stundenweise zahlreiche Spielplätze betreut. Diese pädagogischen **Spielplatzbetreuungen** wurden von verschiedenen privaten Kinder- und Jugendorganisationen durchgeführt und sollen zu einer sinnvollen Park- und Spielplatznutzung anregen sowie den Vandalismus hintanhalten.

Verwaltung der MA 42

Meierei im Stadtpark (3., Am Heumarkt 2A): Gegen das am 6. 8. 1999 gefällte Urteil des Bezirksgerichtes Innere Stadt – mit diesem wurde die beklagte Partei Johannes Hübner zur Räumung des Objektes verpflichtet – brachte der Beklagte am 20. 9. 1999 das Rechtsmittel der Berufung ein, über welches die Entscheidung der Berufungsinstanz im Berichtsjahr noch nicht ergangen ist.

Im 9., Sigmund-Freud-Park betreibt Viktoria Puder eine Minigolfanlage samt Buffet, auf Grund einer Bittleihe. Da diese Anlage die ungehinderte Betrachtung auf das im Bereich der Ferstelgasse zur Aufstellung vorgesehene Denkmal der Antonia Vivaldi stören würde, wurde das Prekarium im Oktober 1998 widerrufen. Da dieser Widerruf unberücksichtigt blieb, sah sich die Stadt Wien zur Klageerhebung veranlasst. Über diese Räumungsklage wurde im Berichtszeitraum vom Bezirksgericht Josefstadt noch nicht entschieden; mit dem Urteil wird im Frühjahr 2000 gerechnet.

1999 wurden von der Abteilung Verwaltung 74 Grundbenutzungsbewilligungen für Veranstaltungen mit einer Gesamt-Platzmiete von ATS 395.862 erteilt. Ebenso 30 Grundbenutzungsbewilligungen für Baustellen (ATS 222.000). Eine Gesamtschadensabläse von ATS 1.054.235 für Baumschäden wurde verrechnet.

Auch im Mai 1999 wurden wieder in diversen Parkanlagen der Bezirke rund fünfzig **Blumenmärkte**, gemeinsam mit Bürgerdienst, MA 48, Kurier und Bundesverband der ErwerbsgärtnerInnen Österreichs abgehalten, bei welchen gratis Blumenerde verteilt, WienerInnen beraten und Sommerblumen verkauft wurden. Ziel dieser Veranstaltung ist die Verschönerung unserer Stadt.

Bäder (MA 44)

Die Abteilung verwaltete Ende 1999 insgesamt 43 sich in Betrieb befindliche Bäder, und zwar 3 Volksbäder, 8 Warmbäder (Brause- und Saunabäder), 11 Hallenbäder, davon 7 mit angeschlossenem Sommerbad (Kombibäder), 10 Sommerbäder und 11 Kinderfreibäder.

1999 nicht in Betrieb, jedoch in Verwaltung der Abteilung waren die Kinderfreibäder 10., Arthaberpark und 19., Hintergärtengasse, sowie das Volksbad 9., Wiesengasse.

Die Arbeiten der MA 44 – Bäder waren bestimmt von der Weiterführung baulicher und betrieblicher Maßnahmen.

1. Planung und Bau

Fertig gestellt wurden im Jahr 1999 folgende Bauvorhaben:

- Im 10. Bezirk, Sommerbad Laaerberg, Sanierung der Verfliesung und des Beckenkopfes des Kinderbeckens.
- Im 11. Bezirk, Simmeringer Bezirkshallenbad wurde eine Behindertenrampe samt Nebeneinrichtungen für Behinderte im Hallenbad und eine Wasserspielfläche im Sommerbad errichtet.
- Im 12. Bezirk, Theresienbad wurde ein behindertengerechter Kinderspielplatz im Freibereich errichtet sowie der Vorplatzbereich saniert und die Kabinentrakte des Obergeschosses erneuert.
- Im 16. Bezirk, Sommerbad Kongreßbad wurde das Kinderbecken samt Kinderspielplatz, Umkleidegebäude und zugehörigen technischen Einrichtungen behindertengerecht erneuert, und im Ottakringerbad wurde ein Wärmetauscher für das Tauchbecken im Saunabereich eingebaut, ebenso wurden die Türen und Dächer der Saisonkabinen erneuert.
- Im 17. Bezirk, Jörgerbad wurde ein Teil der Wannenabteilung in Betriebs- und Personalräume umgebaut, ebenso wurden die Wasserbehälter erneuert.
- Im 18. Bezirk, Sommerbad Schafbergbad wurde das Kleinkinderbecken erneuert und die Heizkessel und Badewasserfilter saniert.
- Im 19. Bezirk, Döblinger Bad wurde die Dachsanierung abgeschlossen.
- Im 20. Bezirk, Brigittenufer Bad wurde der Spielplatz erweitert.
- Im 21. Bezirk, Floridsdorfer Bad wurden die Umkleiden und Brausen für Schüler sowie das Lehrschwimmbecken saniert.
- Im 22. Bezirk, Strandbad Alte Donau wurden Saisonkabinen und Familienkästchen sowie eine Solaranlage errichtet.
- Im Bezirkshallenbad Donaustadt wurden die WC und Brausen in der Schwimmhalle neu abgedichtet, und im Strandbad Gänsehäufel Solaranlagen installiert.
- Im 23. Bezirk, Sommerbad Höpflerbad wurde die Rutsche erneuert.

Begonnen bzw. weitergeführt wurden 1999 folgende Bauvorhaben:

- Im 10. Bezirk, Amalienbad wurden Brandschutzmaßnahmen gesetzt und im Sommerbad Laaerberg wurde die Sanierung der Umkleidegebäude samt Kästchen und Stiegenanlagen begonnen, ebenso wurden die Gehwege erneuert.
- Im 11. Bezirk, Geiselbergbad wird das Bad in ein Wohnhaus mit integrierter Brauseanlage umgebaut.
- Im 12. Bezirk, Theresienbad wurden im Eingangsbereich zum Hallenbad Behinderteneinrichtungen errichtet.
- Im 13. Bezirk, Hietzingerbad wurden Personalräume saniert und die Sonnenkollektoren am Dach der Umkleiden erneuert.
- Im 16. Bezirk, Kongreßbad wurde die Errichtung eines Beach-Volleyball-Platzes und Soccerplatzes anstelle des bestehenden Tennisplatzes begonnen, ebenso wurden Beckenkopf und Verfließung des Erlebnisbeckens erneuert.
- Im 17. Bezirk, Jörgerbad sowie im 18. Bezirk, Schafbergbad wurde die Errichtung einer Rutsche begonnen.
- Im 19. Bezirk, Krapfenwaldlbad wurde die Sanierung der Fassaden und Fenster des Hauptgebäudes sowie die Errichtung einer Solaranlage in die Wege geleitet.
- Im 22. Bezirk, Strandbad Alte Donau wird der Steg verlängert und eine neue Wirtschaftshofzufahrt errichtet.
- Im 23. Bezirk, Sommerbad Höpflerbad wird das Kinderbecken erneuert.

In Planung und Bauvorbereitung waren 1999 folgende Vorhaben:

- Im 13. Bezirk, Hallenbad Hietzing die Überdachung des Eingangsbereiches samt Umgestaltung der Kassenhalle sowie die Vergrößerung der Restaurantterrasse.
- Im 16. Bezirk, Ottakringerbad eine generelle Sanierung der Schwimmhalle samt Technik inklusive eines Teiles der Umkleiden, Restaurants und Kassenhalle.
- Im 21. Bezirk, Hallenbad Floridsdorf eine generelle Sanierung der überalteten Technik und Einrichtungen.
- Im 22. Bezirk, Strandbad Gänsehäufel wurde ein generelles Betonsanierungskonzept für die Gebäude gestartet und
- im 23. Bezirk, Bad Liesing wurden Überlegungen zur Generalsanierung des Sauna- und Volksbadebereichs angestellt.

Weiters wurden die Gebäudesicherheitsüberprüfungen regelmäßig durchgeführt, ebenso die Anlagen des Planarchivs und Baumaufnahmekatasters. Besonderes Augenmerk wurde auf Behinderteneinrichtungen sowie entsprechende Personalräume gelegt.

1999 wurden die Volks-, Warm- und Kinderfreibäder dezentral budgetiert.

2. Gruppe Betrieb

Der Pächter des Erlebniswaldbades Penzing (EWB) – die TROPICANA Bäderbetrieb und Freizeitanlagen GmbH – hat am 12. 2. 1999 die Sauna nach einer ca. 6-wöchigen Umbauphase wieder in Betrieb genommen. Von 15. bis 19. März 1999 wurden sämtliche Anodische Oxidations- (AO-)Anlagen im EWB von der Erzeugerfirma (DESINA) kontrolliert und in Betrieb gesetzt. Infolge gravierender Mängel in der Betriebsführung des EWB durch TROPICANA wurde eine temporäre Sperre von vertraglich vorgesehenen Zahlungen durch die Magistratsdirektion – Zivil- und Strafrechtsangelegenheiten (MDZ) angeordnet. Ein Großteil der Differenzen konnte bis Jahresende 1999 bereinigt werden.

Im Zuge der Dezentralisierung wurden von der MA 44 im Rahmen der Grundlast im Jahr 1999 ATS 1.630.197 ausgegeben, für das Jahr 2000 stehen ATS 3.030.000 zur Verfügung.

Im Jahr 1999 wurden in allen städtischen Bädern insgesamt 1.778.423 m³ Wasser, 14.111 MWh Strom, 90.440 kg Heizöl (= 1.042 MWh), 1.293.907 m³ Gas (= 12.940 MWh) und 51.479 MWh Fernwärme verbraucht.

Im Jahr 1999 wurden überdies Netzanbindungen hergestellt, um eine effizientere betriebliche Abwicklung garantieren zu können. Ebenso wurde die gesetzlich vorgeschriebene Arbeitsplatzevaluierung in die Wege geleitet.

Überdies wurden die vertraglichen Vorbereitungen für Parkplatzbewirtschaftungen durch die Firma APCOA getroffen.

3. Bäderbesuch

Ganzjahresbäder

Der Besuch der Schwimmhallen weist im Vergleich zum Vorjahr einen Rückgang von 4,13 % auf, die Besuchszahlen in den Saunabädern verzeichnen ein Absinken der Frequenz von 3,74 %. Die Besucherzahlen in den Wannensäunen weisen ein Minus von 18,27 % auf, bei den Brausebädern ist mit einem Rückgang von 13,64 % nach wie vor die seit Jahren rückläufige Tendenz zu beobachten.

Sommer- und Kinderfreibäder

Insgesamt besuchten in der Sommerbadesaison 1999 2.108.713 Badegäste die städtischen Sommerbäder, das bedeutet gegenüber dem Vorjahr einen Rückgang der Frequenz von 6,52 %, was vor allem auf die im Sommer 1999 vorherrschende eher ungünstige Wettersituation zurückzuführen ist. Die Kinderfreibäder wiesen mit 113.268 Besuchern und somit einem Minus von 9,04 % ebenfalls einen wetterbedingten Rückgang auf.

Vergleich der Besuchszahlen der Jahre 1997, 1998 und 1999

Bädergattung	1997	1998	+/- %	1999	+/- Badegäste	+/- %
Schwimmbhallen	1.214.008	1.132.210	- 6,74	1.085.430	- 46.780	- 4,13
Saunabäder	478.751	454.223	- 5,12	437.249	- 16.974	- 3,74
Wannenbäder.....	14.545	11.216	-22,89	9.167	- 2.049	-18,27
Brausebäder	137.138	107.009	-21,97	92.413	- 14.596	-13,64
Sonnenbäder	3.369	2.249	-33,24	2.446	+ 197	+ 8,76
Summe Ganzjahresbäder	1.847.811	1.706.907	- 7,63	1.626.705	- 80.202	- 4,70
Sommerbäder.....	2.388.867	2.255.699	- 5,57	2.108.713	-146.986	- 6,52
Kinderfreibäder	112.594	124.521	+10,59	113.268	- 11.253	- 9,04
Summe Sommer- und Kinderfreibäder ..	2.501.461	2.380.220	- 4,85	2.221.981	-158.239	- 6,65
Gesamtsumme	4.349.272	4.087.127	- 6,03	3.848.686	-238.441	- 5,83

4. Gruppe Allgemeine Angelegenheiten

Wien ist eine Bäderstadt. Dieser Ruf – erworben durch die großen Bäderbauten der Zwischenkriegszeit – ist der Stadt bis in die Gegenwart geblieben. Die WienerInnen sehen sich als richtige Wasserratten.

Die Wiener Bäder haben in ihrer Geschichte mehrere Wandlungen durchgemacht. Standen in früheren Zeiten der Reinigungs- und Hygieneaspekt sowie die Körperertüchtigung im Vordergrund, entwickeln sich die Bäder heute zu Freizeit- und Erholungsstätten, zum Ort für den „kleinen Urlaub zwischendurch“. Steigender Wohlstand, hohe Mobilität und technischer Fortschritt setzen heute andere Maßstäbe an das Freizeiterleben als früher. Bäder stehen innerhalb des gesamten Freizeitsektors in einer harten Konkurrenz um die Besucher. Die Badbetreiber – egal, ob öffentlich oder privat – müssen diese neuen Trends beherzigen, wollen sie mit ihrem „Produkt“ im Konkurrenzkampf zu anderen Angeboten bestehen.

Wien ist heute quantitativ gut mit Bädern versorgt – der Aspekt der Nähe ist sozusagen fast erfüllt. Deshalb legt die Stadtverwaltung jetzt besonderes Augenmerk auf die qualitative Ausstattung bereits bestehender Bäder.

Erholung und Erlebnis – das werden in Zukunft die herausragenden Faktoren sein, warum sich die WienerInnen unter den vielen Freizeitangeboten gerade dafür entscheiden, ins Bad zu gehen.

Um diesem Trend Rechnung zu tragen wurden 1999 die verschiedensten Aktivitäten gesetzt.

Ferienspiel in den Wiener Bädern in Zusammenarbeit mit der MA 13

An den Veranstaltungen in den Wiener Hallen- und Sommerbädern haben während des Jahres 1999 (Weihnachts-, Semester-, Oster- und Sommerferien) 313.750 Kinder und 47.959 Jugendliche teilgenommen.

Aktionen für Kondition, Beweglichkeit und Fitness

In den Hallenbädern finden während der Wintermonate Oktober bis April verschiedene Aktionen für die Badegäste statt. Es werden das Seniorenschwimmen, die Aquarhythmik, das Frauenschwimmen, das Versehrtschwimmen, Warmbaden und Nacktbaden angeboten und erfreuen sich regen Zuspruchs.

Sommerbadfeste 1999

Auch in diesem Jahr fanden verschiedene Veranstaltungen mit aktuellem und interessantem Rahmenprogramm statt.

26. 5. 1999 Eröffnung Kinderbadbereich Kongreßbad

18. 7. 1999 40 Jahre Laaerbergbad

Kinderfest am Hl. Abend

Das Personal des Hallenbades Donaustadt veranstaltete am 24. Dezember 1999 zum 12. Mal ein Kinderfest im Hallenbad. Mit mehr als 300 Kindern wurden Spiele durchgeführt und am Ende der Veranstaltung mit vielen Preisen prämiert. Die Preisverleihung nahmen Bezirkspolitiker vor.

Bäderfolder

Auch 1999 wurden Bäderfolder für Sommerbäder und Hallenbäder als Informationsschriften für unsere Badegäste angefertigt. Alles Wissenswerte über Angebot, Eintrittspreis, Attraktionen und Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln ist darin nachzulesen.

Beschwerdewesen

Im Rahmen der Gruppe „Allgemeine Angelegenheiten“ wurden während des Jahres 1999 ca. 400 telefonische und ca. 210 schriftliche Beschwerden bearbeitet. Unter der Bäderinfolnummer 60 112 / 8044 wurden darüber hinaus ca. 6.100 Auskünfte über den Bäderbetrieb etc. gegeben.

Die überwiegende Mehrheit dieser Beschwerden konnte positiv – also im Sinne der Beschwerdeführer, erledigt werden. Auch zahlreiche sinnvolle Änderungsvorschläge haben auf diesem Weg Eingang in den Badebetrieb gefunden.

Wasserbau (MA 45)

Von der **Gruppe Altlasten** wurde die bauliche Realisierung der Absicherung der Altlast „Rudolf-Zeller-Gasse“ im 23. Wiener Gemeindebezirk fortgeführt.

Die Maßnahmen umfassen eine aktive Entgasung zur Erfassung der Deponiegase und deren schadlose Ableitung sowie eine Fassung der kontaminierten Deponieabwässer und deren Ableitung in den öffentlichen Kanal.

Bei der Altlast „Rudolf-Zeller-Gasse/Mehlführergasse“ handelt es sich um einen Sandsteinbruch (Atzgersdorfer Sandstein), welcher in den 50er Jahren und Anfang der 60er Jahre mit Aushubmaterial, Bauschutt, Aschen, Schlacken und Hausmüll verfüllt wurde.

Nach Abschluss der Schüttungen wurde das Areal als Parkanlage ausgestaltet. Am Rande der Schüttung wurden in den sechziger und siebziger Jahren Wohnhausanlagen errichtet.

Das Areal wurde nach dem Altlastensanierungsgesetz als Altlast mit der Priorität 1 eingestuft. In einem Variantenstudium wurden verschiedene Sicherungs- und Sanierungsvarianten untersucht und bewertet. Wegen der speziellen geologischen und hydrologischen Verhältnisse wurde als technisch und wirtschaftlich zweckmäßigste Variante eine Absicherungsmethode ausgewählt, die hier erstmals in dieser Art angewandt werden soll.

Zur Entwässerung der Schüttung werden vier Schächte bis zu einer Tiefe von ca. 25 m und einem Durchmesser von ca. 8 m hergestellt. Von diesen werden Filterstrecken zur Entwässerung unterhalb der Altlast installiert. Diese Filterstrecken werden durch Bohrungen vorgetrieben und haben eine Länge bis über 40 m. In Summe werden abhängig von der Geologie bis zu 100 derartige Filter ausgeführt. Das über die Filter in den Schächten gesammelte kontaminierte Wasser wird abgepumpt und in das öffentliche Kanalnetz entsorgt.

Parallel zu den Herstellungsarbeiten der Entwässerungsanlage wird eine aktive Deponiegasentsorgung errichtet. Über ca. 25 Gasbrunnen wird das Deponiegas abgesaugt und zu einer Gasentsorgungsstation abgeleitet. Da die Gaskonzentration in der Altlast stark unterschiedlich ist, wird die Absaugung und Entsorgung des Gases über zwei getrennte Systeme (Starkgas/Schwachgas) vorgenommen. Je nach Konzentration soll die Entsorgung über eine Fackel (Starkgas) oder einen Biofilter (Schwachgas) erfolgen.

Mit der baulichen Realisierung wurde im Oktober 1998 begonnen. Die Arbeiten für die Herstellung der Entgasungsmaßnahmen (Gasbrunnen, Rohrleitungen etc.) werden ebenso wie die Maßnahmen bezüglich der Entwässerung im Frühjahr 2000 abgeschlossen.

Das Projekt zur Absicherung der Altlast „EBS-BP-TKV“ im 11. Wiener Gemeindebezirk, welche Kontaminationen mit Kohlenwasserstoffen, chlorierten Kohlenwasserstoffen und möglicherweise Milzbrandregnern aufweist, wurde behördlich bewilligt. Die Arbeiten wurden EU-weit ausgeschrieben. Die Absicherungsarbeiten an dieser Altlast werden im Frühjahr 2000 begonnen.

Auf dem Sektor der Altlastenerkundung und Projektierung von Absicherungsmaßnahmen wurden zahlreiche Untersuchungen und Planungen durchgeführt.

Für die Absicherung der Altlasten „Zentraltanklager“ im 22. Wiener Gemeindebezirk wurde die Erstellung eines behördlichen Einreichprojektes abgeschlossen und das Projekt zur Bewilligung eingereicht.

Bei der Altlast „Mobil – Breitenleer Straße“ im 22. Wiener Gemeindebezirk wurde das Projekt zur Absicherung der Altlast fertig gestellt und zur behördlichen Bewilligung eingereicht.

Bei beiden Altlasten handelt es sich um großflächige Mineralölkontaminationen, die auf Kriegseinwirkungen zurückzuführen sind.

Zur Absicherung der Altlast „Siebenhirten“, einem ehemaligen Standort eines chemischen Industriebetriebes in Wien 23, ist ein Projekt zur behördlichen Bewilligung eingereicht.

Im Zusammenhang mit der Altlast „Gaswerk Simmering“ im 11. Wiener Gemeindebezirk wurden die „Ergänzenden Untersuchungen nach dem Altlastensanierungsgesetz“ für das Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie abgeschlossen. Das Areal wurde als Altlast mit der Priorität 1 vom Bundesministerium ausgewiesen.

Neben diesen Projekten wurden weiters im Zusammenhang mit verschiedenen anderen Verdachtsflächen Erkundungsarbeiten wie Luftbildauswertungen, Aufschlussbohrungen, Grundwasseranalysen etc. sowie Vorarbeiten für die erforderlichen Projektierungen durchgeführt.

Die Erfassung der Verdachtsflächen im gesamten Stadtgebiet von Wien wurde weitergeführt. Der GIS (Geographisches Informationssystem) gestützte Altlastenkataster wurde weiter vervollständigt.

Im Rahmen der Nachsorge und des Betriebes von abgesicherten Altlasten wurden Kontrollen vorgenommen und für die Einhaltung der behördlich vorgeschriebenen Auflagen Sorge getragen.

Im Rahmen des Aufgabenbereiches der **Gruppe Amtssachverständige** wurde nach der schriftlichen Vorbegutachtung von wasserbaulichen und schiffahrtstechnischen Ansuchen für die MA 58 an 239 wasserrechtlichen und 47 schifffahrtsrechtlichen Bewilligungsverfahren als Sachverständige teilgenommen; weiters an 119 gewerbe-, 73 baurechtlichen und sonstigen Verhandlungen als wasserbautechnische und gewässerschutztechnische Sachverständige. In diesem Zusammenhang wurden mehr als 750 Ortsaugenscheine, Erhebungen und Überprüfungen durchgeführt.

Im Zuge der technischen Überprüfung von Wasserfahrzeugen entsprechend dem Schiffahrtsgesetz wurden 296 Sportboote, 485 Mietboote, 12 Fahrzeuge der erwerbsmäßigen Schiffahrt und 12 schwimmende Anlagen begutachtet. Bei 210 Schiffsführerprüfungen wurde die technische Prüfung abgenommen.

Im Rahmen des Donauhochwasserschutzes wurden am rechten Donauufer Planungen und Bauarbeiten im Zusammenhang mit der Verbesserung der Infrastruktur (Trinkbrunnen etc.) sowie die Errichtung und Erweiterung von Kinderspielflächen durchgeführt. Weiters wurden in vielen Bereichen die bestehenden Sitzbänke und Tische erneuert bzw. ergänzt.

Am linken Donauufer auf der Donauinsel und auf der linken Dammverstärkung betrafen die Planungen und Bauarbeiten die Verbesserung der Infrastruktur (Trinkbrunnen, Beleuchtung etc.), notwendige Rodungsarbeiten sowie die Errichtung und Erweiterung von Kinderspielflächen. Arbeiten kleineren Umfangs zur benutzerfreundlichen Ausgestaltung der Neuen Donau betrafen Pflasterungen, Rollierungsarbeiten und die Herstellung von Verankerungsfundamenten für die Rettungsflöße.

Im Rahmen der 2. Ausbaustufe wurden im Bereich zwischen Floridsdorfer Brücke und der Brigittenauer Brücke Rodungsarbeiten durchgeführt.

Die Projektierungsarbeiten bezogen sich auf die Planung des Hochwasserschutzes zwischen Hafen Lobau und Schönauer Schlitz und auf Planungen kleineren Umfangs im Bereich der Donauinsel bzw. des linken Donauufers.

Mit der Errichtung des Schwimmsteges zwischen der Sunken City und der Copa Cagrana, dem Kanal Sunken City und der Herstellung eines Makrophytenkanals stromab der Ostbahnbrücke wurde begonnen.

In der Neuen Donau wurden regelmäßig Untersuchungen der Wassergüte und ökologische Untersuchungen durchgeführt.

Die Erhaltung der fertig gestellten Teile der Neuen Donau und der Donauinsel erforderte neben einer Vielzahl von kleineren Arbeiten das mehrmalige Mähen von 160 ha Uferböschungen und die Reinigung von 36 km Badestränden. Ein Teil der Erhaltungsarbeiten umfasste auch die fertig gestellten Teile des Rechten Donaudammes.

Zur Flächenreinigung und Entleerung der Müllbehälter auf der Donauinsel und dem Rechten Donaudamm wurde der 1993 angeschaffte „Inselstaubsauger“ erfolgreich eingesetzt. Die Generalinstandsetzung der elektrischen Anlagen des Einlaufbauwerkes wurde fertig gestellt. Mit dem Mähboot der Stadt Wien wurde, wie in den vergangenen Jahren, der Unterwasseraufwuchs der Neuen Donau auf einer Fläche von rund 50 ha fachgerecht zurückgeschnitten. Insgesamt wurden rund 2.000 m³ Wasserpflanzen entfernt.

Aus dem breiten Spektrum an Überwachungsaufgaben, die von der **Gruppe Gewässeraufsicht** wahrgenommen werden, werden im Folgenden die im Berichtszeitraum 1999 am häufigsten und typischerweise aufgetretenen Tätigkeiten genannt und beziffert.

Im Zuge der gewässerpolizeilichen Tätigkeit wurden 332 Wasserbenutzungsanlagen (dabei handelt es sich größtenteils um Wasserentnahmen aus Grund- und Oberflächenwässern und um Wärmepumpenanlagen und Versickerungen von Kühlwässern) sowie Baulichkeiten im Hochwasserabflussgebiet überprüft. 329 Überprüfungen fanden in gewerblichen Betriebsanlagen im Hinblick auf die Einhaltung gewässerschutzrelevanter Auflagen statt. Weitere Überprüfungen fanden im Bereich des Tanklagers Lobau, der Anlagen entlang der Neuen Donau, der Daubelfischeranlagen an der Donau sowie bei Anlagen zur Lagerung von wassergefährdenden Stoffen statt.

Im Berichtsjahr erfolgten im Zuge der Überwachung von Abwasserreinigungsanlagen Überprüfungen von 130 Kläranlagen und 94 Mineralölabscheidern. Wegen festgestellter Mängel (unzureichende Reinigungsleistung, bauliche oder maschinelle Defekte) mussten 119 Nachkontrollen durchgeführt werden. Im Zusammenhang mit ex-lege-Bewilligungen gemäß § 33g WRG 1959 für bisher nicht einzeln wasserrechtlich bewilligte mechanische Kläranlagen und Seifenabscheider wurden 111 Anlagen überprüft. Im Zuge von Fremdkontrollen erstellte Prüfberichte von Kläranlagen wurden begutachtet. 170 Abwasserproben wurden gezogen. Im Labor der Gewässeraufsicht wurden 101 Abwasserproben von Kläranlagen, 57 Proben von Mineralölabscheidern, 19 sonstige Abwasserproben sowie 143 Grundwasser-, 8 Oberflächenwasser- und 3 Bodenproben untersucht.

Die routinemäßige Kontrolle der Grundwasserqualität im Bereich von altlastverdächtigen Standorten wurde weitergeführt. Weiters wurden die vorhandenen Messnetze zur Überwachung und näheren Erkundung von Grundwasserkontaminationen weiterbetrieben. Dabei wurden 499 Wasserproben gezogen, die teils im eigenen Labor der MA 45, teils durch andere Labors der MA 15 – Institut für Umweltschutz (IfUM), MA 22 oder Zivilingenieure analysiert wurden. Die regelmäßige Überwachung der Wasserqualität an stehenden und fließenden Gewässern wurde im Auftrag der MA 45 durch die MA 15 – IfUM sowie das Institut für Hydrobiologie der Universität für Bodenkultur weitergeführt. Neben den von der MA 15 durchgeführten Probenahmen wurden von der Gewässeraufsicht mit automatischen Probenahmegeräten 26 Mischproben gezogen.

1999 wurden der Gewässeraufsicht 29 größere Schadstoffaustritte gemeldet, die auf akute Unfälle zurückzuführen waren. Latente Verunreinigungen wurden im Zuge von Baumaßnahmen in 82 Fällen bei Tankstellenumbauten und in 105 Fällen bei der Auflassung von Heizöl-Füllstellen bekannt und deren Sanierung mit 763 Kontrollen durch die Gewässeraufsicht überwacht. Die Sachverständigen der Gewässeraufsicht wurden dabei in überwachender und beratender Funktion bzw. im Fall von „Gefahr in Verzug“ als Wasserrechtsbehörde mit Anordnungsbefugnis tätig.

Die 24-stündige telefonische Rufbereitschaft der Gewässeraufsicht wurde im Berichtsjahr 18-mal von verschiedenen Dienststellen, hauptsächlich der MA 68 und dem Permanenzingenieur, aber auch von der Magistratsdirektion – Hilfs- und Sofortmaßnahmen (MDH), niederösterreichischen Bezirkshauptmannschaften u. a. bei Schadstoffunfällen in Anspruch genommen.

Bei drei Schadensfällen wurden die in den Vorjahren wegen Gefahr in Verzug angeordneten Sofortmaßnahmen nach § 31 Abs. 3 WRG 1959 weitergeführt. Die neue Sperrbrunnen-Anlage im Bereich des Mobil-Mineralöllagers in Wien 22 wurde nach einer Einarbeitungsphase voll in Betrieb genommen.

Mehrere großflächige Messnetze zur Überwachung der Grundwasserqualität auf diverse festgestellte Schadstoffe, hauptsächlich chlorierte Kohlenwasserstoffe und Bor, wurden insbesondere im 9., 11., 21., 22. und 23. Bezirk im Hinblick auf die Ermittlung der Verursacherfrage und zur Überwachung des weiteren Transportes der Schadstoffe weitergeführt. Dazu wurden mit eigenem Personal 499 Grundwasserproben gezogen.

Überprüfungen hinsichtlich vermuteter Missstände in der Abwasserentsorgung wurden mittels augenscheinlicher Kontrollen des baulichen Zustandes der Anlagenteile bei insgesamt 70 Liegenschaften vorgenommen.

Sachverständige der Gruppe Gewässeraufsicht nahmen in 444 Verwaltungsverfahren an Verhandlungen teil. Dabei sind insbesondere Neugenehmigungen und Revisionen von Betriebsanlagen, deren Tätigkeit mit Gewässergefährdungen verbunden sein können, sowie wasserrechtliche Verhandlungen zu nennen.

Behördliche Anfragen wurden in 297 Fällen nach Durchführung teilweise umfangreicher Ermittlungs- oder Überprüfungsmaßnahmen in Form von Erhebungsberichten und Gutachten beantwortet.

Gerinnebegehungen bzw. Gewässerbeschauen nach § 135 WRG 1959 wurden weitergeführt, wobei neben den „Wienerwaldbächen“ der Schwerpunkt auf jenen Strecken des Liesingbaches lag, die kurzfristig im Zusammenhang mit den geplanten Maßnahmen der MA 30 und MA 45 umgebaut werden sollen, um noch fehlende Erkenntnisse im Hinblick auf die Planungen zu gewinnen bzw. allfällig erforderliche Anpassungsmaßnahmen an den Stand der Technik einzuleiten. Dabei wurden die bestehenden Wasserrechte überprüft und mehrere Fehleinleitungen und illegale Abwasserableitungen aufgezeigt.

Umfangreicher Überwachung bedürfen die zahlreichen Nass- und Trockenbaggerungen zur Kiesgewinnung und die Deponien, die routinemäßig mindestens einmal wöchentlich kontrolliert werden. Bei 416 Überprüfungen derartiger Anlagen konnten mehrere Verstöße gegen die jeweiligen Bewilligungen festgestellt werden, die hauptsächlich in der Schüttung von nicht dem Konsens entsprechenden Materialien bestanden. Die Entfernung derartiger Ablagerungen wurde dabei veranlasst und verwaltungsstrafrechtliche Schritte eingeleitet. In diesem Zusammenhang erfolgt auch eine enge Kooperation mit dem Labor der MA 22, in dem Materialproben untersucht werden.

Im Zuge der Erhebung von altlastverdächtigen Standorten wurde die Gefährdungsabschätzung bezüglich einer Altdeponie im 22. Bezirk, der Krcalgrube, fertig gestellt. Im Bereich von Altlasten und Altstandorten wurden 3 Grundwasserbeobachtungspegel errichtet und an 22 Standorten Boden- bzw. Bodenluftuntersuchungen beauftragt.

Im Zuge der laufenden Instandhaltung der Feuerlöschbrunnen und Grundwasserbeobachtungspegel wurden an 12 Anlagen Erhaltungsarbeiten durchgeführt und 3 Feuerlöschbrunnen mangels Bedarf der MA 68 aufgelassen.

In 21 Fällen von Übertretungen gesetzlicher Bestimmungen wurden Sachverhaltsdarstellungen bzw. Anzeigen an die Verwaltungsstrafbehörde gerichtet.

Das Messnetz der **Gruppe Hydrologie** wurde auch im Berichtsjahr mit Messgeräten nach dem neuesten Stand der Technik aufgerüstet. Auf dem Areal der MA 42 – Gartenbezirk Prater – wurde die automatische Station „Praterstern“ in Betrieb genommen, am Wienerberg und Laaerberg wurden an den wichtigsten Teichen Lattenpegel errichtet. Weiters wurden im Messnetz zahlreiche Instandhaltungsarbeiten durchgeführt. Von der Gruppe Schutzwasserbau wurde ein Messnetz zur Beweissicherung des Abflussverhaltens an Wienerwaldbächen zur Betreuung übernommen, welches 7 Abflussmessstellen und 5 Niederschlagsmessstellen umfasst.

Die Beweissicherung der Auswirkungen der Musterganglinien wurde fortgeführt. Ferner wurde die Begutachtung des Kollaudierungsoperates zum Kraftwerk Freudenu in Auftrag gegeben, sodass bei der eineinhalb Wochen dauernden Wasserrechtsverhandlung fundiert Stellung bezogen werden konnte.

Die limnologische Studie „Neue Donau“ wurde abgeschlossen, die Badewasserqualitätsuntersuchungen in der Neuen Donau weitergeführt.

In Zusammenarbeit mit der Gruppe Donauhochwasserschutz wurde eine Untersuchung über die Verlandungsphänomene in der Unteren Lobau in Auftrag gegeben.

Der Arbeitsbereich der **Gruppe Schutzwasserbau** umfasst Begehungen, Erhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten sowie Planungen und die Errichtung von Neubauten an sämtlichen Bächen, Gerinnen und stehenden Gewässern in Wien, insbesondere an der Alten Donau, am Liesingbach, am Wienfluss sowie an der Schwechat.

Am linken Ufer der Unteren Alten Donau wurden strukturverbessernde Gestaltungsmaßnahmen in lokalen Bereichen an der Uferpromenade weitergeführt. An der Unteren Alten Donau wurden die Röhrichtzonen zur Verbesserung der Selbstreinigungskraft des Gewässers fertig gestellt und Projektierungen für die Ufergestaltung und die Steganlagen im Bereich Brossmannplatz begonnen.

Im Berichtsjahr wurden folgende Maßnahmen weitergeführt: Die Ufersanierung im Bereich der Unteren Alten Donau, wissenschaftliche Untersuchungen, die Erstellung eines Grundwassermodells und Arbeiten für die Gewässerreinigung.

Zur langfristigen Stabilisierung der Gewässergüte und zur Festlegung für weitere technische Sanierungsmaßnahmen der Alten Donau wurden die Arbeiten am Gewässermanagement fortgesetzt.

Die Projektierung der Floridsdorfer Überleitung Neue Donau – Alte Donau wurde abgeschlossen.

Die Durchführung des wasserwirtschaftlichen Versuches bei der Dotation Lobau wurde fortgesetzt. Die Projektumsetzung über die fertig gestellte Direktleitung Neue Donau – Mühlwasser ergab das Erfordernis weiterer Planungen zur Absenkung von Hochpunkten im Altarmsystem bis zum Uferhaus am Groß-Enzersdorfer-Arm. Die Umgestaltung der Stadler Furt als fischpassierbares, ingenieurökologisch gesichertes Gerinne wurde abgeschlossen. Planungen zur Entwicklung eines ökologisch verträglichen Gewässermanagements im Nationalparkteil Untere Lobau wurden weitergeführt.

Am Wienfluss wurden die Planungsarbeiten betreffend den Umbau der Mauerbach- und Auhof-Retentionsbecken abgeschlossen.

Bei der Sanierung der linken Wienflussmauer im Abschnitt Radetzky- bis Stubenbrücke wurde die Instandsetzung der Maueroberfläche fortgesetzt.

Die Erstellung eines Detailprojektes für den Wienfluss im Abschnitt Pilgrambrücke bis Donaukanalmündung einschließlich der Abstimmung mit dem Kanalprojekt der MA 30 – Wientalsammelentlastungskanal – wurde fortgeführt.

Im Zusammenhang mit der Ideensuche „Nutzung freier Kubaturen der Wienflusseindeckung“ wurde ein Nutzungskonzept auf Basis der Ergebnisse der Ideensuche ausgearbeitet. Erforderliche Maßnahmen zur Durchführung einer Investorensuche wurden vorbereitet.

Die Ausschreibungsplanung zur Sanierung der rechten Wienflussmauer zwischen Radetzky- und Stubenbrücke wurde abgeschlossen.

An der ingenieurbiologischen Versuchsstrecke im Bereich des Wienfluss-Umlaufgerinnes wurden die Messungen weitergeführt, der Umbau im Bereich der Auhof-Hochwasserrückhaltebecken wurde fortgesetzt. Diese Umbauarbeiten umfassten die Renaturierung des Wienflussgerinnes zwischen Wienfluss-Sperrwerk und dem Nikolaisteg.

Die Stahlbauarbeiten im Bereich der festen Wehranlagen 1 bis 4 und 6 wurden abgeschlossen und der Wienfluss in diesem Bereich in die Auhofbecken umgeleitet.

Am Liesingbach im Bereich Blumental – Kledering wurden Detailprojekte zur Umgestaltung des Bachbettes nach dem Einbau eines Abwasserentlastungskanales weitergeführt. Sanierungsarbeiten am Liesingbach und an der Dürren Liesing mussten nach dem Hochwasserereignis im Juli 1997 fortgesetzt werden. Die Bauarbeiten für den Radweg Liesingbach, Bereich Willergasse und die naturnahe Umgestaltung des Gerinnes zwischen Ambrosweg und „An der Au“-Straße wurden fortgesetzt und bis auf Randbereiche, wo noch Grunderwerb erforderlich ist, abgeschlossen.

Die Studien „Grundlagenerhebung Wienerwaldbäche“, „Öffnung verrohrter Bachabschnitte“ und „Hochwasseranalyse Wienerwaldbäche“ wurden weitergeführt. Die Studie „Abflussverhältnisse der Wienerwaldbäche“ konnte abgeschlossen werden.

Die Detailprojektierung zur Renaturierung des Schreiberbaches wurde in Angriff genommen.

Im Rahmen des Tätigkeitsbereiches **Sonderaufgaben** erfolgte die Mitarbeit an der Vorbereitung bzw. Durchführung von 120 (93) Veranstaltungen, in Klammer sind jeweils die Vergleichszahlen des Jahres 1998 angeführt. Davon fanden 101 (72) im Donauinselnbereich – davon 6 (9) Groß- und 65 (42) Sportveranstaltungen – und 19 (21) im Donaukanalbereich statt.

Weiters wurden ca. 3.400 (ca. 3.500) Einfahrtserlaubnisse zur Befahrung des Donauinselnbereiches mit Kraftfahrzeugen erteilt, wovon ca. 1.800 (ca. 2.000) Stück entgeltlich ausgestellt wurden.

Die Betreuung des Grilltelefons war mit der Zustimmung zu rund 1.040 (940) Grillfesten mit ca. 25.000 (ca. 22.000) angemeldeten Teilnehmern im Donauinselnbereich verbunden.

Um vor allem das verbotene Befahren mit Kraftfahrzeugen sowie unerlaubte Grillaktivitäten hintanzuhalten, wurde in der Sommersaison im Donauinselnbereich ein privater Aufsichtsdienst herangezogen. Von diesem wurden beispielsweise ca. 300 KFZ-Lenker verwarnt sowie 653 (1.247) Übertretungen des Fahrverbotes durch KFZ-Lenker festgestellt und diese in der Folge von der Magistratsabteilung 45 zur Anzeige gebracht.

Auf Grund von Meldungen der Wr. Naturwacht mussten ca. weitere 120 (270) KFZ-Lenker angezeigt werden.

Insgesamt wurden auf Grund ihrer Verwaltungsübertretungen 892 KFZ-Lenker an die zuständige Strafbehörde gemeldet.

Im Zuge von Strafverfahren (Beeinspruchungen von Strafverfügungen der Magistratischen Bezirksämter) waren 71 (155) Stellungnahmen abzugeben.

Die **Gruppe Wasserwirtschaftliche Planung** hat auch im Jahr 1999, wie in den vergangenen Jahren, Untersuchungen, Planungen und Projektierungen durchgeführt bzw. daran mitgearbeitet und in wasserwirtschaftlichen und anderen behördlichen Verfahren als wasserwirtschaftliches Planungsorgan mitgewirkt.

Im Rahmen des Grundwasserbewirtschaftungsplans wurden 1999 im Teil B – 1. Abschnitt zusätzliche Arbeiten zur Grundwasserbeweisung für die Revitalisierung der Liesing begonnen. Außerdem wurde der 2. Abschnitt des Teils B in Angriff genommen und auch bereits weitgehend bearbeitet. Inhalt des 2. Abschnitts ist die hydrogeologische Bearbeitung des 10. / 11. Bezirks (Lage des Stauers, Mächtigkeit und Zusammensetzung des obersten Grundwasserleiters, Überdeckung).

Das im Jahr 1994 begonnene Projekt zur Erwirkung einer wasserwirtschaftlichen Rahmenverfügung zum Schutz von Tiefengrundwässern in Wien wurde fortgesetzt.

Im Berichtsjahr wurden die folgenden Bearbeitungsschritte abgeschlossen:

- Ausarbeitung von 40 geologischen Profilschnitten aus einer Vielzahl von geologischen „Arbeitsschritten“ durch das Wiener Stadtgebiet
- Übergabe letzter Korrekturen im Datenbestand der Bohrprofile an die MA 29 – Baugrunderkater

Im Zusammenhang mit der Entwässerung von Verkehrsflächen wurde im Rahmen der Erstellung wasserwirtschaftlicher Planungsgrundlagen eine neue Richtlinie erarbeitet.

Gemeinsam mit der Wiener Umwelthanwaltschaft, MA 22 und MA 48 beteiligt sich die MA 45 an dem Forschungsprojekt „Phytosanierung“ der Universität für Bodenkultur, das die Sanierung von kontaminierten Böden mittels Pflanzen zum Gegenstand hat. Eine diesbezügliche Versuchsanlage wurde auf dem Deponieareal „Langes Feld“ errichtet.

Mit der Überarbeitung der digitalen Gewässerkarte von Wien wurde begonnen.

Hinsichtlich der „Nutzwasserversorgung Stadtpark“ wurde im Zuge einer Untergrunderkundungsmaßnahme festgestellt, dass das Grundwasser unerwartet mit Schwefelwasserstoff belastet ist. Von der MA 45 wurde die Ansicht vertreten, dass eine Aufbereitung von Nutzwasser zum gegenwärtigen Zeitpunkt aus wirtschaftlichen Gründen abzulehnen ist, es aber dennoch sinnvoll ist, die Option einer zukünftigen Nutzwasserversorgung offen zu lassen.

Um später keine unnötigen Mehrkosten zu haben, wurden 1999 nur jene Teile der Transportleitung in den Wienflusssammler-Entlastungskanal verlegt, wo ein nachträglicher Einbau nicht mehr möglich wäre.

Auf Ersuchen der MA 24 wurde mit der Planung und Projektierung von Sanierungsmaßnahmen gegen Kellervernäsungen auf dem Areal der Wohnhausanlage Draschepark begonnen.

Im Rahmen der Gewässergütererfassung/Monitoring wurde der Betrieb der Messstationen fortgesetzt. Mit der stationären Messstation Industriegasse wurden Messungen an der Liesing sowie am dortigen Regenwasserkanal durchgeführt. Die Station Kledering wurde zum neu geschaffenen Messplatz an der Landesgrenze – Breitenfurt/Zangerlestraße – überstellt. Mit der mobilen Messstation wurden Messungen der Wasserbeschaffenheit am Lainzer Bach (Spülbecken Ebersberggasse) durchgeführt.

Das Untersuchungsprogramm gemäß Wassergütererhebungsverordnung (WGEV) umfasste 1999 folgende Aufgaben:

Die Ausschreibung der Leistungen für den Zeitraum Juli 2000 bis Juli 2003, die Untersuchung von 45 Grundwasser-Messstellen mit 4 Probenahmen pro Jahr; im ersten Halbjahr 1999 die Bestimmung von ca. 95 Parametern (einschließlich Metalle und Sonderprogramme für Pestizide), ab Juli die Bestimmung von ca. 45 Parametern je Untersuchung, an den zwei Messstellen am Wienfluss monatliche Untersuchungen mit Bestimmung von ca. 65 Parametern (einschließlich Metalle und Triazine), die laufende Kontrolle der Auftragnehmer (Kontrollproben, Plausibilitätskontrollen, Laborprüfungen, Kontrolle der Probenahme vor Ort), die Festlegung der Termine, die Übernahme und Prüfung der Daten und die Weiterleitung an das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft (BMLF) bzw. an das Umweltbundesamt, die organisatorische Abwicklung für einen Teil der Untersuchungen an den Bundes-Messstellen (Donau und Donaukanal), die Abwicklung der Verrechnung mit den Auftragnehmern und dem BMLF für die Refundierung, allgemeine Datenauswertungen (Ganglinien, Mittelwerte, Charakteristik einzelner Gebiete usw.), die Information der Gewässeraufsicht bei auffälligen Ergebnissen sowie die Weitergabe der erhobenen Daten an die Messstellenbesitzer sowie an Interessierte bei speziellen Anfragen.

Betreffs Grundwassersanierung wurde die Wien-interne Diskussion um das neue ÖPUL 2000 (Österreichisches Programm zur Förderung einer umweltgerechten, extensiven und den natürlichen Lebensraum schützenden Landwirtschaft) Anfang 1999 abgeschlossen und das Programm danach bei der EU vorgelegt.

Auf Anfrage der MA 58 wurden die Grundlagen für die magistratsinterne Planung einer Grundwassersanierungsverordnung zusammengestellt und übermittelt. Ebenso wurde eine Stellungnahme zum nunmehr im Wasserrechtsgesetz verankerten Aktionsprogramm nach der Nitratrichtlinie 91/676/EWG abgegeben.

Die Stadt Wien – MA 45 – ist im Begriff, ein „Wasserwirtschaftliches Datenbanksystem“ (WWDBS) einzurichten. Die Arbeiten im Jahr 1999 waren durch folgende Tätigkeiten gekennzeichnet:

- Interne Funktionstests und Überarbeitung der Applikation.
- Erweiterung des Historisierungsmechanismus für die Nachvollziehbarkeit von Datenänderungen.
- Fertigstellung der Altdatenübernehmeroutine und Prototypimport der vorhandenen Daten.
- Definition des User-Interfaces durch angepasste Bildschirmgestaltung der verschiedenen Objektarten.
- Anpassungen und Evidenz der Metadaten.
- Vorbereitungen für die Miteinbeziehung der MA 58: Einrichten eines Arbeitsplatzes im Wasserbuch, Sicherstellung von Datenzugriffen, erste Einschulungen.
- Beginn der Definition des Folgeauftrages (Arbeitspaket 2: Sachverständigenauskunft) zusammen mit der MA 14 in Hinblick auf eine Vergabe im Jahr 2000.

Die Arbeiten an der Wasserrechtsdatenbank wurden fortgesetzt:

Da aus wasserwirtschaftlicher Sicht insbesondere in Wahrnehmung der Agenden des Wasserwirtschaftlichen Planungsorgans die Nutzungen der Gewässer eine besonders wichtige Daten- und Arbeitsgrundlage sind, werden seit 1992 Wasserrechtsdaten digital verwaltet. Der Fortschritt in der EDV-Entwicklung ermöglicht und erfordert eine laufende Weiterentwicklung dieses Systems, welches bisher ausschließlich in der Gruppe Wasserwirtschaftliche Planung erfolgte. Dabei liegen die Schwerpunkte in der Erstellung von Auswerterroutinen, Berichten für diverse Fragestellungen, in der Verknüpfung von Sachdaten mit grafischer Hintergrundinformation und der Betreuung des Systems als Netzwerkanwendung. Neben der Aufarbeitung und Korrektur alter Datenbestände werden neue wasserrechtlich bewilligte Nutzungen (an Oberflächengewässern und am Grundwasser) laufend erfasst, aktualisiert und ergänzt. Dies geschieht in Zusammenarbeit mit der MA 58 als Wasserrechtsbehörde.

In der Wasserrechtsdatei sind folgende Datengruppen enthalten:

Stammdaten zu Brunnenanlagen und Oberflächenwassernutzungsanlagen (inklusive Lageinformation in Gauß-Krüger-Koordinaten), Bescheiddaten, Entnahme- und Rückführungszwecke, Entnahme- und Rückführungsmengen, Informationen über Konsensträger und Daten über betroffene Grundstücke.

Mit Stand 31. Jänner 2000 beträgt die Anzahl der verwalteten Wasserrechtsobjekte 3.974, davon 2.988 aufrechte und 986 erloschene.

Die Schwerpunkte der Arbeiten 1999 umfassten die Weiterführung der laufenden Evidenz, die intensive Nutzung der Beauskunftungsfunktionen zur Abdeckung von Anfragen, die Überprüfung von Datenbankinhalten (intern), die Bearbeitung des MA 45-internen WR-Archivs und die Implementierung in das Pilotprojekt WWDBS (= digitales Wasserbuch).

Als Instrument zur Information, Koordinierung und Abstimmung wasserwirtschaftlicher Planungen gemäß § 55 WRG 1959 wurde das Projektsinformationssystem 1995 fertig gestellt. Die Datenerfassung und Evidenz wurden 1999 fortgesetzt.

Die Inhalte sind Projektidentifikation, administrative Daten, Daten zum technischen und rechtlichen Status, Inhaltsübersichten, wasserwirtschaftliche Klassifikation, Raumbezug und das Änderungsverzeichnis.

Die Anzahl der insgesamt erfassten Projekte mit Stand Ende 1999 beträgt 608.

Die von der MA 14 zur Verfügung gestellte ACCESS-Datenbank „HABIB“ dient der Erfassung wasserwirtschaftlicher Fachartikel, Normen, Bücher, Fachzeitschriften etc. Mit der Datenverfassung wurde im Jahr 1998 begonnen, sie wird laufend aktualisiert. Mit Stand Jänner 2000 beträgt die Anzahl der Datensätze 1.400. Verwendung findet die Datenbank auch in der Gruppe Gewässeraufsicht.

Die Arbeiten für einen Quellkataster wurden fortgesetzt. Daten zur genauen Lage der Quellen, des baulichen Zustandes, der Schüttung und vorhandener Wasserrechte werden digital erfasst bzw. systematisch ergänzt. Ziel ist die Erhaltung der Quellen im Hinblick auf ihren ökologischen Wert und ihre Funktion für die Naherholung. Die Möglichkeiten für kleinräumige Nutzungen bzw. die Notwendigkeit besonderer Schutzmaßnahmen sollen im Einzelfall beurteilt werden.

Das Grundsatzkonzept für ein wasserwirtschaftliches Informationssystem für den Donaauraum wurde 1998 begonnen und wird zu 50 % aus EFRE-(Europäischer Fonds für Regionalentwicklung-)Mitteln im Rahmen des EU-Förderprogrammes INTERREG II c gefördert.

Die Grundsatzstudie dient der Erfassung der vorhandenen und geplanten wasserwirtschaftlichen Informationssysteme im Donaauraum, deren Funktionsbereiche und der diesen zugrunde liegenden Standards. Dabei wird von der Zielvorstellung von in den Ländern (Staaten) verteilten GIS-gestützten Datenbanken ausgegangen, die in der Funktion von Metadatenbanken bestimmte Eckdaten zur wasserwirtschaftlichen Situation in einem Land und die Transparenz betreffend Datenlage und Maßnahmenprogramme sicherstellen sollen. Die Grundsatzstudie wird damit integraler Bestandteil des „Danube Pollution Reduction Programme“, eines mit GEF-(Global Environmental Facilities-)Fördermitteln betriebenen Projektes des UNDP (United Nations Development Programme), das für die Internationale Kommission des Donauschutzübereinkommens erstellt wird und dessen Umsetzung dienen soll.

Im Jahr 1999 wurde die Konzeption der Einbindung der Themen und Subthemen in ein geographisches Informationssystem begonnen. Die Zusammenarbeit mit einem neuen ungarischen Projektpartner wurde fixiert.

Die Arbeiten betreffend EU-Angelegenheiten konzentrierten sich 1998 auf die Schwerpunkte Umsetzung von EU-Richtlinien in nationales Recht, die Bereitstellung von Daten im Rahmen des EU-Berichtswesens, die Begutachtung neuer Richtlinienentwürfe der EU-Wasserrahmenrichtlinie sowie Stellungnahmen zu Fragen der Europapolitik im Bereich Wasser.

Die Beratungen erfolgten in Bund-Länder- und Länder-Länder-Besprechungen, die Arbeiten bezogen weitere berührte Dienststellen mit ein.

Es wurden Gewässerschutzrichtlinien wie z. B. die Wasserrahmenrichtlinie (Entwürfe), die Trinkwasserrichtlinie RL 80/778/EWG, Kommunale Abwässer RL 91/271/EWG, Badegewässer RL 76/160/EWG und Nitrat aus landwirtschaftlichen Quellen RL 91/676/EWG, Gefährliche Stoffe Oberflächengewässer RL 76/464/EWG, Gefährliche Stoffe Grundwasser RL 80/68/EWG und Fischgewässer RL 76/659/EWG bearbeitet.

Mitarbeiter der Gruppe Wasserwirtschaftliche Planung wirkten im Interreg-Beirat und EU-Förderungen – Koordinierungsausschuss mit und nahmen an mehreren Informations- und Arbeitsbesprechungen als EU-Förderreferenten teil.

Des Weiteren wurden Informationsgespräche zum Aktionsprogramm der Donauschutzkonvention (Danube River Protection Convention) und dem Umweltprogramm Donaubecken (Danube River Basin Environmental Programme) sowie hinsichtlich des Entwurfes einer Donaucharta geführt.

Die Gruppe Wasserwirtschaftliche Planung hat bei der Vorbereitung und Durchführung fachlicher Präsentationen und Wirtschaftsinitiativen bei der Stadt Wien in Ungarn (Budapest, Szeged) und Deutschland (Leipzig) mitgewirkt. Ebenso wurde an der Betreuung einer ungarischen Studiendelegation aus Budapest in Wien mitgewirkt.

Im Rahmen nationaler Angelegenheiten erfolgte die Mitwirkung im Österreichischen Normungsinstitut und im ÖWAV (Österreichischer Wasser- und Abfallwirtschaftsverband) im Fachbeirat „Wasserwirtschaft“ und in Fachausschüssen und Arbeitsgruppen wie „Anlagen zur Gewinnung von Erdwärme“ und „Grundwasserwärmepumpenanlagen“. Darüber hinaus erfolgte die Vorsitzführung im Arbeitskreis „Förderungen in der Wasserwirtschaft“. Unter dem Vorsitz wurde das Heft EU-Förderungen für die Wasserwirtschaft erarbeitet und veröffentlicht.

Im November wurde zusammen mit dem ÖWAV ein Seminar zum Thema EU-Förderungen in der Wasserwirtschaft in der MA 45 durchgeführt.

Vonseiten der **Leitstelle** der MA 45 wurden für das Projekt „Realteilung der Donauhochwasserschutzkonkurrenz-Grundstücke“ die Grundgrenzenbegehungen und die Vermarkung der neuen Grundstücksgrenzen abgeschlossen. Am rechten Donauufer wurden diese Tätigkeiten bis zu einem Fertigstellungsgrad von rund 80 % fortgeführt.

Mit dem Arbeiterfischereiverein wurde eine Neuregelung des Bestands am linken Stromufer oberhalb des Donauinselspitzes für 17 Fischerhütten vereinbart.

Rund 40 Neuverträge für die Benützung von Grundstücken an den Wiener Bachläufen und an der Alten Donau wurden abgeschlossen.

Die 19. Österreichische Flussbautagung mit rund 400 TeilnehmernInnen fand seit 1954 das erste Mal wieder in Wien statt. Diese im April über eine Dauer von 4 Tagen stattgefundene Veranstaltung wurde durch die MA 45 organisiert.

Verkehrsorganisation und technische Verkehrsangelegenheiten (MA 46)

Organisatorisch gliedert sich die Abteilung in die **Stabstelle** und **fünf Gruppen**, die wiederum in Referate unterteilt sind. Zur Stabstelle gehört die **Informationsstelle**.

Informationsstelle

Als Zentralstelle der Abteilung ist sie für die Endredaktion von Akten vorgesetzter Dienststellen, der Bezirksvertretungen, des Bürgerdienstes und sonstiger Terminakte zuständig. Dabei sind besonders zwei Aufgaben wahrzunehmen, und zwar die zentrale und somit koordinierte Redaktion von Vorlageberichten bei gleichzeitiger Terminüberwachung sowie die Bearbeitung von Anfragen und Hinweisen und deren allfällige Weiterleitung an die zuständigen Sachbearbeiter. 1999 hatte die Informationsstelle 1.482 Akten zu bearbeiten, wobei entweder auf Grund von Ergebnissen der in solchen Fällen zumeist notwendigen Ermittlungsverfahren oder auf Grund von Erhebungen Berichte ausgearbeitet und den jeweiligen Dienststellen, aber auch Privatpersonen, übermittelt wurden.

Weiters wurden aus 220 Bezirksjournalen, aus der Rathauskorrespondenz sowie aus ca. 2.000 Tageszeitungen und anderen periodischen Druckwerken etwa 220 Artikel, die mit dem Aufgabengebiet der Abteilung im Zusammenhang standen, entnommen und auf einem öffentlichen Aushang den Abteilungsangehörigen zur Kenntnis gebracht. Bei verkehrsbehördlich aufklärungsbedürftigen Fällen wurden die erforderlichen Ermittlungsverfahren eingeleitet. Außerdem wurden verkehrstechnische Anfragen aus Bevölkerungskreisen mündlich oder schriftlich beantwortet.

Gutachten bzw. Stellungnahmen in Verwaltungsstrafverfahren wurden 1999 in 1.531 Fällen abgegeben.

Verkehrsinformationsstelle

Die Verkehrsinformationsstelle ist mit jeweils 3 Bediensteten der Gruppe 2 – Straßenverkehrsbehörde – besetzt, und zwar Montag bis Freitag von 7.00 bis 18.00 Uhr im Amtsbäude in Wien 12., Niederhofstraße 23. Dort werden Anträge, welche Aufgrabungen im Straßenbereich betreffen, erledigt, soweit diese aus Termingründen erforderlich und im kurzen Weg möglich sind. Diese Arbeiten werden innerhalb eines Tages behandelt und sind als besondere Serviceleistung anzusehen.

Weiters erteilte man in 3.810 Fällen Bewilligungen für Ladetätigkeiten bei Übersiedlungen, Ölabschlauchungen und Ähnlichem. Die Informationsstelle nimmt auch Meldungen über Gebrechen im Straßenbereich entgegen und veranlasst gegebenenfalls die notwendigen Maßnahmen. Ebenso werden Termine, die Baubeginn oder Bauende von Arbeiten auf oder neben der Straße betreffen, Meldungen über vorläufige Fahrtunterbrechungen bei Gefahrguttransporten, Meldungen über schwere Verkehrsunfälle sowie über die Beschädigungen von Verkehrsleiteinrichtungen entgegengenommen. Außerdem werden telefonische Auskünfte über den Geschäftsbereich der Abteilung erteilt. In der Verkehrsinformationsstelle wird auch eine Ablage zur Erfassung aller im Raum Wien bewilligten Baustellen, aller von der MA 35 – Gebrauchserlaubnisse bewilligten Baustellen und aller von den Dienststellen mittels „Rosa Formular“ durchgeführten Bauarbeiten geführt. Diese Ablage ist bezirksweise, alphabetisch nach Straßennamen geordnet.

Gruppe 1 – Verkehrsorganisation und Planung

Die Gruppe 1 – Verkehrsorganisation und Planung besteht aus fünf Referaten. Mitte (1., 6., 7., 8. und 9. Bezirk); West (14. bis 19. Bezirk); Südwest (12., 13. und 23. Bezirk); Südost (3. bis 5., 10. und 11. Bezirk) und Ost (2., 20., 21. und 22. Bezirk). Diese Aufteilung entspricht auch der Bezirksaufteilung der Gruppe 2 – Verkehrsbehörde. Die Gruppe 1 ist unter anderem an der Planung und Realisierung von Verkehrskonzepten für Bezirke oder Bezirksteile unter Berücksichtigung der Verkehrskonzeption für Wien zuständig. Weitere Aufgabengebiete sind die Mitwirkung am Stadtentwicklungsplan und bei Bezirksentwicklungsplänen, bei der Erstellung von Bezirksverkehrskonzepten der MA 18, die Planung und Realisierung von Wohnstraßen, Fußgängerzonen und anderer Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung, die Mitwirkung bei verkehrstechnischen bzw. verkehrsbehördlichen Problemen in Stadterneuerungsgebieten sowie Stellungnahmen bei vorgesehenen Änderungen des Flächenwidmungs- und Bebauungsplans. Außerdem gibt das Referat Gutachten zur Verkehrserschließung von Großbauvorhaben ab, beurteilt die von Ziviltechnikern erarbeiteten Verkehrsgutachten von Garagenneubauten und plant die Neuorganisation des ruhenden Verkehrs.

Weiters befasst sich die Gruppe 1 mit der generellen Projektierung und Festlegung von Verkehrslichtsignalanlagen (VLSA) sowie der Überprüfung deren Notwendigkeit.

Im Jahr 1999 konnte die Radfahrinfrastruktur um 84,77 km erweitert werden. Ende 1999 stehen daher 798 km Radwege zur Verfügung. Auch die Fahrradabstellanlagen konnten um 332 Bügel auf derzeit insgesamt 6.599 Fahrradbügel erweitert werden.

Vom Projektkoordinator wurden Koordinations- und Planungsgespräche mit Abteilungen des Magistrates sowie mit dem Umland Wiens zur Herstellung von regionalen und überregionalen Radwegrouten geführt.

Im Jahr 1999 wurden 3.884 Akte bearbeitet. Es wurden weiters 590 Fahrradausweise ausgestellt.

Detailliert wurden in Wien folgende größere Projekte behandelt:

- 2. Bezirk
 - Stadionallee – Lusthausstraße – VLSA-Nachtblinkbetrieb
 - Heinestraße – Praterstraße – Taborstraße – Tempo-30-Zone
- 3. Bezirk
 - Rennweg – Haltestellencaps
 - Marxergasse – Radprojekt
 - Erdberger Mais – Verkehrsuntersuchung
- 4. Bezirk
 - Argentinierstraße – Änderung Radweg
- 5. Bezirk
 - Siebenbrunnenplatz – Umbauprojekt
 - Schlossgasse – Umbauprojekt Wohnstraße
 - Flurschützstraße – Gürtelverbindung Sperre
 - Reinprechtsdorfer Straße – Verkehrsuntersuchung
 - Bezirksradverkehrskonzept
 - Margaretengürtel – Konzept
- 7. Bezirk
 - Projekt – Vorplatz Museumsquartier
- 9. Bezirk
 - Alserbachstraße – Umbauprojekt
- 10. Bezirk
 - Busspur Grenzackerstraße und Raxstraße – Verkehrsuntersuchung
- 11. Bezirk
 - Neugestaltung Simmeringer Hauptstraße
 - U3-Verlängerung Simmering – Oberflächengestaltung

- 12. Bezirk
 - Tivoligasse – Aichholzgasse – VLSA-Nachtblinkbetrieb
 - Wienerbergstraße – Cothmanngasse – VLSA-Nachtblinkbetrieb
 - Fuchselhofpark – Oberflächengestaltung nach Tiefgaragenbau
 - Hermann-Leopoldi-Park – Oberflächengestaltung nach Tiefgaragenbau
 - Haydnpark – Planung für Tiefgarage
 - Pensionistenheim Khleslplatz – Planung für Tiefgarage
 - Rechte Wienzeile von Schönbrunner Straße bis Ruckergasse – Radweg

- 13. Bezirk
 - Krankenhaus Lainz – Planung Tiefgarage
 - Hietzinger Hauptstraße – Dommayergasse – Planung Tiefgarage

- 14. Bezirk
 - Cumberlandstraße – Oberflächengestaltung nach Tiefgaragenbau

- 15. Bezirk
 - Bebauung Westbahnhof – Planung
 - Mariahilfer Straße/Sperrgasse und Talgasse – VLSA
 - Hütteldorfer Straße zwischen Beckmannngasse und Huglgasse – VLSA
 - Märzpark – Oberflächengestaltung nach Tiefgaragenbau

- 16. Bezirk
 - Park & Ride Ottakring – Oberflächengestaltung
 - Thaliastraße/Grubergasse – VLSA
 - Hofferplatz – Oberflächengestaltung nach Tiefgaragenbau Wilhelminenstraße – Tempo-30-Zone – Erweiterung

- 17. Bezirk
 - Hernalser Hauptstraße – Güpferlingstraße – VLSA-Umbau

- 18. Bezirk
 - Währinger Park – Oberflächengestaltung nach Tiefgaragenbau

- 19. Bezirk
 - Schegargasse – Oberflächengestaltung nach Tiefgaragenbau

- 20. Bezirk
 - Engerthstraße – Stromstraße – VLSA-Projekt
 - Klosterneuburger Straße – Pappenheimgasse – VLSA-Projekt
 - Marchfeldstraße – Vorgartenstraße – Engerthstraße – Tempo-30-Zone

- 21. Bezirk
 - Richard-Neutra-Gasse – Fellmayergasse – VLSA-Projekt

- 22. Bezirk
 - Wagramer Straße – Bettelheimgasse – VLSA-Projekt
 - Breitenleer Straße – Hosnedlgasse – VLSA-Projekt
 - Biberhaufenweg – Naufahrtweg – Bus-VLSA
 - Gewerbepark Nord (IKEA) – Verkehrskonzept
 - B3 – Großprojekte

- 23. Bezirk
 - Ketzergasse – Pellmannngasse – VLSA
 - Josef-Meder-Gasse – Pitznergasse
 - Perfektastraße – Dernjagasse und Lemböckgasse – VLSA-Nachtblinkbetrieb
 - Park & Ride Liesing – Oberflächengestaltung
 - Radwegeverbindung – Wien–Niederösterreich

Bezirksübergreifende Projekte

- Verkehrsorganisation Stammstrecke U2
- Generelle Planung Verlängerung U1 und U2
- CinePlexx, DonauPlexx – Garagenprojekte
- Autobahnen
- A4 – Bereich Knoten Prater, OMV-Raststation,
- temporäres Fahrverbot für Gefahrguttransporte auf Wiens Autobahnen
- Radroute 17., 18. und 19. Bezirk
- Lainzer Tunnel
- B1 Schönbrunn – Planung Tiefgarage
- U4-Stationen Braunschweigasse, Ober St. Veit, Unter St. Veit – Aufzugseinbau

Gruppe 2 – Straßenverkehrsbehörde

Die Gruppe 2 – Straßenverkehrsbehörde ist in 7 Referate unterteilt und mit folgenden Aufgaben befasst:

Der erste Aufgabenbereich umfasst die **Verordnung und Festlegung definitiver Verkehrsmaßnahmen** sowie die **periodische Überprüfung** bestehender Verkehrsmaßnahmen. 1999 wurden in diesem Zusammenhang 4.384 Anträge behandelt. Diese kamen in der Regel von Bezirksvorstehungen, der Magistratsdirektion, dem Bürgerservice, der Bundespolizeidirektion Wien – Verkehrsamt, den Wiener Linien, der Wirtschaftskammer Wien und Privatpersonen. Weiters wurden Verkehrsmaßnahmen nach Fertigstellung von Projekten des Straßen-, Gleis- und Brückenbaues festgelegt, aber auch auf der Grundlage von Untersuchungen der Gruppe für Verkehrssicherheit Verhandlungen über die Entschärfung von Unfallschwerpunkten geführt.

Der zweite Aufgabenkomplex besteht in der Bewilligung von Arbeiten auf oder neben der Straße gem. § 90 StVO und der Festlegung der erforderlichen Verkehrsmaßnahmen.

Im Jahr 1999 waren dies 12.373 Fälle. Die Antragsteller sind vor allem die Magistratsabteilungen 28, 29, 30, 31, 33 und 42, Wienstrom, Wiengas, die Wiener Linien, das Fernmeldebauamt Wien, die ÖBB, die Fernwärme Wien GmbH., Telekabel und auch Private. Im Folgenden sind einige der wichtigsten Bauarbeiten des Jahres 1999 angeführt:

Dienststelle	Örtlichkeit	Art der Arbeit
3. Bezirk		
MA 28	Landstraßer Hauptstraße	Umbau
MA 29	A23 – St. Marx	Sanierung unter Hilfenahme des „Fly-Overs“
Wiener Linien	Lothringerstraße – Schwarzenbergplatz	Sanierung der U4 – Eindeckung
5. Bezirk		
MA 28	Margaretengürtel	Umbau
Wiener Linien		Einbauten
7. Bezirk		
MA 28	Urban-Loritz-Platz	Projekt Urbion
8. Bezirk		
Wiener Linien	Alser Straße – Spitalgasse	Gleisbau
9. Bezirk		
MA 28	Alserbachstraße – Julius-Tandler-Platz	Umbau
11. Bezirk		
MA 28	Simmeringer Hauptstraße Bereich U-Bahn	Neugestaltung
14. Bezirk		
MA 31, Wiener Linien, MA 28	Linzer Straße von Bahnhofstraße bis Bergmillergasse	Rohrlegung, Gleisbau
15. Bezirk		
MA 28	Winckelmannstraße von Linke Wienzeile bis Mariahilfer Straße	Sanierung
21. Bezirk		
MA 28, Wiengas, Wiener Linien, MA 31, Fernwärme Wien u. a.	Floridsdorfer Hauptstraße	Umbau inklusive Einbautenumlegungen

Referat Parkraumbewirtschaftung

Im Referat Parkraumbewirtschaftung wurden im Jahr 1999 11.235 Anträge bearbeitet. Die Parkraumbewirtschaftung insgesamt wurde am 1. 3. 1999 auf den 2. und 20. Bezirk, am 2. 11. 1999 auf den 3. Bezirk ausgeweitet.

Referat Sondertransporte

In Sondertransportangelegenheiten wurden 3.712 Anträge auf Routengenehmigung für übergroße und überschwere Transporte und Fahrzeuge gem. § 40 (3) und (4), § 82 (5), § 101 (5) und § 104 (9) Kraftfahrgesetz (KFG) bearbeitet. Die eingeschränkte Zulassung von überschweren Arbeitsmaschinen und die Genehmigung von Sondertransporten mit erheblichen Gewichts- und Abmessungsüberschreitungen (Gesamtgewicht von 210 t, Transportlänge von 49 m, Transportbreiten von 7,2 m und Transporthöhen von 7,25 m) erforderten Routenerhebungen über fahrtechnische Eignung sowie Ermittlung über Tragfähigkeit von Brücken, Eindeckungen (z. B. U-Bahn) und Straßendecken sowie Einbauten und über der Straße liegenden Leitungen (z. B. Ampeln). Bei bundesländerüberschreitenden Transporten ist die Koordinierung der betroffenen Bundesländer erforderlich.

In 37 Fällen wurden sportliche – teilweise bundesländerüberschreitende – Veranstaltungen auf öffentlichen Verkehrsflächen behandelt.

Für mobile Hebammen wurden 4 Ausnahmegenehmigungen von Halteverbotszonen erteilt.

Es wurden 1999 968 Ansuchen um Ausstellung von Behindertenausweisen gemäß § 29b StVO gestellt.

Es wurden 1.219 Filmbescheide mit den erforderlichen Verkehrsmaßnahmen erstellt.

Es wurden Anträge auf Ausnahme des Nachtfahrverbotes (83 Anträge) und vom Wochenend- und Feiertagsfahrverbot (862 Anträge) bearbeitet.

Gruppe 3 – Errichtung, Betrieb und Erhaltung von Verkehrseinrichtungen

Für die Arbeiten der 5 Referate der Gruppe 3 – Errichtung, Betrieb und Erhaltung von Verkehrseinrichtungen wurden die für die Vergabe von Leistungen erforderlichen Maßnahmen, u. a. Aufstellung und Ausführung von Vorschlägen, Ausschreibung und Einholung von Angeboten, Bauüberwachung, Kollaudierung und Rechnungsprüfung durchgeführt.

Detailprojekt und Errichtung von VLSA

Das Referat 1 – Detailprojekt und Errichtung von VLSA überprüfte 1999 auf Grund von Anträgen und Beobachtungen 235 Schaltprogramme oder Verkehrsabläufe und hat für den Neu- bzw. Umbau von VLSA entsprechende Detailprojekte erstellt, davon waren für die Bevorrangung des öffentlichen Verkehrs 27 Projekte.

An 22 Örtlichkeiten wurden neue, teils koordinierte VLSA unter Berücksichtigung der Wünsche des öffentlichen Verkehrs errichtet. Sämtliche neue VLSA wurden mit LED-(Leuchtdioden-)Signalgebern ausgerüstet.

Im Zusammenhang mit Baumaßnahmen wurden 7 teilweise komplizierte VLSA projektiert, errichtet, in Betrieb genommen und gegebenenfalls den geänderten Umleitungsverhältnissen angepasst.

Ferner nahm das Referat 283 definitive bzw. provisorische Umbauten und Anpassungen an VLSA vor.

Für die zentrale Verkehrsregelung wurden 22 Kabellegungen und Verteilerausbauten durchgeführt sowie 18 VLSA an die Wiener Verkehrsleitzentrale angeschlossen.

Für Erdarbeiten im Zuge von VLSA-Baumaßnahmen wurden 34 Aufträge vergeben.

Im Zuge des Ausbaues der zentralen Verkehrsüberwachung mit Verkehrsfernsehleinrichtungen wurden 3 Kamera-standorte in Betrieb genommen.

Für die Organisation des ruhenden Verkehrs wurde das dynamische Parkleitsystem „Zentrum“ im Bereich Ringstraße, Franz-Josefs-Kai und ehemalige 2er-Linie eingerichtet.

Die Planung der einzelnen VLSA-Programme erfolgte seit Jahresanfang mit der neu angeschafften Verkehrsingenieursoftware, wobei nun auch Simulationen von Verkehrsabläufen am Computer möglich sind.

Betrieb und Erhaltung von VLSA und der Verkehrsleitzentrale

Das Referat 2 – Betrieb und Erhaltung von VLSA und der Verkehrsleitzentrale beantwortete 491 gerichtliche Anfragen, stellte Planunterlagen zu Verkehrsunfällen im Bereich von VLSA bei und beantwortete 56 Anfragen in Verwaltungsstrafverfahren.

Weiters wurden an den 1.067 sich in Betrieb befindlichen VLSA (einschließlich 9 Fremdanlagen wie etwa Feuerwehrausfahrten), 18 Geschwindigkeitswarnanlagen und 79 Blinkanlagen Erhaltungsarbeiten durchgeführt. 152 Schäden durch bekannte Täter und 546 durch unbekannte Täter verursachte Schäden wurden behoben.

Durch bessere Überwachung und genauere Wartung der Steuergeräte wurde die Betriebs- und Verkehrssicherheit erhöht. In diesem Zusammenhang wartete man turnusmäßig zweimal die Schaltgeräte, reinigte die Signalgeber, führte den Lampentausch durch, wofür etwa 102.000 Glühlampen (einschließlich für Ausfälle) erforderlich waren. Etwa 1.218 Störungen mussten behoben und eine abschließende Prüfung der Anlagen durchgeführt werden. Dazu kamen noch Wartungs- und Instandhaltungsarbeiten an 48 Fernsehbeobachtungsstellen und den Einrichtungen der Verkehrsleitzentrale, aber auch die Überprüfung von Lampenausfällen im Hinblick auf eine Qualitätskontrolle. 1999 wurden 14 Gewitterschäden an diversen Einrichtungen behoben.

Verkehrsleiteneinrichtungen

Das Referat 3 – Verkehrsleiteneinrichtungen ist für Straßenverkehrszeichen und Wegweiser zuständig.

Insgesamt wurden Ende 1999 113.226 Verkehrszeichen (VZ) in Email- oder Scotchlite-Ausführung (rückstrahlend), 1.973 beleuchtete VZ und 576 Verkehrsleuchtsäulen verwaltet. Davon wurden 2.961 VZ auf 1.505 Eisenständern, 5 beleuchtete Verkehrszeichen und 2 Verkehrsleuchtsäulen neu aufgestellt.

Im Zusammenhang mit dem Wegweisungskonzept für Wien wurden 42 Wegweiser aufgestellt.

Im Zuge von Erhaltungsarbeiten wurden 15.476 Verkehrszeichen, 9.582 Zusatztafeln, 6.804 Eisenständer und 155 Kettenständer erneuert.

Im Bereich „Absicherung von besonders gefährdeten Fahrbahnbereichen“ wurden 21 Sicherheitssäulen mit Bodenlicht und 36 unbeleuchtete Sicherheitssäulen aufgestellt.

Im Zusammenhang mit den Abschlussarbeiten an den Änderungen der Wegweiserroute „Eisenstadt“ wurden 8 Überkopfwegweisertafeln getauscht.

Im Zusammenhang mit dem Wunsch nach mehr Verkehrssicherheit bzw. dem Sichtbarmachen der vom KFZ-Lenker gefahrenen Geschwindigkeit wurden 4 innovative Verkehrszeichen aufgestellt.

Durch die 19. Novelle der StVO und der Neufassung der Bodenmarkierungsverordnung ist es erforderlich, die bisher gelben Markierungen im Fließverkehr im Zuge der Erhaltungsarbeiten auf „weiß“ umzustellen. Ebenso wird darauf geachtet, dass bei jeder Markierungsarbeit, die durch die gesetzlichen Änderungen notwendig wird, eine neue Markierungsgeometrie hergestellt wird.

Bodenmarkierungen

Das Referat 4 – Bodenmarkierungen brachte auf Straßen, die von der Gemeinde Wien erhalten werden, ca. 178.000 m Strichmarkierungen (Leit-, Sperr-, Park-, Randlinien) sowie ca. 30.900 m² Flächenmarkierungen (Schutzwege, Halteflächen, Pfeile, Sperrflächen) auf. Von den Strichmarkierungen waren davon ca. 67.500 m und von den Flächenmarkierungen ca. 16.500 m² Kurzzeitmarkierungen.

Auf den Bundesstraßen waren es ca. 122.000 m Strichmarkierungen (darunter ca. 95.000 m Kurzzeitmarkierungen) sowie ca. 11.000 m² Flächenmarkierungen (darunter ca. 8.000 m² Kurzzeitmarkierungen), auf Autobahnen ca. 95.000 m Strichmarkierungen (darunter ca. 79.000 m Kurzzeitmarkierungen) sowie ca. 1.200 m² Flächenmarkierungen (darunter ca. 300 m² Kurzzeitmarkierungen).

Weiters wurden die gesamten Straßenzüge der B 12, B 13, B 13a, B 14, B 16, B 17, B 223, B 225 und Teile der B 1, B 227 im Rahmen von Erhaltungsverträgen komplett erneuert oder nachmarkiert.

Außerdem bearbeitete das Referat 225 Gerichtsakte und 235 Verwaltungsstrafakte (davon 134 Anfragen im Zusammenhang mit der Parkraumüberwachung).

Budget

Das Referat 5 – Budget ist für die Führung der Sach- und Referatskredite und deren Abrechnung zuständig und führt für die Referate 1, 3 und 4 die Kontrolle und Abrechnungen der Leistungen für Fremdabteilungen durch.

Im Detail betragen die von der Abteilung verwalteten Budgetmittel:

Ausgaben Zentralbudget MA 46 und Bezirksbudget

Betrieb und Erhaltung von Verkehrseinrichtungen	ATS	94.400.000
Strom	ATS	21.533.000
Errichtung von Verkehrseinrichtungen auf Gemeindestraßen	ATS	96.274.000
Refundierungen der Stadt Wien an den Bund und diverse andere Budgetposten.....	ATS	14.940.000

Ausgaben Bundesbudget

Errichtung und Erhaltung von Verkehrseinrichtungen auf Bundes- und Schnellstraßen (B + S).....	ATS	88.747.000
Provisorische Maßnahmen auf Bundes- und Schnellstraßen (B + S)....	ATS	5.815.000
Errichtung und Erhaltung von Verkehrseinrichtungen auf Bundesstraßen – Autobahnen (inklusive MWSt.)	ATS	18.219.000
Provisorische Maßnahmen auf Autobahnen (inklusive MWSt.)	ATS	2.296.000
Refundierungen des Bundes an die Stadt Wien	ATS	28.232.000

Ausgaben Referatskredit U-Bahn

Definitive und provisorische Maßnahmen	ATS	16.340.000
--	-----	------------

Ausgaben Referatskredite MA 28 – Erhaltung von übergeordneten Autobahnen (ERHOB)

Definitive Maßnahmen	ATS	2.779.000
----------------------------	-----	-----------

Gesamtausgaben 1999	ATS	397.247.000
---------------------------	-----	-------------

Gruppe 4 – Verkehrssicherheit und Statistik

1998 wurde in Wien die geringste Unfalls- und Totenzahl erreicht, die jemals verzeichnet wurde. 1999 hat das Unfallgeschehen im Vergleich zum Vorjahr von 4.600 auf 4.894 um 6,4 % zugenommen, sodass die Zahl der Unfälle, Verletzten und Toten etwa dem Wert des Jahres 1997 entspricht.

Der Vergleich der Unfalltypenobergruppen 1998 bis 1999 zeigt, dass die Unfalltypen Auffahrunfälle um 12 %, die Unfalltypen Frontalkollisionen um 13 % und die Unfalltypen Abkommensunfälle um rund 10 % zugenommen haben. Die Zahl der Fußgängerunfälle in Wien entspricht etwa dem Wert des Vorjahres 1998.

Die genaue Prüfung der Unfalltypen im Zusammenhang mit den Fahrbahnzuständen lässt den Schluss zu, dass diese Unfallzuwächse vor allem bei trockenen Fahrbahnverhältnissen gegeben waren, sodass die Frage der Fahrgeschwindigkeiten im Stadtgebiet maßgeblich für die Unfallerrhöhung anzusehen ist.

Die Zunahme der Unfalltoten gegenüber 1998 ist vor allem auf die Erhöhung der Zahl toter Fußgänger zurückzuführen, wobei die Zuwachsrate hier $\frac{1}{3}$ beträgt. Auch dieser Zusammenhang untermauert, dass offensichtlich aufgrund überhöhter Fahrgeschwindigkeiten die Unfallschwere für Fußgänger angestiegen ist.

Die Auswertungen der Unfallhäufungsliste zeigen, dass die Unfälle mit Toten vor allem auf Hauptstraßen zu finden sind. Die Zahl der Alkoholunfälle befindet sich seit 1997 (227) im Steigen! 1998 mussten 254 Unfälle und 1999 264 Unfälle registriert werden.

Besonders anzumerken ist, dass die Zahl an verletzten und toten Kindern seit 1984 (933) bis zum Jahr 1999 (573) um 38,6 % abgesenkt werden konnte. 1999 war daher das Jahr mit der geringsten Zahl an verletzten Kindern in dieser Stadt. Dies betrifft sowohl den Rückgang an verletzten Kindern als Fußgänger (geringste Zahl der letzten Jahre), als auch die Zahl an Schulwegunfällen, die von 150 im Jahre 1985 auf 71 im Jahre 1999 (Rückgang um 53 %, Tiefstand seit 1985) abgesenkt werden konnte.

Diese Erfolge wurden durch den weiteren Ausbau an Schulwegsicherungen und durch Errichtung einer eigenen Jugendombudsstelle für Verkehrssicherheit zur Kontaktaufnahme mit Vertretern der Schulen erreicht. Auf diesem Wege konnten tatsächliche Gefahrenpotentiale einer objektiven Analyse unterzogen und entschärft werden.

Zur weiteren Verbesserung der Verkehrssicherheit wird daher zukünftig weiterhin die Sanierung von Unfallschwerpunkten und die Sicherheitsprüfung von Planungen besonders stark forciert. Weitere Maßnahmen der baulichen Geschwindigkeitsdämpfung sowie Geschwindigkeitskontrollen und Alkoholkontrollen durch die Exekutive an ausgewählten Stellen der Verkehrssicherheit werden nachdrücklich empfohlen.

Darüber hinaus soll in Zukunft noch der weitere Ausbau der Verkehrssicherheitsforschung erfolgen, wobei auch verstärkte Kontakte bei wissenschaftlichen internationalen und bundesweiten Tagungen von besonderer Bedeutung sind.

Neue wissenschaftliche Grundlagen der Wiener Unfallforschung

Die bisherigen Erfolge der Wiener Unfallforschung müssen daher durch folgende wissenschaftliche Initiativen weiter abgesichert werden:

- So gilt es, die örtliche EDV-gerechte Unfallforschung zur Sanierung von Unfallhäufungsstellen mit dem Wiener Unfall-Analyse-System UAS weiter auszubauen und Unfallanalysen im verstärkten Ausmaß auch flächenhaft zu analysieren, um einen besseren Überblick über singuläre Häufungen in einem größeren Bereich erreichen zu können (2. Stufe der örtlichen Unfallforschung).
- Weiterer Ausbau der modernsten Unfallsimulation zur Nachbildung von Unfall- und Gefahrensituationen und Intensivierung von Sicherheitsprüfungen durch die Wiener-Crash-Simulation (prophylaktische Unfallforschung).
- Ausbau der wissenschaftlichen Unfallforschung am Ludwig-Boltzmann-Institut für Verkehrssystemanalyse, interdisziplinäre Unfallforschung und Unfallrekonstruktion durch Entwicklung neuer Methoden der Verkehrs- und Verkehrssicherheitsforschung für den Bereich der Blickverhaltensforschungen (Fact-Finding-Mission human errors).

Bestens bewährte und bestehende Verkehrssicherheitseinrichtungen und Maßnahmen sollen fortgeführt werden.

- Weiterführung der Fachkommission für Verkehr zur Sicherstellung von ausgewogenen Planungen und Straßenbauten unter Einbindung modernster visueller Hilfsmittel.
- Weitere umfassende Maßnahmen für Fußgängersicherheit mit Schwergewicht auf Kinder- und Seniorensicherheit.
- Lückenlose Sicherheitsprüfung, laufende Verkehrssicherheitsbegutachtungen und Überwachung aller Projekte hinsichtlich Verkehrssicherheit.
- Sicherheitsprüfungen von größeren Baustellen und Baustellenumleitungsstrecken.

Gruppe 5 – Fahrzeugtechnik und Gefahrguttransporte

Die Gruppe 5 – Fahrzeugtechnik und Gefahrguttransporte der MA 46 ist zuständig für Sachverständigen- und Behördentätigkeit auf dem Gebiet Fahrzeugtechnik und Gefahrguttransporte.

Fahrzeuggenehmigungen

Das Referat 1 – Fahrzeuggenehmigungen hat 1999 insgesamt 4.138 Anträge um Genehmigung von Kraftfahrzeugen und Anhängern behandelt. Diese Genehmigungen umfassen in erster Linie Einzelgenehmigungen gemäß § 31 KFG 1967 und Ausnahmegenehmigungen für Übersiedlungsfahrzeuge und für historische Kraftfahrzeuge gemäß § 34 KFG 1967, aber auch Bewilligungen für nicht zum Verkehr zugelassene Anhänger gemäß § 104 Abs. 7 KFG 1967 und die Ausstellung von „10 km/h“ – Bescheinigungen für einzelne Fahrzeuge und Fahrzeugtypen gemäß § 96 KFG 1967.

Darüber hinaus wurden 3.065 Anzeigen betreffend Änderungen an Kraftfahrzeugen und Anhängern gemäß § 33 KFG 1967 bearbeitet. Die für diese Verfahren erforderlichen kraftfahrtechnischen Gutachten wurden durch die vom Landeshauptmann von Wien bestellten Sachverständigen gemäß § 125 KFG 1967 erstellt.

Periodische Fahrzeugsprüfung und Qualitätssicherung

Das Referat 2 – Periodische Fahrzeugprüfung und Qualitätssicherung hat 1999 auf dem Gebiet der Ermächtigung von Werkstätten, Ziviltechnikern und Vereinen zur Durchführung wiederkehrender Überprüfungen bzw. wiederkehrender Begutachtungen gemäß § 57 a KFG 1967 1.349 Geschäftsfälle behandelt. Bei der Ermächtigung zur Prüfung von Fahrtenschreiberanlagen und Geschwindigkeitsbegrenzern gemäß §§ 24 und 24 a KFG 1967 wurden 38 Geschäftsfälle behandelt.

In Zuge von bau- und gewerberechtlichen Verfahren wurden 16 verkehrstechnische Gutachten erstellt. Nach dem Güterbeförderungsgesetz wurden 19 COP-Dokumente als Grundlage zur Berechnung der ÖKO-Punkte im Transitverkehr ausgestellt. Im Rahmen der von der MA 48 durchgeführten Fahrzeugkartierungen wurden in 30 Verhandlungen insgesamt 2.752 Gutachten über den Fahrzeugzustand und die Verwertbarkeit der Fahrzeuge erstellt. Das Erfüllen der technischen Anforderungen von Fahrschulfahrzeugen wurde über Auftrag der MA 65 in 299 Fällen geprüft. Die behördliche Bewilligung zum Führen von Blaulicht und Folgetonhorn wurde in 127 Fällen erteilt.

Durch organisatorische Änderungen im September 1999 werden die technischen Prüfungen von Fahrzeugen durch das Referat 2 durchgeführt.

In Zusammenarbeit mit der Bundespolizeidirektion Wien wurden Überprüfungen von Kraftfahrzeugen und Anhängern an Ort und Stelle nach § 58 KFG 1967 durchgeführt. Im Jahr 1999 wurden dabei 633 in- und ausländische Fahrzeuge überprüft. Bei 206 Fahrzeugen wurde von den kraftfahrzeugtechnischen Sachverständigen „Gefahr im Verzug“ festgestellt und infolgedessen von den Organen der Bundespolizeidirektion Wien die Kennzeichen abgenommen. In einer Reihe von Schwerpunktaktionen wurden besonders Taxifahrzeuge auf Verkehrssicherheit geprüft sowie die Einhaltung der Geräuschvorschriften von lärmarmen LKW kontrolliert. Weiters wurden Manipulationen an Fahrtenschreibern und Geschwindigkeitsbegrenzern von LKW festgestellt. An Wochenenden und in den Nachtstunden wurden „Road-Runner“ angehalten und überprüft. Es sind dies umgebaute Fahrzeuge, mit denen im Stadtgebiet Rennen veranstaltet werden.

Für effizientere Fahrzeugprüfungen gemäß § 58 KFG 1967 an wechselnden Orten im Stadtgebiet wurde ein Prüfzug in Auftrag gegeben, der im Jahr 2000 zur Verfügung stehen wird. Der Prüfzug ist mit einer Reihe von Prüfgeräten ausgerüstet, wie Radlastwaagen, Schallpegelmessgeräten, Bremsverzögerungsschreiber, Achsspieldetektor sowie Geräten zur Kontrolle der Fahrtenschreiber. Das mobile Büro mit Telefon, PC, Fax und Kopierer wird das Erstellen der Gutachten bei jeder Wetterlage ermöglichen.

Auf dem Gebiet des Transports gefährlicher Güter auf der Straße wurden insgesamt 452 Geschäftsfälle behandelt. Dazu gehören Genehmigungen von Kraftfahrzeugen, Anhängern und Tanks zur Beförderung gefährlicher Güter samt den hierzu erforderlichen Sachverständigengutachten, Ausnahmegenehmigungen, die Überwachung des Transportes gefährlicher Güter auf Straßen mit öffentlichem Verkehr, die Erteilung der Ermächtigung zur Ausbildung von Gefahrgutlenkern und -beauftragten und die Überwachung der Lehrtätigkeit der ermächtigten Ausbildungsstätten.

Über Anforderung des Unabhängigen Verwaltungssenats Wien wurden von der Gruppe 5 in 195 Geschäftsfällen im Rahmen von Verwaltungsstrafverfahren in der zweiten Instanz fahrzeugtechnische Gutachten erstellt. Zumeist wurden Fahrzeuge nach Verkehrsunfällen im Zusammenhang mit einer Fahrerflucht untersucht, um Aussagen über die Wahrnehmung des Unfalles durch den Verursacher treffen zu können. Es erfolgten unter anderem aber auch gutachterliche Stellungnahmen zu fahrzeugtechnischen Fragen im Zusammenhang mit Geschwindigkeitsübertretungen und der Anzeigepflicht von Änderungen am Fahrzeug.

Im Auftrag der Bundespolizeidirektion Wien – Verkehrsamt wurden 66 Beobachtungsfahrten abgehalten, um die technische Ausstattung von Kraftfahrzeugen für körperbehinderte Fahrzeuglenker festzulegen.

Im Rahmen des Genehmigungsverfahrens der Wiener Niederflurstraßenbahnen wurden 16 Gelenktriebwagen vom Typ ULF B begutachtet. Die Niederflurstraßenbahnen wurden in der Zentralwerkstätte der Wiener Linien den erforderlichen Brems- und Geräuschmessungen vor der Inbetriebnahme unterzogen.

Weiters wurden Gutachten für das Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr im Rahmen von Typenprüfungen erstellt.

Abfallwirtschaft, Straßenreinigung und Fuhrpark (MA 48)

Aufgabenkurzfassung

Das Aufgabengebiet der MA 48 umfasst im Wesentlichen die Reinigung und winterliche Betreuung der öffentlichen Verkehrsflächen (ausgenommen Autobahnen), die Sammlung und Verwertung bzw. Entsorgung von Altstoffen und Abfällen und den Betrieb des städtischen Fuhrparks sowie der Abfallbehandlungsanlage der Deponie Rautenweg und zweier Kompostwerke.

Daneben sind noch Aufgaben wie die Erstellung des Wiener Abfallwirtschaftskonzeptes, die Erbringung oder Vergabe von Fahrleistungen, die Entfernung und Verwahrung von verkehrsbeeinträchtigend oder nicht genehmigt abgestellten Fahrzeugen, die Anbringung und Erhaltung von Tafeln zur Bezeichnung von Verkehrsflächen und die Planung, Errichtung, Verwaltung und Erhaltung der öffentlichen Bedürfnisanstalten zu erbringen. Darüber hinaus wurden auch die Gebäude und Grundflächen der MA 48 betreut sowie die notstandspolizeilichen Maßnahmen erfüllt. Auch die Planung, Errichtung und Betreuung von Verwertungsanlagen für Altstoffe sowie Entsorgungsanlagen für Abfälle zählen zu den Aufgaben der MA 48.

Im Rahmen der Informationstätigkeit werden neben der Information der Bürger auch Fachzeitschriften herausgegeben, nationale und internationale Fachtagungen mit Experten als Referenten beschickt und ein internationaler Fachkongress veranstaltet. Ferner wurde die Abfallberatung durch externe Abfallberater organisiert und das Misttelefon betreut.

Organisation

Zur Bewältigung dieser Aufgabenvielfalt ist die MA 48 in 5 Betriebsabteilungen untergliedert und verfügt außerdem über 3 Stabstellen die direkt dem Abteilungsleiter unterstellt sind.

Im Jahr 1999 wurde begonnen, die noch nicht nach ISO 9000 zertifizierten Betriebsteile der MA 48 für eine Zertifizierung vorzubereiten. Für die Straßenpflege konnte die Zertifizierung abgeschlossen werden, für Fuhrpark und Zentrale soll dieses Verfahren im Jahr 2000 abgeschlossen werden

Stabstellen

Budget, Kostenermittlung und -vorschreibung

Im Berichtsjahr 1999 wurden vom Referat Budget, Kostenrechnung und Controlling Kreditmittel in der Höhe von ATS 1.899.634.000 (ausgabenseitig, ohne Personalkosten) verwaltet, wobei der den Bezirken im Rahmen der Dezentralisierung überantwortete Budgetanteil von ATS 133.405.000 noch hinzuzurechnen ist (Bedürfnisanstalten und Teile der Straßenreinigung).

Neben den laufenden Budgettätigkeiten wurden 694 Kostenvorschreibungen (Sondereinsätze, Marktreinigungen, notstandspolizeiliche Maßnahmen) ausgestellt, 123 Anträge betreffend die Dezentralisierung (Bezirke) und 27 Anträge und Virements betreffend das Zentralbudget an die zuständigen Bezirks- bzw. Gemeindegremien erstellt, wobei der Verkauf des Müllheizwerkes Flötzersteig sowie der Ankauf der Abfallbehandlungsanlage (48er-Zelt) besonders hervorzuheben sind.

Die Gesamtausgaben von ATS 3.844.597.000 lagen um rund 2,1 % (ATS 78.481.000) über dem Voranschlag 1999: ATS 3.766.116.000. Die Gesamteinnahmen lagen mit ATS 2.843.598.000 um rund 4,6 % (ATS 124.268.000) über dem Voranschlag 1999: ATS 2.719.330.000.

Vergabe, Preisprüfung und Dienstkleider

Die Suche neuer Bezugsquellen und das Ansprechen des größtmöglichen Bieterkreises bringt Preisvorteile. Die Durchführung öffentlicher Ausschreibungen stellt sicher, den größtmöglichen Bieterkreis anzusprechen.

Es wurden von der MA 48 insgesamt rund 109 Ausschreibungen durchgeführt. 14 davon europaweit aufgrund der Bestimmungen des Wiener Landesvergabegesetzes. Schwerpunkte waren die europaweit ausgeschriebenen Lieferaufträge betreffend Auftaumittel, Treibstoffe, Reifen, Abfallsammelbehälter aus Kunststoff für die Müllsammlung und die getrennte Sammlung von Altstoffen, Abrollcontainer, ferner europaweit ausgeschriebene Dienstleistungen wie Schneeräumungs- und Streuarbeiten mit LKW und Unimog-Fahrzeugen, Schlammsaugfahrzeugen, Altpapiersammlung im 3. und 4. Bezirk, etc.

Gemeinsam mit der Betriebsabteilung Technik wurden Ausschreibungen für den Verkauf skartierter Fahrzeuge und Geräte durchgeführt. Die Interessentenkartei umfasst etwa 1.400 Anbieter.

Im Rahmen der Preisprüfungskommission wurden insgesamt 151 Freihandvergaben und Nachtragsangebote mit Auftragssummen über ATS 100.000 auf Preisangemessenheit geprüft.

Im Berichtsjahr wurden ca. 60 Bestellungen für Dienstbekleidungen wie Arbeitshosen und -blusen, Sicherheitsschuhe etc. über die MA 54 im Auftragswert von ATS 6,5 Mio. durchgeführt.

Informationsreferat

Mist- und Schneetelefon

Im Jahr 1999 konnten 59.494 Anrufe verzeichnet werden. Das bedeutet einen Rückgang gegenüber 1998 von 5,3 % (62.798 Anrufe). Ab November erfolgte wieder die ständige Besetzung mit den Schneetelefonisten von 15.30 bis 18.00 Uhr.

Durch Ausbau und Optimierung des Informationszugriffs beim Telefon können Fragen schneller und zunehmend ohne Rückfragen bei anderen Stellen im Haus abgearbeitet werden (z. B. Entleerungstage von Altstoffgefäßen). Das Misttelefon führt auch die Stichwortordner mit Adressen, Kontaktpersonen, Entsorgungs- und Sammeltipps u. v. a. Die Informationen sind in einem Computerprogramm erfasst und können direkt abgefragt werden. Dazu werden alle Meldungen, Beschwerden und Infomaterialbestellungen direkt mit dem Computer erfasst, gespeichert und ausgedruckt. In Umsetzung ist eine direkte Vernetzung mit den Datenbanken der Abfallwirtschaft und eine Umstellung der Datenbank auf ein HTML-Format.

Mobile Abfallberatung

1999 wurde die Mobile Abfallberatung von April bis Juni und von September bis Oktober durchgeführt. Gratskompost wurde abgegeben und an manchen Standorten das 48er-Trennspiel durchgeführt. Bei 98 Einsätzen konnten 11.078 Beratungen verzeichnet werden. Highlights in publikumsmäßiger Hinsicht waren unter anderem 21., Franz-Jonas-Platz, 9., Alser Straße, 13., Hietzinger Hauptstraße und 20., Wallensteinplatz mit jeweils weit über 200 Beratungen pro Tag. Von Montag bis Donnerstag (9.00 bis 18.00 Uhr) war jeweils ein Bus im Einsatz. Durch die Skartierung von drei weiteren Bussen ergab sich ein Rückgang der möglichen Einsatzkapazität. Um dies abzufangen, wurden zusätzlich Montag und Donnerstag je zwei mobile Infostände aufgestellt.

Im Herbst wurden vier Wochen lang in Zusammenarbeit mit dem Kooperationspartner Römerquelle im Zuge der Mistvermeidungskampagne Beratungsstände mit dreidimensionalen Schaubildern zum Vergleich Einweg-Mehrweg aufgestellt, die großes Interesse bei der Bevölkerung fanden. 1999 wurden 86 Standorte mit 7.333 Beratungen besucht.

Bezirksmisttage

Im Rahmen der Aktion „Bezirksmisttage“ wurden jede Woche Dienstag und Mittwoch insgesamt 4 Standorte in wechselnden Bezirken mit einem mobilen Beratungsstand besucht. Dabei wurden bezirksmäßige Schwerpunkte gesetzt. Viele Standorte, die aus Parkplatzmangel für die Citybusse nicht erreichbar sind, konnten so erschlossen werden.

Inforad

Das Infofahrrad ist auch für kleinste Stellen im dicht verbauten Gebiet der Innenstadt geeignet. Einsatzgebiet waren die Bezirke 1, 2, 4–9, 12 und 20. Aufgesucht wurden 50 Standorte, 2.049 Beratungen wurden durchgeführt.

Veranstaltungen und Messen

Bei 77 verschiedenen Veranstaltungen und Festen war das Info-Referat mit Informationen, Spiel und Spaß vertreten und konnte dabei 19.144 Besucher verzeichnen. Ein Baukastensystem ermöglicht die beliebige Kombination der Segmente Beratung, Gratskompost, Mistvermeidungsausstellung in beliebiger Größe, Mistkasperl, Bastelecke, Mülltrennspiel, je nach Platzmöglichkeiten, Festcharakter und verfügbarem Personal rund um die beiden Beratungsbusse. Erstmals stand auch die 48er-Luftburg für die jüngeren Besucher zur Verfügung und wurde begeistert angenommen. Das Info-Referat nahm im abgelaufenen Jahr an fünf Messen teil, und zwar an der „Bauen und Wohnen“ im März gemeinsam mit der MA 22 (Thema Verleihführer und Wiener Altwarenborse im Internet, „Gewerbe und Handwerk“ im Juni (Thema Reparaturführer), an der „Kinderideenmesse“ im September (viele Spiele für Kinder), an der „Home“ (Thema Kompostierung) im Oktober und an der „Seniorenmesse“ im November (Thema Verleihführer). Dazu fand eine Ausstellung im Technischen Museum zum Thema Ökologische Schultasche zusammen mit dem Stadtschulrat statt. Insgesamt konnten an 32 Tagen 9.358 Besucher verzeichnet werden.

Speziell für ein junges Publikum waren die Besuche des Müllkasperls in den städtischen Sommerbädern im Juli und August gedacht. Neben dem Kasperltheater gab es auch Mitmachaktionen, Malen und Zeichnen und eine Mistrallye. Die Firma Tupperware unterstützte durch die Überlassung von Preisen. Bei 29 Aktionstagen gab es 5.014 TeilnehmerInnen.

Im April und Mai nahm die MA 48 an insgesamt 28 Veranstaltungen der Aktion „Wien im Blumenschmuck“ des Stadtgartenamts teil. 4.487 Besucher waren bei den 48er-Ständen zu registrieren.

Persönliche Beratung

Unter dem obigen Namen wurde ein Modell von Hausbesuchen in Schwerpunktgebieten durchgeführt. Im Jahr 1999 wurden besucht: Der 12. Bezirk flächendeckend im Bereich Gürtel–Wiental–Meidlinger Hauptstraße–Eichenstraße sowie im 22. Bezirk die Anrainer einer Biosammelstrecke. Dabei wurden 14.727 Beratungen durchgeführt.

Schulen und Kindergärten

Die kostenlosen Rundfahrten für Schulen (ab der 4. Schulstufe) durch Abfallbehandlungseinrichtungen der MA 48 (Zelt, Deponie, Kompostwerk) wurde fortgesetzt. Von März bis Juni und Oktober bis November wurden Fahrten für eine oder mehrere Klassen mit 9.035 SchülerInnen durchgeführt. Parallel dazu wurden als Vor- oder Nachbereitung eine oder mehrere Schulstunden angeboten und von zahlreichen Klassen mit 8.355 Teilnehmern genutzt. Die Rundfahrten ab der 5. Schulstufe im Herbst waren schwerpunktmäßig dem Thema „Kunststoffe“ gewidmet.

Für Volksschulen (1. bis 4. Schulstufe und Vorschule) wurden eigene Weihnachtsschulstunden konzipiert und im Dezember vor 4.450 Kindern abgehalten. Für die Kleinsten in den Kindergärten wurde ein spezielles Programm rund um das Müllkasperltheater mit Basteln, Bewegungsspielen und anderem entwickelt. Zwei Aktionen in den Wintermonaten mit 25 Aufführungen vor 733 Kindern waren ein voller Erfolg.

Internationale Aktivitäten

Das Interesse am Wiener Abfallwirtschaftsmodell lässt sich durch die wachsende Zahl von Delegationen aus dem In- und Ausland ermessen. 1.400 Personen nahmen an Führungen durch verschiedene Anlagen teil.

Am 15. und 16. Oktober 1999 fand in der Hofburg der internationale Kongress „Finanzierung der städtischen Abfallwirtschaft“ statt. Über 450 Teilnehmer aus 30 Ländern konnten begrüßt werden. Im Rahmen von Tagungen wurden Informationsstände in Bratislava und Brunn eingerichtet.

Infomaterial

An Broschüren befanden sich im Stand: „Das kleine Mist-ABC“ (auch in Englisch, Serbokroatisch, Türkisch, Ungarisch, Polnisch, Slowakisch und Tschechisch), „Das Wiener Abfallwirtschaftskonzept – Kurzfassung“, „Kompostieren“ und „Problemstoffe vermeiden“. Dazu sind im Rahmen der Mistvermeidungskampagne die „Reparaturführer“ 1. und 2. Teil, der „Verleihführer“ 1. Teil, die Broschüre „Ökologische Schultasche“ und die „48 Misttipps“ mit 48 Hinweisen speziell zur Mistvermeidung vorhanden. Das Heftchen „Emily und das Müllpferd“ soll schon die Kleinsten zur Mülltrennung animieren. Für Fachbesucher gibt es die Broschüre „Abfallwirtschaft“ in mehreren Sprachen. Dazu wurden die Leistungsberichte von Abfallwirtschaft, Fuhrpark und Straßenreinigung, interne Schulungs- und Unterweisungsunterlagen sowie verschiedene Aufkleber und Hinweistafeln bestellt. Zahlreiche der obigen Broschüren sind derzeit in Überarbeitung und in Umstellung auf ein neues Design.

Zur flächendeckenderen Verteilung von Infomaterial befinden sich 18 Infoständer in Magistratischen Bezirksämtern und Hallenbädern. Wegen des großen Verbrauchs muss jeder Ständer wöchentlich kontrolliert und nachbestückt werden. 47.990 Broschüren konnten im letzten Jahr verteilt werden. Durch Bestellung über das Misttelefon bzw. bei Veranstaltungen wurden insgesamt 9.868 Versendungen von Infomaterial durchgeführt.

Geschirrmobil

Das 48er-Geschirrmobil war 1999 sehr stark im Einsatz. Es konnten bei 25 verschiedenen Veranstaltungen 97 Einsatztage verzeichnet werden. Beim Einsatz am Stephansplatz (Punshütte) konnten beispielsweise durch den Einsatz der Mehrweghäferln mehr als 60.000 Plastikbecher vermieden werden.

Abfallberater

Der Personalstand der im Auftrag der MA 48 tätigen Abfallberater wurde durch einen neuen Kurs wieder aufgestockt. Neue AbfallberaterInnen werden nur noch mit Gewerbeschein angenommen. Ende des Jahres waren 11 AbfallberaterInnen mit Gewerbeschein tätig. Deren Aufgaben umfassen die ganze Palette von Abfallinformationen: Misttelefon, Betreuung von Beratungsständen, Mobile Abfallberatung, Schulprojekte, Führungen, Gewerbe- und Kompostberatungen. Dafür wurden 21.523 Stunden aufgewendet.

Mistvermeidungskampagne

Von Ende Mai bis Jahresende lief die Mistvermeidungskampagne. In Zusammenarbeit mit der MA 53 und einer Werbeagentur gab es zahlreiche Inserate in Tageszeitungen und Magazinen, Citylight-Plakatdurchgänge, Infoscreens in U-Bahn-Stationen, Großflächenplakate, Hörfunk- und Kinospots, Beilagen in der Zeitschrift „Unser Wien“, die „1. Wiener Mistvermeidungsmeisterschaft“ und vieles andere. Die Sponsoren Römerquelle, Tupperware und Österreichische Lotterien unterstützen die Kampagne, welche Ende November mit der Schlussveranstaltung bei den Lotterien eine Höhepunkt fand.

Internet

Die (mehr als 60) Internet-Seiten der MA 48 wurden laufend betreut und aktualisiert. Erweiterungen zu den Themen Fuhrpark und Straßenreinigung sind in Umsetzung.

Sonstiges

Für die Abschleppgruppe wurde eine große Veranstaltung anlässlich des 25-jährigen Bestehens organisiert. Gutwinski Umweltmanagement betreute wieder die Abfallbeauftragten von Wiener Gewerbebetrieben in mehreren Clubveranstaltungen.

Allgemeine Dienstleistungen

Planungsreferat

Das neue Wiener Abfallwirtschaftskonzept 1998 wurde nach der Einspruchsbearbeitung fertig gestellt und vom Stadtsenat beschlossen. Das Forschungsprogramm über Vermeidungsmöglichkeiten im Systemmüll konnte als erste Stufe in Form einer Literaturstudie und mit einer Reihe von Detailstudien begonnen werden. Diese Basisuntersuchungen sollen im kommenden Jahr fortgesetzt werden.

Auch die Gewerbeabfalluntersuchung konnte für die Branchengruppen Bildung (KMB) und Gastronomie (KMB) weitergeführt werden, um Verringerungspotenziale in diesen Branchen zu erheben und so nach Möglichkeit Ansätze zur Verringerung der Restmüllmenge aufzuzeigen.

An weiteren Forschungsarbeiten wurden neben einer Akzeptanzuntersuchung in der Abfallwirtschaft der Straßenpflegeabfall in Wien (mit Eigenpersonal) analysiert, die Intensivierung der Biotonnensammlung in Floridsdorf, Donaustadt und im innerstädtischen Bereich untersucht, Möglichkeiten zur Sammlung von Altspeisefetten geprüft, das Projekt Windeldienst als Versuch gestartet, die Langzeituntersuchungen zur Anwendungsoptimierung von Biokomposten weitergeführt und die Auswirkungen von Kaliumkarbonat als Auftausalz auf Pflanzen und Boden abgeschlossen. Die Ergebnisse sollen im Jahr 2000 als Weißbuch zusammengefasst werden.

Berichtswesen und Statistik

Neben der Erstellung der Leistungsberichte Abfallwirtschaft, Straßenreinigung und Fuhrpark wurden auch Tabellen und Dokumente für die Bezirksberichte und für den Verwaltungsbericht der Abfallwirtschaft erstellt. Weiters werden die Anfragen bezüglich statistischer Daten von der MA 66 und anderen Stellen bearbeitet. Auch die laut AWG notwendige Abfallbilanz der 48er wird vom Referat für Berichtswesen jährlich erstellt und an die MA 22 weitergeleitet. Das Abfallwirtschaftskonzept wurde fertig gestellt und zum Druck freigegeben.

Für die 1997/98 stattgefundenene Müll- und Altstoffanalyse in Wien wurde der Endbericht erstellt und verteilt. Die Straßenkehrrechtsanalyse wurde abgeschlossen, die Analyse des Sperrmülls begonnen.

Labor

Im Jahr 1999 wurden im Zuge der Eingangskontrolle auf der Deponie Rautenweg an 21 Proben aus Anlieferungen 204 Analysen, an 193 Asche- und Schlackeproben 2.373 Analysen, an 195 Proben aus der Kompostierung 2.150 Analysen sowie für andere Bereiche der Abteilung und für diverse Projekte an 110 Proben 1.995 Analysen durchgeführt. Auch im Jahr 1999 hat das Labor an einem Ringversuch der ALVA teilgenommen. Für das Forschungsprojekt Prof. Brunner wurden 2,5 t Schlacke (Herkunft: Spittelau) zerkleinert. Davon wurden 60 Proben genommen, gemahlen und analysiert. Aus verfestigten Abfällen wurden 40 Probekörper hergestellt und laut Deponieverordnung untersucht. An ausgewählten Probekörpern erfolgten Eignungsprüfungen laut Deponieverordnung und 168 Schwermetallanalysen.

Insgesamt wurden 18,6 t Problemstoffe übernommen. 6.168 Gebinde mit angelieferten Problemstoffen (4,1 t), davon 303 Notfalltonnen und 54 Quecksilbereinweggefäße, wurden in der Z-Prosa sortiert. Die restlichen 14,5 t setzen sich aus Großgebinden sowie gefährlichen Abfällen aus der Z-Prosa zusammen. 580 unbekannte Substanzen mussten im Labor identifiziert werden.

Baureferat

In der Garage 5 wurde in den Wagenhallen eine Hallenbeleuchtung installiert und die Eisenteile der Dachkonstruktion mit einem Brandschutzanstrich beschichtet. Der Boden der Waschstraße wurde saniert sowie Speiseraum, Kanzlei und Gang verfliest und ausgemalt. Im Speiseraum der Garage 17 wurden die Fenster ausgewechselt und ausgemalt. Die Böden der Werkstätten wurden neu beschichtet. Das Materiallager sowie die WC-Anlage in der E-Halle der Garage 20 wurden saniert und die Werkstättenböden erneuert. In der Hauptwerkstätte wurde die Halle 19 abgetragen und eine neue Werkstättenhalle errichtet. Weiters wurde das Dach der Halle 13 saniert und die Fenster in 3 Objekten erneuert. In der Abfallbehandlungsanlage wurde ein Verbindungstunnel für ein Kompostförderband sowie ein Flugdach für die Kompostaufgabe und eine Schaltwarte errichtet. Weiters wurde eine Einhausung für die Kanballenpresse, ein Gitterverbau für die Fahrmeisterei und ein Inspektionssteg für die Lüftungsanlage errichtet. Zur Schaffung von Abstellflächen für Kompost-Sattelzüge wurde der Grünstreifen zwischen Flosse 13 und 25 verkleinert und die Fläche asphaltiert. Auf der Deponie Rautenweg wurde im Kübellager eine zweite Ebene zur Erweiterung der Lagerflächen eingezogen. Im Kompostwerk Lobau wurden die Rigole verschlossen, die Falttore gestrichen und am Schafflerhof das Retentionsbecken ausgebaggert sowie der Einlauf der Rigole erneuert.

Der Mistplatz Wundtgasse/Jägerhausstraße konnte nach Abschluss der Arbeiten als moderne Anlage von der Straßenpflege übernommen werden. Generalsaniert wurden 4 Stützpunkte, weitere 4 Stützpunkte konnten neu bezogen werden. Für die General- oder Teilsanierung konnten zwei Depots vorbereitet werden. Weitere 12 Stützpunkte und 2 Mistplätze konnten in Einzelbereichen saniert oder verbessert werden.

Zusätzlich erfolgte der Einbau von 3 Soleanlagen und einem Flugdach für den Winterdienst sowie der Bau von einem weiteren Flugdach zur Abdeckung von Fertigkompost.

Die neue Schneeableerstelle am Auhof konnte im laufenden Winter bereits voll genutzt werden.

Neu- und umbenannt wurden 16 Straßen, Gassen und Plätze, wofür 54 Straßenbenennungstafeln an den fertig gestellten Anbringungsorten montiert bzw. 12 Tafeln bestellt wurden. Bei neu benannten Straßen und Gassen aus den Vorjahren wurden 79 Tafeln montiert. Bei 9 neu benannten Straßen, Gassen und Plätzen wurde eine Festveranstaltung durchgeführt. Weiters wurden 814 Straßenbenennungs-, 23 Hinweis- und 14 Orientierungsnummerntafeln erhoben, bestellt, geliefert und teilweise montiert. Über die Schadensdatei (Profi) wurden 86 Meldungen übermittelt und deren Behebung veranlasst. 2.729 Reparaturen wurden durchgeführt und 388 Stück Straßenbenennungstafeln gereinigt. Über Auftrag der MA 53 wurden in 16 Bezirken bei Straßen, Gassen und Plätzen 62 Erläuterungstafeln angebracht.

Für die Abfallwirtschaft wurden 4 Unterkünfte generalsaniert, 22 Unterkünfte umgebaut oder teilsaniert, in 1 Unterkunft mit der Generalsanierung begonnen und 3 nicht mehr benötigte Unterkünfte an die MA 17 zurückgegeben.

In Wien werden derzeit 341 städtische Bedürfnisanstalten zur Reinigung, Betriebsführung und Instandhaltung verwaltet. 1 Anlage wurde versetzt, 1 Anlage generalsaniert, 1 Anlage umgebaut, 11 Anlagen teilsaniert, 9 Anlagen instand gesetzt bzw. umgebaut und eine Anlage abgebrochen und neu errichtet.

Die fahrbaren Toilettenanhänger waren an insgesamt 89 Tagen eingesetzt.

Personal und allgemeine Verwaltungsangelegenheiten

Personal

Mit 31. 12. 1999 waren 3.120 Dienstposten systemisiert. Aufgrund von Elternkarenzurlaub und ordentlichem Präsenzdienst wurden 7 Dienstposten als Überhang geführt. Die Anzahl der Saisonarbeiter betrug 260.

3 Bedienstete waren zur Dienstleistung zugeteilt und 14 MitarbeiterInnen wurden im Rahmen des Behindertenkontingentes beschäftigt.

Im abgelaufenen Jahr wurden von der Personalstelle 520 Abgänge und 546 Zugänge bearbeitet sowie 110 Vertragsangaben und 30 Verwendungsänderungen beantragt. Darüber hinaus wurden 13 höherwertige Dienstposten bekannt gemacht.

Mit 1. 4. 1999 wurde der Personalstelle die operative Dienstaufsicht für die Schemata I und III probeweise übertragen. Neben weiteren Pilotprojekten wurde dies als Versuch einer dezentralen Personalgebarung eingeleitet. Ein einheitliches Ausbildungsmanagement wurde begonnen und die Verrechnung der Nebengebühren und Absenzerfassung wurde auf das moderne VIPer-Programm umgestellt. Weiters wurde begonnen, auch die Personalgebarung nach der ISO 9001/2000-Norm auszurichten.

Rechtsangelegenheiten

Die Kraftfahrzeuge der Stadtverwaltung, die in versicherungsrechtlichen und technischen Belangen durch die Abteilung betreut werden, waren im Jahr 1999 an 1.506 Schadensfällen beteiligt, von denen 961 die MA 48 betrafen. Insgesamt konnten im Berichtsjahr 865 Fälle abgeschlossen werden. An Schadenersatzforderungen konnten von den Haltern der gegnerischen Kraftfahrzeuge oder den Haftpflichtversicherungen ATS 4.207.606 hereingebracht werden. Für die Beschädigung von Betriebseinrichtungen (Müllgefäße, Sanddächer, Papierkörbe etc.) durch Fremde wurden in 775 Fällen insgesamt ATS 297.381 einbringlich gemacht.

Betriebskassa

Der Bargeld- und Wertmarkenbruttoumsatz betrug ATS 67.729.000.

Zentrale EDV

Insgesamt konnte neben der Verlegung und Erweiterung des Computerraumes der Abschleppgruppe auch der neue Funktisch für Journal- und Winterdienst installiert werden. Die Auf- und Umrüstung mit PC, Druckern und Monitoren wurde weitergeführt. Auch die Software konnte in vielen Bereichen verbessert oder neue Programme installiert werden. Die KFZ-Tafel konnte im Intranet für alle Magistratsabteilungen zugänglich gemacht werden.

Fuhrpark

Wirtschaftsreferat

Die Routineaufgaben 1999 waren die Zuständigkeiten im Bereich Budgetverwaltung, Betriebsnummernvergabe, Wirtschaftsgut-Nummernvergabe, Verwaltung der betriebseigenen Parkplätze, Betreuung der Abschleppgruppe und die Durchführung von Projekten.

Im Bereich Betriebsnummern- und Wirtschaftsgut-Nummernvergabe waren 265 Auftragserteilungen zu kontrollieren und auf entsprechende Vergabe zu prüfen. Davon entfielen auf andere Magistratsabteilungen 147 Auftragserteilungen.

1999 waren 198 betriebseigene Stellplätze vom Wirtschaftsreferat zu verwalten. Davon befanden sich 191 Parkplätze in der Einsiedlergasse und 7 in der Garage 20.

Die Stabstellentätigkeit für die Abschleppgruppe umfasste die Beratung bei Diensterteilungen und in wirtschaftlichen Belangen. Dazu gehörte noch die Mitbearbeitung der Einsprüche von Besitzern abgeschleppter Pkws.

Vorarbeiten und die Planung des Containerdorfes auf dem Gelände der Abschleppgruppe in Simmering konnten erfolgreich durchgeführt werden.

Im Zuge der Einführung von SAP konnte der Kommunikationsfluss innerhalb des Fuhrparks verbessert werden. Ein Workshop zur Prüfung der Qualitätsmanagement-Abläufe auf SAP-Tauglichkeit mit einem externen Berater fand statt.

Auf Grund der steigenden Preise und der Veränderungen in der Abschleppgruppe musste die Tarifberechnung neuerlich durchgeführt werden. Das Ergebnis wurde in mehreren Varianten präsentiert, wodurch sich eindeutige Wege für zukünftige Tarifanpassungen ergaben.

Das Wirtschaftsreferat hatte großen Anteil bei der Definition und Entwicklung von Prozessen, bei der noch laufenden Einführung eines Qualitätsmanagements nach ISO. Die Prozesse werden bereits gelebt und wurden beim internen Qualitätsaudit für gut befunden. Im Zuge des Projektmanagements wurden die Projekte „Mitarbeiterzufriedenheit in der MA 48“ und „Y2K“ erfolgreich durchgeführt.

Sicherheitsreferat

Aufgabe des Sicherheitsreferates war, auf die gesetzlichen Bestimmungen der Arbeitssicherheit und des Brandschutzes zu achten und bei Abweichungen Maßnahmen zu setzen.

Dazu gehörte die Beratung der Leiter vor Ort, die Begehung der Arbeitsstätten, die Ermittlung und Beurteilung der festgestellten Gefahren und das Vereinbaren von Maßnahmen zur Abstellung der Mängel.

Das Referat hatte wesentlichen Anteil an der Entwicklung eines Qualitätsmanagement-Systems (QMS) im Fuhrpark und stellte auch den Projektleiter. Im abgelaufenen Jahr wurde die Erstevaluierung im Bereich des Fuhrparks der MA 48 abgeschlossen. Aufbauend auf der Erstevaluierung (Ist-Zustand) wird im Jahr 2000 eine neuerliche Begehung mit dem bestellten Arbeitsmediziner durchgeführt werden.

Für die Arbeitssicherheit im Fuhrpark verantwortlich und bestellt wurden eine Sicherheitsfachkraft und ein Stellvertreter, 18 Sicherheitsvertrauenspersonen, ein Brandschutzbeauftragter, 13 Brandschutzwarte, 44 Erste-Hilfe-Ausgebildete und drei Arbeitsmediziner (für die gesamte MA 48).

Die „Erstunterweisung“ an Hand der Unterweisungsmappe wurde in allen Bereichen des Fuhrparks durchgeführt und hat insgesamt ein sehr positives Ergebnis gebracht.

Bezüglich der Lenkerunterweisung war und ist man bemüht, neue, modernere Wege der Einschulung in die Unterweisung einzubeziehen. 2000 sollen mit den Firmen MAN, MUT und anderen Einschulungsvideos erstellt werden.

Im Fuhrpark ist es jetzt möglich, mittels einer Datenbank die Kfz-Unfälle zu analysieren. Es können dadurch beispielsweise die häufigsten Unfallursachen ermittelt und damit auch Gegenmaßnahmen ergriffen werden. Eine dieser Gegenmaßnahmen war es, dass bei allen neuen Müllfahrzeugen Rückfahrkameras angeschafft wurden.

Der Werkstättenbereich wurde hinsichtlich neuester arbeits- und sicherheitstechnischer Gesichtspunkte beraten.

Für die Lagerung von Druckgaspackungen wurde ein eigener Gefahrstoffbehälter beschafft.

Personal und Organisation

Das Berichtswesen im Fuhrpark bedeutete die Erstellung bzw. Korrektur des Leistungsberichts, des Verwaltungsberichts, der Tätigkeitsberichte, der Umweltberichte und der Wirtschaftsberichte sowie die Erledigung von Aufgaben für das Österreichische Statistische Zentralamt.

Elemente des aktiven Umweltschutzes waren die Mitarbeit im KliP-Team (Klimaschutzprogramm) und im PROGUL-Team (Projektgruppe für die Beschaffung von umweltgerechten Leistungen – Arbeitsgruppe Fuhrpark). Diese Mitarbeit umfasste die Erprobung von alternativen Antrieben, Treibstoffen und die Einhaltung gesetzlicher Vorschriften. In diesem Zusammenhang wurde vom Fuhrpark die Lenkerschulung mittels eines Fahrsimulators vorgeschlagen. 1999 wurde ein solcher angeschafft. Durch die Schulung am Fahrzeugsimulator kann eine Treibstoffeinsparung und analog dazu eine CO₂-Reduktion erzielt werden. Durch die Schulung am Simulator könnten zudem Unfälle und der Fahrzeugverschleiß vermindert werden.

Das Personalwesen im Fuhrpark beinhaltete die Ausschreibung höherwertiger Dienstposten, das Führen des Dienstpostenplanes, die Organisation von Verkehrssicherheitstests und die Kontrolle der Überstunden. Auch war dieses Referat erster Ansprechpartner für die Personalabteilung und Personalvertretung.

Bei der Anschaffung von systemisierungspflichtigen Fahrzeugen wurde die notwendige Systemisierung (auch für Fremdbteilungen) veranlasst bzw. eventuell notwendige Skartierungen eingeleitet.

Im Berichtsjahr wurde das Referat mit der Umsetzung des Ausschreibungsergebnisses von Fahrzeugen bis 3,5 t höchstes zulässiges Gesamtgewicht für den Magistrat, den KAV und die Wiener Stadtwerke betraut.

Technik

Die Tätigkeiten konzentrierten sich auf Marktforschung im Bereich Fahrzeugreparatur (Methoden, Werkstättenausrüstung, Bewertung), Erstellung eines Erneuerungskonzeptes für die Hauptwerkstätte und Erwirkung der Genehmigung der 2. Ausbauphase, Erstellung eines Ausstattungskonzeptes für die neue Halle 19, Erstellung und Umsetzung eines Betriebskonzeptes für die Zeit der Bauarbeiten, Anpassung der Prüfstraßeneinrichtung und des Prüfablaufs von Kraftfahrzeugen an die geänderten gesetzlichen Bestimmungen, Versuche Luftfilter zu regenerieren und Mitarbeit am Qualitätsmanagementsystem des Fuhrparks.

Technischer Referent

Der Ankauf und die Übernahme von 616 Fahrzeugen, Geräten, Werkzeugen und Werkstatteinrichtungen mit einem Gesamtwert von ca. ATS 170 Mio. für die MA 48 und für andere Magistratsdienststellen waren zu bewältigen. Bei der Beschaffung wurde auf Umweltverträglichkeit geprüft, z. B. Lackierung, Lärm, Abgase und Treibstoffverbrauch. Besonderes Augenmerk wurde dabei biologisch abbaubaren Ölen und Schmierstoffen geschenkt. 43 % der Ankäufe entfielen auf andere Magistratsdienststellen, der Rest auf die MA 48. Jedes einzelne Fahrzeug oder Gerät wurde bei dessen Lieferung auf seine Funktion und Vollständigkeit überprüft und alle Daten für die Fahrzeugtafel der MA 48 erfasst. Analog zu den Neuanschaffungen von Fahrzeugen und Geräten wurden die der Skartierung (Ausscheidung) zugeführten Altgeräte vorher einer eingehenden Besichtigung unterzogen und zur Skartierung freigegeben.

Zusätzlich erfolgte die Begutachtung von ca. 100 verunfallten Fahrzeugen von 27 zu betreuenden Magistratsdienststellen, die Reparaturüberwachung, die Rechnungsprüfung und die Weiterleitung an die Versicherungen.

Typisierung, Telefon, Funk

Im Bereich der Telekommunikation (Telefon, Funk, Telekopiergeräte, Rundfunk, Telekabel, Tonrufanlagen, Video, Brandmeldeanlagen) wurde die Bedarfsermittlung, Anschaffung, Inventarisierung, Reparaturveranlassung, Skartierung und Rechnungsbehandlung durchgeführt.

Im Bereich Fahrzeugverwaltung wird die Typisierung, Anmeldung, Inventarisierung, Verwaltung, Abmeldung, Skartierung und der Verkauf von Fahrzeugen und Geräten durchgeführt. Zu diesem Bereich gehörten die Berechnung und Überprüfung der Kraftfahrzeugsteuer und der Kraftfahrzeugversicherung, die Verwaltung der Versicherungspolizzen, der Ankauf und die Verwaltung von Kraftfahrzeugkennzeichen und von Mautvignetten, die Führung der Interessentenkartei, die Einreichung und Verwaltung von Routengenehmigungen, die Beantragung von diversen Ausnahmegenehmigungen und von Genehmigungen zum Führen von Blaulicht. Des Weiteren wurde die Budgetplanung, Budgetüberwachung und Budgetabrechnung einschließlich der Führung der Kreditevidenzen durchgeführt.

Der im Jahr 1997 begonnene Aufbau einer elektronischen Datenbank für die Verwaltung der Fahrzeugdaten wurde im Jahr 1999 weitergeführt.

1999 erfolgten 27 Skartierungsverhandlungen, dabei wurden ATS 4.444.694 für die 227 zum Verkauf vorgesehenen Fahrzeuge erzielt.

Das Referat erledigte im Berichtszeitraum 656 An- und Abmeldungen beim Verkehrsamt der Bundespolizeidirektion Wien. Bei der zuständigen Landesprüfstelle (MA 46) wurden 36 Fahrzeuge vorgeführt.

1999 wurden 3.527 Versicherungspolizzen verwaltet. 800 Autobahnvignetten wurden für 2000 beschafft.

Das Referat hatte 238 Amtsleitungen mit 361 Nebenstellen und 195 Mobiltelefone zu verwalten. Die nötigen Reparaturen und die Herstellung von Anschlüssen wurden über die MA 23 als Fachdienststelle veranlasst.

Im Berichtsjahr waren 2 Funksendeanlagen, 848 Funkgeräte und 285 Personenrufempfänger zu verwalten.

Reparaturen wurden unter Bedachtnahme der Gebarungsgrundsätze veranlasst, Rechnungen und Gebühren überprüft und über die Buchhaltung zur Anweisung gebracht. Ca. 120 Personenrufempfänger wurden an die privaten Winterdienstkontrahenten ausgegeben und nach Saisonende wieder eingesammelt. 1999 wurden 85 Geräte beschafft.

Materialwirtschaft

1998 wurde entschieden, dass künftig SAP zu verwenden ist und ab 1. 1. 1999 zu laufen hat. Es gelang, die übliche Vorbereitungszeit von 18 Monaten (laut SAP) auf 6 Monate zu reduzieren. Start war der 1. 1. 1999, betroffen waren alle Mitarbeiter im Bereich Einkauf und Hauptlager. Die Mitarbeiter waren engagiert und zeigten außergewöhnliche Eigeninitiative. Trotz unzureichender EDV-Kenntnisse ergänzten sie ihr Wissen in kürzester Zeit durch entsprechende Einschulungskurse.

28.762 Bestellanforderungen (mit mehreren Positionen) wurden bearbeitet und mit 14.585 Bestellungen bei 458 Lieferanten erledigt. Das gesamte Einkaufsvolumen betrug ATS 143 Mio.

109.703 Materialbewegungen waren im Hauptlager zu bewältigen. Diese gliedern sich in 16.343 Wareneingänge, 15.713 Warenausgänge für Dienstkleider, 64.500 Wareneingänge für Lagermaterial und 13.147 Umbuchungen vom Hauptlager in die Magazine der Garagen. Das Hauptlager führte 5.514 verschiedene Lagerartikel.

Arbeitsvorbereitung

Es wurden 3.461 Arbeitsaufträge mittels SAP/R3 bearbeitet und 252 Kapazitätspläne der Hauptwerkstätte 17 erstellt. 91 verunfallte Fahrzeuge wurden gemeinsam mit dem Unfallreferat, den technischen Referenten und den Meistern bearbeitet. 159 Fahrzeuge, die zur Skartierung vorgeschlagen waren, wurden mit den Referenten und den Meistern begutachtet. Neben den laufenden Geschäften wurde im ersten Halbjahr das Augenmerk auf den SAP-gemäßen Ablauf der Instandhaltungsaufträge gerichtet, inklusive ordnungsgemäßen Bestellungen von Fahrzeugreparaturen bei Fremdfirmen. Die Kalkulation (Arbeitszeit und Material) von PKW erfolgte mit Hilfe des EUROTAX AUTO-CALC-Programms.

Hauptwerkstätte

Im Berichtsjahr reparierte die Hauptwerkstätte 1.748 abteilungseigene und 54 abteilungsfremde Kraftfahrzeuge, Geräte und Maschinen. Zu diesen Aufgaben kamen Fahrzeugübernahmen, Fahrzeugüberprüfungen und das Montieren und Demontieren von Winterdienstgeräten hinzu. Weiters wurden Reparaturen an Werkzeugen, Papierkörben und Warnlampen durchgeführt. Die Überprüfung der elektrischen Geräte der MA 48 nach dem Elektrotechnikgesetz wurde umfassend erledigt. Die Tischlerwerkstätte der Hauptwerkstätte erbrachte Leistungen für die Zentrale der MA 48, für die Abfallwirtschaft, für die Straßenreinigung, das Info-Referat und für die drei Großgaragen. In der Hauptwerkstätte wurde das SAP/R3-System eingeführt und eine neue Reparaturhalle errichtet.

Betrieb

Der Bereich Betrieb umfasst ca. 700 Mitarbeiter und ist für den gesamten Fahrbetrieb bzw. die Reparaturen und Wartungen in den Garagen verantwortlich. Der Betrieb besteht aus der Leitung, der Fahrzeuggestelle, 3 Großgaragen und 5 Dependancen.

Zu den Aufgaben zählen die Erfüllung von Fuhrleistungen gemäß Kundenwünschen, der optimale Einsatz der zur Verfügung stehenden Lenker und Fahrzeuge, die Optimierung der Wartungen, die Weiterbildung und Schulung, die Mitarbeit beim Erstellen von Leistungsprofilen für anzuschaffende Fahrzeuge und Ausschreibungen, die Ermittlung und Erreichung des optimalen Fahrzeugstands, die Bestellung von Neufahrzeugen an die Referenten, die Leistungsvergabe an Privatfirmen, die Organisation von Spezialtransporten, die Bearbeitung von Beschwerden, die Erreichung der ISO-9000-Zertifizierung, die Baulichkeiten und Einrichtungen der 3 Garagen und 5 Dependancen, die Bearbeitung von Lenkerankünften und Anonymverfügungen, die Verkehrssteuerabrechnung für den gesamten Magistrat, das Verbesserungsvorschlagswesen im Bereich der Garagen, die Erstellung und Aktualisierung von Kehr- und Saugerplänen und Statistiken.

Fahrzeuggestelle

In der Fahrzeuggestelle erfolgt die tägliche Fahrzeugdisposition. Für den Betrieb ist sie die Kontaktstelle zu den Garagen, zu den internen und externen Kunden und somit ein wesentliches Aushängeschild des Fuhrparks. Täglich werden 400 Fahrzeuge des Betriebs und privater Kontrahenten für die Betriebsabteilungen Straßenreinigung und Abfallwirtschaft sowie für abteilungsfremde Kunden eingesetzt.

Neben dieser Haupttätigkeit werden Lenkererhebungen und Anonymverfügungen bearbeitet, die monatliche Verkehrssteuerabrechnung erstellt und verschiedene Statistiken geführt.

Tabelle 1: Dispositionsübersicht von Fahrzeugeinsätzen, die von der Fahrzeuggestelle 1999 organisiert wurden:

Art der Fahrzeugeinsätze mit	Anzahl der Einsätze mit	
	privaten Fahrzeugen	Fahrzeugen der MA 48
Ladegeräten	313	0
Böschungsmähern	0	79
Kehrmaschinen, Kehr-Bobcats	210	7.994
Kippen	109	2.043
Kranwagen	1.401	724
Muldentransportern	durch BA 4.0	5.251
Sattelzugfahrzeugen für Kompost und Schlackenbeton	0	3.271
Schlammsaugern	1.150	1.689
Spezialbussen	0	1.216
Waschmaschinen	1.950	2.318
Summen der Dispositionen	5.133	24.585

Garagen

1999 waren in den drei Garagen 516 Fahrzeuge und Geräte der Abfallwirtschaft sowie 1.287 Fahrzeuge, Winterdienstgeräte und andere Gerätschaften für den Bedarf der Straßenreinigung stationiert, wurden auch gewartet und je nach Arbeitsumfang repariert.

Der Lenkerstand in den Garagen betrug Ende Dezember 1999 insgesamt 521 Personen.

Sondereinsätze

Die drei Großgaragen wechseln monatlich ihren Dienst als „Einsatzgarage“, um Straßenverunreinigungen zu beseitigen. Angefordert wird die Einsatzgarage zu 90 % von der Polizei. Den Rest auf 100 % teilen sich die Feuerwehr und der Permanenzdienst im Rathaus.

Im Jahr 1999 rückte die Einsatzgarage zu 1.529 Sondereinsätzen aus. Rund 75 % dieser Einsätze betrafen die Reinigung nach Verkehrsunfällen. Die restlichen 25 % beinhalten die Entfernung verschiedenster Verunreinigungen, z. B.: illegale Müllablagerungen, Fäkalien, Einwegspritzen und Hilfeleistung bei Brandeinsätzen.

Abschleppgruppe

Im Berichtsjahr wurden durch die Abschleppgruppe 27.102 (- 5,24 %) verkehrsbeeinträchtigend abgestellte Fahrzeuge mit Kennzeichen gemäß § 89 a StVO 1960 kostenpflichtig entfernt und 13 Ortsveränderungen durchgeführt. In Summe sind dies 27.115 Entfernungen (1998: 28.615). Die Abschleppgruppe wurde 59.176-mal (- 1,25 %) zur Entfernung von falsch geparkten Fahrzeugen angefordert. Ferner wurden 3.897 Fahrzeuge ohne Kennzeichen von öffentlichen Verkehrsflächen entfernt. Davon wurden 3.663 (+ 0,83 %) Fahrzeuge in Verwahrung genommen (1998: 3.633).

448 Fahrzeuge wurden gegen Kostenersatz der MA 48 zur Entsorgung übergeben, davon 234 Fahrzeuge von der Straße abgeholt und 214 Fahrzeuge in die Verwahrstelle Simmering angeliefert. Durch die Veräußerung (Verkauf über Dorotheum oder Verschrottung) der ohne Kennzeichen entfernten Fahrzeuge konnten Einnahmen in der Höhe von rund ATS 2,6 Mio. erzielt werden.

Es wurden 7.021 (1998: 7.040) Meldungen und Anzeigen über Fahrzeuge ohne Kennzeichen (inklusive Verzichte) entgegengenommen. Darunter wurden 3.492 durch die Abschleppgruppe, 504 durch die Straßenreinigung, 1.285 durch die Polizei und 682 durch den Bürgerdienst und Stadtinformation der Abschleppgruppe bekannt gegeben.

1999 wurden neben den drei eigenen Abschleppfahrzeugen 22 Fahrzeuge von Privatfirmen kontinuierlich, aber unter Reduzierung der Einsatzzeiten (maximal 42 Wochen) eingesetzt. Für den Transport der Fahrzeuge zur Verschrottung waren zwei Fahrzeuge im Einsatz.

Im Berichtsjahr wurden aufgrund der Forderungen der ISO-Norm „Wienpläne“ zur Vorlage an den Stadtrat als Vertreter des Kunden, des Bürgers der Stadt, ausgearbeitet. Ab September 1999 wurde mit der Durchführung von Aktionen nach diesen Plänen begonnen.

Die Abschleppgruppe feierte das 25-jährige Jubiläum im Beisein des Stadtrates im Rahmen einer kleinen Festlichkeit. Für 2000 ist geplant, das bestehende QMS nach ISO 9001:1994 in das QMS des Fuhrparks der MA 48 einzugliedern und im Juni 2000 die Zertifizierung nach 9001:2000 zu erreichen.

Abfallwirtschaft

Allgemeine Leistungsangaben

Die Sammelleistung der Abteilung betrug 1999 884.587 t gegenüber 836.337 t im Jahr 1998 und lag damit um 5,77 % über dem Vorjahr. Die Steigerung lag bei + 8,11 % im Bereich der getrennt gesammelten Altstoffe (343.247 t) und bei der gesammelten Müllmenge bei + 4,34 % (541.340 t). Berücksichtigt man auch die direkten Anlieferungen zu den kommunalen Abfallbehandlungsanlagen, zeigt sich, dass das Müllaufkommen mit 577.500 t um 6,86 % stieg, während die Menge an getrennt gesammelten Stoffen im Jahr 1999 auf 361.062 t um 8,29 % zunahm. Das Abfallaufkommen (Müll, Altstoffe und Problemstoffe) stieg unter Einbeziehung dieser Mengen um 7,41 % auf 938.562 t. Davon konnten 371.740 t durch getrennte Erfassung (10.678 t durch nachträgliche Aussortierung) oder 39,61 % verwertet bzw. behandelt werden.

Das Gesamtaufkommen an Müll und Altstoffen von 938.562 t wurde zu 47,46 % im Müllheizwerk Flötzersteig, im Müllheizkraftwerk Spittelau und in den Entsorgungsbetrieben Simmering einer thermischen Verwertung zugeführt. Der geringere Teil von 13,47 % (Müll) wurde zur Deponie Rautenweg verbracht. Im Jahr zuvor betrug der zur Deponie gelieferte Anteil 12,21 %. Ein kleiner Teil von 0,28 % gelangte in die Abfallbehandlungsanlage ABA, 5,90 % Bauschutt von Mistplätzen wurden für Deponiebauzwecke verwendet und 32,29 % wurden als Altstoffe verwertet, kompostiert oder der Problemstoffentsorgung zugeführt. Die Mengen der Aussortierung von Alt- und Problemstoffen in der ABA und der Deponie Rautenweg, des rückgewonnenen Metallschrotts in den Müllheizwerken und der ABA-Schlackenbehandlungsanlage sowie der Verbringung von Müll, der nach Zwischenlagerung auf der Deponie Rautenweg zu den Müllheizwerken verbracht wurde, sind in dieser Berechnung nicht berücksichtigt.

Sammlung

Systemmüllsammlung

Mit der System-Abfallwirtschaft wurden 488.456 t gesammelt (1998: 469.118 t). Daraus ergibt sich eine spezifische Systemmüllmenge für Wien von 301,66 kg/Einwohner und Jahr oder eine Steigerung des Pro-Kopf-Aufkommens um 4,98 % im Vergleich zu 1998 (1998: 287,35 kg/Einwohner und Jahr).

Tabelle 2: Müll- und Altstoffmengen in Wien 1999

Massen in Tonnen	Müll	getrennt gesammelt 1	nachträglich aussortiert 2	getrennt erfasst Summe 1 und 2
Systemmüllsammlung (120-l- bis 4.400-l-Behälter)	488.456		¹⁾ 10.378	10.378
Muldenabfuhr (9-m ³ - bis 24-m ³ -Container)				
Gewerbemüll, Marktabfälle etc.	11.705			
Sperrmüll von Mistplätzen	24.854			
Bauschutt von Mistplätzen		55.599		55.599
Sperrmüllsammlung (LKW-Abfuhr)	3.183	3.476		3.476
Spitalmüll-Abfuhr	13.142			
Getrennte Altstoffsammlung		158.768		158.768
Altstoffsammlung auf Mistplätzen		34.699		34.699
Altstoffe – sonstige		1.648	²⁾ 276	1.923
Kompostmaterial – getrennte Sammlung		77.539		77.539
Kompostmaterial von Mistplätzen		7.588		7.588
Kompostmaterial – sonstiges		970		970
Problemstoffsammlung im Sperrmüll		1.913		1.913
Umladestation				
Kompostmaterial von Mistplätzen		140		140
Kühlgeräte		907		907
Zwischensumme Sammlung	541.340	343.247	10.654	353.901
Sammelleistung der MA 48	884.587	davon 353.901 getrennt erfasst		
Fremdanlieferungen zur ABA ⁴⁾ – Müll	1.143		³⁾ 24	24
Fremdanlieferungen zur ABA – Altstoffe		7.155		7.155
Fremdanlieferungen zur ABA – Kompost		7.862		7.862
Fremdanlieferungen zur ABA – Problemstoffe		18		18
Fremdanlieferungen zur ABA – Kühlgeräte		340		340
Fremdanlieferung zum Müllheizwerk Flötzersteig	3.639			
Fremdanlieferungen zum Müllheizkraftwerk Spittelau	2.733			
Fremdanlieferung zur Deponie Rautenweg	28.645			
MA 48 – Kfz-Wracks		2.440		2.440
Zwischensumme Sammlung und Anlieferung	577.500	361.062	10.678	371.740
Summe Müll und Altstoffe	938.562	davon 371.740 getrennt erfasst		
Reststoffe privater Verbrennungsanlagen	0			
Asche und Schlacken	144.050			
Zuschlagstoffe für Schlackenbeton	41.826			
MA 48 Straßenreinigung	32.153			
Sandfangmaterial	4.701			
Bauschutt und Aushub	13.510			
Deponiebaumaterial (Humus und Kompost)	61			

Anmerkung:

¹⁾ Metallschrott aus der Magnetabscheidung in Müllheizwerken und ABA

²⁾ Auf der Deponie Rautenweg aussortierte Altstoffe

³⁾ Aussortierung von Problemstoffen aus Fremdanlieferungen

⁴⁾ ABA = Abfallbehandlungsanlage

Der Output von Müll von der Deponie Rautenweg fällt nicht unter Ersterfassung, wird daher in dieser Tabelle nicht ausgewiesen.

Tabelle 3: Behandelte Müll- und Altstoffmengen, Wien 1998 und 1999

Behandlung der gesammelten Abfälle	1998		1999	
	Masse		Masse	
	in Tonnen	in Prozent	in Tonnen	in Prozent
Müll:				
Müllheizwerk Flötzersteig	180.155	20,62	187.023	19,93
Müllheizkraftwerk Spittelau	248.632	28,45	258.373	27,53
EBS	316	0,04		
ABA	3.107	0,36	2.650	0,28
Deponie Rautenweg	106.715	12,21	126.458	13,47
Sperrmüll Privatdeponie	1.490	0,17	2.995	0,32
Summe – Müllbehandlung	540.415	61,84	577.500	61,53
getrennt gesammelte Stoffe:				
Altstoffe (direkt)	140.443	16,07	150.388	16,02
Kfz-Wracks zur Entsorgung	2.318	0,27	2.440	0,26
Altstoffverwertung (über ABA)	53.630	6,14	55.358	5,90
Kompostierung (direkt)	667	0,08		
Kompostaufbereitung über ABA	81.956	9,38	93.956	10,01
Problemstoffverwertung ohne Aussortierungen	755	0,09	782	0,08
Problemstoffbehandlung ohne Aussortierungen	1.068	0,12	1.148	0,12
Kühlgeräte	1.314	0,15	1.386	0,15
Bauschutt von Mistplätzen	51.276	5,87	55.599	5,92
Summe – getrennt gesammelt	333.428	38,16	361.062	38,47
Summe – Behandlung	873.842	100,00	938.562	100,00

Anmerkung:

nicht berücksichtigt: aussortierte Altstoff- und Problemstoffmengen der Deponie und ABA sowie die von der Deponie Rautenweg zu Müllheizwerken umgeleiteten Müllmengen

Alt- und Problemstoffsammlung

Insgesamt wurden durch die getrennte Altstoffsammlung in Behältern der MA 48 im Jahr 1999 155.593 t Altstoffe (Altpapier, Altglas, Altmetalle etc.), und daher um 4,91 % mehr als im Vorjahr, getrennt gesammelt. Die getrennte Sammlung von Kompostmaterial (Biotonne, Baum- u. Strauchschnittabholung, Christbaumsammlung) stieg um 10,18 % auf 77.539 t. Unter Einbeziehung der getrennt gesammelten und aussortierten Problemstoffe (1.955 t) und Kühlschränke (1.386 t), der Altstoffsammlung auf Märkten, der Altstoff- und Kompostmaterialanlieferungen über Mistplätze und Abfallbehandlungsanlagen (ABA), der durch Metallabscheidung nach der thermischen Verwertung abgetrennten Eisenteile und Aussortierungen in der (ABA) und auf der Deponie Rautenweg konnten insgesamt 371.740 t Alt- und Problemstoffe erfasst werden.

Als Ergebnis der flächendeckenden Sammlung von Problemstoffen aus Haushalten an 55 Sammelstellen (Problemstoffsammelstellen, Mistplätze) konnten 1999 insgesamt 1.862 t Problemstoffe oder 6,37 % mehr als 1998 getrennt erfasst werden. Durch die 1998 neu eingerichtete Sperrmüllumladestation auf der Deponie Rautenweg konnten durch die Sperrmüllsammlung 37 t Problemstoffe erfasst werden. Die ABA übernahm auch 18 t vom Gewerbe. Weitere 24 t wurden in der Abfallbehandlungsanlage ABA aus den angelieferten Abfällen aussortiert.

Mistplätze

Als Annahmestellen für Sperrmüll, Alt- und Problemstoffe aus Haushalten sowie Gegenstände, die zu schade für den Müll sind, stehen der Wiener Bevölkerung seit 1988 als weitere Serviceleistung der MA 48 19 Mistplätze kostenlos zur Verfügung. Im Berichtsjahr wurden die Mistplätze von 1.620.785 Personen frequentiert (1998: 1.461.557).

48er-Zelt (Abfallbehandlungsanlage)

Im Rahmen des Wiener Abfallwirtschaftskonzeptes kommt der Abfallbehandlungsanlage (48er-Zelt) die Funktion einer Annahme- und Behandlungsstelle für private und gewerbliche Abfälle und Altstoffe, des Umschlagplatzes für getrennt gesammelte Alt- und Problemstoffe, einer Behandlungsanlage für Elektro-, Elektronikaltgeräte und Kühlgeräte sowie der regionalen Übernahmestelle für Verpackungen aus dem Abfall-Recycling-Austria-System (ARA) zu.

Sortieranlage für Industrie-, Gewerbe- und Sperrmüll

Im Jahr 1999 passierten 158.473 t (1998: 145.724 t) Altstoffanlieferungen sowie Privat- und Gewerbemüllanlieferungen die Eingangskontrolle der Abfallbehandlungsanlage. Davon wurden 1.761 t altstoffarme Gewerbeabfälle nach

der Eingangskontrolle und Verwiegung zur Deponie Rautenweg verbracht. 156.711 t altstoffreiche Abfallanlieferungen und Altstoffe wurden im 48er-Zelt einer Behandlung unterzogen.

An Altstoffen und Kompostausgangsmaterial wurden 143.662 t, an thermischer Kunststoffverpackungs-Fraktion 3.830 t, an Sonderabfällen und Kühlgeräten 2.217 t – zusammen 95,53 % des Inputs – einer Verwertung bzw. umweltkonformen Endbehandlung zugeführt. An Reststoffen wurden 864 t auf der Deponie Rautenweg und 2.069 t auf anderen Deponien geordnet abgelagert, 13 t zu den EbS geliefert sowie 3.981 t Reststoffe in den Müllheizwerken thermisch verwertet.

Kompostmaterialaufbereitung und Kompostierung

An nativ-organischen Abfällen wurden insgesamt 93.959 t (1998: 81.956 t), und zwar 7.565 t von Mistplätzen, 77.023 t aus dem System Biotonne, 376 t über die Baum- und Strauchschnittabholung, 173 t über die Christbaumsammlung (auf Christbaumsammelstellen, Mistplätzen und durch Anlieferungen), 967 t aus sonstigen im Auftrag der Abteilung erfolgten Anlieferungen und 7.856 t durch Gewerbeanlieferungen ins 48er-Zelt gebracht. In der Kompostaufbereitungsanlage des 48er-Zeltes wird das Material für den nachfolgenden Kompostierungsprozess im Kompostwerk Lobau vorbereitet. Dazu wird das Biomaterial mittels Zerkleinerungsgerät, Windsichter und Eisenmetallabscheidung aufbereitet, in einer Mischtrommel mit zerkleinertem Strukturmaterial vermengt und homogenisiert und anschließend zum Abtransport in das Kompostwerk Lobau automatisch auf LKW verladen.

Zur Erreichung des optimalen Mischungsverhältnisses wurden 7.249 t Siebüberlauf und 484 t unbehandeltes Holz den organischen Anlieferungen beigemischt sowie 2.535 m³ Wasser zugesetzt. 733 t Störstoffe wurden durch Windsichtung, Metallabscheidung und Siebung aus dem Rohmaterial entfernt. Insgesamt gelangten 103.493 t organisches Material zur Kompostierung.

Das organische Material wird in Form von Zeilenmieten aufgesetzt und im Verlauf der intensiven Rottephase (Vor- und Hauptrotte) mit zwei eigens dafür konstruierten Umsetzgeräten weiterversetzt, dabei gewendet und nach Bedarf bewässert. Diesem Verfahrensabschnitt folgt eine Ruhephase (die so genannte Nachrotte). Zu diesem Zweck wird das Material mittels Radladern zu Tafelmieten aufgesetzt. Nach Erreichen des für die Pflanzenverträglichkeit erforderlichen Reifestadiums wird der Kompost abgeseibt und der entsprechenden Anwendung zugeführt. Während des Kompostierungsprozesses wird das Rottegut mehrmaligen Qualitätskontrollen unterzogen.

Das Kompostwerk Schafflerhof dient als Absieb- und Umschlagplatz. Der reife Kompost wird auf die vom Kompostwerk Lobau ins 48er-Zelt zurückkehrenden Transportfahrzeuge verladen und in die Anlage Schafflerhof gebracht. Dort erfolgen Absiebung und Zwischenlagerung bis zur Vermarktung.

1999 wurden 31.084 t abgeseibter Reifekompost vermarktet bzw. gratis weitergegeben. 18.012 t Reifekompost wurden auf stadteigene Felder und Anlagen aufgebracht. 2.880 t wurden an diverse Betriebe und Kleinabnehmer, 7.396 t über die Mistplätze und weitere 2.796 t im Rahmen der Aktion „Gratis Kompost“ an die Wiener Kleingärten abgegeben. Der Rest befindet sich noch auf Lager bzw. im Rotte- oder Reifestadium.

Z-Prosa (Zentrales Problemstoffzwischenlager)

Im Berichtsjahr 1999 wurden 463.198 kg Starterbatterien, 46.232 kg Konsumbatterien, 210.109 kg Speiseöl, 727 kg Medikamente, 24.516 kg Leergebinde, 4.261 kg Röntgenbilder und Schwarzweißnegative, 11.145 kg Gasflaschen und Feuerlöscher, 56.757 kg Ölradiatoren und 12.701 kg Leuchtstoffröhren sowie weitere 1.300 kg gefährliche Abfälle, die aus gewerblichen Anlieferungen im 48er-Zelt bzw. auf der Deponie Rautenweg aussortiert wurden (Summe: 830.946 kg), angeliefert, nachsortiert, zwischengelagert und einer Entsorgung bzw. Verwertung zugeführt.

Im Berichtsjahr wurden 35.094 Altkühlgeräte angeliefert. 34.868 Geräte wurden einer Behandlung unterzogen und die vorbehandelten Geräte einer Entsorgung zugeführt. Weiters wurden im Berichtsjahr 37.899 Bildschirmgeräte angeliefert. 34.459 Bildschirmgeräte wurden in der Behandlungsanlage für Elektro- und Elektronikaltgeräte sowie der Ende 1998 in Betrieb genommenen Bildröhrenauftrennanlage bearbeitet und die dadurch gewonnenen Fraktionen vermarktet bzw. einer umweltgerechten Entsorgung zugeführt.

Behandlung von Verbrennungsrückständen

53.032 t Schlacke und Asche wurden aus dem Müllheizwerk Flötzersteig, 62.116 t aus dem Müllheizkraftwerk Spittelau und 28.902 t aus den Entsorgungsbetrieben Simmering (Summe: 144.050 t) und 13.178 t eingekehrter Streusplitt, 432 t Schotter mit 18.427 t Zement und 10.221 t Wasser versetzt, durchmischt und als Schlackenbeton auf der Deponie Rautenweg eingebaut. Zusätzlich wurden 3.647 t Schlacke im Rahmen eines Versuchs für bergbautechnische Versatzmaßnahmen per Bahn nach Deutschland verbracht.

48er-Basar (Mistflohmarkt)

Der Mistflohmarkt bietet gebrauchte verwertbare Altwaren, die auf den Mistplätzen abgegeben wurden und zu schade für den Müll sind, zum Verkauf an. Täglich ist ein LKW eingesetzt, der brauchbare Gegenstände zum Mistflohmarkt bringt. 1999 wurde der Flohmarkt von 34.149 Besuchern (+ 13,62 %) frequentiert.

Deponien

Allgemeine Leistungsangaben

Im Berichtsjahr stand für Hausmüll, Bauschutt sowie Schlacke und Asche aus den Verbrennungsanlagen die Deponie Rautenweg zur Verfügung.

Die Inputmenge des deponierten Mülls auf der Deponie Rautenweg stieg von 108.360 t (1998) um 19,34 % auf 129.319 t, die Inputmenge der gesamten deponierten Abfälle (Müll und Inertstoffe) sank von 383.894 t (1998) um 3,60 % auf 370.085 t. Durch Auslieferung von 1.058 t Restmüll an HBW-Fernheizwerk und EbS zur Verbrennung, Verfuhr von 90.890 t zur Deponie St. Pölten und zur ABA sowie Ausgänge von Inertmaterial, Altstoffen, Kompostmaterialien und Problemstoffen konnte eine tatsächlich deponierte Menge von 208.418 t erreicht werden (1998: 293.016 t).

Entgasungsanlage

Insgesamt wurden im Berichtsjahr 15,5 Mio. m³ Gas (1998: ca. 17 Mio. m³) aus dem Deponiekörper abgesaugt. Die vorhandenen Hochtemperaturfackeln wurden nur zum Starten der Verstromungsanlage benötigt. Die mit den Motoren erzeugte elektrische Leistung wird in das Netz der Wiener Stadtwerke – Wienstrom eingespeist.

Recyclinganlage für eingekehrten Streusplitt

Im Berichtsjahr befand sich die semimobile Recyclinganlage für eingekehrten Streusplitt auf dem Gelände der Deponie Rautenweg in Vollbetrieb. In dieser Anlage wird mittels Wasch- und Siebeinrichtungen das Altmaterial zu wieder für die winterliche Bestreuung von Straßen verwendbarem Splitt aufbereitet. Es wurden 26.634 t Einkehrsplitt verarbeitet und dabei 19.652 t Recyclingmaterial erzeugt.

Straßenreinigung, Winterdienst

Der Straßenreinigung und dem Winterdienst standen neben dem ständigen Personal geringfügig beschäftigte Tagelöhner und Schneearbeiter im Umfang von 63.543 Manntagen zur Verfügung, die eine Leistung von insgesamt 329.687 Arbeitsstunden erbracht haben.

Die Straßenreinigung entleerte die 11.789 Papierkörbe an exponierten Stellen bis zu dreimal täglich. Bei 7.155 Einsätzen wurden von eigenen Kehrmaschinen 324.136 km gefahren. Bei 1.359 Einsätzen wurden von eigenen Waschmaschinen 76.565 km, bei 1.931 Einsätzen von privaten Waschmaschinen im Auftrag der Abteilung 125.873 km gefahren. Weiters wurden von Kommunaltraks und Kramer-Tremos der Straßenreinigung 21.491 Betriebsstunden geleistet, wobei 8.596 Stunden auf Kehreinsatz entfielen. 12 Waschaufbauten für die Klein-LKW wurden ebenfalls zum Reinigen der Fahrbahn und der Papierkörbe eingesetzt.

Die Mitarbeiter der Straßenreinigung kehrten 1999 händisch und maschinell insgesamt 32.153 t Straßenkehricht sowie 30.696 t Streusplitt nach dem Winterdienst ein.

Wochentags ist der Funkraum von 15.30 bis 6.00 Uhr, an Samstagen, Sonn- und Feiertagen von 6.00 bis 6.00 Uhr mit einem Bediensteten der Abteilung besetzt. Dieser übernimmt die Einsatzleitung des Bereitschaftsdienstes und organisiert auf Anforderung von Polizei, Feuerwehr, Permanenzingenieur oder Straßenreinigung (wie z. B. für Kehr- und Waschmaschinen) die Fahrzeugbestellungen bei der jeweiligen Einsatzgarage. Im Katastrophenfall laufen ebenfalls alle Anforderungen über diesen Journdienst (z. B. Hochwassereinsatz). An Wochentagen von 6.00 bis 15.30 Uhr werden alle Agenden für die Straßenreinigung und den Winterdienst von den Mitarbeitern der Straßenreinigung übernommen.

Im Winterdienst waren 263 abteilungseigene Fahrzeuge und 172 LKW von privaten Firmen mit Winterdienstgeräten der Abteilung zum Pflügen und Streuen eingesetzt. Auf Grund der Erfahrungen aus dem Winter 1998/1999 wurden im Laufe des Sommers organisatorische Änderungen getroffen, die bereits für den Winterdienst 1999/2000 Gültigkeit haben. Es wurden die Routenpläne überarbeitet, die Streupläne ergänzt, die Pläne für die Klein-LKW der Straßenreinigung überarbeitet, skartierte Klein-LKW durch winterdiensttaugliche Fahrzeuge ersetzt, Auftaumittelversuche (Einsatz von Kaliumkarbonat, Erprobung von Steinsalz) durchgeführt, 260.047 lfm Gehsteige, Gehwege und Stiegenanlagen mittels Vertrag an Privatfirmen zur Betreuung übergeben und der Einsatz von Feuchtsalz verstärkt.

Derzeit gibt es 17 Winterdienstlagerplätze der Abteilung, wobei jeder Platz mit mindestens zwei Silos für Auftaumittel ausgestattet ist. 7 Lagerplätze sind mit einer Solemischanlage für den Feuchtsalzeinsatz ausgestattet. Der Winterdienstlagerplatz 12., Wundtgasse wurde 1999 neu errichtet.

Auf nunmehr 18 Lagerplätzen der Straßenreinigung sind Mistplätze eingerichtet, die gemeinsam mit der Abfallwirtschaft betreut werden. Die Öffnungszeiten wurden dem Bedarf angepasst, sodass die Mistplätze nunmehr Montag, Dienstag, Donnerstag bis Samstag von 7.00 bis 18.00 Uhr und Mittwoch von 7.00 bis 20.00 Uhr zur Verfügung stehen. Mit dem von der Müllbeseitigung allein betreuten Mistplatz Kagran bei der Abfallbehandlungsanlage gibt es nunmehr 19 Mistplätze, die im Berichtszeitraum von insgesamt 1.618.443 (1998: 1.461.557) Personen frequentiert wurden. Auch 9.742 Kühlschränke, die auf öffentlichem Gut von der Straßenreinigung aufgefunden wurden, mussten über die Mistplätze entsorgt werden.

Neben den notstandspolizeilichen Maßnahmen koordiniert seit 1988 der Bereitschaftsdienst alle Agenden, die außerhalb der Routinetätigkeit der Abteilung anfallen. Der Funkraum ist rund um die Uhr besetzt und steuert alle Einsätze zentral. Es erfolgten 6.459 Ausfahrten für notstandspolizeiliche Maßnahmen (Abschrankungen, Beleuchtungen und dgl.), weiters wurden Leistungen der MA 48 für 405 Sonderveranstaltungen (Reinigung während und nach Veranstaltungen, Aufstellung von WC-Anhängern, Aufstellung und Entleerung von Müllgefäßen) koordiniert bzw. veranlasst. Von den Außenstellen und den Mitarbeitern der Zentrale wurden 924 Schadensmeldungen für die Straßenschadensdatei erhoben und in das Programm eingegeben. Weiters wurden 504 Autowracks als Erstmeldung der Abschleppgruppe gemeldet.

1999 mussten die Arbeiten für die erweiterte Dezentralisierung geleistet werden. Das betrifft im Besonderen Aufgaben der Straßenreinigung in Eigenverantwortung der Bezirke (private Waschmaschinen, Tagelöhner, Schneearbeiter, private Schneeabfuhr, Kleinlader mit Kehreinrichtung).

Forstamt und Landwirtschaftsbetrieb der Stadt Wien (MA 49)

Die MA 49 – Forstamt und Landwirtschaftsbetrieb ist einerseits mit der Verwaltung und Bewirtschaftung der stadtnahen Erholungswälder und der Quellenschutzforste in Niederösterreich und in der Steiermark sowie der zugeordneten Aufforstungsflächen und Nebenbetriebe, andererseits mit der Bewirtschaftung der landwirtschaftlich genutzten städtischen Ökonomien betraut. Hierzu kommen noch die Planung, Errichtung und Erhaltung diverser Erholungseinrichtungen und die Anlage sowie die Erweiterung von Windschutzgürteln.

Eingegliedert in die MA 49 ist auch das Ludwig-Boltzmann-Institut für biologischen Landbau und angewandte Ökologie, dessen Aufgabe in der Erarbeitung wissenschaftlicher Grundlagen für den biologischen Landbau, in der Untersuchung des volkswirtschaftlichen Stellenwertes desselben und in der Einleitung entsprechender Förderungsmaßnahmen besteht.

Das Ausmaß der von der MA 49 bewirtschafteten Grundflächen betrug am Ende des Jahres 1999:

Grundflächen	in ha
im Bereich des Landes Wien	8.581,3000
im Bereich der Quellenschutzforste.	32.523,6648
Gesamtausmaß der forstlich genutzten Flächen	41.104,9648
landwirtschaftlich genutzte Flächen.....	2.510,0000
insgesamt	43.614,9648

Bewirtschaftung der Forstflächen

Bei der **Bewirtschaftung der Forstflächen** stellt ihre spezifische Widmung die Grundlage der Vorgangsweise dar. Im stadtnahen Bereich, wo die Erholungswirkung im Vordergrund steht, wird unter weitestgehendem Verzicht auf Kahlhiebflächen in Form von Einzelstammnutzung in überalterte Bestände eingegriffen. Auch zwecks Förderung der natürlichen Verjüngung werden die Altbestände aufgelichtet und erst nach Vorhandensein eines entsprechenden Jungwuchses behutsam abgeholzt.

Im Nationalpark Donauauen wurden die forstlichen Nutzungen weitestgehend eingestellt und beschränkten sich auf die sukzessive Entfernung nicht standortgerechter Holzarten (Hybridpappeln, Kiefern, Robinien und Götterbaum) und auf die Fällung absterbender bzw. abgestorbener Bäume, von denen entlang der Wanderwege eine Gefährdung der Besucher ausgehen könnte.

In den Quellenschutzforsten wurde weiterhin die Methode des natürlichen Waldbaues verfolgt, welche auf die Erzielung vielschichtiger, verschiedenaltiger, möglichst geschlossener Bestände abzielt und erwiesenermaßen die bestmögliche kontinuierliche Quellenschüttung gewährleistet. Die Nutzungen erfolgten daher weiterhin in Form von Einzelstammnahmen bzw. kleinstflächigen Kahlhieben, die die natürliche Verjüngung der vielfach überalterten Bestände ermöglichen sollen. Besonderer Wert wird hierbei auf die Förderung des Laubholzanteils an den Verjüngungen gelegt.

Der Holzeinschlag in Festmetern (fm) betrug im Jahr 1999:

Holzeinschlag in fm	Blochholz	Schleifholz	Brennholz	gesamt
Wienerwaldforste	4.574,66	8.711,69	5.489,55	18.775,90
Quellenschutzforste.....	23.004,10	9.053,39	6.245,83	38.303,32
gesamt	27.578,76	17.765,08	11.735,38	57.079,22
in %	48,3	31,1	20,6	100,0

Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr, in dem insgesamt 70.631,53 fm geschlägert wurden, einen Mindereinschlag von 13.552,31 fm (-19,2 %).

Dieser verminderte Holzeinschlag ist sowohl in den Wienerwaldforsten (insgesamt -4.617,12 fm) als auch in den Quellenschutzforsten (insgesamt -8.935,19 fm) feststellbar und bezieht sich gleichermaßen auf Bloch-, Schleif- und Brennholz. Der Anteil des wertvollen Blochholzes am Gesamteinschlag lag so wie in den letzten Jahren knapp unter 50 % (48,3 %).

Die **Holzabgabe**, welche in den Quellenschutzforsten des Rax-Schneeberggebietes vorrangig der Versorgung des städtischen Sägewerks Hirschwang dient und in den übrigen Verwaltungen dem Markt zugeführt wurde, betrug im Jahr 1999:

Holzabgabe in fm	Nutzholz	Brennholz	gesamt
Wienerwaldforste			
an Fremde.....	13.286,35	5.199,75	18.486,10
an Sägewerke.....	-	-	-
Quellenschutzforste			
an Fremde.....	20.725,92	6.717,62	27.443,54
an Sägewerke.....	11.331,57	-	11.331,57
gesamt	45.343,84	11.917,37	57.261,21

Die **Holzmarktsituation** schien sich zu Beginn des Berichtsjahres eher schwierig zu entwickeln, jedoch gelang es durch entsprechendes Marketing trotz widriger Prognose den Festmeterpreis des sägetechnisch verwertbaren Rundholzes (Fichten-Bloche) bei ATS 1.000 ab Waldstraße zu halten. Auch die Lärchensortimente Blochholz ABC blieben auf dem schon im Vorjahr erreichten Höchstpreis von nahe ATS 1.500. Trotz der seit Jahren geführten Bemühungen, die Tanne am Holzmarkt unterzubringen, blieben die Erzeugnisse dieser Holzart praktisch unverkäuflich, während Hölzer der Weiß- und Schwarzkiefer zu ansprechenden Preisen (ATS 800 pro fm) Abnahme fanden. Erwähnenswert ist, dass die Kleinbloche (14 bis 20 cm Mittendurchmesser) durch die Fortschritte in der Verleimungstechnologie und der damit einhergehenden Erweiterung der Verwendung des Werkstoffes Holz im Konstruktionsbau und auf dem Gebiet der Innenarchitektur einen wachsenden Stellenwert im Preisgefüge aufweisen.

Das Laubholzgeschäft konnte überwiegend im Preisrahmen des Vorjahres abgewickelt werden, lediglich das Blochholz der Rotbuche erzielte in kernfreier Ware eine leichte Preissteigerung.

Das Blochholz der Forstverwaltungen Lainz, Lobau und Wildalpen wurde im Offertweg an Meistbieter ab Waldstraße oder ab Stock abgegeben. Das verschnittfähige Rundholz der Forstverwaltungen Hirschwang und Nasswald wurde vom städtischen Sägewerk in Hirschwang zur Verarbeitung übernommen. Der forsteigene Sägebetrieb gibt die Möglichkeit, durch den jederzeitigen Zugriff auf die Ausformung der Holzsortimente und die dadurch erreichbare flexible Anpassung an die jeweilige Marktsituation die Wertschöpfung der Holzernte beträchtlich zu erhöhen.

Die Holznutzung im Bereich der Nationalpark-Forstverwaltung Lobau beschränkt sich seit der Umsetzung der Nationalparkverordnung auf den Abtrieb der Hybrid-Pappelbestände, wodurch im Berichtsjahr ein Rückgang des Rundholzaufkommens auf 3.500 fm zu verzeichnen war.

Um die Herkunft des Rohholzes sowie der Sägeprodukte aus den nach ökologischen Richtlinien bewirtschafteten städtischen Revieren am Markt zu dokumentieren, wird die Zertifizierung nach PEFC (Pan-European Forst Certification) angestrebt.

Dank der günstigen Situation am Zellulose- und Papiermarkt konnte das im Rahmen der Waldpflege anfallende Schwachholz im gesamten Jahresverlauf zu den vom Verarbeitungskartell festgesetzten Abnahmekonditionen zügig verkauft werden.

Das wegen seiner minderen Qualität (Insektenfraß, Fäule) nur in der Energieerzeugung verwertbare Brennholz wurde, so es nicht aus ökologischen Aspekten als Totholz im Wald belassen wurde, ab Stock oder ab Waldstraße an Stammkunden zu gegenüber dem Vorjahr gleich bleibenden Preisen abgegeben. Eine Erweiterung des Abnehmerkreises wird möglich sein, wenn die gegenwärtige Hochpreissituation bei Erdöl und Erdgas anhält.

Unverkäufliches Brennholz (Pilzbefall, Astholz) wurde in den betriebseigenen Heizanlagen (dz. 4 Hackschnitzelheizungen, 1 Stückholzanlage) zur Beheizung und zur Warmwasserversorgung von Diensträumen und Werkstätten verwendet. Weitere Projekte zur zentralen Energieversorgung von städtischen Objekten über die Verbrennung von Restholz und Schlagabraum sind in Bearbeitung.

Zur künftigen Entwicklung des Holzmarktes wird bemerkt, dass infolge des Orkanes „Lothar“ vom 26. 12. 1999 und der ab diesem Zeitpunkt zur sofortigen Aufarbeitung anstehenden Schadholzmenge von europaweit 192 Mio. fm zumindest in der ersten Hälfte des Jahres 2000 mit einem Verfall der Festmeterpreise um bis zu 20 % zu rechnen ist.

Landwirtschaftsbetrieb

Der **Landwirtschaftsbetrieb** ist mit der Verwaltung und Bewirtschaftung der in Wien und Niederösterreich gelegenen städtischen Ökonomien und der vom Bund angepachteten Domäne Essling-Schafflerhof befasst.

Neben der landwirtschaftlichen Nutzung treten hierbei die Aspekte der Grünraumgestaltung, der Erhaltung der Kulturlandschaft und der Reservehaltung von Grundstücken für die Stadterweiterung zunehmend in den Vordergrund. In den letzten Jahren wurden mehr als 90 % aller Windschutzpflanzungen, Heckenanlagen und Wohlfahrtsaufforstungen auf Grundflächen des Landwirtschaftsbetriebes realisiert. Viele Projekte der Stadterweiterung durch den Wiener Wirtschaftsförderungsfonds und den Wiener Bodenbereitstellungsfonds (Wohnbau Brünnerstraße, Leberberg, Langobardenstraße, Inzersdorf, Umfahrung Münchendorf etc.) wurden in Zusammenarbeit mit dem Landwirtschaftsbetrieb reibungslos abgewickelt, wobei die Flächen kurzfristig für die Bauvorhaben selbst, als auch für Transaktionen im Zusammenhang mit ihnen zur Verfügung gestellt werden konnten.

Auch künftige Aufgaben wie die Stadterweiterung Grundäcker, Rothneusiedl usw. können in den nächsten Jahren mit Unterstützung des Landwirtschaftsbetriebes realisiert werden.

Die landwirtschaftliche Produktionsmethode wird zunehmend auf Basis des „integrierten Pflanzenschutzes“ abgestimmt, welcher auf die Erhaltung und Verbesserung der Bodengüte und auf die Sicherung der Grundwasserqualität abzielt. Die wichtigsten Merkmale des „integrierten Pflanzenschutzes“ sind: ausgewogene Fruchtfolge, richtige Sorten- und Standortwahl, harmonische Pflanzenernährung, Einsatz bodenschonender Agrartechnik und gezielter Pflanzenschutz.

Im Zusammenhang mit dem neuen EU-Agrarsystem wurden Ackerflächen anteilmäßig an der landwirtschaftlichen Nutzfläche aus der Produktion genommen, d. h. stillgelegt. Diese Brachflächen werden begrünt, Dünger oder Pflanzenschutzmittel werden nicht mehr eingesetzt.

Im Wirtschaftsjahr 1998 ist die Anbauplanung sowohl nach den vorgegebenen Richtlinien seitens der EU als auch aufgrund der Marktsituation erfolgt. Bei Ölsaaten (Raps und Sonnenblumen) war eine Reduktion der Anbaufläche erforderlich, da der Weltmarkt-Produktpreis stark abgesunken ist und ohne nationale Förderung eine Kostendeckung nicht gegeben ist.

Allerdings produziert der Landwirtschaftsbetrieb bereits wieder Raps-Saatgutvermehrungen für Pflanzenzuchtunternehmen, da hier die Kostendeckung sehr wohl gegeben ist. Diese neue Entwicklung ist im Zusammenhang mit der Erhaltung der Bodenqualität und einer ausgewogenen Fruchtfolge von großer Bedeutung.

Bei den wichtigsten Agrarerzeugnissen gab es zum Teil erhebliche Preissenkungen, die durch Ausgleichszahlungen gemindert wurden. Der Landwirtschaftsbetrieb erhält aus Mitteln der Europäischen Union die Preisausgleichszahlungen für Erzeuger landwirtschaftlicher Kulturpflanzen, die Prämie für Flächenstilllegung und die Förderungsbeiträge für Ölsaaten sowie Eiweißpflanzen.

Der wirtschaftliche Zwang zur Senkung der Produktionskosten und die aus ökologischen und ökonomischen Gründen erforderliche Einschränkung von Verschlämmung und Verdichtung der Ackerböden führt im Landwirtschaftsbetrieb zu einer stetigen Zunahme von Verfahren der pfluglosen, also nicht wendenden Bodenbearbeitung. Außerdem gewinnt die Gründüngung laufend an Bedeutung und garantiert die Versorgung der Mikroorganismen im Boden mit Energie und ist somit eine unverzichtbare Voraussetzung für die nachhaltige Verbesserung der Bodenfruchtbarkeit.

Da im **Förderungsbereich** ausschließlich Ackerflächen (Produktionsflächen) heranzuziehen sind, wurde nach den Verwaltungen Essling und Laxenburg auch am Wallhof und Magdalenenhof eine satellitengesteuerte Flächenermittlung in Auftrag gegeben und abgeschlossen.

Diese Technologie der Flächenerhebung stellt derzeit hinsichtlich der Kosten und Genauigkeit die praktikabelste Lösung dar. Die Kosten belaufen sich nur auf einen geringen Prozentsatz der Förderungsbeträge und sind durch die präzise Flächenangabe gerechtfertigt, insbesondere auch durch weitere Verwendungsmöglichkeiten der Daten.

Nachdem das **Stadtgut Lobau** nach einer Umstellungsphase seitens der Austria BIO-GARANTIE (Gesellschaft zur Kontrolle der Echtheit von biologischen Produkten) als **Bio-Betrieb** anerkannt wurde, konnten sämtliche Produkte als Bio-Ware veräußert werden. Neu hinzugekommen ist die Mitgliedschaft bei ÖKO-Land, die wesentliche Vorteile bei der Vermarktung und bei der Beurteilung der Marktsituation mit sich bringt.

Das Stadtgut Lobau konnte auch in der Saison 1999 während der Sommer- und Herbstmonate im Rahmen der Direktvermarktung den Konsumenten frisches Biogemüse aus kontrolliertem organisch-biologischem Anbau anbieten. Außerdem konnte das Stadtgut Lobau mehrere Pensionistenheime als Abnehmer von Bioprodukten gewinnen (Kartoffel, Kürbis, Kohl, Weiße Rüben).

Die landwirtschaftliche Anbaufläche betrug 1999 1.605 ha (ohne Weinbau) und gliedert sich folgendermaßen auf:

Anbausorten	Fläche in ha	in %
Getreide	1.240	77,0
Ölfrüchte	28	2,0
Eiweißfrüchte	37	2,3
Hackfrüchte	262	16,3
Gemüse, Gewürze	38	2,4
Gesamt	1.605	100,0

Die Fläche an Weingärten betrug 32 ha, Bracheflächen ohne Nutzung betragen 191 ha.

Im Jahr 1999 wurden produziert:

3.186 t Weizen, davon	11.656 t Zuckerrüben
820 t Hartweizen	476 t Kartoffel
846 t Roggen	133 t Erbsen
1.482 t Gerste	357 t Mais
22 t Hafer	80 t Raps
13 t Dinkel	1.100 hl Wein

Bei den **Aufforstungsarbeiten** war in den Quellenschutzforsten bei Nachbesserungen nach einem Anstieg im vorhergehenden Jahr (26.500 Stück) ein leichter Rückgang auf 21.150 Pflanzen feststellbar, die als Ersatz für abgestorbene bzw. nicht angewachsene Pflanzen gesetzt werden mussten. Der Pflanzenbedarf für Wiederaufforstungen in den Quellenschutzforsten stieg zwar im Jahr 1999 auf 9.900 Stück gegenüber 7.500 Stück im Jahr 1998, insgesamt zeigt diese geringe Menge jedoch deutlich die Auswirkungen der Umstellung auf natürlichen Waldbau mit Naturverjüngung.

In den Wienerwaldforsten stieg der Nachbesserungsbedarf mit 24.360 Pflanzen unwesentlich gegenüber dem Jahr 1998 an (23.900 Pflanzen), bei Wiederaufforstungen war jedoch mit 18.850 Pflanzen ein Minderbedarf gegenüber dem Vorjahr (21.000 Pflanzen) gegeben.

Insgesamt wurden 1999 folgende Pflanzenmengen versetzt (in Stück):

Aufforstungen	Nadelhölzer	Laubhölzer	gesamt
Wiederaufforstungen	14.950	13.800	28.750
Nachbesserungen	12.880	32.630	45.510
Neuaufforstungen (ohne Wohlfahrtsaufforstungen)	2.200	3.000	5.200
Christbaumkulturen.....	400	-	400
gesamt	30.430	49.430	79.860

Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies eine Abnahme von 10.360 Pflanzen.

Die **Waldschadenssituation** stellte sich ungefähr gleich dar wie im Vorjahr. Durch vereinzelte Windwurfereignisse fielen 7.108,52 fm Holz an, außerdem mussten durch Eisbruch verursachte Schadhölzer im Ausmaß von 155,54 fm geschlägert werden und 1.093,62 fm vom Borkenkäfer befallenes Holz genutzt werden. Im Wiener Raum war weiterhin flächendeckend der Befall der Rosskastanie durch die Kastanienminiermotte festzustellen. Auf die Bekämpfung mit chemischen Mitteln wurde jedoch aus ökologischen Gründen verzichtet.

Die durch das Wild verursachten Schäden hielten sich im gesamten Verwaltungsbereich in erträglichem Rahmen. Speziell die Verbisschäden zeigten infolge des geringeren Wildbestandes rückläufige Tendenzen. Vereinzelt traten nach dem Spätwintereinbruch im April lokale Schälsschäden auf.

Die **Abschusszahlen** bei Rotwild und Rehwild lagen ungefähr im vorjährigen Bereich, beim Gamswild war infolge eines ungewöhnlich hohen Fallwildanteiles (241 Stück) ein merklich höherer Gesamtabgang als 1998 gegeben. Auch beim Schwarzwild lag der Abschuss höher als im Vorjahr.

Der Gesamtabgang an Wild (Abschüsse und Fallwild) betrug im Jahr 1999:

Wild	Wienerwaldforste	Quellenschutzforste	Gesamt
Rotwild	47	381	428
Rehwild	272	436	708
Gamswild.....	-	659	659
Muffelwild	59	1	60
Damwild	22	-	22
Schwarzwild.....	1.332	33	1.365
Steinwild	-	4	4

Der **Forststraßenbau** beschränkte sich im Berichtsjahr auf einige wenige Projekte zur Feinerschließung und auf die Anlage von Rückewegen mit minimalen Eingriffen in das Bodenprofil. Insgesamt wurden 1999 2.428 lfm Straßen errichtet.

Die Bringung des Holzes zu den mit LKWs befahrbaren Straßen erfolgt zunehmend mittels mobiler Seilkräne, da diese Methode wesentlich pfleglicher für den verbleibenden Bestand und für den Waldboden ist als die herkömmliche Bodenrückung. Im Jahr 1999 wurden 17.174,11 fm auf diese bestandschonende Weise geliefert (6.304,05 fm mit eigenen Seilkränen, 10.870,06 fm durch Fremdfirmen).

Die Arbeitszeit der Forstarbeiter entfiel, auszugsweise und prozentuell, auf folgende Arbeiten:

Arbeiten	Wienerwaldforste in %	Quellenschutzforste in %
Holzgewinnung und -bringung	5,9	16,1
Kulturarbeiten	7,6	3,8
Bau und Erhaltung von Bringungsanlagen	3,1	4,5
Erholungswaldmaßnahmen	21,8	0,1
Gebäudeerhaltung	14,6	18,5

Auffällig ist hierbei der relativ niedrige Anteil an Holzgewinnung und an den Kulturarbeiten, was darin begründet ist, dass für zeitaufwendige Arbeiten, wie z. B. Durchforstungen, Dickungspflege und Aufforstungsarbeiten Fremdfirmen herangezogen werden. Dadurch ist es möglich, den kurzfristig anfallenden Arbeitskräftebedarf (z. B. für das Pflanzen-setzen) abzudecken, in arbeitsärmeren Zeiten jedoch Leerläufe zu vermeiden.

Im Bereich **Forsteinrichtung** wurden die Außenarbeiten für die Reviere „Obere Lobau“ (Forstverwaltung [FV] Lobau, Nationalpark) begonnen und abgeschlossen. Die Außenarbeiten für die Reviere „Untere Lobau“ (FV Lobau, Nationalpark) und den „Lainzer-Tiergarten“ (FV Lainz) wurden begonnen. Für den Nationalpark bzw. das Naturschutzgebiet „Lainzer-Tiergarten“ war die bisherige Methodik der Erhebung zu verbessern. Die Operatsberichte für die Reviere Neuwaldegg (FV Lainz) und „Gschöder“ (FV Wildalpen) konnten fertig gestellt werden.

Im Rahmen der Forsteinrichtung wurden in den Revieren „Brunn“ und „Gschöder“ (FV Wildalpen) rund 500 permanente **Kontrollstichproben** eingerichtet, die es ermöglichen eine Veränderung der Waldzustandsdaten exakt zu erfassen.

Zur exakten Beobachtung der Entwicklung der Waldverjüngung (**Verjüngungsmonitoring**) wurde in der FV Nasswald rund 100 Beobachtungspunkte angelegt sowie rund 40 Vergleichsflächenpunkte umzäunt.

Im Sinne des Ausbaues einer „partizipativen Planung“ wurde in jedem Revier der FV Wildalpen ein so genannter **waldbaulicher Weiserbestand** ausgeschieden, der nach den Erkenntnissen des diesbezüglichen Pilotprojekts „Sieben-see“ (1998) beplant und praktisch behandelt wurde. Mit dem Ziel, dieses System in allen Quellenschutzwäldern umzusetzen, wurde in der FV Hirschwang im Revier „Sumpfwald“ ein erster Weiserbestand ausgeschieden.

In Erfüllung neuer Managementanforderungen (New Public Management) wurden in Zusammenarbeit mit der Magistratsdirektion und den Forstverwaltungen die formalen Grundlagen für ein **Kontraktmanagement** (Controlling) erarbeitet. Für das Haushaltsjahr 2000 war im Zuge dessen ein erster Pilotkontrakt auch inhaltlich zu bearbeiten.

Im Bereich **EDV** waren neben der laufenden Betreuung mit Schwerpunkt Verbesserungen der Infrastruktur (Vernetzung mit den Forstverwaltungen), die Jahr-2000-Umstellung und die logische Gestaltung des Vorsystems für die geplante Einführung einer integrierten betriebswirtschaftlichen Softwarelösung (SAP, Querverbindungen zu Controlling) zu bewältigen.

Zum Schwerpunkt **Forstliche Raumplanung** wurden im Hinblick auf die Revision des Waldentwicklungsplanes die Außenaufnahmen abgeschlossen und die erhobenen Daten in das bestehende Geografische Informationssystem (GIS) der MA 49 und in eine Datenbank der Waldflächen integriert.

Im Rahmen der **Stadt- und Landschaftsplanung** wurden übergeordnete Planungen für das „1000-ha-Programm“ (Maßnahmenprogramm 10., 11., 21. und 22. Bezirk, Zusammenstellung der kurz- und mittelfristig auszugestaltenden Flächen und Ankaufsprioritäten) gemeinsam mit der MA 18 erstellt, die aktuellen Flächenwidmungsgebiete, in Hinblick auf das allgemeine Interesse an der Walderhaltung und zur Sicherung der generellen Grünraumausstattung bearbeitet.

Weiters wurden gemäß dem „1000-ha-Programm“ und den Leitlinien für die Stadtentwicklung **Landschaftsgestaltungsprojekte und Wohlfahrtsaufforstungen** durchgeführt, und die Aktionen

- Eröffnung Grünzug EUROPAN (22. Bezirk)
- Eröffnung Grünzug Breitenlee West (22. Bezirk)
- Jungbürgerwald 1999 (21., Thayagasse)
- Schulwald 1999 (22., Himmelteich)
- Generationenwald (22., An den alten Schanzen)

vorbereitet und durchgeführt.

Mit insgesamt 33.100 Bäumen und Sträuchern wurde eine Gesamtfläche von 4,1 ha aufgeforstet sowie Ersatzaufforstungen für das Donaukraftwerk Freudenu – Donauinsel koordiniert und überwacht.

Zum Themenbereich **Naturschutz und Landschaftspflege** wurden die Aufnahmen der Wiesen im Lainzer Tiergarten abgeschlossen und ein Wiesenpflegeprogramm für die Wienerwaldwiesen (19. Bezirk) erstellt und durchgeführt.

Das Alleesanierungsprogramm zur Erhaltung der historischen Alleen in der Lobau, im Lainzer Tiergarten und im Schwarzenbergpark wurde fortgeführt.

Weitere Maßnahmen wurden im Rahmen des „Ackerwildkrautschutzprogramms, Ökowertstreifen“, des Landschaftspflegeprogramms Elisabethhöhe, der Wiesen- und Heckenpflege Bisamberg/Alte Schanzen, der Naturdenkmalpflege

Hörndlwald, Himmelswiese, Eiserne Hand, Hohlweg Johannesberg (insgesamt 35 ha), der Wiesenpflege Slatिंगasse, Himmelhof- und Todtenwiese, Gütenbachtal, Rohrerwiese, Falkenberg (insgesamt 110 ha) durchgeführt. Die Erstellung des Managementplanes für das Naturschutzgebiet Lainzer Tiergarten erfolgte in Abstimmung mit der MA 22.

Das Artenschutzprogramm zur Erhaltung seltener Gehölze im Verwaltungsbereich der MA 49 wurde mit den Schwerpunkten Bergulmenschutz im Naturwaldreservat Schneeberg, Eibenanzuchtversuche, Anzuchtversuche Österreichische Mehlbeere und Wildrosen fortgeführt.

Die Betreuung und Dokumentation der Naturwaldreservate der MA 49 (820 ha) wurde fortgeführt, weiters konnten im Wienerwald und im Quellschutzgebiet drei neue Naturwaldreservate mit einer Gesamtfläche von 1.420 ha eingerichtet werden.

Mit dem „Verein Niederösterreich–Wien – gemeinsame Erholungsräume“ erfolgte die Durchführung folgender Projekte:

- Auswertung, Zählung und Befragung der Wienerwaldbesucher
- Naturlehrpfad im Lainzer Tiergarten
- Aussichtsturm Laaer Wald
- Radwege im Wienerwald
- Revitalisierung der Ruinenvilla

Zum Projekt „Standortkartierung in den Quellenschutzwäldern“ erfolgte die Präsentation des Berichts zu den Revieren Schreier und Brunsee (FV Wildalpen) sowie Hirschwang-Rax, Prein-Sumpfwald, Höllental-Rax, Rax-Heukuppe (FV Hirschwang). Die Kartierung im Gelände erfolgte im Revier Hinternasswald (FV Nasswald).

Weiters wurden verschiedene **Forschungsprojekte** wie z. B. Hochlagenkartierung, Monitoringprojekt Aufbaumittel Kaliumkarbonat, Monitoringprojekt Deponierekultivierung, MAB (UNESCO) – Projekt Wiesenmonitoring, LEO-NARDO, Interreg – Natural Resources, 5. Rahmenprogramm koordiniert und betreut.

Die 41 **Waldkinderspielplätze** wurden laufend überprüft und die Spielplätze nach Bedarf erneuert. Die 10 **Stadtwanderwege** wurden kontrolliert.

Öffentlichkeitsarbeit und Forschung

Im Bereich **Waldpädagogik, Information und Öffentlichkeitsarbeit** wurde das Angebot für Schulklassen auf der „Wiener Waldschule“ erweitert und ausgebaut, weiters wurde das 5.000. Schulkind auf der Waldschule geehrt. Die „Woche des Waldes“ wurde koordiniert und durchgeführt (Teilnahme von 833 Kindern).

Weiters erfolgte die Organisation und Betreuung von Exkursionen und Führungen für Schulen sowie die Betreuung und Information über Wald und Grünraum in Wien auf zahlreichen magistratsinternen und externen Veranstaltungen.

Die Öffentlichkeitsarbeit der MA 49 bestand im Jahr 1999 aus folgenden Aktivitäten:

- Führung von 20 forstlichen Fachexkursionen, ausgenommen Gruppen, die in den Bereich „Waldpädagogik“ fallen
- Medienarbeit:
 - tägliche Sichtung der vier Tageszeitungen:
 - Kronen Zeitung, Kurier, Die Presse und Der Standard
 - Presseaussendungen
 - Betreuung von Medienvertretern (Interviews, Fototermine, Filmaufnahmen, Pressemappen)
- Ausstellung Museum Kaiserbrunn, MA 49 – Raum
- Mehrere Beiträge in „Unser Wien“
- Planung und interne Organisation der MA 49-Stadtrundfahrten
- Telefonische und schriftliche Behandlung von Anfragen und Beschwerden
- Versendung von Informationsmaterial
- Teilnahme an:
 - Schulwaldaufforstung
 - Junge Wälder-Aufforstung
 - Waldjugendspiele
 - Seminar und Schulungsfahrten für Stadtrundfahrtenbegleiter
 - Betreuung der Internetseiten der MA 49
 - Fortführung der Chronik des Forstamtes

Vom **Ludwig-Boltzmann-Institut für biologischen Landbau und angewandte Ökologie** wurden 1999 folgende Forschungsprojekte bearbeitet:

- Mitarbeit am EU-PHARE-Projekt zur Errichtung von Demonstrationsfarmen für Biologische Wirtschaftsweise in Ungarn, Rumänien und Bulgarien im Rahmen eines Konsortiums mit einer schottischen (SAC) und zwei holländischen (ETC, Agro-Eco) Forschungsinstitutionen

- Mitarbeit am EU-Projekt DEST „Demonstration einer ökologisch nachhaltigen und umweltfreundlichen hochpräzisen thermischen Saatgutbehandlungsmethode“, gemeinsam mit vier anderen Forschungsinstitutionen in Europa
- Mitarbeit am EU-Projekt SWAPUA „Boden- und Wassermanagement bei der landwirtschaftlichen Produktion in städtischen Gebieten in zentral- und osteuropäischen Ländern“
- Mitarbeit am EU-Projekt „Qualitätssicherungs- und Marketingstrategien für Bio-Komposte“, gemeinsam mit der ARGE-Kompost Niederösterreich
- Mitarbeit am EU-Projekt „Bio-Control of Oilseed Rape Pests“
- Forschung zu Auswirkungen des Einsatzes von Komposten aus der Bio-Tonne auf die Nitrat- und Wasserdynamik sowie auf den Mineralstoffhaushalt verschiedener Agrarprodukte (gemeinsam mit der MA 48, dem Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie und dem Forschungszentrum Seibersdorf)
- Untersuchungen zur Erfassung des Nachernteverhaltens und der Lagerqualität von unterschiedlich angebauten landwirtschaftlichen Produkten
- Kooperationsprojekt „Optionen für die Entwicklung von Landwirtschaft und Gartenbau in Wien“ mit diversen Instituten von Universitäten in Wien, Klagenfurt, Innsbruck und Graz. (Mit Unterstützung durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Verkehr und die MA 22)
- Naturschutz im Agrarraum: ökologische Bewertung von Ackerrandstreifen
- Bodenmikrobiologische Untersuchungen in der FV Nasswald
- Standortkartierung in den Quellschutzforsten der Gemeinde Wien
- Stichprobeninventur zur Ektomykorrhiza von Waldbäumen (Revier Hinternasswald) und Makromyceteninventur
- Untersuchung der Stickoxidausgasung aus landwirtschaftlich genutzten Böden bei unterschiedlicher Düngung
- Innovationsprojekt zur Verbesserung der Saatgutvermehrung im Biologischen Landbau gemeinsam mit dem Institut für Saatgut des Bundesamtes und Forschungszentrums für Landwirtschaft/Wien, des Institutes für Ökologische Landwirtschaft an der Universität für Bodenkultur/Wien und der Abteilung Biologische Landwirtschaft am Bundesamt für Agrarbiologie/Linz
- Untersuchungen zur Qualität der Saatguterzeugung im Biologischen Landbau
- Kriterien für die Bewertung von Getreidesorten im Biologischen Landbau
- Auswirkungen verschiedener Düngungsarten auf Regenwürmer in Äckern
- Auswirkungen der Umstellung auf Biologischen Landbau auf die Nützlingsgruppe der Laufkäfer
- Untersuchungen zur Verbesserung der Qualität von Ölkürbissaatgut
- Entwicklung eines Verfahrens zur Ermittlung der Bioverfügbarkeit von Stick- und Kohlenstoff aus der organischen Substanz in Böden, Erden, Sedimenten und Komposten. Festlegung und Klassifizierung von Nährstoffpotenzialen durch chemische und nahinfrarotspektroskopischer Analysen (NIRS) der Strukturkomponenten mit ihren Gesamtstickstoff- und Kohlenstoffgehalten, einschließlich der Bemessung der erforderlichen Düngung sowie Herstellung der erforderlichen messtechnisch zusammengesetzten Geräte und Apparaturen, gemeinsam mit Dr. W. Wenzl, Liezen und deutschen Kooperationspartnern
- Pflanzenbauliche Untersuchungen im Rahmen des gemeinsam mit der Gartenbauuniversität Budapest durchgeführten Projekts „Die Rolle und Bedeutung der Hecke im Agrarumweltschutz“

Weitere Arbeitsschwerpunkte waren:

- Erarbeitung wissenschaftlicher Grundlagen für die Optimierung biologischer Landbaumethoden mit Hilfe interdisziplinärer Forschungsansätze
- Förderung der praktischen Umsetzung wissenschaftlicher Ergebnisse durch Lehre und Öffentlichkeitsarbeit
- Darstellung des agrarpolitischen Stellenwertes des biologischen Landbaus für eine nachhaltige Entwicklung der ländlichen Räume
- Ökologische Bewirtschaftung von Kleingärten
- Mitarbeit im Rahmen des Wiener Abfallwirtschafts-Konzeptes
- Bodenbiologische Untersuchungen (Bodenenzyme, Mykorrhiza)
- Umstellung von viehlos wirtschaftenden Ackerbaubetrieben auf biologischen Landbau
- Vorbeugende Schädlingskontrolle im Biologischen Landbau
- Funktionale Biodiversität in der Agrarlandschaft
- Rechtliche Grundlagen des biologischen Landbaues

Der Institutsleiter und Institutsmitarbeiter führten im Berichtsjahr verschiedene Lehrtätigkeiten an der Universität Wien und der Universität für Bodenkultur durch. Die Durchführung von sieben Dissertationen und sechs Diplomarbeiten wurde betreut, darüber hinaus wurde im Berichtsjahr eine Diplomarbeit approbiert. Im Rahmen des Ökologiestudiums an der Universität Wien wurde wie in den Vorjahren die Projektstudie „Agrarökologie“ durchgeführt.

Der Institutsleiter und die Institutsmitarbeiter waren 1999 in folgenden **Kommissionen bzw. Gremien und Arbeitsgruppen** tätig:

- Österreichische Lebensmittelcodexkommission, Unterkommission Bio (Vorsitz)
- Plenum der Österreichischen Lebensmittelcodexkommission

- Wissenschaftlicher Beirat, Forschungsschwerpunkt Kulturlandschaftsforschung, BMWV
- Bildung und Beratung im Biologischen Landbau, Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft
- Mitarbeit an der EU Concerted Action „Bio-Control of Oilseed Rape Pests“
- Österreichische IIASA-Kommission
- ÖNORM Fachnormen-Unterausschuss
- Bund-Bundesländer-Kooperationsforschung Wien

Auf Einladung verschiedener Veranstalter wurden Referate abgehalten bzw. Ausbildungslehrgänge mitgestaltet. In Zusammenarbeit mit dem ORF wurden Fernseh- und Rundfunksendungen zu Themen des Biologischen Landbaues mitgestaltet.

Die wissenschaftlichen Tätigkeiten dokumentierten sich im Berichtsjahr in 59 Publikationen, 3 Publikationen waren in Druck.

Im Jahr 1999 standen dem Institut neben dem Leiter 32 Dienstnehmer zur Verfügung.

Rechtliche Angelegenheiten der Landeskultur und des Wasser- und Schifffahrtswesens (MA 58)

Im Berichtszeitraum fielen insgesamt 6.594 Geschäftsstücke an. Davon betrafen 6.556 allgemeine Verwaltungsangelegenheiten, 18 Agenden die Agrarbehörde und 19 administrative Berufungen, 1 Geschäftsstück bezog sich auf einen Unfall land- und forstwirtschaftlicher Dienstnehmer.

1. Wasser- und Schifffahrtswesen

Dem breiten Spektrum der Wasserrechtsangelegenheiten waren 2.200 Geschäftsstücke zuzuordnen. Darunter befanden sich 144 Ansuchen um Bewilligung von Grundwasserentnahmen, aber auch 52 Schadstoffunfälle. Die übrigen Geschäftsstücke verteilten sich u. a. auf Ansuchen um Erteilung von – teilweise auch im Zusammenhang mit der Errichtung des Kraftwerkes Freudenua stehenden – Bewilligungen zur Errichtung und Abänderung von Anlagen innerhalb der Grenzen des Hochwasserabflussbereiches fließender Gewässer, zur Vornahme von Einwirkungen auf Gewässer u. a. m., auf Stellungnahmen grundsätzlicher Art, Beanstandungen, Baggerungen, Deponien und Hochwasserschutzmaßnahmen.

Im Wasserbuch wurden 384 Erledigungen hinsichtlich bestehender, neu verliehener oder erloschener Wasserrechte ersichtlich gemacht, und im Lagerbuch 117 Erledigungen verzeichnet. Mit Stand 31. Dezember 1999 waren im Wasserbuch 2.835 aufrechte Wasserrechte ersichtlich. Im Lagerbuch waren zu diesem Zeitpunkt 1.465 Bewilligungen verzeichnet. Im Zusammenhang mit der Führung des Wasserbuchs sind die zunehmenden Arbeiten zur Erstellung und Umsetzung eines Programms für dessen EDV-unterstützte Führung zu nennen.

Im Verzeichnis der Anlagen zur Lagerung oder Leitung wassergefährdender Stoffe bzw. zur Gewinnung von Sand und Kies (§ 31a bzw. 31c Wasserrechtsgesetz 1959) wurden im Berichtszeitraum 110 Bewilligungen eingetragen; der Stand dieses Verzeichnisses betrug am 31. Dezember 1999 19.481 Eintragungen.

Die MA 58 hat neben ihrer Behördentätigkeit in einer Reihe von Fällen die Stadt Wien in Wasserrechtsangelegenheiten vor anderen Behörden vertreten sowie die Magistratsabteilungen 30, 31, 45, 48 und 49 beraten.

Im Jahr 1999 waren die sich aus der Wasserrechtsgesetznovelle 1999 und aus den beiden Wasserrechtsgesetz-Novellen des Jahres 1997 (WRG-Novelle 1997 und WRG-Novelle Deponien) ergebenden Konsequenzen in manchen Bereichen (Indirekteinleiter, Anlagen zur Lagerung und Leitung wassergefährdender Stoffe, Ersatz bestimmter Bewilligungsverfahren durch bloße Anzeigeverfahren, Änderung von Zuständigkeiten, Überwachung von Anpassungspflichten an den Stand der Deponietechnik, einschließlich der Durchführung allfällig behördlich erforderlicher Anordnungen, Bestellung von Deponieaufsichtsorganen, u. s. w.) organisatorisch vorzubereiten und inhaltlich umzusetzen. Daneben wurden aber auch bereits laufende Aufgaben weiterbetrieben (z. B. laufende Überprüfungen bestehender Wasserbenutzungs- und Wasseranlagen, Deponien, Fortführung behördlicher Bewilligungsverfahren betreffend Errichtung, Instandhaltung, Umbau und Sanierung von Anlagen, bauliche Erweiterung und baulicher Umbau des Wiener Kanalsystems, Überwachung des Betriebs und der baulichen Ertüchtigung der Hauptkläranlage und der Kläranlage Blumental, Überwachung von Altlasten, Durchführung von wasserrechtlichen Bewilligungs- und Kollaudierungsverfahren betreffend die Altlastensicherung und Altlastensanierung, Renaturierung des Liesingbaches, etc.).

Neben diesen Aufgaben wurden auch Arbeiten zur Realisierung von Maßnahmen im Sinne des § 33f WRG 1959 (Erklärung von Bereichen zu Grundwassersanierungsgebieten) weitergeführt und wegen verschiedener grenzüberschreitender Probleme sowohl Koordinierungs- und Informationsgespräche mit dem Bund als auch mit Niederösterreich und den übrigen Bundesländern auch zur Umsetzung von EU-Richtlinien in innerstaatliches Recht geführt bzw. an solchen Expertengesprächen teilgenommen.

1999 wurden die anstehenden (Teil)Kollaudierungen von noch offenen Teilanlagen des sich in seiner Errichtungsendphase befindlichen Kraftwerks Freudenau vorbereitet und Teilschritte zum Abschluss vorgenommen.

Im Bereich des **Schiffahrtswesens** wurden 2.056 Geschäftsstücke behandelt. Davon bezogen sich unter anderem 107 Geschäftsstücke auf Schiffahrtsanlagen und Wassersportveranstaltungen, 392 auf Ausstellung oder Änderung von Zulassungsurkunden für Sportfahrzeuge, 359 auf Zurücklegung von Zulassungsurkunden für Sportfahrzeuge sowie 17 auf Zuweisung von Probekennzeichen. Weiters hatte die MA 58 194 Geschäftsfälle für die Seeschiffahrt zu bearbeiten, wovon unter anderem 112 Anträge auf Ausstellung eines Seebriefs sowie 50 Zurücklegungen von Seebriefen und 42 Verfahren auf Feststellung oder Widerruf des Rechtes zur Führung der österreichischen Seeflagge durchzuführen waren.

312 Geschäftsstücke betrafen Schiffsführerprüfungen, die Ausstellung bzw. Änderung von Schiffsführerpatenten sowie die Ausstellung von Internationalen Zertifikaten für Führer von Sportfahrzeugen. Zur Schiffsführerprüfung wurden 237 Bewerber zugelassen. Bei 14 abgehaltenen Prüfungen wurden 217 Kandidaten geprüft, davon bestanden 206 die Prüfung.

Außerdem wurden von der bei der MA 58 eingerichteten Eignungsprüfungskommission 2 Bewerbern Bescheinigungen hinsichtlich deren fachlicher Eignung ausgestellt.

In wasser- und schiffahrtsrechtlichen Angelegenheiten wurden insgesamt 315 mündliche Verhandlungen und Amtsbesprechungen abgehalten.

2. EU-Angelegenheiten

Im Berichtsjahr wurden zahlreiche Stellungnahmen im Rahmen interner und externer Begutachtungsverfahren – auch bezüglich EU-Richtlinien – abgegeben und zu zahlreichen Expertengesprächen Vertreter entsandt.

Schließlich wurden nach Maßgabe der EU-Richtlinie über ein Informationsaustauschverfahren auf dem Gebiet der Normen und technischen Vorschriften federführend Koordinierungsaufgaben bewältigt, die technische Vorschriften anderer Mitgliedsstaaten dahingehend überprüft und beurteilten, ob Handelshemmnisse, die den freien Warenverkehr innerhalb des Binnenmarktes verhindern könnten, vorliegen und EU-Konformität gegeben ist.

Weiters wurden im Zusammenhang mit der Euro-Umstellung zur Vorbereitung der erforderlichen legislativen Maßnahmen sämtliche von der MA 58 betreuten Rechtsvorschriften daraufhin überprüft, ob durch die Euro-Umstellung Novellierungen erforderlich sind. Der Entwurf eines Gesetzes betreffend die Anpassung von landeskulturellen Vorschriften an die Einführung des Euro wurde ausgearbeitet. Gleichzeitig wurden in diesem Zusammenhang Rechtsvorschriften auch dahingehend überprüft, ob, und wenn ja, welche Regelungen aus heutiger Sicht entbehrlich und daher gegebenenfalls aufzuheben wären.

3. Land- und Forstwirtschaftsinspektion

Die Wiener Land- und Forstwirtschaftsinspektion hat im Berichtsjahr 137 Kontrollen in 125 land- und forstwirtschaftlichen Betrieben durchgeführt. Diese Kontrollen verteilten sich auf 96 Gartenbaubetriebe, 14 Weinbaubetriebe, 12 bäuerliche Betriebe, einen Gutsbetrieb, einen Forstbetrieb und einen sonstigen landwirtschaftlichen Betrieb. Dabei wurden insgesamt 104 Beanstandungen vorgenommen und zur Abstellung festgestellter Mängel und sicherheitstechnischer Gefahren 41 Aufträge erteilt. In Angelegenheiten der Berufs- und Lehrlingsausbildung wurden 5 Lehrbetriebe kontrolliert.

Weiters hat die Land- und Forstwirtschaftsinspektion in Wahrnehmung des Dienstnehmerschutzes an 14 baubehördlichen Verfahren teilgenommen und dabei 7 einschlägige Anträge gestellt. Auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes wurden zu einschlägigen Gesetzes- und Verordnungsentwürfen bzw. zu internationalen Übereinkommen 7 Stellungnahmen abgegeben.

Von 5. bis 6. Mai 1999 fand in Wien die jährliche Expertenkonferenz und Schulungstagung der Land- und Forstwirtschaftsinspektionen Österreichs statt, die von der Land- und Forstwirtschaftsinspektion Wien organisiert wurde und an der Vertreter aller Bundesländer teilnahmen.

4. Landarbeitsrecht

Die im Oktober 1998 durch den Landtag beschlossene Novelle zum Wiener land- und forstwirtschaftlichen Gleichbehandlungsgesetz, LGBL. für Wien Nr. 25/1980, zuletzt geändert durch das Gesetz LGBL. für Wien Nr. 7/1994, wurde im LGBL. für Wien Nr. 1/1999 kundgemacht.

Die legislativen Arbeiten an der Novelle zur Wiener land- und forstwirtschaftlichen Berufsausbildungsordnung 1992, LGBL. für Wien Nr. 35, in der Fassung der Gesetze LGBL. für Wien Nr. 18/1994 und 21/1999, wurden im Frühjahr 1999 abgeschlossen. Nach Beschlussfassung durch den Landtag wurde die Novelle im LGBL. für Wien Nr. 48/1999 kundgemacht.

Was die Novelle zur Wiener Landarbeitsordnung 1990, LGBL. für Wien Nr. 33, zuletzt geändert durch das Gesetz LGBL. für Wien Nr. 39/1995, anlangt, mit welcher die Umsetzung der zahlreichen EU-Richtlinien betreffend die Sicherheit und den Gesundheitsschutz der Arbeitnehmer für die im Bereich der Land- und Forstwirtschaft tätigen Arbeiter und Angestellten erfolgen wird, ist zu bemerken, dass die legislativen Vorarbeiten am Entwurf zu dieser Novelle im März 1999 abgeschlossen wurden und sodann Ende April/Anfang Mai 1999 ein internes Begutachtungs-

verfahren durchgeführt wurde. Die Aussendung des Entwurfes im externen Begutachtungsverfahren erfolgte bis Ende Juli 1999. Die im externen Begutachtungsverfahren eingeholten Stellungnahmen erforderten eine Überarbeitung des Entwurfes in zahlreichen Punkten, welche bis Ende August 1999 abgeschlossen werden konnte. Die Beschlussfassung der gegenständlichen Novelle durch den Landtag ist am 16. Dezember 1999 erfolgt.

Die gegenständliche Novelle zur Wiener Landarbeitsordnung 1990 enthält u. a. zahlreiche Verordnungsermächtigungen, welche denen des ArbeitnehmerInnenschutzgesetzes-ASchG, das als Vorbild für diese Novelle gedient hat, nachgebildet sind. Im Hinblick auf den großen Umfang der zur Erstellung aller erforderlichen Durchführungsverordnungen notwendigen legislatischen Arbeiten wurde schon im Frühjahr 1999 mit Vorarbeiten an Entwürfen für Durchführungsverordnungen begonnen.

Dabei wurden zunächst jene Bereiche ausgewählt, wo schon entsprechende Verordnungen des Bundes, welche zur Gänze oder wenigstens teilweise zum Vergleich und zur Abstimmung herangezogen werden können, vorliegen. Im Einzelnen handelt es sich hierbei um folgende Durchführungsverordnungen:

Verordnung der Wiener Landesregierung über die Sicherheits- und Gesundheitsschutzkennzeichnung für land- und forstwirtschaftliche Arbeitsstätten;

Verordnung der Wiener Landesregierung über die Sicherheits- und Gesundheitsschutzdokumente für land- und forstwirtschaftliche Betriebe;

Verordnung der Wiener Landesregierung über den Schutz der Dienstnehmer in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben gegen Gefährdung durch biologische Arbeitsstoffe;

Verordnung der Wiener Landesregierung über Beschäftigungsverbote und -beschränkungen für Jugendliche in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben;

Verordnung der Wiener Landesregierung, mit der Anforderungen an Arbeitsstätten und an Gebäude in der Land- und Forstwirtschaft festgelegt werden;

Verordnung der Wiener Landesregierung, mit der Vorschriften zum Schutz der Sicherheit und der Gesundheit der Dienstnehmer in der Land- und Forstwirtschaft vor Gefahren durch den elektrischen Strom erlassen werden;

Verordnung der Wiener Landesregierung über die Sicherheit von Aufzügen in der Land- und Forstwirtschaft;

Verordnung der Wiener Landesregierung über den Schutz der Dienstnehmer in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben bei Bildschirmarbeit;

Verordnung der Wiener Landesregierung über die Gesundheitsüberwachung in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben.

Was die ersten beiden angeführten Entwürfe anlangt, ist festzuhalten, dass die legislatischen Vorarbeiten im Winter 1999 abgeschlossen wurden und mit Jahresende eine Aussendung der beiden Entwürfe im externen Begutachtungsverfahren erfolgt ist.

Weitere Durchführungsverordnungen zur Wiener Landarbeitsordnung 1990 werden nach Vorliegen entsprechender Durchführungsverordnungen zum ASchG im Einklang mit diesen auszuarbeiten sein.

Im Hinblick auf die Neubestellung der Mitglieder bzw. Ersatzmitglieder der Einigungskommission mit Beschluss der Wiener Landesregierung vom 3. November 1998, Pr.Z. 1279/98, wurde zwecks Angelobung der neubestellten Mitglieder bzw. Ersatzmitglieder am 12. Jänner 1999 eine Sitzung der Einigungskommission abgehalten.

5. Land- und Forstwirtschaft

Im Rahmen der von der Abteilung zu besorgenden landwirtschaftlichen Fachbegutachtung wurden im Berichtsjahr 373 Gutachten, Stellungnahmen bzw. Überprüfungen für Bundesministerien und Magistratsdienststellen abgegeben bzw. durchgeführt. Davon entfielen 236 auf agrarische Förderungsmaßnahmen des Bundes und der Stadt Wien, 21 auf allgemeine Fachangelegenheiten, 49 auf die Zulässigkeit von Bauführungen im Schutzgebiet Wald- und Wiesengürtel bzw. Grünland – Ländliches Gebiet, 6 auf Grundabteilungen und Abschreibungen in diesen Gebieten, 21 auf Angelegenheiten der Stadtplanung, 16 auf die Angemessenheit von Pachtzinsen und 24 auf Stellungnahmen zu Gesetzes- oder Verordnungsentwürfen.

Für die Befundaufnahmen zu diesen Fachbegutachtungen waren 353 Lokalaugenscheine und 21 Amtsbesprechungen erforderlich.

Breiten Raum nahmen weiterhin die mit der europäischen Agrarpolitik in Zusammenhang stehenden Aufgaben ein, wobei im Berichtsjahr diesem Aufgabenschwerpunkt 110 Geschäftsfälle zuzuordnen sind. Im Vordergrund stand vor allem der Bereich der Agrarförderungen. Zu diesem Thema fanden zahlreiche Besprechungen mit Vertretern des Bundes, der Länder und vor allem der Wiener Landwirtschaftskammer zur Umsetzung der Förderungsrichtlinien für eine möglichst optimale Ausschöpfung der von EU, Bund und Land kofinanzierten Förderungsstellen für die österreichische Landwirtschaft statt.

6. Bodenreform

Bei der bei der MA 58 eingerichteten Agrarbehörde I. Instanz fielen im Berichtsjahr 18 Geschäftsfälle an, die im Wesentlichen die Feststellung von Grunderwerbsvorgängen als landwirtschaftliche Siedlungsmaßnahme sowie die Zustimmung zur Belastung und Veräußerung von Liegenschaften nach den Bestimmungen des Wiener

Landwirtschaftlichen Siedlungsgesetzes betrafen. Im Zuge dieser Verfahren wurden vom agrartechnischen Referat die für die Erledigung erforderlichen Erhebungen durchgeführt.

7. Wiener Landwirtschaftskammer

In Vollziehung des Wiener Landwirtschaftskammergesetzes hat die MA 58 die Agenden der Aufsichtsbehörde wahrgenommen und Vertreter zu den Sitzungen von Organen der Wiener Landwirtschaftskammer entsandt.

Der von der MA 58 ausgearbeitete Entwurf eines Wiener Bienenzuchtgesetzes wird gleichzeitig auch eine Änderung des Wiener Landwirtschaftskammergesetzes, LGBL. für Wien Nr. 28/1957, in der geltenden Fassung, beinhalten (näheres hiezu siehe Punkt 10.).

Auf Grund einer Weisung des Herrn amtsführenden Stadtrates Svihalek wurde ein Gesetz über die Förderung der Landwirtschaft in Wien (Wiener Landwirtschaftsgesetz) ausgearbeitet. Zweck dieses Gesetzes ist es, Grundsätze für die Vergabe von Förderungen durch das Land Wien an die Wiener Landwirtschaft festzulegen. Die Beschlussfassung durch den Wiener Landtag ist bereits erfolgt, mit der Verlautbarung im Landesgesetzblatt für Wien ist demnächst zu rechnen.

8. Veterinärwesen

So wie in den vergangenen Jahren hat die MA 58 in Vollziehung des Tierseuchengesetzes die monatlichen Werttarife für Schlachtschweine, die vierteljährlichen Tarife für Nutzschweine und die halbjährlichen Tarife für Geflügel ausgearbeitet.

Auf Grund eines Erlasses des Bundesministeriums für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz vom 17. November 1999, wonach im Land Wien im Jahr 2000 keine Bestände auf IBR/IPV zu untersuchen sind, wurde das bereits eingeleitete legislative Verfahren betreffend die Anordnung der periodischen Untersuchung von Rinderbeständen auf infektiöse Bovine Rhinotracheitis und infektiöse Pustulöse Vulvovaginitis (IBR/IPV) ausgesetzt.

Zwecks Umsetzung der RL 96/43/EG des Rates vom 26. Juni 1996 zur Änderung und Kodifizierung der RL 85/73/EWG zur Sicherstellung der Finanzierung der veterinär- und hygienerechtlichen Kontrollen von lebenden Tieren und bestimmten tierischen Erzeugnissen sowie zur Änderung der Richtlinien 90/675/EWG und 91/496/EWG (CELEX NR. 396 L 0043), Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften vom 1. Juli 1996, Nr. L 162/1, wurde die Verordnung der Wiener Landesregierung über Fleischuntersuchungsgebühren, LGBL. für Wien Nr. 84/1995, novelliert (LGBL. für Wien Nr. 25/1999).

9. Tierzucht

Zwei Durchführungsverordnungen zum Wiener Tierzuchtgesetz, LGBL. für Wien Nr. 12/1996, werden nach Maßgabe der Prioritäten noch auszuarbeiten sein.

Zu Beginn 1998 wurden die legislativen Arbeiten für ein Gesetz über die Haltung und die Zucht von Bienen sowie über eine Änderung des Wiener Landwirtschaftskammergesetzes (Wiener Bienenzuchtgesetz) in die Wege geleitet. Zweck dieses Gesetzes ist es, den Bereich der Bienenwirtschaft vornehmlich mit dem Ziel der Erhaltung gesunder und leistungsfähiger Bienenvölker umfassend zu regeln. Desweiteren sollen auch die erforderlichen Maßnahmen zur Verhinderung der Verschleppung von Feuerbrand durch Bienenwanderung wie auch zur Verhinderung von aggressiven Kreuzungsbienen (z. B. Buckfastbienen) festgelegt werden. Die Änderung des Wiener Landwirtschaftskammergesetzes ist im Hinblick auf die vorgesehene Mitwirkung der Landwirtschaftskammer für Wien bei der Besorgung von einzelnen Aufgaben des Wiener Bienenzuchtgesetzes im übertragenen Wirkungsbereich erforderlich. Das Begutachtungsverfahren ist bereits abgeschlossen, der gegenständliche Gesetzentwurf wurde auch bereits zur Notifikation in Brüssel vorgelegt. Auf Grund eines Einspruchs der Kommission war eine Überarbeitung des Entwurfs zu überlegen, die sich nach neuesten Gutachten jedoch erübrigen könnte.

10. Jagdwesen

Die Arbeiten am Entwurf einer weiteren Novelle zum Wiener Jagdgesetz, LGBL. für Wien Nr. 6/1948, zuletzt geändert durch das Gesetz LGBL. für Wien Nr. 9/1993, wurden weitergeführt. Dieser Entwurf nimmt eine Überarbeitung des seit über vier Jahrzehnten nahezu unveränderten Kataloges der jagdbaren Tiere vor und fügt dem bisherigen Begriffsapparat die zoologische Bezeichnung der einzelnen Wildtiere hinzu.

Außerdem entspräche die im Entwurf vorgesehene Textierung den Regelungen des mit der Richtlinie 94/24/EG geänderten Anhangs II Teil 2 der Richtlinie 79/409/EWG über die Erhaltung der wild lebenden Vogelarten.

Die Ergebnisse des externen Begutachtungsverfahrens werden derzeit einer weiteren Erörterung mit allen betroffenen Institutionen und Magistratsdienststellen unterzogen.

Im Berichtsjahr 1999 fand eine Jagdaufseherprüfung statt.

In Wien bestanden per 31. Dezember 1999 35 Eigenjagd- und Gemeindejagdgebiete mit einer Gesamtfläche von 18.041 ha, wobei auf einer Fläche von 3.557 ha die Jagd ruht.

11. Fischereiwesen

In Wien bestehen derzeit 35 Fischereireviere mit einer Gesamtfläche von 2.178,6 ha.

12. Tierschutz

Das legislative Verfahren betreffend eine Verordnung über die Haltung von Pferden wurde abgeschlossen und die Verordnung im Landesgesetzblatt für Wien Nr. 51/1999 verlautbart. Durch diese Verordnung werden Mindestanforderungen für die Haltung von Pferden – insbesondere die Stallhaltung betreffend – festgelegt und darüber hinaus auch noch andere Bereiche (z. B. Haltung im Freien, Haltung von Fiakerpferden, verbotene Eingriffe) einer Regelung unterzogen.

Mit den legislativen Vorarbeiten für eine Novelle zum Wiener Tierschutz- und Tierhaltegesetz, LGBl. für Wien Nr. 39/1987, in der geltenden Fassung, wurde begonnen. Diese Novelle dient vor allem der Umsetzung der Art. 15a B-VG – Vereinbarung betreffend den außerlandwirtschaftlichen Tierschutz, LGBl. für Wien Nr. 24/1999.

13. Pflanzenschutz

Als Mitgliedstaat der Europäischen Union besteht für Österreich die Verpflichtung, die Richtlinie 98/57/EG des Rates vom 20. Juli 1998 zur Bekämpfung von *Ralstonia solanacearum* (Smith) Yabuuchi et al. in innerstaatliches Recht umzusetzen.

Auf Grund der verfassungsrechtlichen Kompetenzbestimmungen sind die erforderlichen nationalen Regelungen in Österreich von den Ländern zu erlassen.

Ein die gebotenen Maßnahmen bestimmender Verordnungsentwurf wurde bereits ausgearbeitet und im Rahmen eines zunächst internen Begutachtungsverfahrens beurteilt.

14. Bodenschutz

Das bereits im Jahr 1998 im Hinblick auf die gebotene Umsetzung der Richtlinie 86/278/EWG eingeleitete legislative Verfahren wurde weitergeführt. Der Entwurf eines Landesgesetzes über das Verbot der Ausbringung von Klärschlamm wurde nach Abschluss des externen Begutachtungsverfahrens an die Europäische Kommission notifiziert. Nachdem während der Stillhaltefrist weder seitens der Kommission noch seitens eines Mitgliedstaates eine ausführliche Stellungnahme abgegeben worden ist, konnte am 22. Oktober 1999 die Beschlussfassung durch den Landtag erfolgen.

15. Einzelne legislative Maßnahmen zur Deregulierung

In Umsetzung von Arbeitsprogrammen der Wiener Landesregierung über die Vereinfachung, Konzentration und Beschleunigung der landesgesetzlich vorgesehenen Verfahren wurden die Entwürfe zu Novellen zum Wasserversorgungsgesetz 1960 und zum Kanalräumungs- und Kanalgebührengesetz 1978 ausgearbeitet.

Für das Wasserversorgungsgesetz ist insbesondere der weit gehende Entfall der Bewilligungsverfahren zur Herstellung und Abänderung von Innenanlagen vorgesehen. Durch die Änderung des Kanalräumungs- und Kanalgebührengesetzes soll das Alleinbesorgungsrecht des Magistrates für die Räumung von Hauskanalanlagen, Senkgruben, Kläranlagen und Abscheidern beseitigt werden.

Nach Abschluss der internen und externen Begutachtungsverfahren wurden die Entwürfe jeweils an die Europäische Kommission notifiziert. Zu keinem der Entwürfe wurde während der Stillhaltefrist eine ausführliche Stellungnahme abgegeben, sodass nunmehr die Beschlussfassungen durch den Wiener Landtag vorbereitet werden können.

Rechtliche Verkehrsangelegenheiten (MA 65)

Im Jahr 1999 bestand eine wichtige Aufgabe der Abteilung nach wie vor darin, die **Agenden als Berufungsbehörde** wahrzunehmen. Die zu bearbeitenden Berufungsfälle betrafen hauptsächlich Administrativaufgaben, wie etwa die Ausstellung von Ausweisen für dauernd stark gehbehinderte Personen (§ 29b StVO 1960), die Erledigung von Berufungsverfahren in Angelegenheiten der Entziehung von Lenkberechtigungen, die Aufhebung der Zulassung von Kraftfahrzeugen sowie die Entfernung von Verkehrshindernissen, insbesondere Kostenvorschreibungen für die Abschleppung von Fahrzeugen (§ 89a StVO 1960) und für die Beseitigung gröblicher Verunreinigungen der Straße (§ 92 StVO 1960).

Darüber hinaus waren noch zahlreiche Berufungsverfahren in Bezug auf die Abweisung von Anträgen auf Parkausnahmegenehmigung für ein zeitlich uneingeschränktes Parken in den flächendeckenden Kurzparkzonen der von der Parkraumbewirtschaftung betroffenen Bezirke 1 bis 9 und 20 zu erledigen (sog. „Parkpickerln“).

In einigen Fällen hatte die Abteilung die verkehrsrechtlichen Aufgaben als sachlich in Betracht kommende Oberbehörde – auch in Verwaltungsstrafsachen – wahrzunehmen.

In legislativer Hinsicht waren 1999 wieder mehrere **straßenpolizeiliche und kraftfahrrechtliche Vorschriften** fachlich zu begutachten. Hervorzuheben sind hierzu insbesondere die Entwürfe für Novellen zur Führerscheingesetz-Durchführungsverordnung, zur Führerscheingesetz-Fahrprüfungsverordnung und zur Führerscheingesetz-Gesundheitsverordnung, der Entwurf eines Gefahrgutbeförderungsgesetzes, der Entwurf einer Gehbehindertenausweisverordnung, einer Ferienreiseverordnung, einer Kraftstoffverordnung, der Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem ein Führer-

scheingesetz erlassen wird, sowie das Kraftfahrgesetz 1967 und die Straßenverkehrsordnung 1960 geändert werden, der Entwurf einer Freisprecheinrichtungsverordnung, einer Fahrradverordnung, der Entwurf eines Straßenverkehrsunfallstatistikgesetzes, der Entwurf einer Prüf- und Begutachtungsstellenverordnung, einer Gefahrgutbeförderungsverordnung sowie einer 45. Novelle zur Kraftfahrgesetz-Durchführungsverordnung 1967.

Weiters hat die Abteilung den Entwurf eines Gesetzes ausgearbeitet, mit dem das Gesetz vom 11. November 1960 (womit der Bundespolizeidirektion Wien auf dem Gebiet der Straßenpolizei Aufgaben der Vollziehung übertragen werden) geändert wird. Ebenso wurde der Entwurf einer Verordnung des Landeshauptmannes von Wien betreffend die Einrichtung von Zulassungsstellen durch Versicherer nach § 40a Abs. 1 KFG 1967 ausgearbeitet. Ende 1999 wurde mit den legislatischen Arbeiten an einem Fiakergesetz und einer Fiakerbetriebsordnung begonnen.

Zur Wahrung der Interessen des Landes Wien nahmen Abteilungsleiter, Stellvertreter und Referenten auch 1999 wieder an verschiedenen **Fachtagungen und Länderkonferenzen**, die jährlich abgehalten werden, teil. Dazu sind insbesondere die Expertenkonferenz der beamteten Verkehrsreferenten, die Kraftfahrreferententagung, die Tagung der Gefahrgutsachverständigen, die Fahrschulreferententagung und drei internationale Kraftfahrlinienkonferenzen (mit den Nachbarländern Österreichs) anzuführen.

Im **Fahrschulbereich** war es wie bisher eine wichtige Aufgabe des in der Abteilung eingerichteten Fahrschulinspektors, die ordentliche und gesetzmäßige Ausbildung der Führerscheinwerber in den Fahrschulen zu überwachen. Zusätzlich stellten auch die in der Abteilung regelmäßig abgehaltenen Lehrbefähigungsprüfungen für Fahrlehrer und Fahrschullehrer ein wichtiges Regulativ für das Niveau der Ausbildung in den Fahrschulen dar.

Auch die Verfügbarkeit und Eignung der gesetzlich vorgeschriebenen Übungsplätze sowie der Computer-Prüfplätze in den Fahrschulen wurden überprüft. Weiters wurden die vorgeschriebenen Aufzeichnungen über den Ausbildungsgang der Fahrschüler im Hinblick auf die gesetzlich vorgeschriebenen Mindestlehreinheiten, die vorschriftsmäßige Ausbildung der Fahrschüler sowie die Einhaltung der Meldepflichten der Fahrschulinhaber (hinsichtlich der verwendeten Schulfahrzeuge und des eingesetzten Lehrpersonals) kontrolliert.

Der Einhaltung der Mindestkursdauer für die Ausbildung der Führerscheinwerber (14-Tage-Kurse) und der vollständigen und übersichtlichen Darstellung der Preise für die von den Fahrschulen angebotenen Leistungen durch Aushang wurde besonderes Augenmerk gewidmet.

Im Fahrschulreferat wurden im Jahr 1999 insgesamt rund 1.080 Geschäftsfälle bearbeitet, nämlich Erteilung von Fahrschulbewilligungen, Genehmigung von Fahrschulleitern, Genehmigung von Schulfahrzeugen, Ausstellung der Fahr(schul)lehrerausweise, Erteilung, Erweiterung und Entziehung von Fahr(schul)lehrerberechtigungen. Auf Grund von Anträgen auf Erteilung oder Erweiterung von Fahr(schul)lehrerberechtigungen wurden im Berichtsjahr laufend Lehrbefähigungsprüfungen abgenommen. 71 neue oder erweiterte Berechtigungen sind nach bestandener Prüfung erteilt worden.

In den Angelegenheiten der Fahrprüfung wurden von der Abteilung namens des Landeshauptmannes im Jahr 1999 auch 6 Anträge auf Bestellung zum sachverständigen Fahrprüfer für die praktische Fahrprüfung gemäß § 34 FSG behandelt und zum Teil bereits entschieden bzw. in Evidenz genommen sowie 44 bereits bestellte Fahrprüfer zu den nunmehr zwingend vorgeschriebenen Fortbildungskursen bzw. Vorträgen geladen.

Im Zuge der Privatisierung der Zulassung wurden 17 Versicherungen ermächtigt, Zulassungsstellen (insgesamt 107) einzurichten.

Ebenso wurden im Jahr 1999 im Namen des Landeshauptmannes von der Magistratsabteilung 65 insgesamt 65 Ärzte zum sachverständigen Arzt für Allgemeinmedizin gemäß § 34 Abs. 1 Führerscheingesetz bestellt.

Im **Kraftfahrlinienreferat** wurden im Berichtsjahr zum Zwecke der bescheidmäßigen Festsetzung von Haltestellen zahlreiche Ortsverhandlungen durchgeführt (Überprüfung, Verlegung oder Neufestsetzung von Haltestellen). Die Zuständigkeit zur Haltestellenfestsetzung erstreckt sich auf sämtliche in Wien verkehrende öffentliche und private Kraftfahrlinien (Einlandlinien, Mehrlandlinien und internationale Kraftfahrlinien).

Als Konzessionsbehörde für die privaten Einlandlinien waren Konzessionsänderungen, bzw. -verlängerungen zu behandeln sowie die Fahrpläne und -preise konzessionsbehördlich zu genehmigen.

Im Auftrag des Bundesministeriums für Wissenschaft und Verkehr erfolgten zahlreiche Stellungnahmen (nach durchgeführtem Ermittlungsverfahren) bezüglich Straßeneignung und Bestehen der sonstigen gesetzlichen Voraussetzungen für Kraftfahrlinien, die in den Zuständigkeitsbereich des genannten Bundesministeriums als Konzessionsbehörde fallen (Wiener Stadtwerke – Wiener Linien, öffentliche und private Mehrlandlinien sowie internationale Kraftfahrlinien).

Im Zusammenhang mit sonstigen – insbesondere baulichen – Angelegenheiten, die den Kraftfahrlinienverkehr betreffen, wurde an von anderen Dienststellen angesetzten Ortsverhandlungen teilgenommen bzw. wurden diesbezügliche Stellungnahmen und Auskünfte erstattet.

Schließlich stand das Kraftfahrlinienreferat im Sinne der Manuduktionspflicht für Auskünfte von Parteien (insbesondere Konzessionswerber) zur Verfügung.

Statistisch ergibt sich für die Dienststelle im Berichtsjahr zusammenfassend folgendes Bild: Im Jahr 1999 langten insgesamt 4.964 Geschäftsstücke zur Bearbeitung ein, wovon 42 Gegenschriften an die Gerichtshöfe des öffentlichen Rechts (Verwaltungs- und Verfassungsgerichtshof) auszuarbeiten waren. Insgesamt sind 1999 4.683 Geschäftsstücke erledigt worden.

Parkraumüberwachung (MA 67)

1. Überblick

Das Hauptaugenmerk der Magistratsabteilung 67 war im Berichtsjahr auf die Intensivierung der Überwachungstätigkeit in den Kurzparkzonen gerichtet.

Ein weiterer Schwerpunkt der Tätigkeit bestand in der Einführung eines neuen elektronischen Datenverarbeitungssystems zur Erfassung von Anzeigen und bargeldlosen Organstrafverfügungen aus den Bereichen Kurzparkzonenüberwachung und Ruhender Verkehr.

Zum Stichtag 31. Dezember 1999 waren in der Magistratsabteilung 67 insgesamt 405 MitarbeiterInnen beschäftigt, davon 182 in den Innendienstbereichen (Abteilungsleitung/Organisation und den Referaten zur Führung der Verwaltungsstrafverfahren erster Instanz) und 223 in den Außendienstbereichen (davon 73 zur Bundespolizeidirektion Wien abgeordnete MitarbeiterInnen der Parkraumüberwachung und 150 MitarbeiterInnen der Kurzparkzonenüberwachung).

2. Überwachung der Kurzparkzonen

Im Berichtsjahr wurden ab März 1999 in weiten Teilen des 2. und 20. Wiener Gemeindebezirkes und ab November 1999 in weiten Teilen des 3. Wiener Gemeindebezirkes flächendeckende Kurzparkzonen verordnet.

Durch diese Maßnahme erstrecken sich die flächendeckenden Kurzparkzonen nunmehr auf alle Bezirke innerhalb des Gürtels.

Da es sich bei den neu hinzugekommenen Bezirken um flächenmäßig große und dicht besiedelte Areale handelt, hat sich die Zahl der von der Magistratsabteilung 67 zu überwachenden Stellplätze von ca. 70.000 (Stand Ende Februar 1999) auf insgesamt ca. 130.000 (Stand November 1999) nahezu verdoppelt.

Um eine adäquate Überwachung gewährleisten zu können, war es daher unabdingbar, den Personalstand an Kurzparkzonenüberwachungsorganen durch Neuaufnahmen an die quantitativen Mehranforderungen anzupassen.

Der Sollstand an Kurzparkzonenüberwachungsorganen wurde daher auf 200 Organe erhöht, um die notwendige Überwachungsfrequenz zu gewährleisten.

Die Magistratsabteilung 67 hat im Jahr 1999 aus rund 600 InteressentInnen die am besten geeigneten BewerberInnen ermittelt und die Aufnahmeverfahren eingeleitet.

Nach einer intensiven theoretischen und praktischen Ausbildung wird der angestrebte Sollstand von 200 Überwachungsorganen planmäßig im 2. Quartal 2000 erreicht sein.

Durch die Personalaufstockung wird bei der Kurzparkzonenüberwachung eine deutliche Verbesserung des Verhältnisses der zu überwachenden Stellplätze pro Überwachungsorgan erzielt werden, ohne dass dabei die verstärkte schwerpunktmäßige Überwachung kritischer Gebiete wegen Personalknappheit leidet.

Bedingt durch die räumliche Ausweitung der Kurzparkzonen bei gleichzeitiger Steigerung des Personaleinsatzes ist im Vergleich zu den Vorjahren eine erhebliche Steigerung der Beanstandungszahlen wegen Übertretungen des Parkometersgesetzes zu verzeichnen.

3. Überwachung des ruhenden Verkehrs

Im Bereich der Überwachung des ruhenden Verkehrs sind im Berichtsjahr keine wesentlichen qualitativen oder quantitativen Änderungen im Aufgabenbereich zu verzeichnen, auch der Personalstand ist stabil und unverändert.

Die Bediensteten der Parkraumüberwachungsgruppe unterstehen als Straßenaufsichtsorgane der Dienst- und Fachaufsicht der Bundespolizeidirektion Wien, Verkehrsabteilung.

Ihr Anteil am Gesamtaufkommen der Beanstandungen wegen Übertretungen der Straßenverkehrsordnung (Halte- und Parkdelikte) beträgt rund ein Drittel.

4. Verwaltungsstrafverfahren 1. Instanz

Die in den beiden Referaten „Ruhender Verkehr“ und „Parkometerstrafen“ eingesetzten EDV-Strafenprogramme wurden bereits in den Vorjahren bis auf die durch die unterschiedlichen Gesetzesmaterien (Straßenverkehrsordnung und Wiener Parkometersgesetz) vorgegebenen Unterschiede weitestgehend gleichgeschaltet und die Verfahrensabläufe entsprechend angeglichen.

Abgesehen von geringfügigen organisatorischen Maßnahmen bestand daher für den eigentlichen Bereich der Führung der Verwaltungsstrafverfahren kein größerer Änderungsbedarf.

Als Maßnahme zur Steigerung der Kundenzufriedenheit wurde ein Konzept für ein abteilungsinternes Beschwerdemanagement erarbeitet, das eine zeitnahe und unbürokratische Behandlung von Kundenbeschwerden gewährleisten soll.

Eine wesentliche Änderung erfolgte bei der den Verfahren vorgelagerten Datenersterfassung.

Bei der Datenersterfassung werden die von den Kurzparkzonenüberwachungsorganen und den Organen der Straßenaufsicht ausgestellten Organstrafverfügungen und Anzeigen mit einem Scanner eingelesen.



Dieser Wurzelkörper einer ausgegrabenen Pappel kann in der neu geschaffenen „Wurzelstation“ der Forstverwaltung Lobau besichtigt werden.

Foto: Votava / PID

Nach den Erfahrungen aus dem tragischen Verkehrsunfall im Tauerntunnel probten Feuerwehr, Rettung und Polizei im Wiener Kaisermühlentunnel in einer Einsatzübung das Zusammenspiel aller Einsatzkräfte. Übungsannahme war ein Serienunfall mit PKWs, LKWs und einem vollbesetzten Autobus.

Foto: Votava / PID





Der Stadtrat für Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung Werner Faymann eröffnete im Generali Center, Mariahilfer Straße 77, die Ausstellung „Wiener Stadterneuerung – Investitionen in die Zukunft“.

Foto: Votava / PID

Rundgang von Wohnbaustadtrat Werner Faymann, Bezirksvorsteher Franz-Karl Effenberg und Vertretern des Bauträgers nach der Wohnungsübergabe des 3. Bauabschnittes im Wohnpark Donaacity.

Foto: Votava / PID



Die handschriftlichen Eintragungen auf den Formularen werden in der Folge durch eine Schrifterkennungssoftware in Datensätze umgewandelt und nach einer gegebenenfalls notwendigen Korrektur bei Lesefehlern zur weiteren automationsunterstützten Verarbeitung bereitgestellt.

Da sich die bisher eingesetzten Systeme als nicht Jahr-2000-fähig erwiesen haben, war es notwendig, ein komplett neues System zu beschaffen und die angebotene Standardsoftware für die speziellen Anforderungen der Abteilung adaptieren zu lassen.

Dieser Umstieg auf ein komplett neues, leistungsfähigeres System bot auch die Chance einer Optimierung der Arbeitsabläufe, wodurch nur noch ein Erfassungssystem anstelle der bisher notwendigen zwei Systeme zum Einsatz kommt, parallel dazu konnte auch der Personaleinsatz für die Datenkorrektur minimiert werden.

Feuerwehr und Katastrophenschutz (MA 68)

Die MA 68 – Feuerwehr der Stadt Wien, hat 1999 29.696 Einsätze durchgeführt, was einem Durchschnittswert von ca. 81 Interventionen in 24 Stunden entspricht.

Von den durchgeführten Einsätzen wurden 13.150 nach Gebührenordnung, Privatrecht und Straßenverkehrsordnung verrechnet, es ergeben sich daher aus dem Titel „Gebühren und Kostenbeiträge für sonstige Verwaltungsleistungen“ Einnahmen in der Höhe von rund ATS 40,8 Mio. Im Vergleich zum Vorjahr ist das eine Einnahmensteigerung um rund ATS 5,4 Mio.

1. Die wichtigsten Bau- und Revitalisierungsmaßnahmen

Die Sanierung der Fassade des Hauses Am Hof 7 (Zentralfeuerwache) wurde abgeschlossen.

Die Sanierungsarbeiten in der Atemschutzwerkstätte der Zentralfeuerwache, in den Feuerwachen Döbling, Hernal, Mariahilf und Am Spitz wurden fortgesetzt.

Der Bau des Brandhauses (Übungshaus für Feuerwehreinsätze) in der neuen Hauptfeuerwache Floridsdorf sowie der Neubau der Feuerwache Kaisermühlen wurden weitergeführt. (Genauere Details über die Projekte wurden bereits in den vorangegangenen Verwaltungsberichten bekannt gegeben.)

2. Anschaffung von Fahrzeugen aus dem Katastrophenfonds

Die MA 68 war auch im Verwaltungsjahr 1999 bemüht, den Fuhrpark zu erneuern und auf den bestmöglichen Stand zu bringen. Aus Mitteln des Katastrophenfonds wurden mehrere Fahrzeuge, die dazugehörige maschinelle (z. B. Ketensägen und Pumpen) und nicht maschinelle Fahrzeugausrüstung (z. B. Atemschutzausrüstung), die Fahrzeugfunkausrüstung, die allgemeine Schutzausrüstung wie Schutzhelme und Schutzjacken sowie Wasserfahrzeuge (Arbeitsboot, Ruderzillen) samt Ausrüstung (Trockentauchanzüge) angeschafft.

Einige Projekte, die den Fahrzeugsektor betreffen, sind auf Grund ihrer einsatztechnischen Besonderheit und des finanziellen Beschaffungsaufwands hervorzuheben:

Die Anschaffung einer Drehleiter, Rettungshöhe 30 m, mit Rettungskorb wurde genehmigt. Dieses Hubrettungsgerät wird für die Brandschutzsektion Mariahilf benötigt und soll eine bereits 22 Jahre alte Drehleiter ersetzen, die nicht mehr dem Stand der Technik entspricht. Das Fahrzeug verfügt über einen turbogeladenen Dieselmotor mit einer Leistung von 191 kW. Die Kraftübertragung erfolgt über ein Automatikgetriebe. Der Rettungskorb ist bei dieser Drehleiter so konstruiert, dass er im Fahrbetrieb an der Leiterspitze verbleiben kann. Möglich ist dies durch einen mittlerweile zum Standard zählenden, über den Leitersatz klapp- bzw. stülpbaren Rettungskorb. Der Korb ist an der Einsatzstelle sofort einsatzbereit. Ein zeit- und personalaufwendiges Einhängen zu Einsatzbeginn ist nicht mehr erforderlich. Ein am Rettungskorb montierbarer und von diesem aus zu bedienender Wasserwerfer sowie eine Krankentragenhalterung gehören ebenfalls zur Ausrüstung und erweitern die Einsatzmöglichkeiten der neuen computergesteuerten Drehleiter.

In diesen Bereich fällt auch die Anschaffung einer Teleskopmastbühne, Rettungshöhe 50 m, welche zwei reparaturanfällige Fahrzeuge, und zwar eine Drehleiter, Rettungshöhe 50 m, und eine Gelenkbühne, Rettungshöhe 30 m, ersetzen soll. Das Fahrzeug verfügt über einen turbogeladenen Dieselmotor mit einer Leistung von 309 kW. Der Teleskoparm ist mit einem zusätzlichen Korbarm ausgestaltet, der ein Hintergreifen ermöglicht. An diesem Korbarm ist ein Rettungskorb, Traglast 400 kg, montiert. Dieser Rettungskorb ist unter anderem mit einem Wasserwerfer, einer Atemluftversorgung, einer Krankentragenhalterung und einem Stromanschluss ausgestattet.

Neu im Fuhrpark ist die Anschaffung eines Abschlepp- und Bergefahrzeuges. Dieses Fahrzeug soll verunfallte Schwerverfahrzeuge, insbesondere von Stadtautobahnen, rascher entfernen können. Das Fahrzeug hat einen turbogeladenen Dieselmotor mit einer Leistung von 390 kW. Der hydraulische LKW-Abschlepp- und Bergungsaufbau verfügt über einen 55-t-Teleskopbergarm, eine Abschleppvorrichtung für eine Abschlepplast von 40 t, zwei Seilwinden mit je 22,5 t Zugkraft und einer Aufbauverkleidung mit den Stauräumen für die Anschlagmittel.

3. Auszüge aus der unmittelbaren Feuerwehrtätigkeit

Christbaumbrand mit Folgen, in Wien 15., Märzstraße, vom 5. 1. 1999, Einsatznummer 287

Beim Eintreffen an der Einsatzstelle steht eine Wohnung in Vollbrand. Laut Aussage des Wohnungsinhabers ist der Brand durch eine brennende Kerze am Christbaum ausgebrochen. Straßenseitig kommt es zu einem Flammenüberschlag bis in den Dachbereich des dreistöckigen Hauses. Der Brand wird straßenseitig mit einem Rohr über eine Drehleiter bekämpft. Über das Stiegenhaus wird das zweite Rohr unter Atemschutz vorgetragen.

Zwei Personen der Nachbarwohnung werden mit dem Rettungskorb der Drehleiter in Sicherheit gebracht, elf weitere Personen werden mit Fluchtfiltermasken über das Stiegenhaus evakuiert und dem Rettungsdienst übergeben. Gleichzeitig mit der Brandbekämpfung wird der Hochleistungslüfter in Stellung gebracht, Stiegenhaus sowie die Brandwohnung werden belüftet. Mittels Nassstaubsauger wird der im Bereich der Brandwohnung und den darunter liegenden Wohnungen entstandene Wasserschaden beseitigt.

Wohnungsbrand mit Menschenrettung, in Wien 3., Klopsteinplatz, vom 17. 1. 1999, Einsatznummer 1044

Aus unbekanntem Grund bricht in einer Erdgeschoßwohnung ein Brand aus. Bei Ankunft der ersten Löschkraft der Feuerwehr schlagen die Flammen aus der Wohnung auf den Gangbereich und versperren den Zugang zum Stiegenhaus. Aufgrund der enormen Hitzeentwicklung brennen drei Wohnungstüren vollständig ab, die dahinter liegenden Wohnungen bleiben aber weitgehend unbeschädigt. Parallel zur Brandbekämpfung (mit einem Rohr und unter Atemschutz) werden sieben Personen mittels Schiebe- und Drehleiter in Sicherheit gebracht. Nachdem der Brand gelöscht ist, wird das Stiegenhaus von zwei Trupps belüftet.

Im Gangbereich des ersten Stockwerks findet man eine bewusstlose Frau. Anschließend werden 34 Personen mit Fluchtfiltermasken geschützt evakuiert und dem anwesenden Rettungsdienst übergeben. Auch einige Haustiere werden gerettet. Für zahlreiche Personen werden vom Büro für Sofortmaßnahmen Ersatzwohnungen organisiert.

Verrauchung nach Kellerbrand, in Wien 20., Klosterneuburger Straße, vom 24. 1. 1999, Einsatznummer 1585

Aus unbekannter Ursache gerät ein im Keller abgestellter Eiskasten in Brand. Als die Feuerwehr eintrifft, ist das Stiegenhaus eines vierstöckigen Wohngebäudes verraucht, ca. 10 Personen befinden sich auf der Straße. Das Stiegenhaus wird unter Atemschutz kontrolliert, dabei werden weitere 15 Personen ins Freie gebracht. Der Entstehungsbrand wird unter Atemschutz mit einer Kübelspritze gelöscht. Mehrere Kinder werden für die Dauer des Einsatzes in einem Löschgruppenfahrzeug untergebracht, um sie vor der herrschenden Temperatur zu schützen. Fünf Menschen, darunter ein Kleinkind, werden mit Verdacht auf Rauchgasvergiftung in ein Krankenhaus gebracht. Die Kripo stellt Ermittlungen über die Brandursache an.

Botschaftsbesetzung: Assistenzleistung für Polizei, 3., Neulinggasse, vom 17. 2. 1999, Einsatznummer 3786

Die Polizei berichtet, dass etwa 30 Kurden die Keniatische Botschaft besetzt haben. Da ein Brandanschlag oder Selbstverbrennungen zu befürchten sind, trifft die Feuerwehr folgende Maßnahmen:

Beide Zugänge zum Botschaftsgebäude werden mit einer Löschleitung gesichert, der Haupteingang zusätzlich mit einem Pulverrohr versehen. An der Hausfront steht eine Drehleiter bereit. Im weiteren Einsatzverlauf werden die sich im zweiten Stock aufhaltenden Demonstranten von der Polizei in das Foyer gebracht und perlustriert. Der zweite Stock wird daraufhin von der Feuerwehr untersucht. Im Foyer verschüttet eine Demonstrantin ca. 2 Liter Benzin, daraufhin werden auf Intervention der Feuerwehr alle Personen ins Freie gebracht. Das verschüttete Benzin wird ebenso wie die im zweiten Geschoss gefundenen benzingetränkten Tücher, Benzinkanister und dergleichen entfernt.

Brennende Lkws – Alarmstufe 2, in Wien 22., Hermann-Gebauer-Straße, vom 5. 4. 1999, Einsatznummer 7249

Zwei im Ladehof einer Lebensmittel-Firma abgestellte Kühl-Lkws geraten in Brand. Bei Eintreffen der Feuerwehr stehen sie in Vollbrand, das Feuer hat auf die Manipulationshalle sowie auf ein Büro übergegriffen. Von der Löschbereitschaft Floridsdorf werden im Erstangriff drei Rohre unter Atemschutz vorgenommen.

Bei Ankunft der Löschbereitschaft Donaustadt öffnet die Freiwillige Feuerwehr Breitenlee gerade den Zaun an der Südwestecke des Firmenareals, während die Löschbereitschaft Floridsdorf versucht, auf der Nordseite in das Gebäude einzudringen. Das Objekt wird mit einem Ringlüfter entrauchet. Mittels Wärmebildkamera wird das Gebäude untersucht, die Besatzung des Umweltmessfahrzeugs entnimmt Proben der Rauchgase. Die Löschkraft richten eine Notbelüftung für die Lebendfischbecken ein. Die Brandursache wird durch die Tatortgruppe ermittelt.

Brand nach Explosion, in Wien 17., Jörgerstraße, vom 14. 7. 1999, Einsatznummer 15592

In einer im vierten Stock eines Wohnhauses gelegenen Wohnung kommt es nach einer explosionsartigen Verpuffung zu einem Vollbrand. Durch den Explosionsdruck mitgerissene Splitter schlagen in die ca. 30 m entfernte Fensterfront eines Bürogebäudes ein. Nach dem gewaltsamen Öffnen der Wohnungstüre wird der Brand unter Atemschutz mit Löschleitung bekämpft und das Stiegenhaus mit einem Hochleistungslüfter entrauchet. Im Zuge des Löschangriffs wird im WC eine männliche Person mit schweren Verbrennungen am gesamten Körper vorgefunden. Der Mann wird ins Stiegenhaus gebracht und mit Wasser benetzt.

Nach der Erstversorgung durch den Rettungsdienst wird der Verletzte, begleitet von einem Feuerwehrmann, der weiterhin mittels Kübelspritze die Verbrennungen kühlt, mit dem Notarztwagen ins AKH transportiert.

Die Brandstätte wird der Tatortgruppe des Innenministeriums übergeben, denn es waren drei offene Kanister mit brennbarer Flüssigkeit vorgefunden worden. Während des Einsatzes ziehen sich zwei Feuerwehrbeamte an den Schläfen und am Kinn Verbrennungen ersten Grades zu, sie werden ambulant versorgt.